

Deutsche Pannen

Es war als Höhepunkt und Abschluß einer Vielzahl von Gedenkveranstaltungen an die Reichspogromnacht vor fünfzig Jahren geplant. Doch bei der Bundestagsrede von Philipp Jenninger stockte den ZuhörerInnen der Atem. Überzeugend und überzeugt referierte der Kanzlerfreund, was seinesgleichen in den dreißiger Jahren am Nationalsozialismus faszinierte und auch heute noch fasziniert. 24 Stunden danach war er zurückgetreten und in den Augen aller BürgerInnen ein ehrenwerter Mann, der sich nur zuviel vorgenommen hatte und dem etwas daneben gegangen sei. Anders die ausländischen Reaktionen, die von „Hitler entschuldigt“ bis „Antisemitismus im deutschen Parlament“ reichten. Jenningers Anspruch war freilich nicht, Hitler zu entschuldigen,

sondern die deutschen Konservativen einschließlich ihrer nicht wegzuleugnenden Hitler-Begeisterung und einschließlich ihres Antisemitismus. Das sogenannte „Mißgeschick“ offenbart, wie schwer es fällt, die heutige Christdemokratie und die damaligen Deutschnationalen auseinanderzuhalten. Eines nur trennt die beiden Seiten, die ein Lager sind, und es ist das gleiche, was sie bei Hitler niemals entschuldigen werden: ein verlorenen Krieg. Jenninger hat beschrieben, wie sie immer noch wären, wenn sie gewonnen hätten.

Kommentar auf Seite 4

Siehe auch:

„Das Hakenkreuz an und für sich“

Seite 3

„taz: Schlimme Worte, null Gedanken“

Seite 4



Otto Dix: Die sieben Todsünden, 1933

Und was die Juden anging: hatten sie sich nicht in der Vergangenheit doch eine Rolle angemaßt, die ihnen nicht zukam? Mußten sie nicht endlich einmal Einschränkungen in Kauf nehmen? Hatten sie es nicht vielleicht sogar verdient, in ihre Schranken gewiesen zu werden? Und vor allem: entsprach die Propaganda — abgesehen von wilden, nicht ernstzunehmenden Übertreibungen — nicht doch in wesentlichen Punkten eigenen Mutmaßungen und Überzeugungen? Und wenn es gar zu schlimm wurde, wie im November 1938, so konnte man sich mit den Worten eines Zeitgenossen ja immer noch sagen: „Was geht es uns an! Seht weg, wenn euch graust. Es ist nicht unser Schicksal!“ (Rauschning).

(Ph. Jenninger, Gedenkrede am 10. 11. 88)

SPD und Atomwaffen Ja zur Achse Bonn-Paris?

Kommt es zur Zerreißprobe? In der ersten Dezemberwoche entscheidet der Bundestag über die Zustimmung zum deutsch-französischen Verteidigungsrat und zur Atomachse Bonn-Paris. Die angekündigte Zustimmung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist auch parteiintern heftig umstritten: Zu dem offenkundigen Bruch mit der Beschlußlage des Münsteraner SPD-Parteitag kommt die Sorge, daß die Früchte jahrelanger rhetorischer Schwerstarbeit mit einem Schlag zunichte gemacht werden.

Abkehr von der nuklearen Abschreckung bei Zustimmung zur

eurostrategischen Aufrüstung? Zurückweisung der Forderung nach grundgesetzlichem Atomwaffenverzicht bei gleichzeitiger Schützenhilfe für die westeuropäische Atommacht?

Bellage:
Atomwaffenverzicht
Internationale
Konferenz
Köln
25. - 27. November

In diesem AK:

- Erstveröffentlichung: Protokoll einer internen SPD-Beratung über die Haltung zur französischen nuklearen Aufrüstung.
- Der heimliche Schulterschluß zwischen SPD und Bundesregierung in der Frage der Westeuropäischen Atomstreitmacht.
- Willy Brandts Weg von der Atomwaffenkritik zur Forderung nach deutscher Mitverfügung.
- Erstveröffentlichung: Briefe aus dem Nachlaß des SPD-Wehrexperten Fritz Eiler zur Frage der britischen und niederländischen Proteste gegen den SPD-Atomwaffenkurs.

Der „Arbeiterkampf“ ist

300

Nummern alt geworden. Wie sehen uns andere? S. 11

§ 129a: Allzweckwaffe für Polizei- und Justizzwecke

Am 14. Oktober durchsuchte die Polizei die Räume der *Kölnischen Stadtrevue* nach zwei Leserbriefen, in denen Anschläge befürwortet worden seien; am 28. 11. beginnt in Hamburg ein Prozeß gegen den vermeintlichen Herausgeber der autonomen Zeitung *SABOT*, Fritz Störing, weil darin für eine Zusammenarbeit mit der RAF geworben worden sein soll; gegen die Hamburger Rechtsanwältin Ute Brandt wird Anzeige wegen Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung“ erhoben, weil sie einem Mandanten politisches Informationsmaterial zukommen lassen haben soll. In allen Fällen dient der § 129a als Allzweckwaffe. Mit ihm haben sich Ermittlungs- und Justizbehörden ein Willkürinstrument geschaffen, gegen das kaum eine Handhabe besteht. Abweichend vom Täterstrafrecht wird mit diesem Paragraphen ein Gesinnungsstrafrecht eingeführt. 70% der Ermittlungen werden wegen Werbung oder Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung“ eingeleitet. Gleichzeitig wird dieser Paragraph als Ermittlungs- und Ausforschungspara-

graph benutzt, der im Gegensatz zu anderen des Strafgesetzbuches einen absoluten Haftgrund auch ohne Flucht- oder Verdunklungsgefahr beinhaltet. 1982 hat es 219 Ermittlungen nach § 129a gegeben, von denen 21 zur Verurteilung führten, 1985 waren es 300 Ermittlungen, von denen 6 mit einer Verurteilung endeten. Von den nach § 129a durchgeführten Ermittlungen führten über einen Zeitraum von 5 Jahren ganze 6% zu Verurteilungen, während es bei Ermittlungen nach anderen Paragraphen 43% sind. Das ist aber ganz und gar nicht der „liberalen Justiz“ geschuldet, sondern der Tatsache, daß mit dem § 129a politische Verfolgung betrieben wird, Menschen kriminalisiert werden, ohne gerichtsverwertbare Tatsachen in der Hand zu haben. Das fordert dazu heraus, anhand der jetzt kommenden Prozesse eine Initiative zur Beseitigung dieses Paragraphen zu betreiben.

Zu einzelnen Verfahren und zu einer Initiative für die Zusammenlegung politischer Gefangener S. 14 und 15

Jugoslawien Krise und Chauvinismus

Seit Monaten steckt Jugoslawien in der tiefsten wirtschaftlichen, politischen, sozialen und nationalen Krise seiner Nachkriegsgeschichte. Getrieben von Verarmung und Ausweglosigkeit haben die Serben, die größte Volksgruppe des Landes, in einer Welle von Großdemonstrationen ihre sozialen Forderungen, vor allem aber einen zunehmend aggressiven Nationalismus artikuliert.

Seite 21

SU-Frauen

Das Alltagsleben der Frauen in der SU steht im Mittelpunkt vieler Erzählungen und Romane sowjetischer Schriftstellerinnen. Eine Reihe dieser Autorinnen und ihrer Werke stellen wir vor auf S. 28

China

Die verschärften Disproportionen in der Wirtschaft der VR China analysiert ein Mitarbeiter des Pekingener Forschungszentrums zur Förderung und Entwicklung der Wissenschaft und Technik auf S. 25



Das Hakenkreuz an und für sich

Eine Hamburger Ausstellung und der „neue Diskurs über den Faschismus“

Hakenkreuze als graphisches Muster, Hitler als der Mann von nebenan, arische Frauen als Inbegriff der Erhabenheit — keine Ausstellung im Neonazi-Keller, sondern im Hamburger Kunsthaus zur „Woche der Bildenden Kunst 88“ mit dem alles und nichts sagenden Titel „Arbeit in Geschichte — Geschichte in Arbeit“. Ein Beitrag zum sogenannten „neuen Diskurs“ über den Faschismus. Entmystifizierung seiner Symbole und Wiederaneignung „mißbrauchter“ Ästhetik sind die Stichworte.

„Wenn er vorsichtiger auftrat, schien es ihm, als ob der Boden, von dem er geglaubt hatte, daß er seinem Gewicht nachgäbe, seinem Fuß entgegenkam, ihn sogar mit einer ausgedehnten Bewegung anging.“ (aus der Modencollage „Herakles Höhle“ von Lutz Dammbeck)

Man nehme braune und schwarze Wolle, stricke daraus eine Mütze mit Hakenkreuz-Muster, stelle diese Kopfbedeckung in einen Glaskasten — und fertig ist „Arbeit in Geschichte, Geschichte in Arbeit“, kurzum: ein Beitrag zur „Woche der Bildenden Kunst 88“ im Hamburger Kunsthaus. Bildend sind dabei durchaus die Erläuterungen, die uns in diesem Fall die strickende Künstlerin Rosemarie Trockel (Jahrgang 1952) zum Verständnis ihres handlen Exponats gibt: „Es geht nämlich um die Entwertung vermeintlich sinnentleerter Symbole, andererseits aber um den Versuch einer Sinngebung auf diesem Weg“. Verstanden? Macht nichts. Kunst ist nämlich immer „ein Balanceakt zwischen Zustimmung und Ablehnung“, und wer Frau Trockels Mützchen nicht bestrickend findet, ist durchaus auf dem richtigen Weg: Denn Wolle ist ein „sehr belastendes Material“, sozusagen „Signifikant des Weiblichen“ und „kulturell minderwertig“. Auch der „Spiegel“ scheint das nicht so recht verstanden zu haben und meint ganz platt: „Wäre kein Wunder, wenn Neonazis die Hakenkreuz-Mützchen von Rosemarie Trockel sammeln möchten.“

So leicht machen wir es uns natürlich nicht, denn jene Hamburger Ausstellung, die nun zum Glück beendet ist, versteht sich als ein Kapitel im „neuen Diskurs über den Faschismus“ und verdient allein darum nähere Betrachtung. In den Worten von Ausstellungsleiter Georg Bussmann, der sich selbst zum „linken Antifaschismus“ rechnet, ist unter diesem „neuen Diskurs“ zu verstehen, „daß die Nachgeborenen jetzt nicht mehr nur von den Verbrechen und den Opfern sprechen, sondern auch von den Inhalten des Faschismus und warum und in welcher Form seine Ideen die Menschen einnehmen konnten, welche Zeiten, welche Ästhetiken dabei eine Rolle spielten, also z.B. die Rolle des Heroischen in der Gestalt des Klassischen oder in der Gestalt der Schönheit.“

Nun ist es nicht gerade neu, sich mit den „Inhalten“ des Faschismus und seiner Fähigkeit der Massensuggestion zu befassen: Die Untersuchungen zur Sozial- und Massenpsychologie des Faschismus füllen Meter im Bücherschrank. Seit einigen Jahren neu ist hingegen die „neue Unvoreingenommenheit“, die Künstler aus der Gnade der späten Geburt heraus nun für sich in Anspruch nehmen. Bussmann: „Von den Künstlern bei dieser Arbeit eine besondere politische oder geistige Verantwortung dem Faschismus gegenüber zu erwarten, wäre wohl ein reaktionäres Avantgarde-Verständnis.“ Im Gegenteil: Die eigene Vergangenheit der Alt-68er will bewältigt sein, so entnehmen wir der Entstehungsgeschichte der Ausstellung, jene unselige „aggressive Verweigerung“ und „politische Agitation“ der Künstler vor 20 Jahren. Heute, so schreibt die Leiterin des Hamburger Kunsthauses Petra von der Osten-Sacken, „hat das Thema endlich nichts mehr mit Generationen zu tun“. Geschichte, das sind nunmehr unterschiedliche Ablagerungen, die in jedem Individuum anders geschichtet sind.

Neben die alten Formen „kritisch distanzierter Abrechnung“ à la Staack, die in dieser Ausstellung auch ihren Platz hatten, treten nun sogenannte „Annäherungen“ im Zeichen des neuen Diskurses. Annäherung, das heißt laut Bussmann: „Versuche, Mythen und Ästhetiken, die

Wollmütze
Rosemarie
Trockel
1988

Rosemarie
Trockel
1986

der Faschismus seinen Zwecken dienlich gemacht hat, zurückzugewinnen, eine andere Nutzung zu erproben, um so das, was diesen Formen und Inhalten als potentiell faschistisch anhängt, von innen her aufzulösen.“

Damit wären wir wieder bei Frau Trockels Strickmütze. Befreit von Skrupeln gegenüber den Opfern, von besonderer Verantwortlichkeit, kurz: von der Last ein Deutscher zu sein, ist das Hakenkreuz nicht mehr als ein graphisches Muster — mit dem sich, da es ja so schön symmetrisch ist, künstlerisch-experimentell allerlei Neckisches anstellen läßt, daß dem Betrachter die Augen flimmern. Michael Deisler (Jahrgang 1949) hat das gleich auf 15 großformatigen Tafeln ausprobiert.

Während manche Staatsanwälte noch so sehr dem alten Diskurs verhaftet sind, daß sie das Malen von Hakenkreuzen mit Geldstrafe ahnden, gehört es offensichtlich zum Auftrag der Bildenden Kunst, 43 Jahre nach Auschwitz daran zu erinnern, daß das Hakenkreuz doch nur ein astatisches Sonnenzeichen ist, dessen Gebrauch durch den Faschismus „wie ein bloßer Riß in einer Tradition“ erscheint, „die man als Konstante für viel stärker hält“ (Bussmann). Leider verrät uns der Ausstellungskatalog nicht, für welche deutschen Zwecke denn das Hakenkreuz als graphisches Muster so unverzichtbar ist, daß es von seinem zwölfjährigen blutigen „Traditionsriß“ nun entmystifiziert gehört.



Foto: H. Wojahn

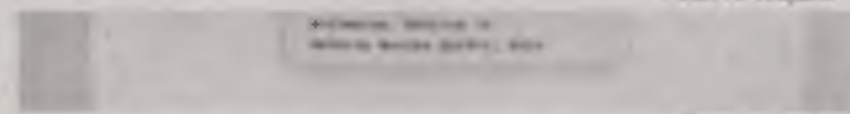


Foto: H. Wojahn

deraneignung von „Erhabenheit“. In Hamburg gab es dazu die Fotoreihe „Reine Wäsche“, Portraits von weißbehaarten Maiden, die den strengen Sauberkeitsge- ruch Marke „BDM“ ausströmen. Laut Ausstellungskatalog soll man die Bilder von Bernhard Prinz (Jahrgang 1953) als „eine Prüfung jener ästhetischen Mittel verstehen, die bisher durch den Mißbrauch in Zeiten des Naziregimes tabuisiert waren.“ Ihre Rehabilitierung stehe an, „weil die Ausdrucksmittel des Erhabenen, der Aura Jahrhunderte alte Ausdrucksmittel unserer Kultur sind. Wir müssen dem Mißbrauch wehren, wir können aber nicht auf sie verzichten.“

Schwindel mag einen befallen bei der Erkenntnis, daß Künstler der 80er Jahre bei der Suche nach Erhabenem ausgerechnet bei der Heroisierung des arischen Frauentypus fündig werden — und der Berufsverband Bildender Künstler den Schneid hat, dies im Vorfeld des Jahrestags der Reichspogromnacht als „Arbeit in Geschichte“ zu verkaufen. Nüchtern stellte das „Hamburger Abendblatt“ fest: „Wenn diese Ausstellung etwas mitzuteilen hat, dann die zunehmende Distanz von einer negativen Besetzung der Erinnerungen.“ Unter fortschrittlichen, gar antifaschistischen Vorzeichen zelebriert,

bleibt hinzuzufügen. Trotzdem geriet die Ausstellung nicht zum Skandal, „weil das Böse der Banalität solcher Geschichtsprostitution hierzulande keinen mehr in Rage bringt oder gar betroffen macht“ (Arie Goral in der „faz“).

Statt Rage stellt sich Bekommenheit ein — ist es doch nicht original Nazi-Kunst, die, wie die grüne Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer meint, bei Zurschaustellung mit „einfachen demokratischen Mitteln“ zu „entzaubern“ wäre. Sondern die vorgeblich antifaschistischen Imitate wollen ja gerade die „Verzauberung“ des Betrachters, auf daß „das Faschistische als menschliche Möglichkeit plötzlich nicht mehr Vergangenheit ist, sondern nah ist, vor Augen steht...“ (Ausstellungsleiter Bussmann). Bestenfalls führt das zu vorprogrammierten Mißverständnissen. Schlechterenfalls drängt sich der schrille Verdacht auf, daß jene „Schnäusche“, die angeblich zwecks Aufklärung in der Psyche des Betrachters belebt werden sollen, wesentlich manifest der Künstler selbst den Pinsel oder die Kamera führten. Der Schallitz in Frau Trockels Strickmütze ist ziemlich schmal.

Ch.



Grete — Deutsche Erhabenheit. Ein Foto aus der Reihe „reine Wäsche“ von Bernhard Prinz, 1984



Hitler-Porträts — Der Mensch von nebenan

Foto: H. Wojahn

„Von den Künstlern bei dieser Arbeit eine besondere politische oder geistige Verantwortung dem Faschismus gegenüber zu erwarten, wäre wohl ein reaktionäres Avantgarde-Verständnis.“

Ausstellungsleiter
G. Bussmann



Doitsche Panne

In Ost-Berlin läuft eine NVA-Abordnung Siebenschritt, heute zum Gedenken an die Reichspogromnacht. Prof. Walter Jens schwärmt von den deutschen Juden, besten Deutschen: Sie wissen doch, wie intelligent die... Denken Sie doch: grandiose kulturelle Leistungen... Dr. Barzel, vor akademischer Besserwisseri warnend, verspricht kühl: Wir wollen nicht vergessen, und wir verstehen, daß andere nicht vergessen können. Der eigene Großmut imponiert ihm derart, daß er den Satz gleich zweimal ins Zweite Deutsche Fernsehen bringt. Auf einer internationalen Konferenz gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus in Westberlin begründet der AL-Vertreter, weshalb auf fünf Sitzungstagen Antisemitismus keine Rolle spielte: auch hier hieß es akademische, abstrakte Debatten vermeiden. In der taz sind Discos „gaskammervoll“, denn Geschichte interessiert junge RedakteurInnen nicht. Dr. Kohl wiederum will in der Frankfurter Synagoge sich und andere aus der Geschichte befreien, während die Bundespoli auf grau-beauntem Hintergrund mitteilt: „erinnern heißt erlösen“. Und Dr. Jenninger bekenn in seinem merkwürdigen Potpourri, „die Jahre von 1933 bis 1938 sind selbst aus der distanzierten Rückschau und in Kenntnis des Folgenden“, auch „das Schrecklichste“ genannt, „noch heute ein Faszinosum“.

Warum? Weil zuvor und danach nie wieder ein Deutschsprachiger so soweit gebracht hat. Dazu noch ein „Wahnstimmung“, der aus „sexueller Störung“ an „Zwangsvorstellungen“ litt und dem verständlicherweise „einmalige Geisteskräfte“ zur Seite standen. Und die anderen, also die paar SSler, Parteimitglieder und -freunde? Dies hat uns Dr. Kohl in Bitburg schon erklärt: Junge Menschen, deren Vertrauen und Ideale mißbraucht wurden, unschuldige Kinder im Alter zwischen 20 und 50, da kann man ja nichts verlangen. Gewiß, meine Damen und Herren, „es gibt nichts zu verteidigen“, wir wollen unsere „Vergangenheit als Teil unserer Identität als Deutsche annehmen“. Denn „dies allein verheißt uns... Befreiung von der Last der Geschichte“.

Zu verteidigen gibt es nichts, das wissen wir ja seit Stalingrad, „alle Anstrengungen und Opfer waren sinnlos gewesen“, aber zu verstehen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, gibt's nix. Die ganzen Sachzwänge beispielsweise, der demütigende Versailles Vertrag, der parlamentarische Ärger von Weimar, die Industrialisierung und dann halt auch die Tatsache, daß die 1% Nicht-Arier „eine ganz herausgehobene, oftmals glänzende Rolle“ spielten, überall quasi: „In der Industrie, im Bankwesen und Geschäftsleben, unter Ärzten und Rechtsanwälten, im gesamten kulturellen Bereich wie in den modernen Naturwissenschaften“, worüber auch die 99% Arier verständlicherweise aufregten. Das Faszinosum ließ „aus Massenarbeitslosigkeit Vollbeschäftigung“ und „aus Massenelend so etwas wie Wohlstand“ entstehen, „staunenerregende Erfolge“, die „wie ein Wunder erscheinen mußten“, wir waren „optimistisch“, „es herrschte Selbstvertrauen“, „das Reich war senarbeitslosigkeit Vollbeschäftigung“ und „aus Massenelend so etwas wie Wohlstand“ entstehen, „staunenerregende Erfolge“, die „wie ein Wunder erscheinen mußten“, wir waren „optimistisch“, „es herrschte Selbstvertrauen“, „das Reich war doch unzweifelhaft wieder groß, ja größer und mächtiger denn je zuvor“. Wer hätte da dem Sirenenengesang widerstehen können?

Sie, Herr Maier, und Sie, Frau Schmidt, die sich damals aus so einleuchtenden Gründen — zumal für einen CDU-Politiker, den Armut und Elend auf der Welt noch nie kalt gelassen haben — „blenden und verführen“ ließen, ärgern sich heute doch auch darüber, wenn so manche „fortschrittlichen Gemüter“ (Herausgeber Fromme in „FAZ“, 11.11.88) aus „moralischer Überheblichkeit“ ihnen etwas vorhalten wollen, was Sie sowieso gar nicht verstehen, weil es so „intellektuell glatt und unangreifbar“ (wieder Fromme) ist. Ihnen erteilt der Deutsche Bundestag, im Namen der Väter und der Söhne, die Absolution: Nehmt die Last „der katastrophalen Irrwege“, „des millionenfachen Untergangs“, kurzum „des Letzten und Schrecklichsten“ auf euch und schüttelt sie sogleich wieder ab.

Gerade weil wir so blöde sind, auf hergelauene idiotische Leder-, Gurt- und Stiefelsozialisten reinzufallen, und uns ansonsten von keinem erzählen lassen brauchen, was Moral und erst recht nicht was Nationalsozialismus ist, wartet auf uns — wen sonst? — wieder und „fast notwendig“ eine „besondere ethische Verantwortung“. Die Bedrohung „der Wertgrundlagen der indischen Daseinsordnung“ (Atomkrieg, Umweltzerstörung, genetisches Manipulationspotential u.v.a.m.) bedeutet uns Pflichten und Aufgaben in unserem Format. Wir sind „zur aktiven Befriedung der Welt“ berufen.

Was am Damals so fasziniert, war ausnahmsweise eine Revolution und sogar eine, in der sich der Bundestag auskennt. Goebbels selbst erklärte die „totale Revolution“ bereits im November 1933 für durchgeführt. Dr. Jenninger ist da großzügiger: Die Zeit der „nationalen Erhebung“ hört für ihn pünktlich am 9.11.1938, Ortszeit, auf. Jedenfalls bei der Verführer nicht allein „Wohlstand für die breitesten Schichten“, es gab noch zahlreiche weitere Anlässe, in Optimismus und Selbstvertrauen zu schwelgen: Da wurden die Nürnberger Gesetze verabschiedet, da wurde entlassen, enteignet und arisiert. Als Deutscher konnte man allordings nicht gleich erkennen, daß sowas Antisemitismus sein kann. Den kannten wir von unserer Geschichte gar nicht. Gut, die völkische Bewegung. Und im Mittelalter. Aber auch von dieser Last sollten wir uns — freilich: durch Erinnern — befreien. Außerdem, wie sah es bei den Nachbarn erst aus!

Mitunter wurde auch gemordet und verhaftet, es gab schließlich auch den hoffnungsvollen Reichstagsbrand und die Massenverhaftungen von KommunistInnen und Sozialdemokraten, das Verbot der ganzen linken Presse, die Zerschlagung der Gewerkschaften. Gewiß, gewiß, „man“ — wer schon? Eine verschwundene Minderheit, und von uns Deutschen sowieso niemand, sieht man von den Vaterlandsverrättern einmal ab — „genau vielleicht“ — aber wer kann sich da sicher sein? — „in einzelnen Lebensbereichen weniger individuelle Freiheiten; aber es ging einem persönlich doch besser als zuvor“, jedenfalls wenn man schon damals „moralische Überheblichkeit“ verurteilt. Unsere Möglichkeiten, meine Damen und Herren, jetzt einmal individuell gesehen, unser eigenes Leben selbst zu gestalten und auch über Vergangenes nachzudenken, sind beschränkt: Wir sind „ohnmächtig“, es gibt nicht nur Führer, die uns in Zustände verleiten, in denen wir nicht mehr zurechnungsfähig sind, sondern da ist auch noch Gott, der schaltet und waltet.

Eins aber sollten wir aus der „entsetzlichen Wahrheit des Holocausts“ lernen: Vergessen wir nicht, den Anderen, den Juden zum Beispiel, zu achten. Schließlich ist er auch ein Mensch: „Er trägt wie wir ein menschliches Antlitz.“ Denn unser Antlitz, z.B. Dr. Jenninger, ist der beste Maßstab für Menschlichkeit. Halten wir „die Erinnerung wach“, nur so können wir uns, meine Damen und Herren, von der Last des Uns-Erinnern-Müssens befreien. Es ist nur ein Mal 50 Jahre her. Und die Zukunft erwartet von uns, jetzt wieder als Volk gesehen, denn gemeinsam sind wir stark, allerhand: Es geht nicht länger um hausgemachte Probleme. Sondern es geht um Ost, West, Nord und Süd — planetarische Politik ist angesagt. Wer soviel mitgemacht hat wie gerade wir, meine Damen und Herren, der weiß, worauf es ankommt.

E.

taz: Schlimme Wörter, null Gedanken?

„Wir alle lachen doch auch mal heimlich über Judensätze, wenn keiner dabei ist“, befand eine Redakteurin auf einer taz-internen Versammlung am 31.10.88. Gemeint sind, ich will mich um Klarheit und Unmißverständlichkeit bemühen, nicht jüdische Witze, sondern NS-Witze über Juden, und vorausgesetzt wird, es könne solche geben, die witzig wären. Eine andere taz-Kollegin hat „dabei keine Assoziationen, ich beschäftige mich nämlich nicht mit deutscher Geschichte.“ (zitiert nach „taz“, 11.11.88) Gegen beide Redakteurinnen aus den Ressorts Kultur und Medien hat die Mehrheit der Watzstraße die Kündigung beantragt. Die Entscheidung darüber wird ein nationales taz-Plenum zu fällen haben.

Der Konflikt in der „taz“ ging los mit zwei Artikeln eines Thomas Kapielski in der Ausgabe vom 17.10.88. In einer Fernsehrezension auf der Medienseite schrieb er von den „wotansteuren Bildern“ des Malers Anselm Kiefer, dessen „Kellerbunkerstimmung mit KZ-Schornsteinschmuck und Zeltlagerstrolach“ bei jüdischen Kennern und Sammlern „den furiossten Kauftrieb“ erzeuge. Für den Westberliner Lokalteil der „taz“ war Kapielski bei einer Party zum zehnjährigen Bestehen der Diskothek „Dschungel“, ein Schoppen, der ungefähr zeitgleich mit der „taz“ entstand und die Zeitung tatsächlich schon damals zur Schilderung alternativer Tanzstundenerebnisse animierte. Heute klingt das so: „Dann setzte ich mein Hertha-BSC-Frottee-Stirnband auf und marschierte grölend in Richtung „Dschungel“. Ich wankte noch mal 20 Minuten in der näheren Umgebung umher, sammelte mich kurz vor „Wolworth“ und flog nunmehr die erste Angriffswelle... Einlaß ohne Beanspruchung! So. Nun war der Unterschied zu sonst, daß es anstatt um zwei Uhr nachts bereits um acht Uhr abends gaskammervoll war.“ (taz-Westberlin, 17.10.88)

Eine Woche später begann die taz-interne Diskussion mit drei scharfen LeserInnenbriefen ins Westberliner Lokalteil (24.10.88). Piekke Biermann, früher Prostituierte, heute Publizistin, will wissen: „Hat sich überhaupt irgendjemand irgendwas gedacht, oder ist es zuviel verteuerte, heute Publizistin, will wissen: „Hat sich überhaupt irgendjemand irgendwas gedacht, oder ist es zuviel verlangt, von MacherInnen einer Zeitung zu verlangen, daß sie denken?“ Sie verlangte eine öffentliche Stellungnahme der Redaktion. Diese druckte als Rechtfertigung Kapielskis zunächst ein Zitat aus den „Erkundungen“ (1987) des Schriftstellers Rolf Dieter Brinkmann. „Beobachtung: Sich verrenkende Glieder in Gaskammern voller Musik, Diskotheken, eine Kallise aus Gewalttätigkeit, die zum Schneiden dick als diffuser Dunst aus Schreien, Hitz, Rauch, kostümierten Narren, sich verrenkenden, durcheinanderkollenden Körperteilen besteht; gespenstisch, tatsächlich Gaskammer.“ Von den LeserInnen aufgeschreckt, beantragte eine Redaktionskonferenz, gestützt von den drei „Säulen“, den Gründungsmitgliedern Vera Gaserow und Arno Widmann sowie Kommentator Klaus Hartung, ein Schreibverbot für den freien Mitarbeiter Kapielski in der „taz“. „Kein Platz für Rassismus“, hieß es in einer kurzen Stellungnahme Widmanns (29.10.88).

Helmuth Höge, ebenfalls langjähriger freier Mitarbeiter der Zeitung aus den bessischen Rocky Mountains (Vogelsberg), forderte für sich ebenfalls Schreibverbot oder Hausverbot, denn „wie steh ich sonst vor meinen Freunden da?“ (zitiert nach „taz-intern“ vom 2.11.) Als solche nennt er neben Kapielski Gabriele Riedle, Regine Walter-Lehmann, Sabine Vogel und Wiglaf Droste. Höge präsentiert seine verbale Solidarisierung: „Bis zur Vergasung habe ich mich in den vergangenen acht Jahren bemüht, aufrührerische Artikel und Beiträge in der taz zu platzieren.“ Es folgte die eingangs erwähnte Versammlung am 31.10., auf der die Mehrheit für die Kündigung von Regine Walter-Lehmann und Sabine Vogel votierte, die für die Kapielski-Texte verantwortlich waren und ihnen mit ihrer Verteidigung die Krone aufsetzten. Sabine: „Ich habe kein Problem mit diesem Wort (gaskammervoll) und weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll. Ich übernehme die Verantwortung für dieses Wort.“ Regine: „Es gibt seit der Veröffentlichung kein Wort, das hier so häufig verwendet wird. Alle lassen es genüsslich hier über die Lippen fließen.“ (Protokoll vom 31.10.88)

Petra Bornhöft, Vera Gaserow und Meino Böning beschreiben die Versammlung als „Prozeß einer Grenzziehung“ und „historische Stunde für die taz“ (Ausg. vom 4.11.88). „Zur Diskussion standen Bilder und Vergleiche, die in scheinradikaler Rotzigkeit die Vernichtung von Millionen Ju-

den und die Verantwortung für unsere Geschichte zum Gegenstand von moderner Tabubrecherei machen.“ Es müsse einen antifaschistischen und antirassistischen Minimalkonsens in der Zeitung geben, „hinter den es kein Zurück mehr gibt. Und wenn das nur mit Entlassungen geht — gut, dann auch mit Entlassungen.“ Auf die Dringlichkeit dieser Grenzziehung weist der Bericht mit etwas vagen Worten hin. Es habe noch einen anderen Artikel gegeben, versehen mit einer Überschrift, „die aus dem Wort „Euthanasie“ ein zugleich rassistisches und sexistisches Wortspiel machte. Erst nach vehementen Protesten korrigierte der verantwortliche Redakteur diese Überschrift.“

Am 5.11. teilt Kulturredakteur Thierry Chervel auf einer Debatte mit, worum es sich handelte. Supertaz-Nachwuchsstar Wiglaf Droste, spritzig, frech, salonautonom bzw. jung, jung und nochmals jung, hatte über eine „Emma“-Kritik die Zeile „Euternasie und Konsensmilch“ gesetzt und darunter: „Alice Schwarzer in „Emma“ über Domenica: ein klarer Fall von Euternasie.“ Vera Gaserow hat das bis auf die „Konsensmilch“ weggeschnitten, und irgendwie habe ich ausnahmsweise das absolut unironische Gefühl, daß man sich bei ihr dafür bedanken muß. Drostes zensierter Text war am 2.11. erschienen. Er erregt sich über ein „Emma“-Gespräch mit Domenica, von Alice Schwarzer so vorgestellt: „Von der Star-Hure der Linken zur Street-Fighterin für Frauen“. Dem „taz“-Artikel ist zunächst nicht mehr zu entnehmen, als daß sich Droste über die demonstrative Übereinstimmung der beiden Frauen ärgert:

„Gemeinschaftserlebnis“, „Wild-und-wiesen-Kitach“, „warmes Gephäusel“, „klassisches Bild von Frauen für Frauen“. Wer bei „Emma“ nachschlägt, kann das Gespräch so klischeehaft nicht finden. Domenica ist einerseits mütterliche Hure, aber andererseits — und das unterschlägt Droste, obwohl es das Thema des Gesprächs ist — geht sie mit einer Anlage der Kiez-Zustände an die Öffentlichkeit, setzt sich für junge, drogenabhängige Prostituierte ein und engagiert sich gegen die Zuhälterei.

junge, drogenabhängige Prostituierte ein und engagiert sich gegen die Zuhälterei.

macht werden. Das Aufdecken des Grauens jenseits der Grenzen müsse gleichzeitig erlaubt und verboten sein, „denn in diesem engen Raum ... bewegt sich die Suche. Es ist eine Frage der Genauigkeit.“ Durch Gedankenlosigkeit und Provokation um der Provokation willen könne die Grenze aber auch ausgelastet werden. „Sie wird harmlos dadurch, totgetreten wird das Grauen, das gerade wachgehalten werden muß.“ Ja, das sind kluge Worte, die schon in den Gründungserklärungen der „taz“ zu hören waren. Aber wann hätte sich die Zeitung solcher Genauigkeit bedient? Immer ist es so gewesen, daß die „taz“ in aller Frische Schläge auf Geschlagene verteilte, naßforsch, schnoddrig, skrupellos, und anschließend waren die Schläger sensible kleine Kinder, die doch nur sich selbst quälten und an der alltäglichen Wirklichkeit verzweifeln.

Wurum nicht einmal die Tabus verletzen, die um die Aura der jungen Damen- und Herrenjournalisten sorgfältig errichtet werden? Gaserow, Hartung und Widmann argumentieren, durch die Vergleiche werden die Täter des Nationalsozialismus verharmlost und die Opfer verhöhnt. Sie wenden sich daher mit Recht gegen den gedankenlosen Umgang mit Sprache. Nur kann ich nicht glauben, daß Kapielski, Droste oder Höge gedankenlos wären. Es gibt nun einmal kein spontanes Schreiben. Jede Schülerzeitungs-Provokation ist auch Entblößung der Verfasser, denn jedes getippte Wort setzt Überlegung und Bearbeitung voraus. Daher muß über die Aggressionen geschrieben und gesprochen werden, Aggressionen, die leider keine privaten Autoren-Macken sind. Aggressionen, die in der „taz“ mit schlafwandlerischer Sicherheit vor bestimmtem, politischem Hintergrund auftreten und diesmal vor dem Hintergrund des 50-Jahre-Datums der antisemitischen Pogrome in Deutschland.

Nicht eigene Vernichtungsängste, so die These, lugen Kapielskis Wort zugrunde. Das „gaskammervoll“ galt den Anderen, war als verächtliche Qualifizierung des Disko-Publikums gemeint. Nicht eigene Vernichtungsängste führten Droste

des Disko-Publikums gemeint. Nicht eigene Vernichtungsängste führten Droste



taz-anstößig: EMMA-Titel mit Domenica

Das ist genau der Grund für die Übereinstimmung mit Alice Schwarzer, und warum, zum Teufel, soll das schlecht sein? Warum, zweitens, giftet Drostes Attacke in dem NS-Vokabular, während Piekke Biermann, die mit eben diesem Engagement von Prostituierten bekannt geworden ist, seinen Freund Kapielski kritisiert? Weiter verweist Droste auf hundert Zeilen seine armselige, einzige Assoziation: „Konsensmilch“, „Liebfrauenmilch“, „man trägt wieder Brust, und zwar reichlich“, „klarer Fall von Euternasie“. Vielleicht eine Art Busenocid, in jedem Fall eine Aggression. Eine Aggression: woher sie kommt, wissen wir nicht, aber wie sie beschaffen ist, müßte näher zu bestimmen sein. Auch Kapielski ging nicht als Leidender an der Welt, sondern aggressiv in jede Diskothek: Grölend, Hertha BSC, Angriffswelle. Und Gleiches gilt für Höge.

Von diesen — nochmals: ganz klaren — Aggressionen ist nicht die Rede in den Beiträgen von Thierry Chervel („taz“, 5.11.88), Wolfgang Neuss (11.11.88) und ein bißchen auch von René Zucker (ebenda), die sich um Verständnis für Droste und Kapielski bemühen. Chervel schreibt, Grenzen müßten durch tastende Überschreitungen ja gerade sichtbar ge-

zum Gedanken an Euthanasie, sondern der Spott über einen Zusammenschluß von Frauen, die sich wehren wollen. Droste assoziiert Opfer, Schwäche, Lebensunfähigkeit. Er, der in einem Streitgespräch mit Schwarzer oder Domenica keine fünf Minuten standhalten könnte, findet seine Lust beim Niedermachen von vermeintlich Schwächeren. Faschistische Assoziationsketten, aber keine Faschisten.

Nicht nur aus moralischer Gebärde, sondern wohl auch wegen eigener, zurückliegender Experimente zieht die „taz“ Grenzen. Jeder weiß, daß diese Masche nicht zum ersten Mal in dem Blatt stattfindet, aber das ist ein weiteres Tabu. Die Minderheit greift die administrativen Maßnahmen als „stalinistisch“ an und verteidigt emphatisch die Freiheit des Wortes. O.k., Wiglaf muß ja nicht auch noch zum „Wiener“ gedrängt werden. Aber erstaunlich ist doch, wie sanft die spitzen Schreiber säuseln, sobald das Wort Entlassung einmal gefallen ist. Wie leicht verändern sich die schwarzgelederten Wölfe in die armen, achsoßen Hundewelpen. Und jaulen und wollen gestreichelt werden. Ich kann nicht sagen, daß ich das wahnsinnig ungern gehört hätte.

de.



Europäische Atomstreitmacht: Die unvermeidliche Zustimmung der SPD

Als Anfang November nicht die sterblichen sondern seit bereits 10 Jahren gänzlich mausetoten Überreste des „Großen Europäers“ Jean Monnet in das Pariser Pantheon überführt wurden, waren alle dabei: Mitterrand und Giscard, Kohl und Schmidt, Heath und Soares.

Monnet war der Gründer des „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“, einer Vereinigung, die nicht zuletzt den Aufbau der westeuropäischen Atomstreitmacht voranzutreiben sich auf die Fahnen geschrieben hatte. Eine diesbezügliche Willensbekundung des Monnet-Komitees wurde am 16.1964 u.a. auch von den SPD-Politikern Willy Brandt, Herbert Wehner und Fritz Erler unterzeichnet.

Interessant und durchaus aktuell ist diese Erklärung nicht nur im Hinblick auf die derzeitigen analogen Bemühungen. Spannender noch sind die Dokumente, die von erheblichen, wenn auch vergeblichen Bemühungen der britischen und niederländischen Sozialdemokratie zeugen, die SPD-Vertreter im Monnet-Komitee von der Zustimmung zur Europäischen Bombe abzuhalten. Diese Dokumente aus dem Nachlaß des ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler vergilben in der Friedrich Ebert-Stiftung und wurden m.W. öffentlich bisher nirgendwo dokumentiert. Nicht der jüngste Totentanz um Monnet macht diese Dokumente interessant, sondern die offenkundige Analogie in der derzeitigen Auseinandersetzung um den deutschen Griff zur Bombe:

So werden erneut die britische und niederländische Sozialdemokratie — Tony Benn von der Labour-Party und Sonja van der Gaast von der Partei der Arbeit — Ende November 1988 in Opposition zur SPD-Führung ihre Unterstützung für die Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ bekunden.

Streitpunkt war, wie gesagt, eine am 16.1964 zu verabschiedende Erklärung des „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“.

Der erste Entwurf der besagten Erklärung stammte vom 14.1.64 und forderte ohne Umschweife die Errichtung einer Europäischen Atomstreitmacht. Daß die SPD diesem Text zustimmen wollte, war für das holländische Komitee-Mitglied A. Vondeling (Fraktionsvorsitzender der PvdA) offenkundig eine Überraschung. Am 5.3. erhielt Erler das folgende Telegramm: „EINVERSTÄNDNIS SPD MIT DEN VORSCHLÄGEN IM ERKLÄRUNGSENTWURF MONNET ZUR MLF UND ZUR EUROPÄISCHEN ATOMSTREITMACHT HABEN BEI UNS GROSSE BESTÜRZUNG VERURSACHT STOP EINVERSTÄNDNIS PARTI VON DE ARBEID SCHEINT AUSGESCHLOSSEN

STOP BEDAUERN SEHR DASS FUEHLUNGNAHME ZWISCHEN PARTEIFUEHRERN SECHS SOZIALISTISCHEN PARTEIEN UEBER DIESE FRAGE NICHT STATT GEFUNDEN HAT STOP VONDELING“

Selbstverständlich war man im Monnet-Komitee gerade in dieser Frage um Einstimmigkeit bemüht. Am 6.4. kam Vondeling nach Bonn. Erler konfrontierte ihn mit einer überarbeiteten Version der Komitee-Erklärung, jedoch ohne Erfolg.

In einem Brief Vondelings an Erler vom 20.4. heißt es: „Der neue Text vermeidet die Worte ‚Europäische Atomstreitmacht‘. Aber in Wirklichkeit spricht auch der neue Entwurf sich zu Gunsten dieser macht‘. Aber in Wirklichkeit spricht auch der neue Entwurf sich zu Gunsten dieser macht“.

Für Erler war die Sache damit gelassen. Der Vondeling-Brief kam mit dem Vermerk: „Mit Herbert Wehner besprochen, eine schriftliche Antwort scheint nicht sinnvoll. 29.4.64“ in die Ablage.

Ein paar Seiten weiter findet sich im Erler-Nachlaß dann ein bemerkenswerter Brief von Herbert Wehner an Erler und Willy Brandt. Auf zwei engbetupften Seiten berichtet Wehner von seinen Anstrengungen, auch die britischen Vorbehalte gegen die SPD-Atomstreitmacht-Ambitionen abzuschütteln:

„Inzwischen ist auf Veranlassung von Wilson (damaliger Labour-Chef, ab Oktober 1964 britischer Premier — ms.) und im Benehmen mit van der Stoep (PvdA-ms.) der Versuch gemacht worden, eine Zusammenkunft anzubereiten, die im Anschluß an die Bürokratie am 13. Mai in London Vertreter der Parteien in NATO-Mitgliedsstaaten an einen Tisch und zu einer Art Stellungnahme gegen MLF bringen soll. Ich habe mitteilen lassen, daß wir eine solche Zusammenkunft nicht besuchen können und werden, daß wir auch nicht imstande sind, die für eine solche Zusammenkunft kompetenten Freunde unserer Partei zu diesem Zeitpunkt nach London zu bitten ... Daraufhin ist inzwischen diese Sitzung abgesagt worden. Ich bin aber davon unterrichtet, daß während der Bürokratie der Versuch gemacht werden soll, einen neuen Termin, der wiederum vor der Tagung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa stattfinden soll, nämlich am 25.5., zu finden. Ich werde mich in Bezug auf diese Termin genau abnehmend verhalten wie gegenüber dem 13. Mai. Hier wird der Versuch gemacht, uns unter beinahe allen Umständen davon abzuhalten, die für unsere politische Haltung unvermeidliche Zustimmung zu der am 1. und

2. Juni vorgesehenen Erklärung des Aktionskomitees zu geben. Das ist eine bisher nie dagewesene Verhaltensweise...“

Die Blockade im sozialistischen Umfeld machte es um so dringlicher, zumindest eine hochrangige SPD-Teilnahme im Komitee sicherzustellen. Monnet persönlich reiste zu Wehner und drängte auf Teilnahme von Erler und Brandt. Wie Wehner berichtet, „betonte Monnet, wie wesentlich es sein würde, wenn deutlich erkennbar gemacht würde durch eine repräsentative sozialdemokratische Beteiligung, daß es sich um eine Mehrpartei-Außenpolitik handelte. Ich gebe diese Bitte so dringend weiter, wie Jean Monnet sie mir nahegelegt hat...“

Am 1.6.1964 wird die „Gemeinsame Erklärung“ verabschiedet. Eingerahmt von allerlei Friedensbeteuerungen wird die „europäische“ Beteiligung an der atomaren Verteidigung und der gleichberechtigten europäischen NATO-Pflicht gefordert. Nicht vergessen wird der Hinweis die diesbezüglichen und saisonalen ja immer so friedlichen Kapazitäten von EURATOM, deren „Methoden zur Gestaltung einer Gemeinschaftsarbeit auch auf die übrigen Verwendungsbereiche der Atomenergie anwendbar seien.“

Die einzige Gegenstimme kam von Vondeling. Die bundesdeutschen DGB- bzw. IGW-Chefs Ludwig Rosenberg und Otto Brenner enthielten sich skandalöserweise der Stimme. Erler, Wehner, Brandt, sowie Barzel, Kiesinger und Birrenbach stimmten zu.

Das derzeit wichtigste SPD-Mitglied im „Aktionskomitee für Europa“ heißt Egon Bahr. In einer u.a. von ihm sowie Alfred Dreger und Jacques Chaban-Delmas verfaßten Stellungnahme des Komitees vom 19.1.1988 wird u.a. „die Koordinierung der Grundlagenforschung im militärischen Bereich, die Annahme gemeinsamer industrieller Programme und die Öffnung der Waffenzentren“ gefordert. „In gleicher Weise brauchen wir eine Koordination und eine gemeinsame Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsprogramme einschließlich des Aufbaus eines europäischen Satellitennetzes für Aufklärung, Warnung und Kommunikation ... Um eine wirksame Abschreckung aufrechtzuerhalten müssen Frankreich und Großbritannien ihre nuklearen Potentiale koordinieren; das gilt für die operationelle Ebene und für die Programmierung neuer Kernwaffensysteme sowohl hinsichtlich ihrer Konzeption als auch für deren Anwendung.“

Die Akte über die diesbezügliche vertrauliche Abstimmung lagert im Ollenhauer-Haus. Irgendwann werden wir sie zu lesen bekommen.

ms

Dokument

Gespräch der deutschen Mitglieder der „Arbeitsgruppe Sicherheit“ zwischen der SPD und der PSF am 7.9.1987

Auf Einladung von Egon Bahr nahmen an dem Gespräch teil: Prof. Dr. Horst Ehmke, MdB, Karsten Voigt, MdB, Hans Koschnick, MdB, Dr. Andreas von Bülow, MdB, Dr. Uwe Stehr, Dr. Dieter Boden, Dr. Wolfgang Biermann, Veronika Isenberg.

(...) Horst Ehmke nannte 5 Punkte für das Gespräch mit der PSF:

1. Gebe es die französischen Atom-U-Boote. Diese seien existent. Man müsse wissen, was die Rolle dieser französischen strategischen Nuklearwaffen sei.
2. Gebe es die Raketen des Plateau d'Albion.
3. Mösse es eine Forderung der SPD geben, daß die prästrategischen Waffen weg kommen. Dies sei auch aus psychologischen Gründen für die SPD wichtig.
4. Wir wollen klipp und klar wissen, ob Frankreich an der Verteidigung Mitteleuropas teilnehme. Die FAR** sei ohne logistische Unterstützung sinnlos.
5. Frankreich sei in hohem Maße in die NATO integriert, z.B. durch das Frühwarnsystem, die Luftverteidigung, Öllinken, Rüstungskonvention, Nachschublinien. Es stelle sich das Problem des Oberbefehls. Schmidt habe mit seinem Vorschlag recht, daß man zwei Oberkommandos

Der Vorschlag der PSF gehe sehr weit, aber man brauche ein Gegenpapier.

Egon Bahr schlug vor, keine Unterteilung zwischen den Nuklearwaffen auf Unterseebooten und des Plateau d'Albion*** zu machen. Die Unabhängigkeit der französischen Atomwaffen bleibe. Die Bundesrepublik solle nicht mehr von Frankreich fordern als von den Amerikanern, das heißt, Information und Konsultation in Bezug auf Ziel- und Einsatzpläne. Auf unserem Boden sollten keine neuen prästrategischen Waffen stationiert werden. Bei der Frage des Einsatzes stelle sich die Frage, ob diese ohne Rücksichtnahme auf die Bundesrepublik geplant sei. In Bezug auf die NATO müsse man argumentieren, daß das bereits erreichte Maß an Integration nicht reiche. Nötig sei eine verbindliche Absprache. In Bezug auf die konventionellen Streitkräfte müsse man über den Oberbefehlshaber und die Kriterien für den Einsatz der konventionellen Streitkräfte sprechen. Auch wenn es eine deutsch-französische Brigade gebe, blieben diese Fragen zu klären. Wem würde sie unterstellt, einem französischen Oberbefehlshaber oder der NATO? (...)

Voigt: Soweit es um die nukleare Komponente gehe, müßten unsere Interessen

durch den amerikanischen Atomschirm abgedeckt sein. Die französischen Nuklearwaffen könnten kein Ersatz für die amerikanischen sein. Wenn man den französischen Atomschirm akzeptiere, dann müsse man die Modernisierung der französischen Atomwaffen legitimieren und als zweiten Schritt die Mitsprache fordern. Frankreich könne noch weniger als die USA auf First Use verzichten.

Egon Bahr: Es werde uns nicht gelingen, die französischen Nuklearwaffen abzuschaffen. Für ihn würden folgende Elemente genügen: die französischen Nuklearwaffen blieben in der Entscheidungskompetenz Frankreichs, aber man benötige gleiche Konsultationen wie in der NATO und es dürfe keine Nuklearwaffen auf deutschem Boden geben. (...)

Stehr fragte, ob es denn in unserem Interesse sei, wenn Frankreich bei einem lokalen oder konventionellen Konflikt mit Nuklearwaffen eingreife. Dies sei doch im Gegensatz zu unserer Politik. Er sehe 4 Punkte für den Gegenvorschlag der SPD: 1. Die konventionelle Abschreckung mit neuer Struktur. Das heißt beruhend auf einem deutsch-französischen Kern und beiden Aspekten, sowohl dem Verteidigungsaspekt als auch dem Abrüstungsaspekt entsprechend der Harmel-Doktrin.

2. Der amerikanische Atomschirm bleibe nach wie vor erhalten, jedoch ohne First Use.
3. Forderung nach der Eliminierung der prästrategischen französischen Nuklearwaffen.
4. Die strategische französische Nuklearstreitmacht bleibt unangestastet.

Diese Zusammenfassung in 4 Punkten fand die Zustimmung der Teilnehmer. Deshalb wurde beschlossen, das Egon Bahr einen Gegenvorschlag der SPD erarbeiten werde. Die Vorbereitungen sollen Stehr, Boden und Biermann übernehmen. Dieser SPD-Vorschlag soll dann unter den deutschen Mitgliedern der Arbeitsgruppe besprochen werden, bevor er im bilateralen Gespräch mit der PSF eingebracht wird.

*) Veronika Isenberg = Internationales Sekretariat, Protokollantin der Sitzung
Uwe Stehr = Mitarbeiter von Egon Bahr
Dieter Boden = Mitarbeiter von Ehmke
Wolfgang Biermann = Vertreter der SPD im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung
**) FAR = Französische Eingreiftruppe
***) Plateau d'Albion = Raketenabschulbasis in Zentralfrankreich

Politik

Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Nr. 6
Juli 1985

Chemische Abrüstung

Modell für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa



Ein von SPD und SED entwickelter Rahmen

Auf allen Hochzeiten ist die SPD dabei

Atomwaffen und SPD

„Die Bedeutung Westeuropas muß wachsen“

Von den Atommacht-Ambitionen der Unionsparteien, wenigstens der CSU, darf laut gesprochen werden. Gibt es auch seitens der SPD ein Interesse an der „europäischen“ bzw. bundesdeutschen nuklearen Option?

Einem großen Teil der Friedensbewegung ist bereits die Frage unangenehm. Man läßt sich von sozialdemokratischer Friedensrhetorik gar nicht so ungerne beruhigen: Das erspart eigenes Nachdenken und ätzenden Streit. Selbst die lächerlichsten SPD-Verrenkungen bei dem Versuch einer glaubwürdigen Zurückweisung der Forderung „Atomwaffenverzicht ins Gedengesezt!“ (siehe AK 299) werden von der Friedensbewegung toleriert, ja geradezu „verständnisvoll“ zur Kenntnis genommen. Da es bei der Euro-Bombe und dem deutschen Finger nicht zuletzt auch um das Überleben der Menschheit geht, ist ein wenig mehr Gründlichkeit ratsam.

Kaum beachtet wurde zu Beginn dieses Jahres ein als „intern“ gekennzeichnetes Diskussionspapier des SPD-Abgeordneten Hermann Scheer zur „Handlungsorientierung sozialdemokratischer Außenpolitik“. Scheer ist Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung der SPD-Bundestagsfraktion. Wir wissen nicht, was den in der eigenen Partei als „Profilneurotiker“ verschrieenen Abgeordneten veranlaßt hat, dieses Papier zu schreiben — sicher ist nur, daß darin die Kernwidersprüche der SPD in der Frage der Atomwaffen in ungewöhnlicher Klarheit auf den Punkt gebracht werden:

— Die SPD habe „noch nicht herausgearbeitet, daß es zwei prinzipielle unterschiedliche Ansätze der Selbstbehauptung Westeuropas gibt (...) und daß diese zu völlig unterschiedlichen Perspektiven für die Neugestaltung Gesamteuropas führen würden“; Zum einen könne „Selbstbehauptung“ bedeuten, „künftig weitgehende amerikanische Militärpotentiale einschließlich der Nuklearenergie durch eigene westeuropäische Potentiale zu ersetzen; die Folge wäre, daß sich zu den Hochrüstern USA und Sowjetunion ein dritter westeuropäischer Hochrüster gesellt und gleichzeitig amerikanische Militärpotentiale für ein stärkeres Engagement und mehr Spielraum dafür in anderen Teilen der Welt freisetzt. Damit wäre niemandem geholfen, und Westeuropa würde einen Weg einschlagen, der sich bereits bei den Supermächten als unselig erwiesen hat.“ Diese Linie bezeichnet

die CDU/CSU-Europapolitik?

2. Steht die SPD in Opposition zur Nuklearmischungsdebatte im März 87, die früher oder später den Griff zur eigenen Bombe mit sich bringen wird?

„Heute sind Sie ja gut, Herr Ehmke!“

so der spontane Ausruf Alfred Dreggers in einer Bundestagsdebatte im März 87. Spätestens seit dieser Debatte existiert der von Scheer kritisierte „europäische“ Schulterschluss zwischen Regierungsparteien und SPD.

Im Namen seiner Partei und seiner Fraktion und unter positiver Bezugnahme auf Alfred Dregger unterbreitete Horst Ehmke der Bundesregierung in seiner Bundestagsrede vom 20.3. 87 „den Vorschlag für eine gemeinsame Initiative“. Auf dem Gebiet der Westeuropapolitik gebe es „einen Weg zu einer sehr breiten Mehrheit in diesem Hause, der (...) der Stimme der Bundesrepublik in Europa und in der Welt zusätzliches Gewicht gebe.“ Denn man sei sich einig, „daß wir mehr denn je ein enges deutsch-französisches Zusammenwirken brauchen.“ Zur notwendigen Zusammenarbeit gehörten die „gemeinsame Logistik und gemeinsame Ausbildung unserer Truppen“ sowie die „Abstimmung der Einsatzplanung französischer Atomraketen“, an denen man, solange sie deutschen Boden erreichten, „mitwirken“ und „beteiligt“ sein wolle. Auf der Tagesordnung stehe aber auch der gemeinsame Bau eines Leitsatelliten für die Force de frappe: „Ohne verlässliche eigene Kapazitäten auf dem Gebiet der weltraumgestützten Nachrichtenbeschaffung wäre Europa in einem sicherheitspolitischen Kernbereich weiterhin gänzlich von den Vereinigten Staaten abhängig.“ Daß dies dem Gedanken der Gleichberechtigung im Bündnis widerspreche — darüber sei man sich ja wohl hoffentlich einig. Speziell im Bereich der sogenannten Sicherheitspolitik sei die deutsch-französische „Schrittma- cherrolle“ vorhanden: „In diesem Bereich müssen wir viel mehr drängen (...) Auf unsere Mithilfe jedenfalls, soweit wir mithelfen können, können Sie auch in dieser Frage rechnen.“

Die Ehmke-Rede ist nicht nur ein Dokument nationaler, bzw. eurochauvinistischer Denkart, die sich ja auch an zahlreichen SPD-Parteitagsbeschlüssen festmachen läßt. Ihre besondere Bedeutung liegt darin, der Bundesregierung für alle die „europäische“ Verteidigung betreffende Fragen ein Stillhalteabkommen angeboten und einen Freibrief ausgestellt zu haben. Dieser Freibrief bezieht sich ohne Zweifel auch auf die atomaren Ambitionen: Ehmke und seine Freunde kennen aus erster Hand den nuklearen Geltungs- und Machtstreben der Bundesregierung.

aus erster Hand den nuklearen Geltungs- und Machtstreben der Bundesregierung. In den 60ern (Große Koalition) hatte man gemeinsam gegen den Atomwaffenstoppvertrag und für das Offenhalten der „Europäischen Option“ gekämpft.

Von einem Interesse an der Mobilisierung gegen oder auch nur Aufklärung über die Atomwaffenpolitik der Unionsparteien kann bei der SPD somit keine Rede sein.

— Im Zusammenhang mit der Pershing 1A-Drittstaatenthese hatte die SPD-Führung (Vogel/Brandt) zu ihrem Zeitpunkt die Kohlische Atommacht-Pose in der Sache kritisiert, sondern einzig den Umstand, daß durch diese Politik im Ausland ein „mißverständlicher“ Eindruck hatte entstehen können. Es war eine Methodenkritik.

— Im Mai 1988 folgte die Revision des CDU-Grundsatzprogramms zugunsten der Europäischen Atomstreitmacht. Großbritannien und Frankreich werden darin aufgefordert, ihre Atomwaffen in eine „Europäische Sicherheitsunion“ einzubringen und die Verfügungsgewalt mittelfristig einem „Europäischen Verteidigungsrat“ zu übertragen. Daß die SPD dies stillschweigend zur Kenntnis nahm, ist kein Zufall sondern Kalkül. Liegt es nicht auf der Hand, daß schon diese „Bündnispolitik“ nicht unerheblich dazu beiträgt, die nuklearen Vorstöße der Bundesregierung abzusichern?

Nukleare Abschreckung

Die SPD spielt eine vorantreibende Rolle, wenn es darum geht, im NATO-Rahmen „eine Verlagerung der Aufgaben und Verantwortung, der Lasten und Einflußmöglichkeiten“ (Ehmke lt. FAZ, 24.5.88) zugunsten Westeuropas vorzunehmen. Bei der nuklearen westeuropäischen Aufrüstung liegen die Dinge komplizierter. Hier dominieren stillschweigende Billigung und der Versuch, die von Scheer kon-

stanzierende Unklarheit über die Stoffrichtung der „Selbstbehauptung Europas“ zu konservieren. Eine grundsätzliche Klärung dieser Frage wird tunlichst vermieden. Eine offene Unterstützung der nuklearen Aufrüstung erlaubt sich die SPD derzeit nur in nicht-öffentlichen Gremien wie der Westeuropäischen Union oder dem „Aktionskomitee für Europa“. Dort unterstützte sie beispielsweise die berüchtigte WEU-Ministerrats-Erklärung vom 26./27.10.87, in der es u.a. heißt: „Auch im nuklearen Bereich werden wir in Zukunft unseren Beitrag leisten: einige von uns, indem sie geeignete Formen der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten fortführen; das Vereinigte Königreich und Frankreich, indem sie unabhängige Nuklearstreitkräfte beibehalten, deren Glaubwürdigkeit zu wahren sie entschlossen sind.“

In einer Unter-AG des „Aktionskomitee für Europa“ hatten sich Dregger und Bahr bereits im Januar 1988 auf die gemeinsame Forderung verständigt, daß „um eine wirksame Abschreckung aufrechtzuerhalten“, Frankreich und Großbritannien „für die Programmierung neuer Kernwaffensysteme (...) ihre nuklearen Potentiale koordinieren“ müßten (siehe nebenstehender Beitrag).

Die sozialdemokratische Zustimmung in diesen Gremien schafft Fakten, die man in der Rhetorik abstreiten bemüht ist. Das Ergebnis ist ein erbärmlicher Eiertanz. Hans-Jochen Vogel zu den Beschlüssen des „Aktionskomitee“: „Wir unterstützen die Tendenz dieser Empfehlung, ohne uns alle Einzelheiten zu eigen zu machen und ohne auf unsere Kernziele zu verzichten, zu denen die schrittweise Überwindung der Strategie der Abschreckung durch ein System gemeinsamer Sicherheit gehört.“ (Europäische Wehrkunde 3/88) Die „schrittweise“ Überwindung der Abschreckung erfolgt nach dem Vorbild des „schrittweisen“ AKW-Ausstiegs: Man produziert heiße Luft.

Neue französische Mittelstreckenraketen

Besonders eindringlich widmet sich die SPD der „Überwindung“ der französischen Abschreckung. Das nebenstehend in Auszügen dokumentierte Protokoll einer SPD-internen Beratung verrät in brutaler Deutlichkeit das Strickmuster dieser Politik:

— Die strategischen, d.h. die Sowjetunion direkt bedrohenden Atomraketen auf den französischen U-Booten und auf dem Plateau d'Albion (Abschußrampe im südöstlichen Frankreich) sollen „unangestastet“ bleiben, d.h. nicht zum Gegenstand eigener Initiativen gemacht werden. In der Realität bedeutet dies, daß man auch den Ausbau und die Modernisierung dieser Waffen akzeptiert.

— Gleichzeitig fordert man die Abschaffung der prästrategischen, d.h. „deutsches“ Territorium bedrohenden Raketen: „Dies sei auch aus psychologischen Gründen für die SPD sehr wichtig.“

Der dieser Besprechung folgende Münsteraner SPD-Parteitag vom September 1988 verlief, wie im Strickmuster vorgegeben: Zwar ist bekannt, daß die strategischen Atom-U-Boote das eigentliche Kernstück der Force de frappe darstellen, wie auch bekannt ist, daß auf dem Plateau d'Albion neue Atomraketen mit Mehrfachsprengköpfen (Reichweite: 5.300 km) aufgestellt und die INF-Lücken somit kompensiert werden sollen. Weil diese Aufrüstungsmaßnahmen von zentraler Bedeutung sind, werden sie vom SPD-Parteitag ignoriert. Der Parteitagsschluß fordert ausschließlich die Abschaffung der Kurzstreckenraketen, und weil diese Forderung tatsächlich verabschiedet wurde, stimmt auch die Psychologie: Die eurostrategische Aufrüstung geht weiter und die Partei ist abrüstungspolitisch zufriedengestellt. Den meisten der SPD-Delegierten dürfte bis heute unklar sein, wie sie gefoppt wurden: Es gab in Münster keine Informationen über die französischen Mittelstrecken-Vorhaben und erst recht keine Diskussion über eine diesbezügliche SPD-Position. Die wesentliche Vorentscheidung fiel in einer höchst intimen Beratung am 7.9.1987. (siehe Protokoll-Auszüge)

Westeuropäische nukleare Planungsgruppe

Karsten Voigt wandte sich am 7.9.87 lt. Sitzungsprotokoll als einziger dagegen, für die Bundesrepublik den französischen Atomschirm zu akzeptieren: „Dann müsse man die Modernisierung der französischen Atomwaffen legitimieren und als

zweiten Schritt die Mitsprache fordern.“

Dies entspricht der Wahrheit. Als „Gefangene dieses negativen geistigen (Abschreckungs-)Systems“ (H. Scheer) muß die BRD und in diesem Fall auch die SPD daran interessiert sein, den BRD-Einfluß auf jene eurostrategischen Waffen zu maximieren, die sie befürwortet.

Die CDU-Forderung nach Errichtung eines Europäischen Verteidigungsrats trägt dieser Logik Rechnung. Das sozialdemokratische Pendant ist die Forderung nach Errichtung einer westeuropäischen Nuklearen Planungsgruppe (NPG) — eine Forderung, die pikantesweise in der BRD-Öffentlichkeit erstmals gegenüber der taz (am 29.1.88) offensiv zum Ausdruck gebracht wurde:

taz: Zumindest Teile der Union möchten von Frankreich verlangen, daß sie die Zielplanung dieser Waffen einsehen und auch beeinflussen können, also eine Mitsprache erreichen. Und was wollen Sie, wenn Frankreich zum Beispiel die Hades produziert?

Bahr: Daß ich mit Frankreich einen Zustand erreichen muß, den wir mit den USA bereits haben, nämlich Konsultationen und eine nukleare Planungsgruppe, das ist doch das Selbstverständliche der Welt.

taz: Also daß die BRD mit Frankreich auch in einer westeuropäischen nuklearen Planungsgruppe mit am Tisch sitzt?

Bahr: Ja, selbstverständlich.

H.J. Vogel machte auf der diesjährigen Wehrkunde-Tagung klar, daß es sich hierbei keineswegs um eine Bahr-Marotte handelt: Zwar wolle man — so Vogel — die britische und französische Verfügungsgewalt über die Atomwaffen durchaus anerkennen. „Aber wir können erwur-

ten, daß die mit ihnen verfolgten Absichten mit den Partnern des europäischen Sicherheitssystems ebenso abgestimmt werden, wie mit den Vereinigten Staaten.“ (Europäische Wehrkunde 3/88) Die USA-Analogie stellt klar, daß die SPD eine Mitsprache über das gesamte eurostrategische Potential (und nicht nur bzgl. der deutschen Territorien erreichenden Waffen) beansprucht. Zweitens versteht sich von selbst, daß der BRD-Einfluß in einer westeuropäischen NPG erheblich höher ist, als in der NATO-NPG, wo dem Vernehmen nach die BRD schon heute alles andere als Schüchternheit an den Tag legt.

Zusatzprotokoll zum Elysée-Vertrag

Wie wir gesehen haben, geht die SPD in der Frage der nuklearen Abschreckung mit einer gewissen Delikatesse ans Werk. Das hat zwei Ursachen: Zum einen gibt es keinen Grund, als Oppositionspartei auf diesem eher unpopulären Gebiet mit der Bundesregierung konkurrieren zu wollen. Zum anderen hat man Probleme, in der eigenen Partei und ihrem gesellschaftlichen Umfeld die offene Zustimmung zur nuklearen Aufrüstung zu legitimieren. Zwischen dem realen Ja zur nuklearen Aufrüstung und dem rhetorischen Nein zur nuklearen Abschreckung bleiben unüberbrückbare Widersprüche. Dies wurde auf dem Münsteraner SPD-Parteitag in zweifacher Hinsicht offenkundig.

Der erste Streit drehte sich um einen Antrag mit folgendem Wortlaut: „Eine Zustimmung zur derzeitigen atomaren Strategie Frankreichs widerspricht deutschen



Deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik (Beschluss des SPD-Parteitages von Münster, 1988)

„Unter SPD-geführten Bundesregierungen wurde die deutsch-französische Zusammenarbeit auch in sicherheits- und abrüstungspolitischen Fragen ausgebaut. Die SPD unterstützt eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit auch in der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Die Bedeutung Westeuropas in der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik muß wachsen. Hierzu ist eine noch wirksamere Zusammenarbeit erforderlich (...) Indem es seine sicherheitspolitische Zusammenarbeit verstärkt, kann Westeuropa allmählich eine Situation schaffen, in der es in der Sicherheitspolitik zunehmend seine eigenen Verantwortlichkeiten entwickelt. Westeuropa muß sich selbst mit den Instrumenten ausstatten, die es ihm erlauben, zu den wichtigsten internationalen Fragen Stellung zu beziehen und eigenständig für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt zu handeln. Eine Politik, die zu einer engeren außen- und sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den westeuropäischen Staaten führt, hat nicht die Bildung einer neuen militärischen Supermacht zum Ziel. Westeuropa muß seinen Einfluß vorrangig durch politische Beziehungen, diplomatische Initiativen und wirtschaftliche und umweltpolitische Kooperation ausüben (...) Wir fordern von unseren französischen Partnern den Verzicht auf landgestützte Kurzstreckenraketen (Pluton und Hades), auf die Produktion von Neutronen-Sprengköpfen, auf die Produktion chemischer Waffen.“

Sicherheitsinteressen und scheidet deshalb als Preis für die verstärkte Kooperation aus.“ Karsten Voigt mußte, um eine diesbezügliche Beschlussfassung zu verhindern, „Konsultationen mit der französischen Sozialistischen Partei“ bemühen, „die während des Parteitags stattgefunden haben, wo gesagt wurde, daß das in unseren Beziehungen zu erheblichen Problemen führen würde“.

Ein bißchen Gemopper gab es und dann war alles wieder gut: Die Aussage wurde gestrichen und ersetzt durch das allgemeine Bekenntnis, die Strategie der atomaren Abschreckung durch eine Strategie der gemeinsamen Sicherheit ersetzen zu wollen.

Die zweite Auseinandersetzung drehte sich um die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Elysée-Vertrag. Darin will der Deutsch-Französische Verteidigungsrat festgeklopft werden unter der Prämisse, „daß die Strategie der Abschreckung und Verteidigung (...) sich weiterhin auf eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte stützen muß“ (so die Präambel).

Der Parteitagsstreit drehte sich um das diesbezügliche Abstimmungsverhalten der SPD-Bundestagsfraktion. Der SPD-Linker Gilges warnte davor, „daß uns irgend jemand auf Umwegen in eine Mitbeteiligung an atomarer Abschreckung hineinzieht (...) Das Elysée-Abkommen lehnen wir so, wie es ist, ab.“ Hermann Scheer betonte, daß man bei einer Zustimmung zum Zusatzprotokoll „sehr, sehr viel an Argumentationspielraum und an politischer Öffnung zu unserem Ziel der Überwindung der Abschreckung aufgeben“ würde. Im Gespräch mit der taz (4.10.88) ging Scheer noch einen erheblichen Schritt weiter: „Wenn das Sicherheitsprotokoll

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

SPD und Atomwaffen **Seit 1960:** **Schritt für Schritt auf Atomkurs**

so verabschiedet wird, wird die deutsche Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag ad absurdum geführt." Der Bundestag müsse in einer Zusatzklärung, das deutsche Selbstverständnis, auf keinen Fall Atomwaffenstaat sein zu wollen", festschreiben. Selbst Ehmke münzte in Münster den Entschlossenheitssatz („Ich habe gesagt und wiederhole das, eine solche Festschreibung kann für uns nicht in Betracht kommen“), um im nächsten Atemzug den Rückzug anzukreiden: Man müsse im Falle der Zustimmung zu dem Protokoll wenigstens in einer Art Vorbehalt die Ablehnung der nuklearen Abschreckung zum Ausdruck bringen. Dabei blieb es dann noch. Der Parteitag lehnte nicht die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur deutsch-französischen Atomachse ab, sondern die „vorbehaltlose“ Ratifizierung.

Inzwischen hat die SPD-Fraktion auch diesen Beschluß gekippt: Ihre Zustimmung zum Protokoll gilt als sicher, seitdem die Bundesregierung in einer Denkschrift erklärt hat, daß aus der Präambelformulierung keine „vernünftige Festlegung auf eine bestimmte Strategie der Verrückung“ hervorgehe. Diese „Erläuterung“ ist jedoch reinste Augenwischerei: Von „bestimmten“ Strategien (also einer der „flexible response“) ist in dem ganzen Vertrag nicht die Rede. Allein mit dem Verweis auf die Denkschrift wird sich die SPD-Fraktion bei der Anfang Dezember zu erwartenden Bundestagsabstimmung nicht aus der Affäre ziehen können: Es geht um nichts anderes als die nukleare Abschreckung und die nukleare Aufrüstung.

Doppelbödigkeit

Zurück zu den Ausgangsfragen. — Daß die SPD zur reaktionären CDU/CSU-Europapolitik nicht in Opposition steht, konnte nachgewiesen werden und wird sich vermutlich in der ersten Dezemberwoche 1988 erneut bestätigen. Wer aber im Kenntnis der Interessenslage der Union am „europäischen Pfeiler“ festhält, erleichtert — willentlich oder unwillentlich — den deutschen Griff zur Bombe.

In der Frage der Abkehr von der nuklearen Abschreckung leistet die SPD historische Schwerarbeit, während die Zustimmung zur eurostrategischen Aufrüstung eher unauffällig über die Bühne geht. In diesem Punkt wird die SPD erstmals seit langem im Zusammenhang mit dem Protokoll zum Elysée-Vertrag „Farbe“ bekennen müssen.

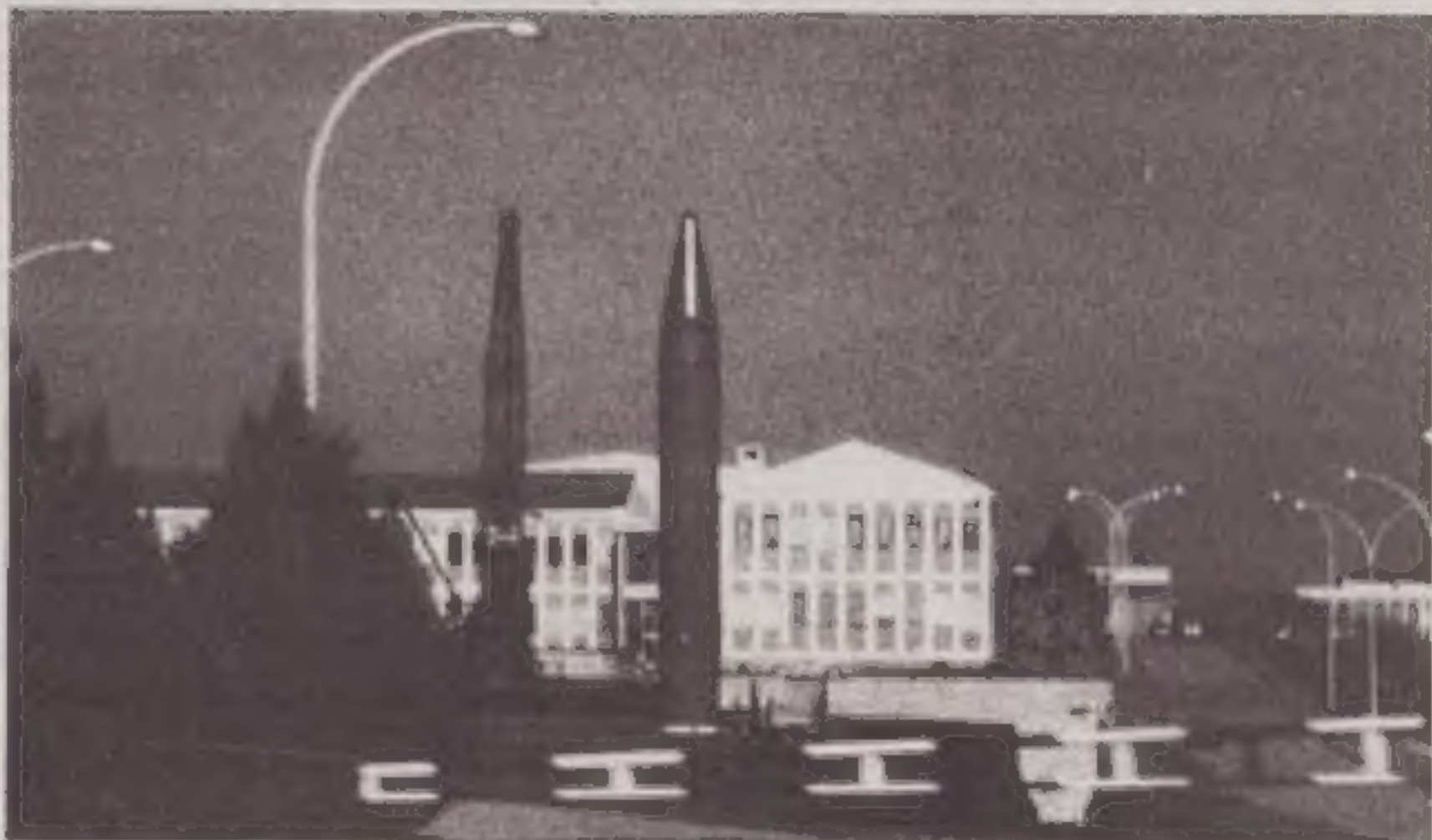
Die Doppelbödigkeit ist das charakteristische Element der sozialdemokratischen Atomwaffenpolitik. Der Versuch einer Klärung oder zumindest der Initiierung einer Diskussion durch H. Scheer ist kläglich gescheitert. Eine ernsthafte SPD-interne Debatte über die von ihm aufgezeigten Alternativen kam nie in Gang. Bei der friedenspolitischen Tügend der SPD zum Irsee-Grundsatzprogramm vom 5.5.88 kamen nicht einmal die Fragestellungen des Scheer-Papiers auf den Tisch. Horst Ehmke hatte als Regisseur

Gerade im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Kampagne „Atomwaffenverzicht las GG“ und dem aktuellen SPD-„Abschied“ von der nuklearen Abschreckung scheint es sinnvoll, daran zu erinnern, daß noch in den 50ern die SPD sich als Anti-Atomwaffenpartei profiliert hatte. Erst nach Verabschiedung des Godesberger Programms konnte die Parteiführung unter Brandt, Wehner, Eriar und Schmidt daran gehen, auch in dieser Frage die Linie um 180° zu drehen. Es war ein sich über Jahre hinziehender, widerspruchsvoller Prozeß. Nachdem man sich die Doktrin der nuklearen Abschreckung aber einmal zweigeln gemacht hatte, gab es kein Halten mehr: 1963/64 war man soweit, über die Multilaterale Atomflotte (MLF) die nationale Mitverantwortung über Atomwaffen zu betreiben. Im folgenden ein Rückblick.

Mit Massendemonstrationen, Kundgebungen und einer Volksbefragung hatte sich die SPD 1957/58 in der „Kampft dem Atomtod“-Bewegung gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen (trägern) gewandt. Wenige Jahre später war von diesem Protest nichts mehr zu spüren. Im Zuge ihrer primär wahlpolitisch motivierten, radikalen Annäherungs- und Umarmungsstrategie übernahm die SPD Punkt für Punkt die Positionen der CDU/CSU. Augenfällig dokumentiert wurde die sozialdemokratische Wende in der Außen- und Militärpolitik durch Herbert Wehners Bundesstagsrede am 30.6.1960, als er den Kapitalnationalskurs der SPD feierlich verkündete. Ausgespart an diesem Kollaborationskurs blieb zunächst lediglich die vor allem innerparteilich besonders delikate Frage, wie es die SPD mit den Atomwaffen hält. Die sozialdemokratische Position zur Atombewaffnung war bis dahin bestimmt durch ihre im November 1959 festgelegte Haltung im Godesberger Programm, wo es heißt: „Die Bundesrepublik Deutschland darf niemals und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden.“

Während der Bundestagsdebatte am 30. Juni 1960 hatte Wehner auf eine entsprechende Anfrage vom Verteidigungsminister Strauß nach der Haltung der SPD zu den Atomwaffen nicht reagiert. Aber wenige Tage nach der Bundestagsdebatte schienen die SPD ihre Zurückhaltung aufzugeben, als der Sprecher des Parteivorstands, Franz Bursig, zu verstehen gab, daß die Frage, ob die Bundeswehr Träger von Atomwaffen sein sollte, ein Thema sei, das aus dem Bereich der allgemeinen Politik aus der Verantwortung der Regierung herausgefallen sei. Franz Bursig, zu verstehen gab, die Frage, ob die Bundeswehr Träger von Atomwaffen sein sollte, ein Thema sei, das aus dem Bereich der allgemeinen Politik aus der Verantwortung der Regierung herausgefallen sei. Franz Bursig, zu verstehen gab, die Frage, ob die Bundeswehr Träger von Atomwaffen sein sollte, ein Thema sei, das aus dem Bereich der allgemeinen Politik aus der Verantwortung der Regierung herausgefallen sei.

Die Parteiführung holte aber aufgrund parteilicher Proteste den von Ballrogg Welhner gestarteten Versuchsballon Mitte Juli 1960 wieder ein; der Par-
stand teilte allen Bezirkssekretären daß sich an der grundsätzlichen Ab-
gung der Atombewaffnung durch die
nicht geändert hätte. Wohl um die
bürgliche des Schreibens zu erho-
wer es von Franz Ballrogg verfaßt
weder auch betonte, daß die SPD die
abwaffnung nicht zu einer „rein
technischen Einzelfrage“ herabmin-
wolle. (FAZ, 16.7.1960) Diesem
schreiben war eine Initiative des
Wehrexperten Fritz Erler vorausge-
der, der am 12.7.1960 einige Thesen
sozialdemokratischen Position einer
abwaffnung mit dem Ziel einer ein-
fachen Position der gesamten Partei
ultierte, damit die CDU/CSU das
na „Atombewaffnung“ nicht zu ei-
Schwerpunkt des Bundesstahlwahl-
hofes 1961 machen könne. Für die Öf-
fentlich sichtbar waren die parteinter-
Auseinandersetzungen vor allem an



Hauptquartier der Atomraketen der „Force de Frappe“ in St. Christol, Plateau d'Albion, Südfrankreich

der Haltung zu dem Ausschuß „Kampf dem Atomtod“ geworden. (Vgl. Fred Luchtinger, Der neue Kurs der SPD, in: NZZ, 30.7.1960) Unmittelbar nach einer Feststellung Barzigs, die SPD habe die „Kampf dem Atomtod“-Bewegung nicht initiiert, hatte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“, Walter Menzel, der Barzigschen Interpretation unter Berufung auf maßgebliche Parteivorstands-Mitglieder widersprochen: Die SPD wolle auch wie vor zu den Zielen des Ausschusses, dessen Konstituierung sie initiiert hätte. (Süddeutsche Zeitung, 7.7.1960)

Das Präsidium trug dem Anliegen Erlers Rechnung und beauftragte ihn mit der Erarbeitung eines Grundsatzartikels für den „Vorwärts“, der dort am 29.7.1960 veröffentlicht wurde. Erlers Argumentation war doppeldeutig. Im Gegensatz zu flärg, der im Auftrag des Parteivorstandes die Bereitschaft signalisierte, die Einführung von Mehrzweckwaffen zu befürworten, sah Erler in der Ausrüstung der Bundeswehr mit Mehrzweckwaffen „genauso eine Beteiligung zur Ausdehnung des atomaren Wettrenns wie die direkte Lieferung (von US Atomgeschossen) an die Bundeswehr, denn dann läuft es darauf hinaus, daß man sich in der Praxis um eine Waffe bemüht, bei der im Ernstfall mit Atomwaffen geschossen würde.“

Gleichzeitig räumte er ein, daß man aus der Bundeswehr nicht jede Waffe verbannen könne, die auch die Fähigkeit besäße, Atommissionen abzuwehren, da man die Bundeswehr nicht jede Waffe verbannen könne, die auch die Fähigkeit besäße, Atommissionen abzuwehren, da man die gesamte Luftwaffe abschaffen ließe. Gefährlich würde es dann, wenn die Bundeswehr mit Waffen ausgerüstet würde, die mit konventionellem Sprengstoff keinen Wert besäßen. (Ebd.) Die Fortsetzung, eine Entscheidung über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kurzweckwaffen solle bis 1965 aufgeschoben werden, machte jedoch deutlich, welche Richtung gedacht wurde. (Vgl. deutsche Zeitung, 26.7.1960; FAZ, 1.1960)

Die sozialdemokratische Position ver-
 sich aber schon wenige Monate spä-
 im Herbst 1960 — in Richtung „ge-
 nsame Verteidigungspolitik“. Kanz-
 kandidat Brandt betonte am 8.10.1960
 nochmals, daß die Bundesrepublik
 eine Atomwaffenmacht werden und sich
 nicht nach Atomwaffen drängen solle,
 nie allerdings auch ein, daß eine
 sozialdemokratisch geführte Bundesre-
 gierung dieses Gesamtproblem nach dem
 Ende der Dinge vom Spätherbst 1961
 (nach der Bundestagswahl) „an Hand des
 Rates technischer Experten in Loya-
 zur NATO“ entscheiden würde.
 (ADG, 10.10.1960, 8696) Zwei Wo-
 chen später wurde Brandt in einem
 „Regel“-Gespräch noch deutlicher:
 „Im Hintergrund amerikanischer
 Überlegungen, die NATO als eigenstän-
 dige Atomwaffenmacht zu etablieren,
 — so Brandt —, eine neue Notwen-
 digkeit des Sich-Auseinandersetzens kom-
 mt, ob im Rahmen einer neuen Kon-
 zeption deutscher Streitkräfte an irgend-
 einer Form eines integrierten Verteidi-
 gungssystems beteiligt sind und auch
 über Waffen dieser Art verfügen.“
 (Regel, 23.10.60) Auch hinsichtlich ei-
 gennormer Flugabwehr revidierte
 Brandt die bisherige sozialdemokratische
 Position, indem er indirekt eine Luftver-
 teidigung mit Atomwaffen akzeptierte.
 Auch der Versuch Willy Brandts, nun-

mehr zwischen den abzulehnenden Massenvernichtungsmitteln und den „akzeptablen“ Atomwaffen unterscheiden zu wollen, konnte den Bruch mit dem Godesberger Programm nicht verdecken! Die Abgrenzung von der Bonner Atomwaffenpolitik hatte von da ab den Charakter eines Methodenstreits: Brandt machte ihn den Vorwurf, sie sei „pieperig“ nach Atomwaffen, was politisch psychologisch und ideologisch falsch sei. (Ebd.)

Ganz auf dieser Linie lag auch die Entscheidung des Hannoverischen Parteitag-tes Ende November 1960. In der entsprechenden Entschließung heißt es: „Auf eine Vermehrung der Zahl der Atom-kräfte und deshalb auf die atomare Be- waffnung der Bundeswehr soll die Bun- desrepublik nicht hinwirken.“ (Proto- koll, Parteitag 1960, S. 715) Diese von Er- ler und Brandt vorbereitete Resolution mit ihrem unverbindlichen „soll“ und der nur das aktive Streben berücksichtigen- den Vokabel „hinwirken“ erweiterte den Spielraum der Parteiführung nicht un- erheblich.

Während des Bundestagswahlkampfes 1966 sah die SPD sich trotz alledem erneuten Angriffen der CDU/CSU wegen ihres „monopazifistischen“ Kurses ausgesetzt. Diesen Attacken begegnete Erler mit der Zusage, auch in der Frage der „Atomabwaffnung“ Regierungsabkommen loyal erfüllen und somit bei Regierungsübernahme die Kontinuität wahren zu wollen.

Knapp eineinhalb Jahre nach der verlorenen Bundestagswahl vom September 1990.

Knapp eineinhalb Jahre nach der verlorenen Bundestagswahl vom September 1961 unternahm die SPD von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt den letzten Schritt der Angleichung an die Regierungssposition. Nachdem Mitte Januar 1963 der gesamte Bereich der Militärpolitik in den Führungsgremien der Partei diskutiert worden war, gab Fritz Erler am 1.1.1963 in einem „Vorwärts“-Interview zu verstehen, daß die SPD keine Einwände mehr gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffenträgern habe: verbände, die gleiche Aufgaben zu erfüllen haben, müssen auch gleichartig beauftragt sein“. Damit hatte die SPD endgültig übernommen, was sie fünf Jahre vorher entschieden bekämpft hatte. Selbst die christdemokratische Forderung nach nationalem Mißbesitz machte sich die SPD durch Unterstützung des LF-Projektes zu eigen.

SPD und MLF

Die SPD verhielt sich 1961/62 zu der Forderung der Bundesregierung nach einer NATO-Atomstreitmacht eher ablehnend, da der militärische Wert einer derartigen Streitmacht relativ gering sei und das Problem der Entscheidungsbefugnis auf absehbare Zeit kaum lösbar erscheine. Vor allem Helmut Schmidt wies immer wieder darauf hin, daß bei allen möglichen Lösungen einer Nuklearstreitmacht das Problem bestehen bleibe: „Wer soll die Auslösungsentscheidung treffen?“ Aufgrund des Zustandes des europäischen Integrationsprozesses könne diese Entscheidung nur von dem amerikanischen Präsidenten getroffen werden. In Abweichung von den Schmidtschen Einwänden waren Brandt und Erler moderater in ihrer Kritik; sie monierten vorrangig die Art, wie die Bundesregierung ihre

Forderung nach einer NATO-Atomstreitmacht erhob.

Als die Kennedy-Regierung Ende 1962 der NATO das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) anbot, äußerte sich die SPD verhalten positiv. (Es ging bei der MLF um den Aufbau einer mit 200 Raketen bestückten Atomflotte — bestehend aus gemischten NATO-Verbänden —, wobei die Entscheidungsgewalt bei den USA verbleiben sollte. Damit aber wollte sich die Bundesregierung, die 40% der Kosten zu übernehmen bereit war, nur im „Anfangsstadium“ abfinden.)

Im Januar 1963 bezeichnete Erler das MLF-Projekt als einen „brauchbaren Vorschlag“. (Vorwärts, 23.1.1963) Mit der MLF könne eine nukleare Anarchie vermieden und der Verdacht zerstört werden, die Bundesrepublik strebe eine nationale Sonderentwicklung, eventuell mit Frankreich an. Trotz dieses Eintretens für die MLF machte die SPD kein Hehl daraus, daß sie eine andere Lösung des Problems bevorzugte und die zweitbeste Lösung MLF als einen „politisch vielleicht unvermeidlichen Umweg“ zu einer europäischen Mitwirkung bei der nuklearen Planung einstufte. (Erler am 9.5.1963 vor dem Bundestag) Das Interesse der SPD konzentrierte sich primär auf das „Mitsprechen bei der künftigen Planung, einschließlich der Züplung der Albanen Ganzen“. Daraus ergab sich die Konsequenz, „daß auch diejenigen Partner der Allianz, die aus eigenen Mitteln ...“

... ihren fairen konventionellen Beitrag zur Allianz leisten, eine Eintrittskarte in jene Allianz, die aus eigenen Mitteln ... ihren fairen konventionellen Beitrag zur Allianz leisten, eine Eintrittskarte in jene Allianz haben müssen, in denen über die Gesamtplanung des Potentials beraten wird.“ (Ebd.) Eriar war auch bereit, den SA einen entsprechenden „Preis“ für eine planerische Mitwirkung zu zahlen, wenn wenn die Europäer den Einsatz außereuropäischer Potentiale für ihre Sicherheit wünschen, müßten sie auch bereit sein, sich wieder „in eine stärkere, teilweise politische Verantwortung“ hineinzustellen. Obwohl die SPD-Führung über hervorragende Kontakte zur Konner- und der folgenden Johnson-Administration verfügte, schätzte sie die Bedeutung des MLF-Projektes falsch ein. Im Oktober 1964 interpretierte Eriar das Projekt als ein „Gemeinschaftsunternehmen, das der Allianz neuen Schwung einhaufen kann“.

Auf dem karlsruher SPD-Parteitag von 1964 war die MLF das sicherheitspolitische Thema Nr. 1. Selbst auf dem rechten Parteiflügel regte sich gegen die Atomflottille Widerstand. Max Brauer etwa, der damalige Hamburger Bürgermeister, hatte kein dreimal in die Debatte eingegriffen. Das Ergebnis war, daß er als Mitglied des Parteivorstands abgewählt wurde. Im SPD-Beschluß von 1964 heißt es: „Eine solche Gemeinschaftslösung, wie sie in der zur Zeit in Verhandlung begriffenen multilateralen Streitmacht „angestrebt“ werde, sei „ein wirksames Mittel, um nationalen Wettrüsten entgegenzuwirken.“

Das starke Engagement der SPD-Führung für die MLF hing mit ihrem Bestreben zusammen, engsten Schulterschluss mit den USA zu demonstrieren. Aber gerade deshalb war der Karlsruher Beschluss schon beinahe makaber. Zum Zeitpunkt seiner Verkündung waren die USA als letzte Unterstützer der MLF — von im Projekt bereits abgesprungen.

the

Atomkooperation BRD-UdSSR

Neues Denken fördert Reaktorgeschäft

Am 24. Oktober wurde in Moskau ein Vertrag über den Bau eines Hochtemperatur-Reaktors im Kernforschungszentrum Nijar im Dimitrowgrad abgeschlossen. Rechtzeitig zum Kanzlerbesuch in Moskau waren die Verhandlungen zwischen der ABB, Siemens und der sowjetischen Atomenergiebehörde abgeschlossen, so daß die Industrieverträge staatlich beglaubigt werden konnten. Mit der Kooperation verwirklicht sich ein altes Erbe Breschnews und Helmut Schmidts. Für die BRD-Atomindustrie wird nach langen düren Jahren das Tor zu neuer Zukunft ein Stück weit aufgestoßen. Für die gerade zu weltweitem Ausstieg bekehrten Erneuerer in der DKP ein harter Schlag, daß ausgerechnet die Sowjetunion zu dieser Zukunft verhilft. An dem forcierten Ausbau der Atomenergie hält die UdSSR trotz und nach Tschernobyl fest, um sich zur Erfüllung der gesteckten Ziele auch und gerade westdeutscher Technik zu bedienen. Mit dieser blockübergreifenden, „Frieden und Vertrauen“ schaffenden Zusammenarbeit wird ein neues Stück BRD-Atomwaffenproduktionstechnologie international salonfähig gemacht.

Ein Planziel aus der Periode der Stagnation

Die jetzt in Moskau abgeschlossene Kooperation auf dem Gebiet der Hochtemperaturreaktoren reicht bis in das Jahr 1976 zurück. Damals lief in der BRD gerade die Aktion „Bürgerdialog“ des Bundesforschungsministers Hans Matthöfer an. In Brokdorf war der Bauplatz noch Wiese. Im März dieses Jahres 1976 vereinbarte man in Moskau eine Zusammenarbeit zwischen den in der BRD auf dem Gebiet der Hochtemperatur-Reaktorentwicklung tätigen Firmen und entsprechenden Stellen in der UdSSR. „Die sowjetische Seite möchte in zunehmendem Umfang mit der deutschen Industrie auf diesem Gebiet kooperieren, weil sie den Hochtemperatur-Reaktor für einen der zukunftsreichsten Reaktoren ansieht“, hieß es schon damals (Blick durch die Wirtschaft, Hg. „FAZ“, 13.4.76). Das Interesse hielt an. Die HTR-Kooperation stand auch in den folgenden Jahren regelmäßig auf der Tagesordnung. So bei der Jahrestagung der gemeinsamen Wirtschaftskommission der BRD und der UdSSR 1980 („Welt“, 29.12.79) wie auch beim Bonner Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew 1981 („FAZ“, 10.11.81). Mit dem jetzt unter Gorbatschow besiegelten Vertrag zur HTR-Kooperation wird also ein altes Planziel aus der sogenannten Periode der Stagnation verwirklicht.

Selbst das schwerste demagogische Ausfälle wie die des Bundeskanzlers Kohl im November 1986, als er den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow mit dem nationalsozialistischen Propagandaminister Goebbels verglich, konnten die Zusammenarbeit nicht gefährden, nur verzögern. Die schon für November 1986 geplante Unterzeichnung des „Abkommens zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bei der Nutzung der Atomenergie“ wurde verschoben. Sie fand erst am 22. April 1987 statt. Dort war es schließlich die sowjetische Seite, die mit dem Vorsitzenden des Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie, Andronik Petrosjanz, ihr Bedauern darüber zum Ausdruck brachte, daß dieses Abkommen „leider sehr spät“ unterschrieben wurde („FAZ“, 23.4.87). Die Kontakte auf Firmenebene waren von den zwischenzeitlichen Unstimmigkeiten sowieso unberührt geblieben. Seit Mitte 1986 liefen Gespräche zur Vermarktung eines Hochtemperatur-Reaktors HTR 100 zwischen der Innotec-Energietechnik KG (Essen) als federführender Gesellschaft im HTR-Entwicklungskonsortium einer Firmengruppe um die Brown, Boveri AG (BBC/Mannheim) und den zuständigen Stellen in der UdSSR. Dabei ging es, wie die Innotec im Januar 1987 verlauten ließ, „zunächst um Lieferung, Bau und Betrieb einer Doppelanlage mit insgesamt 200 MW elektrischer Leistung“. Bereits damals versprach sich die Firmengruppe allerdings mehr. Sie erhoffte sich, „aber eine Erstanlage in der Sowjetunion hin- aus vor allem im Ostblock weitere Einsatz-

bereiche für die HTR-Linie zu erschließen“ (Nachr. f. Außenhandel, 19.1.87). Am 3. April 1987, also noch vor Unterzeichnung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit in der Atomenergienutzung auf staatlicher Ebene, meldete die „FAZ“ den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen der Innotec (3.4.87).

Weitere Kooperationsvereinbarungen folgten. Im November konnte auch die Siemens AG mit ihren Tochtergesellschaften KWU und Interatom eine Zusammenarbeit bei Hochtemperatur-Reaktoren im Leistungsbereich von 200 MW abschließen („FAZ“, 3.11.87). Im März 1988 unterzeichnete die Asea-Brown-Boveri-Gruppe (ABB) ein zweites Abkommen mit dem sowjetischen Staatsministerium für Atomenergie, diesmal zu Bau und Nutzung von Hochtemperatur-Reaktoren im Leistungsbereich zwischen 400 und 500 MW („FAZ“, 8.3.88).

Wären das bisher nur allgemeine Vereinbarungen, wurde bis zur Moskareise Kohls erstmals ein konkret projektbezogener Vertrag ausgehandelt und dort dann auch unterzeichnet. Noch kurz vor dem Treffen auf Staatsebene waren die beiden bis dahin konkurrierenden Firmengruppen der ABB und der Siemens AG über- einkommen, im Bereich der Vermarktung der Hochtemperatur-Reaktoren zusammenzugehen. Sie gründeten zu diesem Zweck „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes“, wie es hieß, „zu gleichen Teilen die HTR-GmbH mit einem Stammkapital von zwei Mio. DM und Sitz in Frankfurt“ („FAZ“, 7.10.88). Die mit der Unterzeichnung des Generalvertrages zwischen ABB/KWU und der sowjetischen Atomenergiebehörde am 24.10. in Moskau abgeschlossene Zusammenarbeit umfaßt die gemeinsame industrielle Planung und den Bau eines Hochtemperatur-Reaktors mit 200 MW im Kernforschungszentrum Nijar in Dimitrowgrad („Handelsblatt“, 25.10.88). Flankiert wurde der Vertragsabschluß mit einer gemeinsamen Absichtserklärung des Bundesforschungsministeriums und des sowjetischen Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie, die Verwirklichung der Industrieverträge mit einem gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprogramm zu begleiten.

Durchbruch für die Atomindustrie

Der General- bzw. Rahmenvertrag selbst bedeutet „noch keine Auftragsvergabe“ („FAZ“, 22.10.88), sondern regelt nur die „Leitlinien der Zusammenarbeit“ („FAZ“, 25.10.88) und stellt damit erst eine Grundlage für noch zu schließende einzelne Verträge über Lieferungen, Technologietransfer und Finanzierung dar. Bis zum Beginn des Reaktorbaus werden weitere „zwei Jahre mit Vorarbeiten“ vergehen („FAZ“, 25.10.88). Auch vom Auftragsvolumen nimmt sich das Geschäft, kommt es zustande, eher bescheiden aus. Auf 1 Milliarde Mark werden die Gesamtkosten geschätzt. Einen Großteil dieser Kosten wollen die Sowjets selbst abdecken, so daß für die bundesdeutsche Atomindustrie im Vergleich zu früheren Erwartungen ein eher mageres Auftragsvolumen von 400 Millionen Mark übrig bleibt („FAZ“, 25.10.88). Das ist nicht einmal ein Zehntel des von der KWU zuvor allein für Aufbesserungsaufträge an sowjetischen AKWs erhofften Milliarden-Geschäfts. Noch stellt sich aber die Frage, ob das jetzt projektierte Geschäft letztlich tatsächlich zustande kommt.

Schon einmal, Anfang der 70er Jahre, sorgte die BRD-Atomindustrie mit einem gemeinsamen Atomreaktor-Projekt Kaliningrad mit der Sowjetunion für Furore. Zu Beginn der Projektverhandlungen 1973 war damals von 4 Kraftwerksblöcken mit einer Leistung von je 1.200 MW die Rede („FAZ“, 17.7.73). Im Laufe des Jahres 1974 reduzierte sich das Projekt auf nur noch ein Atomkraftwerk mit 1250 MW („Handelsblatt“, 18.7.74). Obwohl es dann bereits perfekt schien — die „FAZ“ titelte im September mit der Schlagzeile „Einigung über Lieferung des Atomkraftwerks an die Sowjetunion“ („FAZ“, 9.9.74) — scheiterte es doch noch eineinhalb Jahre später, im März 1976 („FAZ“, 1.4.76). Gescheitert ist das Projekt damals aber weniger an einem Rückzug der Sowjetunion als an der rigiden Haltung der Bundesregierung bezüglich der Bewilligung von langfristig zinsgünstigen Lieferkrediten, was wohl den Widersprüchen innerhalb des BRD-Kapitals zu diesem Geschäft selbst geschuldet war. Das Geschäft war mit einem Stromlieferungsvertrag aus der SU gekoppelt, was den Widerstand der Energieversorgungskonzerne, allen voran die RWE, hervorgerufen hatte („Welt“, 29.1.74 und „Handelsblatt“, 2.4.76).

Heute gibt es diese Widersprüche im BRD-Kapital nicht. Und auch die Frage der Finanzierung scheint heute weniger ein Problem zu sein. Die Deutsche Bank steht den SU-Geschäften insgesamt mit einem 3 Mrd.-Kredit zur Seite. Die Sowjets entwickeln gerade ein inniges Verhältnis zur Schaltzentrale des westdeutschen Imperialismus. Unter dem Titel „Die Deutsche Bank — unser bewährter Partner“ stellte die Zeitschrift „Sowjetunion heute“ ihrer Leserschaft die segensbringende Geschichte der Zusammenarbeit mit „der Deutschen“ seit 1922 vor („Sowjetunion heute“, Juli 88).

Probleme könnte zur Zeit wohl vor allem noch die Comcom (Coordinating-Committee for West-East Trade) bereiten. In den 70ern wurde diese Hürde allerdings am schnellsten genommen. Sollte das auch diesmal gelingen — „die Unternehmen zeigen sich gemeinsam mit der Bundesregierung zuversichtlich“, hieß es in der „FAZ“ (27.10.88) — wären es wohl nur noch irgendwelche Teufelchen im Detail, die dem Geschäft im Wege stehen könnten.

Bei allen Fragezeichen, die noch bleiben, wäre es allerdings falsch, das Frohlocken der Atomindustrie, die das Abkommen bereits als einen „Meilenstein für die HTR-Technologie“ preist („SZ“, 25.10.88), als Zweckoptimismus abzutun. Wenn auch nicht das große Geschäft, so wurde mit dem Abkommen doch ein realer Durchbruch erzielt. Von einem Ausstieg aus der Atomtechnologie sind wir damit heute weiter entfernt als je zuvor. Das neue Motto der Atomindustrie der Zukunft gegen den Ausstieg könnte dementsprechend ganz innovativ heißen: „Umstieg statt Ausstieg“ (vgl. „Brückenbauer“ Nr. 43, 26.10.88). Von Innotec-Chef Scharper hieß es bereits im September 1987 zu der Sowjetunion-Kooperation: „Es setzt natürlich ein Zeichen, daß die deutschen Anlagenbauer gezwungen sind, mit einer in der Bundesrepublik entwickelten Technologie im Ausland Projekte zu realisieren, weil die politische Situation dies in der Bundesrepublik zur Zeit wohl nicht zuläßt. Von daher kann ich mir durchaus vorstellen, daß der Baubeginn für den HTR 100 in der Sowjetunion durch aus Rückwirkungen auf die Bundesrepublik hat („Sieg Tech“, 9/87).

Daß gerade die Sowjetunion zusammen mit der BRD-Atomindustrie in diesem Sinne eine Vorreiterrolle übernimmt, wird vielleicht für die Anti-AKW-Bewegung weniger überraschend kommen, ist für die gerade zu weltweitem Ausstieg bekehrten Erneuerer in der DKP allerdings ein harter Schlag.

Bedenken bei der DKP

Beachtlich ist es, daß sich die „UZ“ bereits am 31.10.88 des Themas angenommen hat.

Bedenken bei der DKP

Beachtlich ist es, daß sich die „UZ“ bereits am 31.10.88 des Themas angenommen hat. Die Autoren (Werner Stürmann und Fritz Rische) versuchen, sich angesichts des pikanten Problems erst einmal

in die Haut ihrer LeserInnen zu versetzen, und stellen fest: „Das (die Atomkooperation) mußte in der Öffentlichkeit und besonders in der Anti-AKW-Bewegung unseres Landes, bei den Kommunistinnen und Kommunisten, Fragen auslösen.“ Nach obligatorischem Lob auf den friedensfördernden Beitrag, den eine Zusammenarbeit der sozialistischen mit den kapitalistischen Staaten eigentlich habe, kommt man schnell zur Sache. Ausgehend von der neu gewonnenen — gar nicht mehr umstrittenen? — Position, daß „weltweit verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen, um auf die Energieerzeugung durch Kernspaltung als historisch begrenzte Übergangslösung so schnell wie möglich verzichten zu können“, werden „Bedenken gegen die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie“ vorgetragen. Bedenklich sei, daß „eine solche Kooperation zwangsläufig die Stellung des atomindustriellen Komplexes in unserem Lande stärke und damit jene Kräfte, die über ein ganzes System atomindustrieller Anlagen bis hin zur geplanten Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf die Chance zur bundesdeutschen Atombombenproduktion zumindest offenhalten wollen.“ Dem ist inhaltlich nur zuzustimmen. Als „Problem“ der HTR-Kooperation wird angeführt, „daß auf diesem Wege ein weiterer Ausbau der Atomkraftwerke gefördert werden kann.“

„Bedenken“ und „Probleme“ zu formulieren, ist noch keine Kritik. Darum müßte es aber — bei aller Freundschaft mit der UdSSR — gehen, wenn auf dem Gebiet der Atomtechnologie so eindeutig eigenen politischen Zielen entgegenlaufend ge- und verhandelt wird. Um eine Kritik der Atompolitik auch der UdSSR wird die DKP, wenn sie es ernst meint mit ihrer neuen Offenheit, nicht umhin kommen. Die Forderung nach weltweitem Ausstieg verkommt sonst zur reinen Phrase.

Eine Antwort auf Tschernobyl

Die UdSSR hat in der abgeschlossenen Kooperation handfeste eigene atomare Interessen. Diese decken sich per se mit denen der BRD-Atomindustrie, ergänzen sich zumindest weitgehend.

Beim HTR-Geschäft geht es weniger darum, der Sowjetunion mit einer neuen, mehr Sicherheit bietenden bundesdeutschen Reaktorlinie unter die Arme zu greifen, wie manche BRD-Politiker im chauvinistischen Höhenflug verkünden. Hoffnungen der BRD-Atomindustrie, auf dieser Ebene an Tschernobyl zu verdienen, sind — zumindest im großen Stil — eher gescheitert. Die KWU hatte der Sowjetunion 1987 ein sinnigerweise „Nachrüstungsangebot“ getauftes Angebot im Werte von insgesamt 5 Milliarden Mark geworben. Ebenen an Tschernobyl zu verdienen, sind — zumindest im großen Stil — eher gescheitert. Die KWU hatte der Sowjetunion 1987 ein sinnigerweise „Nachrüstungsangebot“ getauftes Angebot im Werte von insgesamt 5 Milliarden Mark gemacht und ist damit abgeblitzt („Handelsblatt“, 21.4.87). In der Frage der „Nachrüstung“ setzt die Sowjetunion auch für

die Zukunft auf eigene Kräfte. Die in Tschernobyl eingesetzte westliche Robotertechnik sei, so der stellvertretende Vorsitzende des Büros beim Ministerrat der UdSSR für den Brennstoff- und Energiekomplex J.K. Semjonow, bei den Einsätzen in einem Milieu hochaktiver Spaltprodukte schnell störanfällig geworden, so daß sowjetische Institute zur Projektierung eigener ferngesteuerter und strahlungsresistenter Video- und Robotertechnik hätten übergehen müssen („Nachr. f. Außenhandel“, 13.5.88). Auch für den „Schwachpunkt der sowjetischen Atom- energietechnik“, die Prozeßsteuerungs- automaten, insbesondere die Elektronik- Bausteine, schloß der stellvertretende Minister für Atomenergie A. L. Lapschin „Westimporte derartiger Ausrüstungen auch für die Zukunft aus“ („Nachr. f. Außenhandel“, 13.5.88).

Nicht um sicherheitstechnische Aufbesserungen der sowjetischen Atomanlagen geht es in der HTR-Kooperation. Dieses Projekt dient vor allem zwei Zwecken: 1. soll es die auch nach Tschernobyl nicht aufgegebenen atomaren Ausbildungspläne der SU stützen, indem die für eine Aufbesserung der bestehenden Atomanlagen abgestellten Kapazitäten ersetzt werden; 2. sollen die durch Tschernobyl zurückgeworfenen Ambitionen auf Export sowjetischer Atomtechnologie in gemeinsamer Kraftanstrengung mit der BRD-Atomindustrie wiedergewonnen werden.

HTR und beschleunigter Ausbau des Atomprogramms in der UdSSR

Noch 1977 hatte der heutige sowjetische Verhandlungsführer im HTR-Kooperationsgeschäft, Andronik Petrosjanz, als Leiter des Staatskomitees zur Nutzung der Atomenergie getönt: „Wenn auch nur die geringste Gefahr für die Bevölkerung bestanden hätte, so hätte man weiter in unserem Land noch in anderen sozialistischen Ländern auch nur ein einziges Kernkraftwerk gebaut, wie wirtschaftlich es auch sein mochte“ („Sowjetunion heute“, 1977, H. 1/2). 10 Jahre später und ein Jahr nach Tschernobyl heißt es aus dem Munde des gleichen Petrosjanz: „Es gibt keine Alternative zur atomaren Energiegenutzung“ („SZ“, 27.4.88).

Auch nach Tschernobyl wurde in der UdSSR an dem unter Breschnew betriebenen forcierten Ausbau der Atomenergie festgehalten. Knapp zwei Monate nach der Reaktorkatastrophe beschloß der Oberste Sowjet, bis 1990 den Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung zu verdreifachen („Zeit“, 24.4.87). Mit einer Kapazitätserweiterung von 40.000 MW auf 67.000 MW sollte der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung von 11% (1985) auf 21% bis zum Jahre 1990 gesteigert werden („NZZ“, 4.7.86).

Ein Jahr später, 1987, wurde zwar zugegeben, daß dieses Planziel nicht mehr

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

erreichbar wäre, man streckte das Atomprogramm, die politischen Zielsetzungen blieben aber unverändert. Das Ziel 21% Atomenergieanteil wurde jetzt für 1995 anvisiert. Bis 1990 sollte die Stromproduktion aus Atomkraftwerken gegenüber 1985 verdoppelt werden (Zins, d. Ostblocks, 19.5.87). Bis zum Ende des Jahrhunderts erstrebt man, die Kapazität zu vervielfachen („Handelsblatt“, 5.8.87).

Gleichzeitig soll dieser Ausbau mit einer Umorientierung bei den Reaktortypen erreicht werden. Vom Typ RBMK (der Tschernobyl-Reaktor) sollen „nur“ noch insgesamt drei Reaktoren (2 für das AKW Smolensk, einer für das AKW Ignalina) fertiggestellt werden („atw“, 7/88). In ihrer weiteren Entwicklung wird sich die sowjetische Atomenergiewirtschaft, wie der stellvertretende Minister für Atomenergie A. L. Lapschin betonte, „vorwiegend auf den Einsatz von Reaktoren der Bauart WWER (Druckwasserreaktoren, rH) mit einer Leistung von 1.000 MW umstellen“ (Nachr. f. Außenhandel, 26.4.88).

Daneben werden Bau und Entwicklung natriumgekühlter Brutreaktoren vorangetrieben. In Betrieb sind derzeit ein 12 MW Brüter in Wolgodonsk, ein 350 MW Brüter in Schwetschenko und ein 600 MW Brüter in Bjelelinsk. Dort und in Urali Merid baut die Sowjetunion an Brutreaktoren mit einer Leistung von 800 MW. In der Entwicklung, ohne bisherige Standortbenennung, ist ein 1.600 MW-Brüter („atw“, 7/88).

In diesem Zusammenhang sind die Informationen der „UZ“ interessant, daß in der bundesdeutschen Atomindustrie Kalkulationen darüber angestellt werden, „die besonders riskante Brüter-Technologie zukünftig weltweit und auch in der Sowjetunion exportieren zu können“ („UZ“, 31.10.88). Das ist neu. Bekannt ist, daß Kontakte auch auf diesem Gebiet lange zurückreichen. Gespräche zwischen Brüterexperten aus der BRD und der UdSSR fanden bereits 1973 statt („SZ“, 21.8.73). Es wäre hilfreich, wenn die DKP intimere Wissen in dieser Sache öffentlich machen würde.

Neben den Brütern wird in der SU seit den 70er Jahren die Entwicklung eben der Hochtemperatur-Reaktoren als zukunftsreichster Reaktortyp betrieben. „Im größeren Stil“, erklärte der Vorsitzende des Staatskomitees für Atomenergiewirtschaft A.N. Prozenko, solle „im Planjahr 1996/2000 mit der Erzeugung hochpotentieller Wärmeenergie für industrielle Prozesse durch HTR-Reaktoren begonnen werden“ („Nachr. f. Außenhandel“, 26.4.88). „Mitte der 90er Jahre“ ist auch der Zeitraum, der mit den BRD-Atomkonzernen als Zieldatum für die Inbetriebnahme des gemeinsam projektierten 200 MW HTR in Dimitrowgrad ausgehandelt wurde (vgl. Scharper in „Sieg Tech“ 9/88).

Die Sowjetunion bedient sich hier also der Kooperation mit der BRD, um ihre ambitionierten Ausbaupläne im Atomprogramm durchhalten zu können. Statt nach Tschernobyl die energiepolitische Konzeption aus der Breschnew-Ära mit den gigantischen Planvorgaben im Atomenergieausbau zu überdenken, wurde die alte Konzeption fortgeschrieben. Die technologischen Versuche ihrer Verwirklichung über eine Kooperation mit dem Imperialismus machen erneut deutlich, daß die Perestroika-Riege um Gorbatschow zu einer Kurskorrektur in der Atompolitik nicht gewillt ist. Möglichkeiten zur Korrektur gäbe es. Sie erforderten allerdings, daß mit der bisherigen Konzeption der Energiepolitik gebrochen würde.

Die sowjetische Energiewirtschaft arbeitet primär für den Export. 50% der Gesamtexporterlöse kommen aus Energie-Export. Der Export allein von Erdgas macht 80% der sowjetischen Exporterlöse aus dem Westhandel aus (vgl. Bethkenhagen, J.: Erdöl und Erdgas im Ost-West-Handel, DIW-Vierteljahresschrift zur Wirtschaftsforschung, Heft 4, Berlin 1983, S. 55). Das heißt, die Kritik der Atomtechnologie in der Sowjetunion ist mit einer grundsätzlichen Kritik des bisherigen ökonomischen Entwicklungsmodells verbunden. Eine derart grundlegende Umorientierung ist aber aus der Bürokratie des sowjetischen Staatsapparates nicht zu erwarten. Allenfalls kann sie aus einer Bewegung von unten kommen.

Ambitionen im Atomexport

Galt bis Anfang der 80er Jahre für die sowjetische Energiepolitik die Grundregel: Atomstrom für die eigene Industrie und Export von Erdöl und Erdgas für die Finanzierung der ökonomischen Entwicklung, war die Sowjetunion Mitte der 80er Jahre soweit, auch ihre Atomanlagen auf dem Weltmarkt außerhalb des RGW anzubieten. Kontakte zur Lieferung sowjetischer AKWs bestanden mit China, Syrien, Libyen und dem Irak („NZZ“, 4.7.86).

Die Reaktor Katastrophe dürfte nun, so die Einschätzung des DIW-Experten für

osteuropäische Wirtschaftsfragen, Bethkenhagen, „auf lange Zeit Hoffnungen des sowjetischen Atomlagenbaus zu nichte gemacht haben. Kernkraftwerke in Staaten außerhalb des RGW exportieren zu können.“ Darüber hinaus sei auch „bei den bereits vereinbarten Lieferungen mit Verzögerungen zu rechnen. Dies betrifft die Exporte nach Finnland und in die Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (DIW-Wochenbericht 254/86).

Über die Kooperation mit der BRD-Atomindustrie auf dem Gebiet der HTR-Technologie scheint die UdSSR zu versuchen, ihr weltweit angeschlagenes Image wieder aufzubessern. Hier insbesondere treffen sich die Interessen mit der BRD.

So soll denn auch im Generalvertrag „der gemeinsame Bau von Folgeanlagen zur Erzeugung von Strom, Prozessdampf oder Prozesswärme in der UdSSR und eventuell auch in Drittländern verabredet“ worden sein („Handelsblatt“, 25.10.88). Untermauert wird das durch Verlautbarungen des ABB-Vorstandsvorsitzenden Eberhard von Koerber, nach denen die ABB schon von sich aus Kontakte zu verschiedenen Ländern, mit denen das Exportgeschäft der Sowjetunion derzeit stockt, aufgebaut hat.

Mit der chinesischen Regierung ist nach von Koerber bereits ein „Memorandum of Understanding“ über „zwei Anlagen von jeweils 100 MW abgeschlossen worden“, und mehrere andere Ostblockländer hätten nach Angaben von Koerber „konkretes Interesse bekundet“ („FAZ“, 7.10.88).

Wenn auch dahingestellt bleibt, was sich aus dem jetzigen Projekt an Folgeaufträgen ergeben wird, läßt sich soviel sagen, daß die Zukunftserwartungen der Atomindustrie, die — wie der HTR-Kritiker Lothar Hahn vom Öko-Institut herausgearbeitet hat — im HTR „national wie international eine der ganz großen Zukunftschancen der Atomindustrie, vielleicht sogar die einzige langfristige Überlebensmöglichkeit sehen“, gestärkt wurden.

HTR und BRD

Gerade auch für die BRD könnte sich der HTR zum „Zukunftsreaktor“ entwickeln. Da gibt es auch bereits konkrete Projekte, für die sich die Atomkonzerne positive „Rückwirkungen“ aus der Sowjetunion-Kooperation erhoffen. Der ABB liegt ein „Planungsauftrag der IAW-Amperwerke AG, München, über einen 100-Megawatt-Hochtemperatur-Reaktor im Haus“. Ebenso ein „Planungsauftrag einer Gruppe nicht näher benannter deutscher Energieversorgungsunternehmen über ein Kernkraftwerk von 500 Megawatt“. Bei der niedersächsischen Landesregierung läuft ein „Antrag von Siemens/KWU auf Genehmigung eines HTR-Moduls von 80 Megawatt Leistung“ („FAZ“, 7.10.88).

Der Geschäftsführer der Hochtemperatur-Reaktorbau-GmbH, Emil Baust, erhofft sich sogar, mit diesen Reaktoren „die Akzeptanz für die Kernenergie in Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft wieder zu verbessern“ („Zeit“, 14.10.88). Sicher-

hofft sich sogar, mit diesen Reaktoren „die Akzeptanz für die Kernenergie in Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft wieder zu verbessern“ („Zeit“, 14.10.88). Sicherheitstechnisch werden den kleinen Hochtemperatur-Reaktoren von der Atomindustrie wahre Wunderdinge angedichtet. Die Konstruktion des Reaktors nach dem Konzept der „inhärenten Sicherheit“, heißt es da, „erlaube den Reaktor aufgrund von Naturgesetzen in einem sicheren Zustand zu halten“ („Brückenbauer“ Nr. 43, 26.10.88). Kernschmelzen wie in Tschernobyl oder Harrisburg seien damit auszusagen naturgesetzlich ausgeschlossen. Wie der HTR-Kritiker Lothar Hahn meint, zielt die „Zauberformel der inhärenten Sicherheit“ insbesondere auf die Wiedergewinnung der Akzeptanz derjenigen Kreise, für die Kernenergie, die der Überzeugung sind, für die Lösung der zukünftigen Energieprobleme sei auf Atomenergie notgedrungen nicht zu verzichten. Auch für das zunehmend von der CDU betriebene Ausspielen verschiedener ökologischer Probleme gegeneinander bietet die Zauberformel neue Nahrung.

Angepriesen als kleines, in eine dezentrale Energieversorgung eingepasstes Atomkraftwerk für den Stadtrand, konkretisieren diese Reaktoren auch alle von der Ökologiebewegung derzeit propagierten Rekommunalisierungsstrategien in der Energieversorgung.

Von besonderem Interesse dürften die neuen kleinen HTR aber für die BRD sein, da sie auch auf dem Gebiet der Atomwaffenproduktion z.T. mehr zu bieten haben als andere Reaktoren.

Die Grundeigenschaft militärischer Reaktoren — die Möglichkeit zum Brennelementwechsel während des laufenden Betriebes — besitzen die Hochtemperatur-Reaktoren schon in ihrem zivilen Kostüm. Für eine heimliche, illegale Abzweigung von Atomwaffenstoffen kommt als entscheidender Vorteil gegenüber herkömmlichen Reaktoren die „Handlichkeit der Brennelemente“ hinzu. Statt mit umständlichen langen Brennstäben, in

Er ist schon ein rechter Wunderreaktor, der Hochtemperatur-Modul-Reaktor (HTR-Modul), betrachtet mensch die Werbung der Atomindustrie: Er produziert nicht nur — und das selbstverständlich vollkommen schadstofffrei — Strom. Er entsalzt zudem die Meere, erzeugt Prozeß- oder Fernwärme, Hochdruckdampf und vergast Kohle. Er ist klein, handlich und daher für jede Stadt und jeden Industriekern geeignet, preiswert und „inhärent sicher“. Heißt es.

Mit dem HTR-Modul erlebt die Seifenblasenpropaganda der 70er Jahre, als Leichtwasserreaktoren und Schnelle Brüter der kleinen Frau und dem kleinen Mann als „Perpetuum mobile“ der Energieerzeugung schmuckhaft gemacht wurden, eine Neuaufgabe. Die Debatte um das HTR-Modul wird von der Atomgemeinde mit dem Begriff „inhärente Sicherheit“ geführt, d.h. einer Störfallbeherrschung aufgrund physikalischer Prinzipien und ohne menschliche Eingriffe. Ein AKW ohne GAU also, ohne Gefahr eines Kernschmelzensfalls? Diese Argumentation zielt an den Sicherheitsproblemen des HTR vorbei. Das HTR-Modul wurde so konzipiert, daß bei Aufheizerstörungen aufgrund passiver Wärmeabfuhr die kritische Temperatur von 1600 Grad in den Brennelementen nicht überschritten werden soll.

Dies kann jedoch nur gewährleistet werden, wenn die Abschaltung erfolgen kann und die passive Wärmeabfuhr störungsfrei zur Verfügung steht. Füllen diese Systeme aus, so können sich auch im Modulreaktor Unfallabläufe mit Brennelementtemperaturen über 1600 Grad entwickeln, in deren Folge es wie bei einem GAU zu massiven Freisetzen von radioaktiven Teilchen und Gasen kommt. Verheerende Auswirkungen vor allem bei Standorten in Ballungsräumen wären die Folge, denn nicht zuletzt aus finanziellen Gründen ist für das HTR-Modul kein gasdichtes Containment vorgesehen. Die Verwendung von Graphit als Strukturmaterial und Moderator beim HTR führt zu spezifischen Unfällen bei dieser Reaktorkonzeption. Trotz Vorsorgemaßnahmen können Wasser- oder Luftlecks in den Primärkreislauf nicht ausgeschlossen werden. Schwerwiegende Unfälle mit Graphit-Wasser-Reaktionen oder der von Tschernobyl bekannte Graphit-Brand wären bei zusätzlichem Ausfall von Sicherheitssystemen die Folge. Weitere Unfallrisiken bergen das Versagen passiver Komponenten wie Rohrleitungen, Einwirkungen von außen wie Flugzeugabstürze oder auch Explosionen in angeschlossenen Chemiewerken und Raffinerien.

Papierkonzepte und

vor auch Experimenten in angeschlossenen Chemiewerken und Raffinerien.

Papierkonzepte und Versuchskomponenten

Das HTR-Modul wird zunächst angeboten mit 100 Megawatt (MW) zur kombinierten Strom- und Dampferzeugung. Als Abnehmer werden Städte mit Fernwärmesetzen, Konzerne der chemischen Industrie und Raffinerien umworben. Möglich soll auch die Auskoppelung von Hochdruckdampf für die Gewinnung von Öl aus Ölsanden oder Ölschiefer (tertiäre Ölförderung) sein. Doch das versprochene „breite Anwendungsspektrum“ existiert ebenso wie die „inhärente Sicherheit“ bis heute nur auf dem Papier oder wurde isoliert im Kleinstmaßstab im AVR-Versuchsreaktor des Kernforschungszentrums Jülich durchgeführt.

Brennelementen gebündelt, werden die HTR mit tennisballgroßen Brennelementkugeln betrieben. Wie der HTR-Kritiker Hahn schreibt, ist eine Abzweigung bei diesen Reaktoren auf jeden Fall „leichter zu tun, zumal an beliebiger Stelle abgezweigte Brennelemente durch Blindelemente ersetzt werden können“ (Lothar Hahn, Der kleine HTR — letzter Strohhalm der Atomindustrie? Kurzstudie des Öko-Instituts Darmstadt, S. 26).

Die eindeutig militärische Besonderheit des HTR besteht aber darin, daß er als wirkungsvoller Tritium-Produzent eingesetzt werden kann. Tritium wird für die Wasserstoffbombeproduktion benötigt. „Durch geeignete Brennstoffzusammensetzung (z.B. durch Zugabe von Lithium)“, heißt es in der Studie des Öko-Instituts, „läßt sich die Erzeugung von Tritium zum Zwecke des Einsatzes in Atombomben steuern und kann für technisch weit entwickelte Atomwaffenstaaten militärisch interessant werden“ (s.o.).

Gerade an diesem Punkt hat die Realität die Studien der Kritiker bereits wieder

Weltweit gibt es keinen HTR-Modul-Reaktor.

Der in Hamm-Uentrop betriebene THTR 300 ist ein reiner Stromerzeuger ohne Dampfkoppelung. Dieser Reaktor wurde schon in den 70ern den Gewerkschaften mit dem Schlagwort „Kohle-Atom-Verbund“ schmuckhaft gemacht, d.h. mit der Möglichkeit, Kohle mit den hohen, vom HTR erzeugten Temperaturen gasförmig zu machen — zu einer Zeit, als die „Kohlevergasung“ nichts weiter war als eine theoretische Idee. Noch heute wird nach Werkstoffen gesucht, die den hohen Temperaturen standhalten würden. Ein HTR-Modul zur Kohlevergasung wird darüberhinaus einen erheblichen Umweltschutz- und Sicherheitsaufwand erfordern.

„Eine Referenzanlage realisieren“

Die Entwicklung der kleinen HTR-Modulanlagen ist eine Reaktion auf Veränderungen im bundesdeutschen und internationalen Energiemarkt. Der Bedarf an großen Reaktoren ist hierzulande gesättigt, gefragt ist heute die Kombination von Strom- und Wärmeerzeugung in kleinen Kraftwerken. Ihre Kunden wollen die zur „HTR-GmbH“ fusionierten Reaktor-Anbieter Siemens und ABB zum einen bei Kommunen und Industrie in der BRD finden. Um das internationale Geschäft anzukurbeln, soll umgehend eine „Vorzeige“-Referenzanlage gebaut werden. Als Standort dafür hatten die Städte Hannover und Düsseldorf Interesse signalisiert, für die weitere Ölförderung wurde das Emsland genannt, für die Kohlevergasung die Region Helmstedt von der niedersächsischen Landesregierung ins Spiel gebracht. Doch sollten auch andere potentielle Standorte nicht aus der Liste der Kandidaten gestrichen werden. Einen Planungsauftrag für einen Modulreaktor hat die HTR-GmbH bereits im Haus — Auftraggeber sind die bayerischen Isar-Amperwerke.

Standortgerichte werden in Bayern zwar offiziell hartnäckig dementiert, doch ist durchgesickert, daß das Energieversorgungsunternehmen im oberbayerischen Marienberg für ca. 1 Mio. DM Grundstücke zusammengekauft hat. Marienberg ist im Standortsicherungsplan ausgewiesen als möglicher Platz für ein Kraftwerk mit Fernwärmeauskopplung für's nahe Rosenheim.

Keine Standortnennung — kein Widerstand?

Als „Prüfsiegel für die internationale Ver-

Keine Standortnennung — kein Widerstand?

Als „Prüfsiegel für die internationale Vermarktung“ läßt sich Siemens von der niedersächsischen Landesregierung das Konzept des HTR-Moduls mit den wesentlichen Auslegungsmerkmalen und der gesamten Sicherheitstechnik genehmigen. Neu ist dabei nicht nur die Reaktorlinie, neu ist auch das Genehmigungsverfahren: Ein Standort für den Reaktor wird zunächst nicht benannt, in der Hoffnung, daß der Antrag der HTR-GmbH ohne größere Beteiligung der Bevölkerung entschieden werden kann. Ein ähnliches Verfahren ist auch für Bayern zu erwarten.

Mit dem Mitte nächsten Jahres zu erwartenden Konzeptvorbescheid hält Siemens eine Genehmigung in Händen, die der — entscheidenden — ersten Teilerichtungs-genehmigung eines Atomkraft-

werkes mit Standort entspricht. Reibungsverluste zwischen Atomindustrie und Genehmigungsbehörde sind kaum zu erwarten. Bereits 1984 wurden in Gesprächskreisen, in denen neben den zuständigen Behörden und Gutachtern auch die Reaktorbauer vertreten waren, im Vorgriff auf eine reibungslose Genehmigung gemeinsam Sicherheitskriterien für den HTR entwickelt und ihm die „grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit“ bescheinigt. Zielperspektive von Siemens seinerzeit war, bei der Genehmigungsbehörde „eine Veränderung der Genehmigungspraxis im Bezug auf den Schutz gegen äußere Einwirkungen oder besser den Abbau der entsprechenden Regeln, Gesetze und Richtlinien“ (1) zu erreichen. Für die Genehmigungsunterlagen wurden „konservative Standortdaten“ gewählt; so wird ein positives Urteil des niedersächsischen Umweltministers zur de-facto-Bescheinigung über die Genehmigungsfähigkeit der Anlage an allen in Frage kommenden bundesdeutschen Standorten.

Sowohl von Seiten der Landesregierung als auch der Atomindustrie wird bei der gewählten Genehmigungsstrategie auf das „St. Florians-Prinzip“ gesetzt. Geht es bei den Betreibern, daß die Auslegung der Unterlagen für das HTR-Modul mangels Standortbetreffenden weitgehend unhemmert bleibt und kaum Einwänden gegen den entscheidenden Teil des Hochtemperaturreaktors — die Sicherheitstechnik — erhoben werden.

Doch nicht nur die Zahl der Menschen, die nach einer Einwendung gegen den Reaktor den Gerichtsweg gegen das Atomprojekt beschreiten können, soll klein gehalten werden — auch die Klagemöglichkeit selbst wird eingeschränkt. Von offizieller Seite (2) wird zunächst davon ausgegangen, daß bei fehlendem Standort niemand vor Gericht glaubhaft machen kann, daß er durch einen nur auf dem Papier existierenden Reaktor in seinen Rechten beeinträchtigt ist. Mit dieser Begründung sollen eingereichte Klagen abgewiesen werden. In einem zweiten Erörterungsverfahren nach Standortbenennung sind nur noch standortspezifische Details Gegenstand der Debatte, das im standortunabhängigen Verfahren abgehandelte Konzept samt Sicherheitstechnik gilt als ein für alle Mal genehmigt.

Können Landesregierung und Atomindustrie das gewählte Genehmigungsverfahren für einen „standortunabhängigen Konzeptvorbescheid“ durchsetzen, so geht die Beteiligung der Öffentlichkeit und von direkt Betroffenen bei Atomprojekten praktisch verloren.

Das bundesdeutsche und internationale Reaktorgeschäft beleben könnte dieses von der niedersächsischen Landesregierung wohlwollend als „Teil der Markteinführung praktischer Vorarbeiten“.

Das bundesdeutsche und internationale Reaktorgeschäft beleben könnte dieses von der niedersächsischen Landesregierung wohlwollend als „Teil der Markteinführungsstrategie“ gehandelte Genehmigungsverfahren allemal: Bauplatzbesetzungen und langwierige, die Reaktoren verteuernde gerichtliche Auseinandersetzungen haben keine Chance — da der Modul-Reaktor in „standardisierter Bauweise“ weitgehend vorgefertigt geliefert wird, könnte binnen 3 Jahren das AKW fertig auf der Wiese stehen.

S.

Anmerkungen:

1) HTR-Modul, internes KWU-Papier, 13.6.84
2) „Die standortunabhängige Konzeptgenehmigung im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren“, Ausarbeitung des wiss. Dienstes des Deutschen Bundestages vom 17.10.88

zung der Hochtemperatur-Technik hin. Ich bin sicher, daß es auch auf diesem Gebiet zum Austausch von Informationen kommen wird“, sagte Wade“ („FAZ“, 17.10.88).

Die Bedenken der DKP gegen die Kooperation, weil damit jene Kräfte in diesem Land gestärkt werden, die „über ein ganzes System atomindustrieller Anlagen bis hin zur Wiederaufbauanlage in Wackersdorf die Chance zur bundesweiten Atomwaffenproduktion zumindest offenhalten wollen“ („UZ“, 31.10.88), finden ihre Berechtigung noch weit direkter.

Mit der Kooperation werden nicht nur die Kräfte gestärkt, die in diesem Land Atomwaffenoptionen verfolgen, sondern es wird auch direkt einer Technik zum Durchbruch verholfen, die der BRD als weiteres Glied in einer Infrastruktur für Atomwaffenproduktion dienstbar ist.

rb

US-Atomwaffenproduktion:

Die geheimen GAUs

Schon seit Jahren sorgen die Anlagen der US-Atomwaffenproduktion unaufrichtig für Skandale. Anfang der 80er Jahre stand die Lagerung militärischen Atomabfalls im Brennpunkt öffentlicher Kritik.

Seit 1976 hatte sich das Energieministerium — zuständig für die Atomwaffenproduktion — erfolgreich dagegen gewehrt, daß das damals erlassene Gesetz zur Kontrolle giftiger Abwässer auch für die Atomwaffenfabriken gelte. (FAZ, 22.4.87) 1980 scheiterte im Kongreß wieder eine Gesetzesinitiative, die Lagerung von drei Millionen Kubikmetern gefährlichen militärischen Atomabfalls den gleichen Sicherheitsbestimmungen zu unterwerfen, die für zivile Anlagen gelten. Die damalige von den Demokraten gestellte Regierung unter Carter weigerte sich, der Nuklearen Kontrollkommission (NRC) entsprechende Befugnisse zuzugestehen (FR, 2.3.81).

Als 1982 Informationen an die Öffentlichkeit drangen, wonach in Oak-Ridge (Tennessee) tausend Tonnen Quecksilber einfach in den Boden geleitet worden waren, brach die Kritik an den fehlenden Sicherheitsvorkehrungen erneut auf (FAZ, 22.4.87). Von Oak-Ridge weichte sie sich auf den Savannah-River-Plant aus. Auch hier kamen skandalöse Zustände ans Licht. „Zwischen 1953 und 1964 wurde 160mal mehr Jod 131 abgegeben, als für den Unfall in Three Mile Island berichtet wird. Mittelaktive flüssige Abfälle verwickelten auch schnell ausgehobene Teiche ins Grundwasser, hochaktiver radioaktiver Abfall tropfte aus Stahlhaken. Die fortschreitende Grundwasserverschmutzung alarmierte bereits den US Geological Survey, dem Bohrungen auf dem Gelände zur Prüfung der Grundwassersituation jedoch verweigert wurden.“ (taz, 18.5.87) Mehrere Trinkwasserbrunnen auf dem Gelände mußten wegen chemischer Verunreinigung mit Trichloräthylen stillgelegt werden. Trichloräthylen wird zum Epfichten der Brennelemente verwendet. Über die radioaktive Verunreinigung bei dieser zwei Jahre geheimgehaltenen Grundwasserverschmutzung wurde noch nichts bekannt.

1986 waren es die Anlagen im Atomwaffenproduktionszentrum in Hanford, die in die Kritik gerieten. Am 8. Oktober 1986 mußten die beiden dortigen Wiederaufbereitungsanlagen stillgelegt werden. Ein Untersuchungsbericht hatte 54 gefährliche Ereignisse in den letzten zwei Jahren festgestellt. Darunter eine Serie von „Kategorie-1“-Unfällen. Diese Kategorie beschreibt Unfälle, die „mit größter Wahrscheinlichkeit ernsthafte Verletzungen oder Tod herbeiführen können“ (FR, 22.10.88). Im Dezember 1986 wurde auch der Plutoniumproduktionsreaktor-N in Hanford abgeschaltet. Der Manager der Firma UNIC Nuclear Industries, die für den Plutoniumproduktionsreaktor-N in Hanford abgeschaltet. Der Manager der Firma UNIC Nuclear Industries, die für das Energieministerium den N-Reaktor betrieb, Paul Bonin, sagte damals: „Wir müßten den Reaktor im Durchschnitt fünf- und zwanzigmal im Jahr wegen technischer Probleme abschalten. Zivile Kernkraftwerke fallen dagegen im Schnitt nur siebenmal im Jahr aus“ (FAZ, 24.12.86).

Neben Hanford wurden einzelne Abteilungen der Uranfabrik Fernald — die auch heute wieder in einen Skandal verwickelt ist — stillgelegt. In Fernald wie in Hanford wurde das radioaktive Abwasser in offenen mit Bitumen ausgelegten Tümpeln aufgefangen. Dort verrotten es langsam und man hoffte, daß die Spaltprodukte im Boden aufgefangen würden (FAZ, 24.12.86).

1987 war es wieder der Savannah-River-Plant, der für Schlagzeilen sorgte. Aufgrund der bei Prüfungen an den Reaktoren zutage getretenen Schwächen mußte bereits Ende 1986 als Notfallmaßnahme eine Drosselung der Produktion um 26% angeordnet werden. Im März 1987 folgte als Auflage eine weitere Drosselung um 30%. Wie die Prüfer verlauten ließen, könnten sie nicht garantieren, „daß das Kühlsystem der drei Reaktoren im Falle eines schweren Unfalls ausreicht, um einen „Meltdown“ zu verhindern“ (taz, 27.3.87). Meltdown ist eine Kernschmelze. Überdies sind in Savannah-River-Plant sowie keine Kühltürme vorhanden, sondern das heiße Abwasser wird direkt in die Umwelt abgelassen.

rium (DOE) den letzten Reaktor (P) in Savannah-River stilllegen. Die Öffentlichkeit erfuhr von den Schrägheiten aber nicht durch das Ministerium, sondern durch die Presse.

Am 30. September wurde während einer parlamentarischen Anhörung vor einem Untersuchungsausschuß des US-Kongresses eine Studie aus dem Jahre 1985 bekannt, in der der Physiker G.C. Ridgway detailliert die Unfallgeschichte der Anlage seit 1957 beschrieb. Nach dieser Studie haben sich in den Reaktoren des Savannah-River-Plant über einen Zeitraum von 28 Jahren (1957-1985) 30 „Reaktorabfälle der größten Bedeutung“ ereignet. Nach Aussagen des Ausschußmitgliedes Senator John Glenn gab es darüber fast „ein weiteres Bichernobyl“ (FR, 3.10.88). Bei einem schweren Unfall am 12. Januar 1960 hatten die Techniker beim Wiederanfahren des L-Reaktors die Kontrollstäbe zu weit herausgezogen. Dabei sei die Kettenreaktion fast außer Kontrolle geraten. Der Reaktor wurde schwer beschädigt (FAZ, 7.10.88).

Im November 1970 kam es im K-Reaktor zum Schmelzen eines Verbindungsstabes, der normalerweise die Neutronen liefert, mit denen die nukleare Kettenreaktion in Gang gesetzt wird. „Im Filterraum für das Primär-Kühlwasser trug daraufhin für Stunden Wasser aus. Die Strahlung in dem Raum sei so stark gewesen, daß 900 Techniker drei Monate damit beschäftigt gewesen seien, ihn zu dekontaminieren.“ (FAZ, 7.10.88) Einen Monat später, im Dezember 1970, kam es bei einem weiteren Unfall im C-Reaktor zu einer teilweisen Kernschmelze. Diesmal hatten die Techniker, wie es hieß, versucht, eine nukleare Kettenreaktion in Gang zu setzen, obwohl der Kühlwasserdurchfluß zu gering gewesen ist.

Der letzte Unfall in der Störfälle-Reihe war der im August 1988 im P-Reaktor, mit dem der Skandal in die Öffentlichkeit gelangte. Der Unfallablauf soll dabei dem vom 12.01.1960 gegliedert haben. (FAZ, 7.10.88) Seidem ist mit dem P-Reaktor auch der letzte der in Savannah-River-Plant betriebenen Atomreaktoren stillgelegt. Zur Zeit sind anscheinend alle militärischen Atomreaktoren zur Spaltstoffproduktion außer Betrieb.

Eine Woche nach Bekanntwerden der Unfallserie in den Reaktoren des Savannah-River-Plant weitete sich der Skandal auf weitere Anlagen im US-Atomwaffenkomplex aus. Am Wochenende des 8./9. Oktober mußte das Energieministerium den Betrieb in Teilen der Plutoniumfabrik Rocky Flats in der Nähe von Denver stilllegen. Dort war es am 29. September zu einem Strahleneinbruch gekommen, als zwei Sicherheitsingenieure des Unternehmens einen Beamten des Ministeriums auf einem Rundgang durch den Betrieb führten. „Dabei betreten die drei Männer auch einen Raum im Gebäude 771, in dem unter anderem Geräte aufbewahrt werden, die stark mit Radioaktivität verseucht sind. Offenbar übersahen die drei Inspektoren dabei Warnschilder, auf denen vor der Strahlungsgefahr gewarnt wurde. In diesem Teil des Gebäudes dürfte man sich nur mit Sicherheitskleidung und schwe-

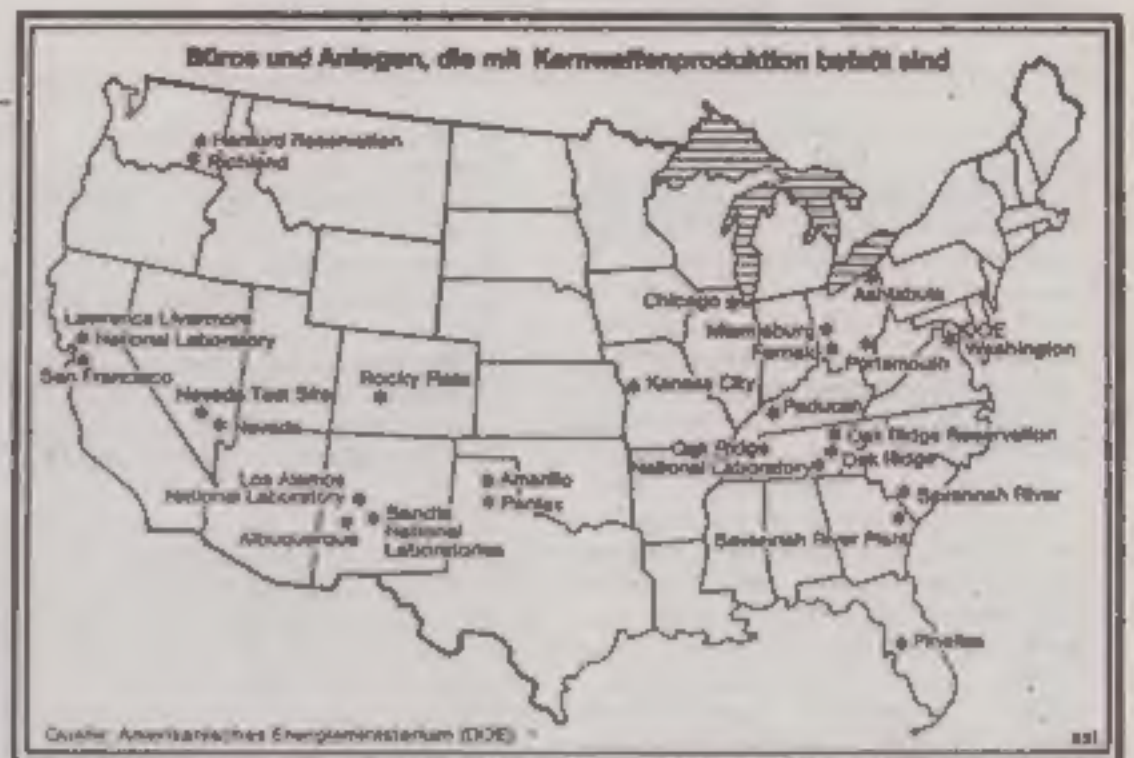
rem Atemschutz aufhalten, ließ es. Nach allem was bisher über den Zwischenfall bekannt wurde, waren die drei Ingenieure unzureichend ausgerüstet.“ (FAZ, 13.10.88)

In dem für unbestimmte Zeit stillgelegten Gebäude 771 wird das Plutonium für sogenannte „Pits“ gereinigt und aufbereitet. Unter einem „Pit“ wird das Innere eines thermonuklearen Sprengkopfes verstanden, welches die eigentliche Kernfusion und damit die Explosion einer Wasserstoffbombe auslöst. Aufgrund der Stilllegung können in Rocky Flats derzeit keine Auslöser („Trigger“) für Wasserstoffbomben hergestellt werden.

Am 11. Oktober gerieten auch die drei mit Atomwaffenforschung befaßten Zentren der USA in Los Alamos, Livermore und Albuquerque in die Kritik der Untersuchungsausschüsse. In den Labors seien „angeblich Mitarbeiter östlicher Geheimdienste und Wissenschaftler aus atomaren Schwellenländern ohne große Sicherheitsüberprüfungen“ (FAZ, 13.10.88) für längere Zeit ein und aus gegangen. Nach einer Liste des dem Kongreß unterstellten Rechnungsbüros GAO sollen zwischen Januar 1986 und September 1987 insgesamt 6700 Ausländer die drei Labors besucht haben. 675 stammten „aus jenen Ländern, von denen angenommen wird, daß sie in Geheim an Kernwaffenprojekten arbeiten. Dazu gehören Iran, der Irak, Argentinien, Brasilien und Pakistan.“ (FAZ, 13.10.88)

Zeitgleich zur Teilstillegung in Rocky Flats kam es am 8. Oktober zur Stilllegung einer weiteren Anlage, der Fernald-Atomfabrik bei Cincinnati (Ohio). 625 Arbeiter des Werkes traten wegen der katastrophalen Arbeitsbedingungen in den Streik. Der neue Betreiber der Anlage, die Firma Westinghouse Material Co., will darüber hinaus durchsetzen, daß die Arbeiter zehn Prozent ihrer Krankheitskosten bezahlen und sich außerdem an den Krankheitskosten beteiligen. Neben höheren Löhnen geht es, wie der örtliche Gewerkschaftsfunktionär Dave Day sagte, „vor allem um die Betriebsicherheit und die Krankenversicherung“. Weil man in einer Uranfabrik arbeite, sei man besonders gefährdet. Die Krankheitskosten könnten in die Tausende von Dollars gehen. Das wolle man nicht akzeptieren (FAZ, 3.11.88).

Die Anlage steht bereits seit 1986 wegen katastrophaler Arbeitsbedingungen und fortwährender Umweltbelastungen mit radioaktivem Uransaub im Zentrum öffentlicher Kritik. Jetzt mußte das US-Energieministerium im Zusammenhang einer gerichtlichen Klage von 14.000 Anwohnern Dokumente über die Umweltbelastung durch die Anlage freigeben. Nach unterschiedlichen Angaben in der Presse sollen danach 200 Tonnen radioaktiven Uransaub in die Luft (ca. 135 Tonnen), in das Grundwasser (ca. 75 Tonnen) und in einen nahe gelegenen Fluß gelangt sein (FR, 14.10.88). Eine andere Darstellung meint, „tausende von Tonnen radioaktiver Abfälle“ hätten das Grundwasser verunreinigt (taz, 17.10.88). Mit der in Fernald bestreikten Atomfabrik liegen zur Zeit vier Anlagen des



US-Atomwaffenproduktionskomplexes still.

35 Jahre konsequente Geheimhaltung

Ebenso ungeheuerlich wie die Zustände in den Anlagen selbst zeigt sich mit diesem Skandal die Informationspolitik der US-Regierungsstellen. Mehrfach knapp an einem Super-Gau vorbeigekommen, wird auf der Ebene der Information das von Tschernobyl bekannte Verschleiern und Verschleiern noch übertroffen. Von Anfang an wurde jede Öffentlichkeit konsequent unterdrückt. Als das Motiv für die Verheimlichung gab der Sprecher des DOE, Callcott, an, es habe „die Ansicht vorherrschend, daß die Störfälle im Interesse der nationalen Sicherheit geheimgehalten werden mußten“ (FAZ, 6.10.88).

Noch während der Enthüllungen setzten sich diese Verschleiervorbemühungen fort. So versuchte das Energieministerium anfanglich, jede Verantwortung für die Unfallserie von sich zu weisen. Als Version galt: „Die Zwischenfälle wären dem US-Energieministerium (DOE), das die Plutoniumproduktion überwacht, bis zum August dieses Jahres nicht bekannt“ gewesen (taz, 3.10.88). So schob das Ministerium die Verantwortung auf die Betreiber der Anlagen ab, Unternehmen wie DuPont, Rockwell und Westinghouse (FR, 22.10.88). Das war allerdings sehr schnell zum Scheitern verurteilt. In ganzseitigen Zeitungsanzeigen distanzierte sich der Chemiekonzern DuPont vom Energieministerium. Dem Unternehmen könne man keine Verschleiervorstellung der Zwischenfälle vorwerfen, da jedes anormale Ereignis den Vertretern des Ministeriums gemeldet wurde (FAZ, 24.10.88). Auch Westinghouse, die Betreiberfirma der Fernald-Atomfabrik in Cincinnati (Ohio), erklärte zur dortigen Verunreinigung von Luft und Grundwasser mit radioaktivem Staub, „dies sei ihm vom Energieministerium gestattet worden“ (FR, 14.10.88).

In den Anhörungen des Kongressausschusses zur Fernald-Atomfabrik wurde diese Darstellung schließlich auch von Seiten des Energieministeriums selbst bestätigt. Der Kongreßabgeordnete von Cincinnati, Thomas Luken, faßte die Ergebnisse der Anhörung so zusammen: „Die Angaben des Energieministeriums vor Gericht bedeuten, daß das DOE eine Art von chemischer Kriegsführung gegen die Bevölkerung von Fernald begangen hat. Es gibt zu, daß es seit mehr als 20 Jahren wußte, daß die Abfallgruben undicht sind. Vor allem gibt es nun zu, daß es fast 35 Jahre lang auf seinen Händen gesessen und nichts unternommen hat, um diese lebensbedrohenden Probleme zu beheben“ (taz, 17.10.88).

Es blieb nur noch übrig, die Verantwor-

tung im Energieministerium zu übernehmen und als sogenannte Managementfehler auf einzelne leitende Beamte abzuschieben. Auf einer Pressekonferenz hieß es: „Im Grunde haben wir es mit einem Managementproblem zu tun.“ Und weiter erklärte der Sprecher des Energieministeriums, B.J. Cooper: „Das Energieministerium bekommt die Sache in den Griff, der Präsident ist unterrichtet und man kann nicht jedesmal, wenn ein Problem auftaucht, im Weißen Haus eine Untersuchungskommission einrichten“ (FR, 22.10.88). Bei den Anhörungen hieß es: „Im Ministerium gibt es derzeit leitende Beamte, deren Einstellung zur Sicherheit in Atomanlagen fatal an die von NASA-Mitarbeitern erinnert, die zur Explosion der Challenger-Raumfähre führte“ (FR, 22.10.88). Parallel dazu kursierten Meldungen von Alkohold- und Rauschgiftkonsum unter den Bedienungsmannschaften der US-Atomkraftwerke (taz, 22.10.88). Kurzum, mit den angeblichen Worten eines Sprechers des Weißen Hauses: „Wenn die Nachrichten richtig schlecht werden, ist es besser, sie als Versagen des Energieministeriums darzustellen, denn als Versagen des Weißen Hauses.“ (FR, 22.10.88)

Wenn die Nachrichten ganz schlecht sind, hält man sie manchmal auch ein Jahrzehnt zurück: Über den GAU von Harrisburg ist jetzt in Kurzmeldungen zu erfahren, daß die Hälfte des Reaktorkerns geschmolzen war!

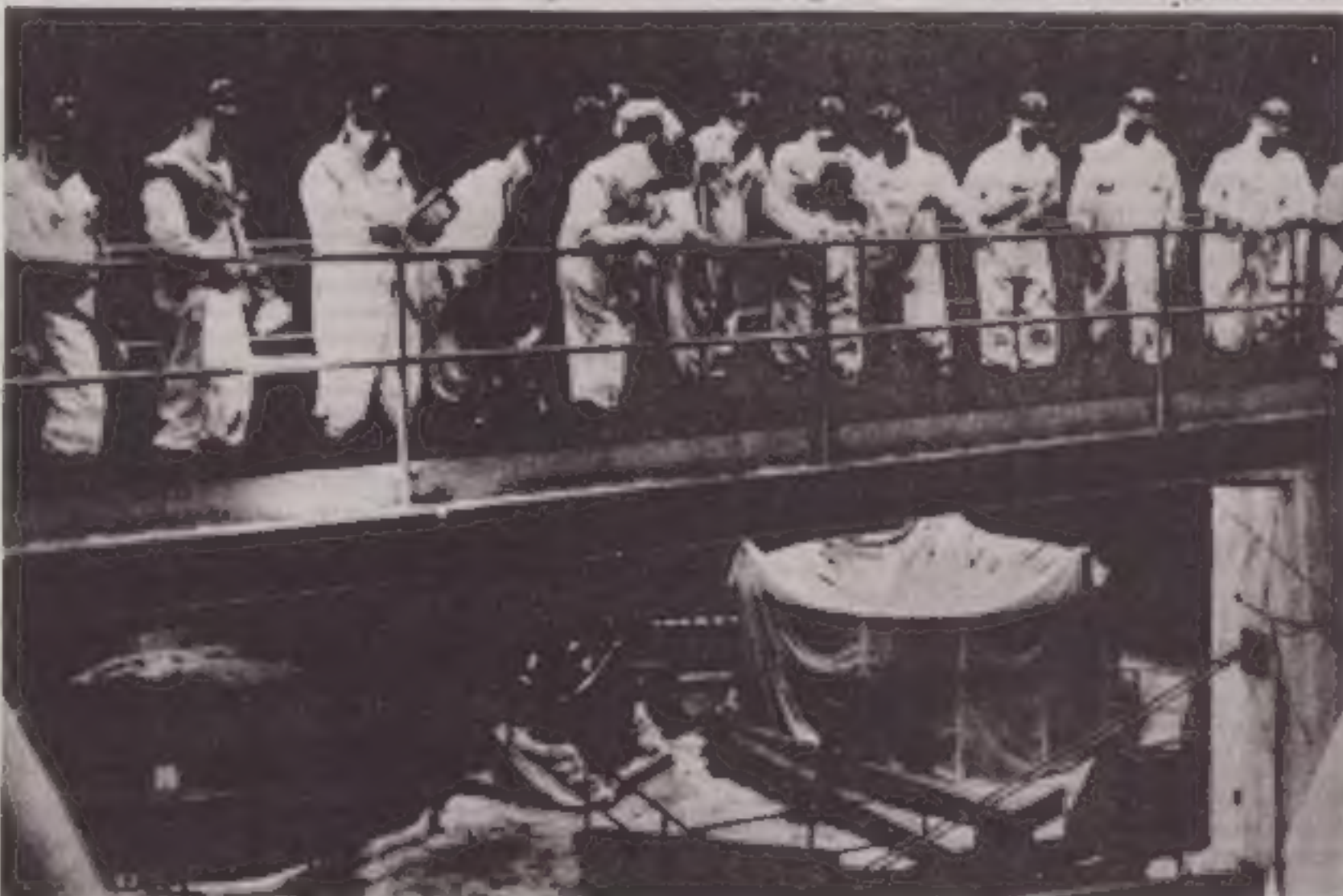
Auf ein Neues

Mit den jetzigen Stilllegungen von vier Anlagen ist die vom Sprecher des Energieministeriums beschworene „nationale Sicherheit“ allerdings auch nicht gefährdet. Plutonium ist auf verschiedenen anderen Wegen weiterhin gewinnbar. Zum einen wird der größte Anteil des für neue Waffen benötigten Plutoniums und alles waffenreine Uran aus alten Atomwaffen gewonnen, u.a. aus den Sprengköpfen der im INF-Abkommen abgerüsteten Raketen. Das dort herausgegriffene Plutonium geht Gramm für Gramm in neue moderne Sprengköpfe ein.

Desweiteren haben die USA mit neuer Lasertechnologie die Möglichkeit, auch aus den abgebrannten Brennelementen ziviler AKWs Plutonium zu gewinnen. Eine Versuchsanlage, die „Special Isotope Separation Facility“, steht im Bundesstaat Idaho (taz, 27.3.87).

Engpässe könnten, wenn überhaupt, nur bei der Tritium-Versorgung auftreten. Doch auch hier liegt kein akuter „Produktionsnotstand“ vor. Das Pentagon läßt Atomwaffen alle fünf Jahre mit Tritium nach. Die vorhandenen Tritiumvorräte, so die Berechnungen von Fachleuten auf dem Gebiet der Atomwaffenproduktion in den USA, könnten die nächsten zwei Jahre überbrücken. (FR, 21.10.88)

Mit dem Wiederanfahren der stillgelegten Anlagen, soll es allerdings schneller gehen. „Bereits Ende dieses Jahres soll der sogenannte K-Reaktor wieder angefahren werden, im folgenden Frühjahr soll der L-Reaktor folgen und im Herbst schließlich der P-Reaktor“ (FAZ, 27.10.88). Das gilt als Übergangslösung bis zur Fertigstellung neuer Reaktoren. Die Genehmigung, zwei neue Reaktoren als Ersatz für die alten Anlagen zu bauen, soll bereits vorliegen. „Auf dem Gelände am Savannah-River soll ein neuer Schwerwasserreaktor entstehen, in Idaho will man einen gasgekühlten Hochtemperaturreaktor bauen. Der Hochtemperaturreaktor soll zur Tritiumproduktion eingesetzt werden. Von den zuständigen Stellen wird das Konzept eines HTR für eine derartige militärische Anwendung als ebenso vielversprechend wie für die zivile Anwendung beurteilt. Für den Bau des Reaktors soll auf bundesdeutsche Erfahrungen zurückgegriffen werden. Dabei wurde auf ein Abkommen zwischen Siemens und dem kalifornischen Unternehmen General Atomics über die zivile Nutzung der Hochtemperaturtechnik hingewiesen. Der zuständige Staatssekretär im Energieministerium Wade gab sich zuversichtlich: „Ich bin sicher, daß es auch auf diesem Gebiet zum Austausch von Information kommen wird.“ (FAZ, 27.10.88)



Unfallreaktor Harrisburg

Eine Serie von Skandalen

Ausgangspunkt der jetzt aufgedeckten Serie von Beinahekatastrophen und katastrophalem Normalbetrieb in verschiedenen Anlagen des US-Atomwaffenkomplexes war wieder der Savannah-River-Plant. Im August mußte das US-Energieministe-

„Da ist Musik drin!“

Prominente Linke zu 300 Nummern „Arbeiterkampf“

Dreihundert Nummern „Arbeiterkampf“, seit der Nummer 295 „ak“ abgekürzt, wie sehen uns andere? Wir bitten sie um eine kurze Antwort diverse Linke, linke Grüne, Grüne, die mal links waren oder sich immer noch dafür halten. Wir fragten: „Was hältst du vom AK?“ Heraus kam ein buntes Meinungspotpourri von begeisterter Zustimmung bis zu scharfer Ablehnung.

Petra K. Kelly (grüne Bundestagsabgeordnete)
Gerd Bastian und ich sorgen uns sehr, daß euer Wirken dem gewaltfreien Kampf für eine grüne Zukunft schaden könnte

Wilb K. Golttermann (Unternehmer)
AK? Da ist Musik drin!

Alice Schwarzer (Emma)
Den AK lese ich besonders gern wegen seiner aufregenden Frauenseiten

Joschka Fischer (grünes Landtagsmitglied)
Dem Ebermann sein Hausblatt mag ich nicht

Adrienne Gochler (grüne Bürgerschaftsabgeordnete)
Nicht was ich denke, was ihr seid, sondern was ihr denkt, wer ich bin, macht mich neugierig auf mehr

Joscha Schmieder (Kommune, Vermögensverwalter)
Warum müßt ihr mich immer an meine Vergangenheit erinnern?

Ein Hamburger Autonomer
Affenreiß, euer Sportteil. St. Pauli, St. Pauli

Martin Fuchler (BWK,
Theoriezeitung für die neuen grünen Mittelstücken

Klaus Hartung (taz)
Es ist ein Armutszeugnis für die politische Kultur und den brisierenden Mangel an demokratischer Reife in diesem Land daß eine Zeitschrift wie die eure immer noch gelesen wird

Hermann L. Gremmler (konkret)
Ich würde gerne mal konkret hinter das Geheimnis kommen, wie ihr Monat für Monat aus der Materialschicht innerhalb von drei langen 40 Seiten macht

Michael Stamm (Kammer Cheftheoretiker)
Zwei Dinge gefallen mir am AK nicht. Er unterschätzt die ganz neue Dynamik der Grünen für ein linkes Zukunftsprojekt der hegemonialen Mehrheit, und er druckt zu wenig Artikel von mir ab

Herbert Mies (DKP Vorsitzender)
Wenn es der Lösung der globalen Probleme nützt, werden wir deutschen Kommunisten im Geiste der Rede, die Generalsekretär Michail Gorbatschow zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution gehalten hat, mit jedem, egal welcher Klasse er zugehörig ist, zusammenarbeiten. Neues Denken erfordert neue Bündnisse

Ein weiterer Hamburger Autonomer
Ihr habt das Proletariat verraten, den „Arbeiterkampf“ konnte man wenigstens noch lesen.

Oliver Tolmein (taz)
Geil, der AK. So ähnlich, nur ein bißchen lockerer und spannender, stelle ich mir die taz vor.

Otto Schily (grüner Bundestagsabgeordneter)
Glaubt ja nicht, daß mir nach so viel Jahren Abwesenheit von meinem geübten Beruf noch ein Paragraph gegen euch einfallen würde.

Eine Betriebsrätin
Unentbehrlich für jede/jeden, der/die tagtäglich im Klassenkampf steht.

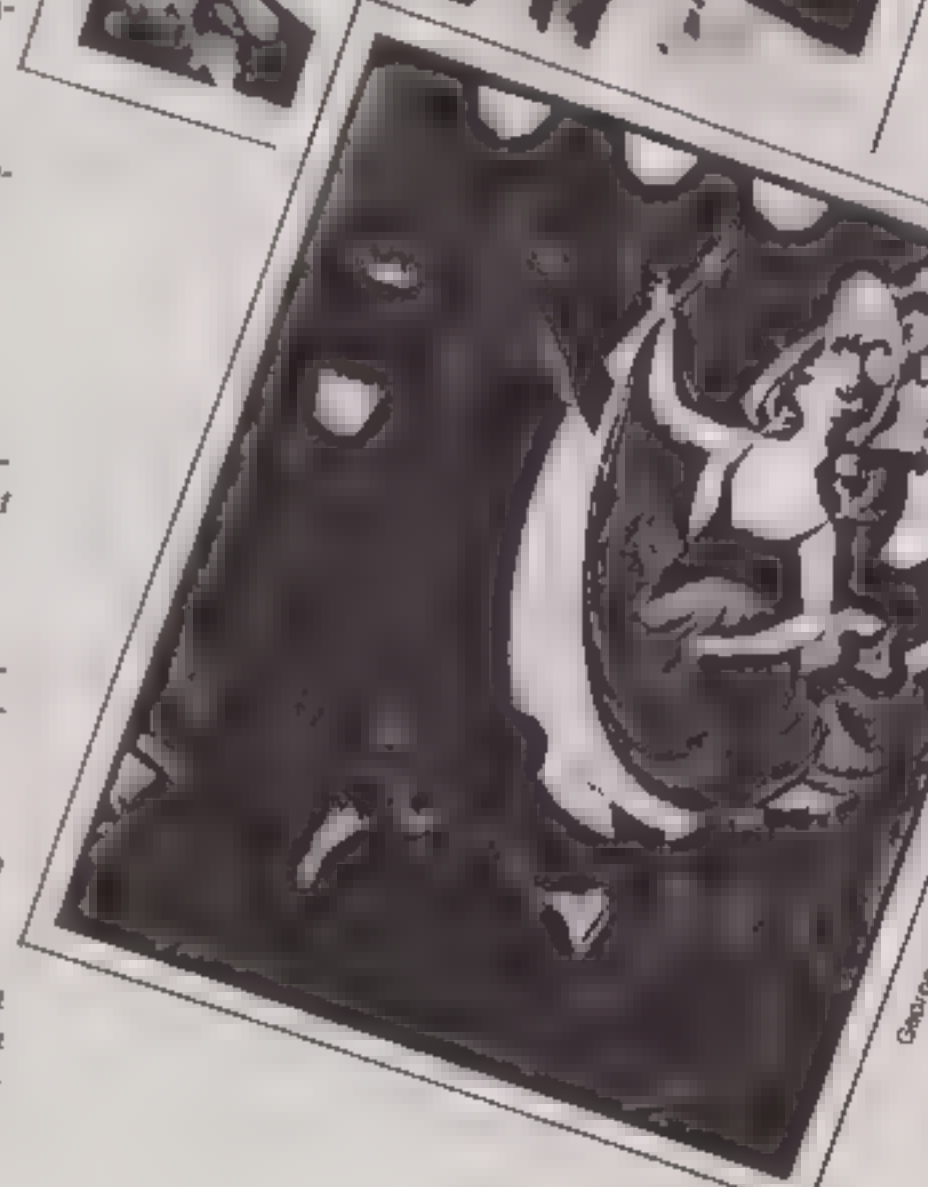
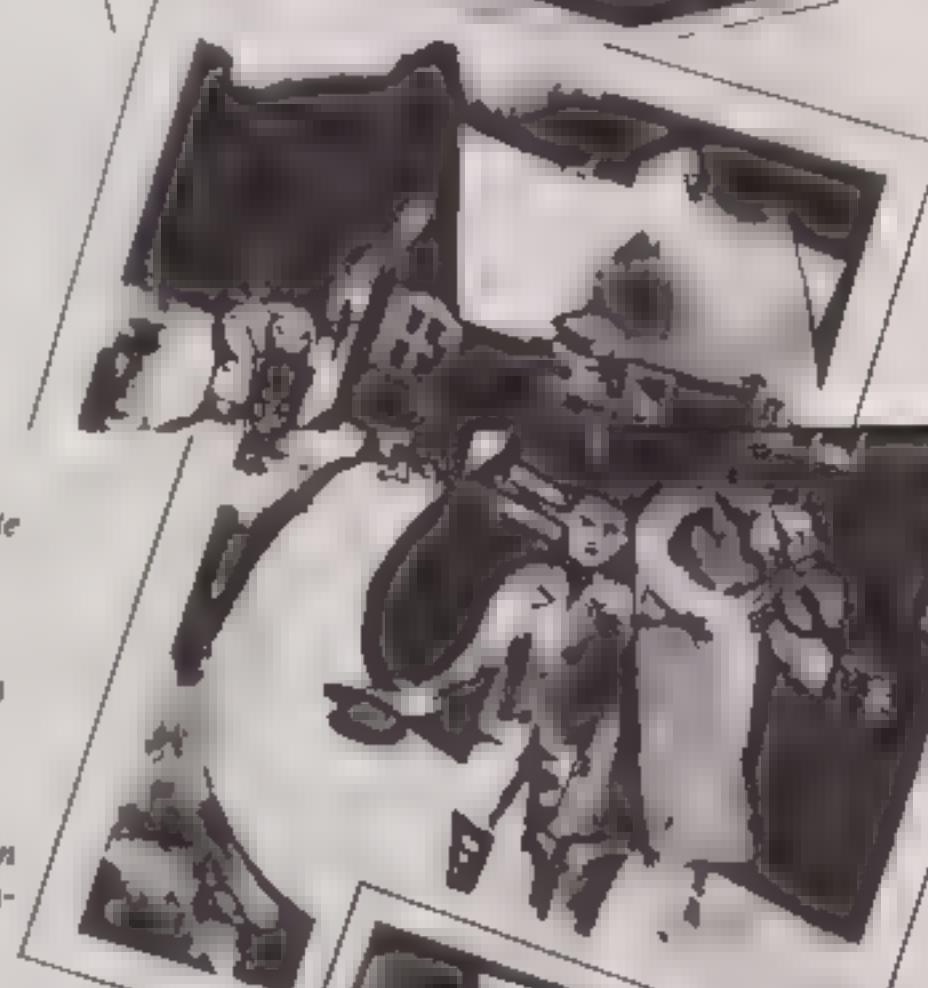
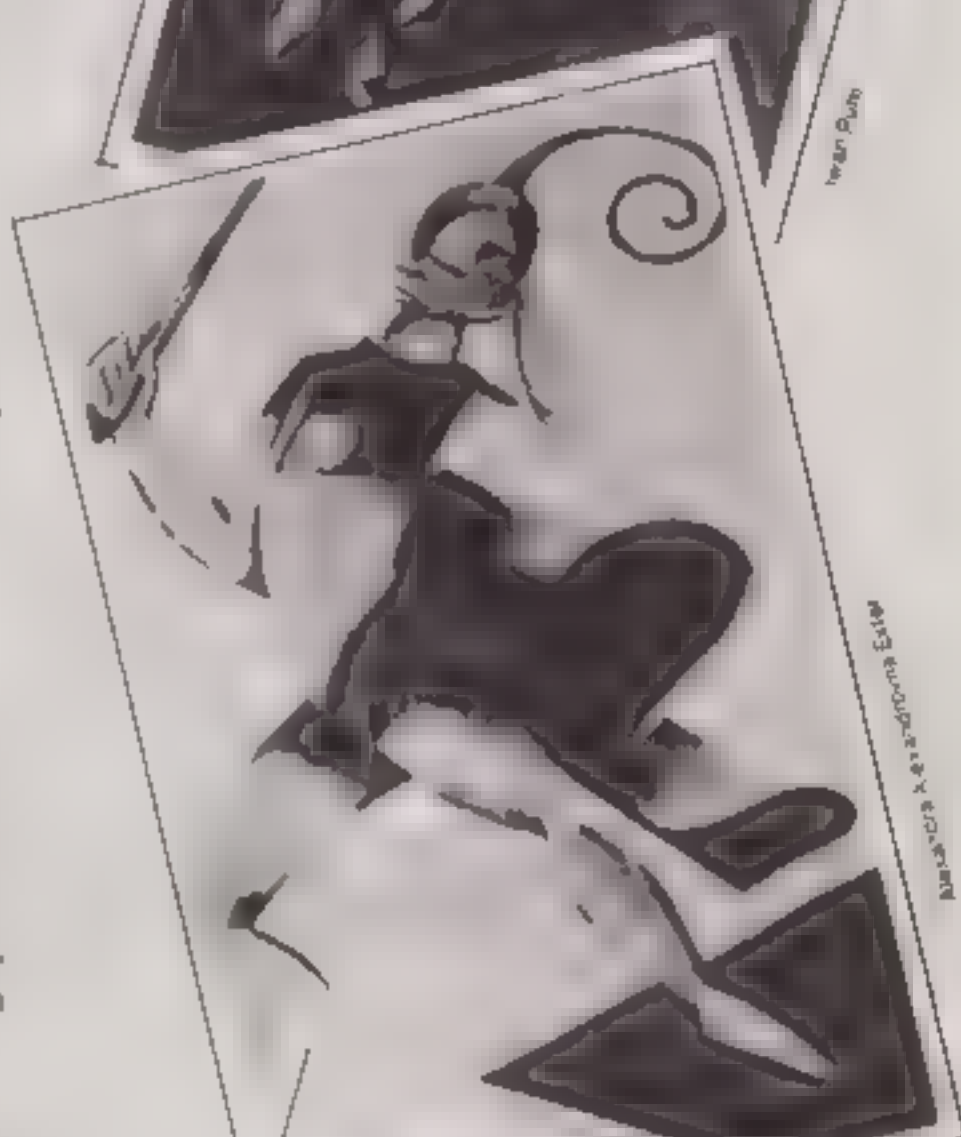
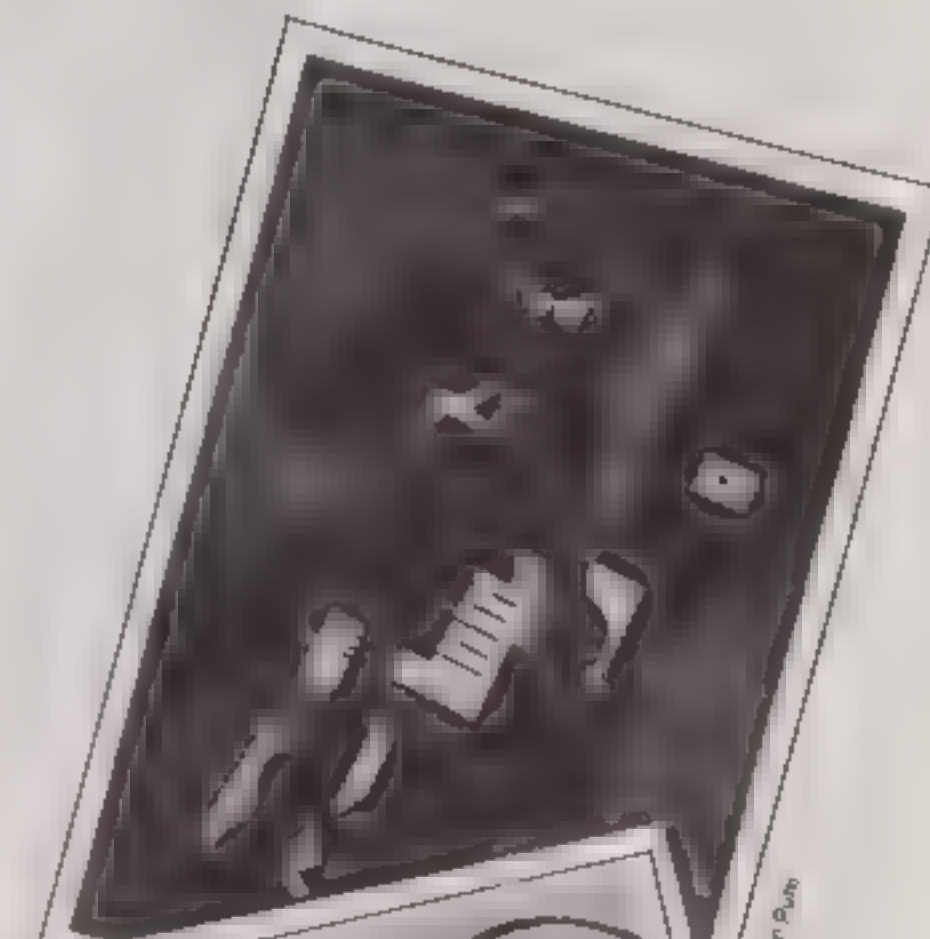
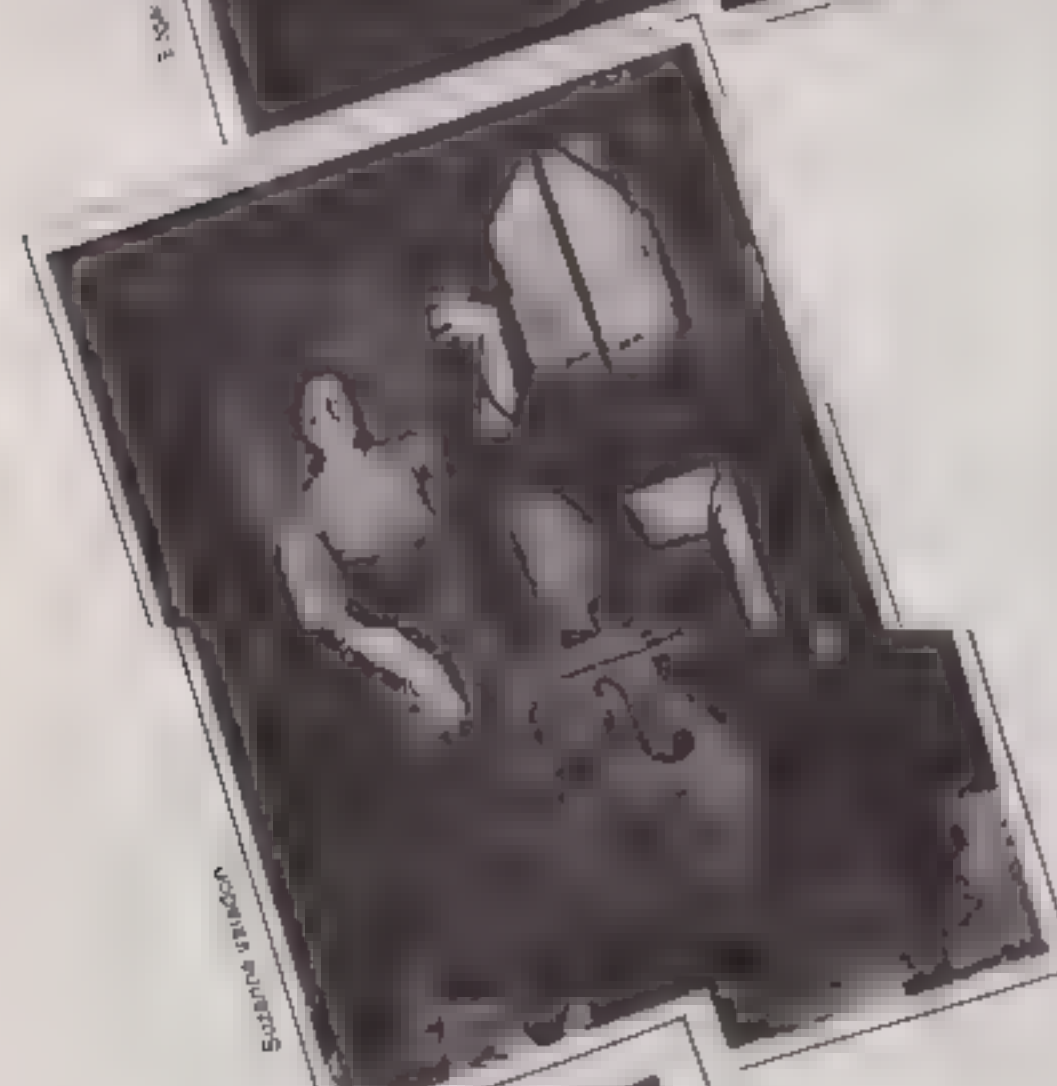
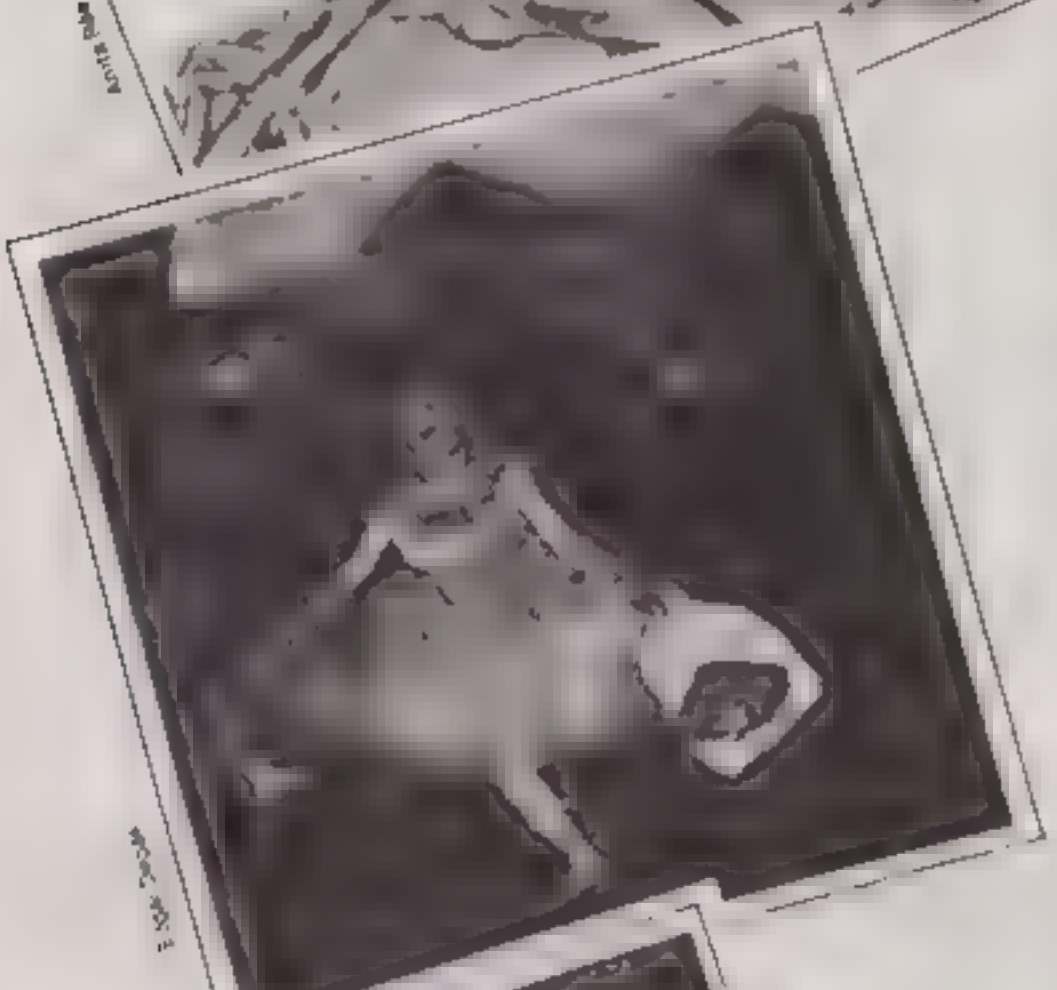
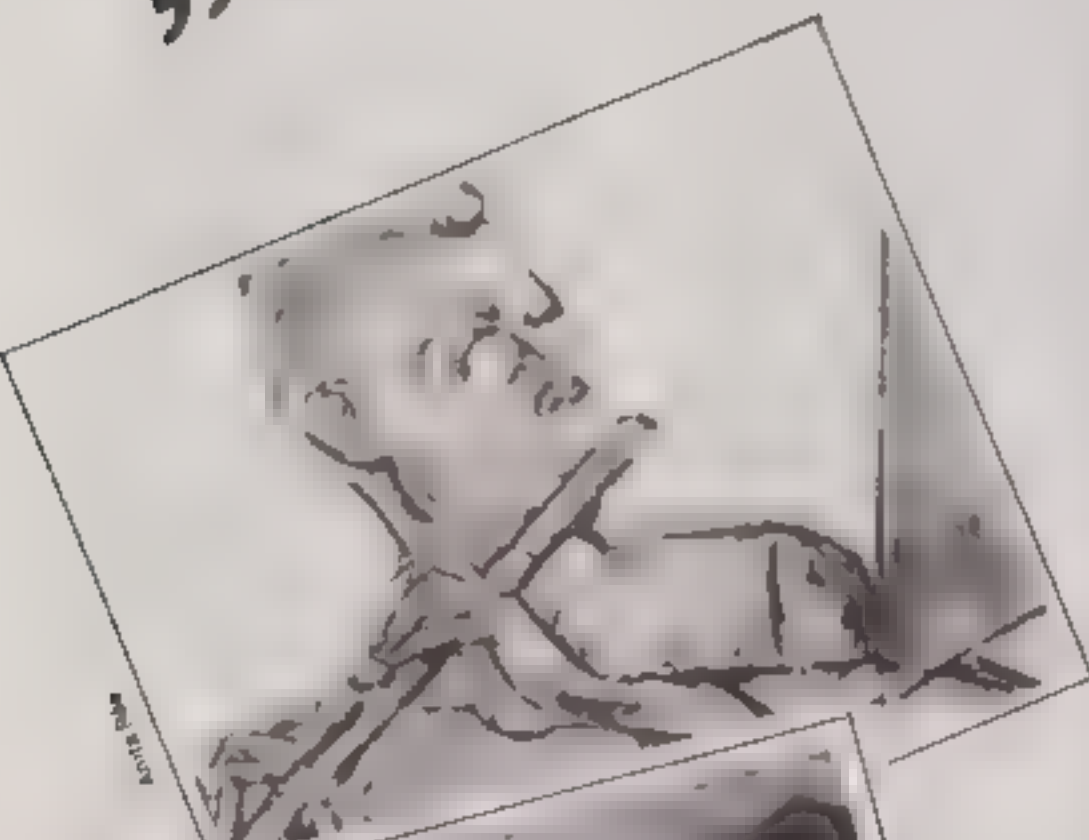
Jürgen Reents (dpt-notdienst)
Alle Leute sind delighted über die ak-press, international.

Jutta Dufurth (Vorstand Die Grünen):
Nehmt den Vorwurf mit der „komplizierten Aktion“ gegen Manfred zurück, und ich komme wieder in den Lesekreis, aber nicht in Frankfurt.

Jakob Moneta (VSP)
Solange eure Haltung zum gewerkschaftlichen Kampf, insbesondere zur IG Metall, so ungeklärt ist, dürfte der Einheit der Revolutionären Sozialisten noch einiges im Wege stehen.

Thomas Ebermann (grüner Bundestagsabgeordneter)
Müßt ihr mich so früh am Morgen sowas Schwieriges fragen?

Georg Fulberth (DKP Marburg):
Unter dem Gesichtspunkt des Wildfrevels ist der Schaden, den der AK anrichtet, gering. Unter dem Aspekt der Ideologie jedoch steht der Nutzen dieser Zeitung unverdient im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Niveau



Prozeß gegen Fritz Storim wegen Unterstützung der RAF

★★★★

Statt dessen hat die Stadt Revue im Novemberheft einen Beitrag veröffentlicht, der sich mit Politik und Selbstverständnis der RZ bzw. der Roten Zora beschäftigt. „Wir betrachten dies als eine Form von Gimmick. Wäre doch schade, wenn es das nur in Moskau gäbe.“

2. Kongreß

„Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie“

Fast 2.000 Frauen trafen sich am 28. 30. Oktober zum zweiten bundesweiten Kongreß. Anwesend waren vor allem Frauen aus der BRD und Westberlin, aber auch Vertreterinnen aus anderen europäischen Ländern, aus Ländern der „Dritten Welt“, und aus den USA und Australien. Während ein Teil der Frauen schon auf dem letzten Kongreß 1985 war und offensichtlich auch schon seit langem zu Themen aus diesem Bereich arbeitet, scheint mit den Razzien vom Dezember 1987, bei denen Ulla Penselin und Ingrid Strobl verhaftet wurden (Ulla ist inzwischen wieder frei, und Ingrid wird weiter in Haft gehalten) eine Mobilisierung für dieses Thema besonders unter jüngeren Frauen stattgefunden zu haben.

Die Eröffnungsveranstaltung

Die Eröffnungsveranstaltung am Freitagabend war mit ca. 1000 Frauen sehr gut besucht. Auf dem Podium saßen Geni Corea (USA), Densa Onesmus (Namibia), Vibhuti Patel (Bombay), Heidrun Kaupen-Haas (Hamburg), Ulla Penselin (Hamburg) und so eine Frau aus dem Genarchiv Essen und dem Frauenzentrum Bochum. Ingrid Strobls Platz blieb leer.

Holl war, daß Ulla Penselin schon am Kongreß teilnehmen konnte, sie hat über ihre Knastsituation nach der Festnahme im Dezember 1987 und die zunehmende Kriminalisierung von Genforschungskritikerinnen berichtet.

Ingrid Strobl schickte einen Redebeitrag, in dem sie über den Zusammenhang zwischen Gentechnologie und Nationalsozialismus schrieb. Einen Teil der Rede widmete sie dem Zusammenhang zwischen I. und J. Welt war die Menschheit als ausgebeutete Reserve, Versuchskaninchen und „Rohstofflager“ für die privilegierten „Weißen“ mißbraucht werden — ein rassistisches Ausbeutungsverhältnis, das den Lebensstandard hier überhaupt erst ermöglicht.

Densa Onesmus berichtete über die Bevölkerungspolitik, die in Namibia betrieben wird. „Namibia ist viermal so groß wie Frankreich und Unfruchtbarkeit zusammen, es leben dort 1,5 Millionen Menschen. Und gegen unser „Bevölkerungswachstum“ wird mit Sterilisation und u.a. mit in der BRD nicht zugelassenen Verhütungsmitteln vorgegangen.“

Heidrun Kaupen-Haas forschte und schreibt zu dem Thema „Kontinuität nationalsozialistischer Forschung und Genforschung heute“. Ihr Beitrag zeigte

schreibt zu dem Thema „Kontinuität nationalsozialistischer Forschung und Genforschung heute“. Ihr Beitrag zeigte u.a. auf, daß es damals wie heute z.T. die gleichen Forschungsinstitute sind, die sich mit dieser Forschung beschäftigen und daß heute in der Genforschung auf den Forschungen der Nazis aufgebaut wird.

Vibhuti Patel aus Indien berichtete über die Bevölkerungspolitik in ihrem Land und die Kriminalisierung von Frauen, die versuchen, Öffentlichkeit und Information darüber herzustellen. „Familienplanung“ heißt oft Zwangssterilisation bzw. Sterilisation ohne Wissen und natürlich ohne Einverständnis der betroffenen Frauen. Abtreibung bei „Unfruchtbarkeitsfrauen“ und überall Geschlechtsuntersuchungen und Abtreibung der weiblichen Feten. Da der Anteil — insbesondere der weiblichen — Bevölkerung, der nicht lesen kann, sehr hoch ist, wird versucht, über Lieder, Plakate, Theaterstücke u.a. Bewußtsein darüber zu schaffen, daß „Mädchen genauso viel wert seien wie Jungen“.

Die Frauenzentrumsfrau versuchte, den anwesenden Heterofrauen deren Heterosexismus zu verdeutlichen, vielleicht ist es ihr bei anderen Frauen gelungen. Wichtig fand sich allerdings ihre Position, daß die „Verlockung der Gen- und Reproduktionstechnologie, unabhängig vom Mann sich Kinderwünsche erfüllen zu können, nicht dazu führen darf, sich hinter diese Forschung zu stellen.“

Geni Corea berichtete über die Leihmutterpraxis in den USA und ihren Kampf dagegen. Während jetzt in Michigan ein Urteil die „Züchter(firmen)“ (sie hielt ihren Beitrag in deutsch, offensichtlich gibt es verschiedene Übersetzungen für „Vermittler“) — hier trifft die falsche richtung! — unter Strafe stellt, treten die Menschenrechtskommissionen auf den Plan mit der Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht“ der Frauen und dazu gehört auch „das Recht“ auf Leihmutter-

schaft. Es gibt kein Recht ohne Menschenwürde“ war ihr Kommentar dazu und berichtete, daß trotz Ablehnung der Leihmutter die „Kaufleute“ bei der Geburt anwesend waren. bezahlt ist bezahlt! Daß die Züchter(firmen) die potenziellen Leihmütter präsentieren wie andere die neue Winterkollektion auf dem Laufsteg. Außerdem werden zunehmend Versuche aufgelegt, bei denen Frauen insbesondere aus Mexiko als Leihmütter angeworben werden, denen erzählt wird, daß der Fetus nach ein paar Monaten der zukünftigen „sozialen“ Mutter eingepflanzt wird (tatsächlich aber gar keine „Kaufleute“ vorhanden sind). Da schon seit langem in den USA versucht wird, ein „menschliches Ersatzteil“ aufzubauen, liegt hier der Verdacht nahe, daß gerade die Armen in den Ländern der Dritten Welt ausgesaugt werden soll, um „Lebensersatzteile“ zu bekommen.

Die Arbeitsgruppen

Das Kongreßbegleitende ließ schon ahnen, daß durch die Fülle von Arbeitsgruppen, die für Samstag angesetzt waren, für jede Teilnehmerin nur ein ganz kleiner Ausschnitt des Kongresses sichtbar werden würde. Der Kongreß war thematisch in vier Schwerpunkte gegliedert, zu denen Arbeitsgruppen angeboten wurden:

1. Bevölkerungspolitik, Pro-Familia und Bevölkerungspolitik, Bevölkerungspolitik in den Ländern der Dritten Welt, Geschlechterdiskriminierung in Indien, Human genetische Beratungstechniken, Industrialisierung der Reproduktion, u.a.
2. Naturwissenschaft und Gentechnologie: Gentechnologie — Gefahren und Folgen, Phänomen Phänomen AIDS, Zeugungsmythos der Vernunft — High Tech im Bauch der Frau, Macht und Ohnmacht der Genkonstrukteure u.a.
3. Selbstbestimmung, Reproduktionsmedizin und Selbstbestimmung, Rassismus unter Frauen, was können wir dagegen tun, Individuelle und gesellschaftliche Auswirkungen der pränatalen Diagnostik u.a.
4. Zur Legalisierung der Reproduktions- und Gentechnologie: Gebärförderung — zur eugenischen Indikation und Zwangssterilisation, Lesben zwischen Tochterwunsch und Geschlechtsskektion — Möglichkeiten und Grenzen der Inanspruchnahme reproduktionstechnologischer Methoden am Beispiel der künstlichen Insemination, In-Vitro-Fertilisation im internationalen Recht, u.a.

Die Abschlußplenen

Auf den Schwerpunktschlußplenen wurden die Arbeitsergebnisse zusammengetragen. Wohl teilweise im Unkenntnis über die Existenz von EINRAGE wurde die Notwendigkeit eines feministischen Infonetzwerkes insbesondere zum Materialaustausch mit den zur Bevölkerungspolitik arbeitenden Frauen in den Ländern der Dritten Welt diskutiert. Es wurde deutlich, daß zwar der Informationsstand hier über die Situation in diesen Ländern ziemlich hoch ist, daß aber der Rückfluß von Informationen und Informationsmaterialien an die dort arbeitenden Frauen gegen Null geht. Das wurde von den Vertreterinnen dieser Länder zu recht häufig kritisiert.

Auf dem Gesamtabschlußplenum lagen unzählige Resolutionen vor. Eine Beratung und Abstimmung war so nicht mehr möglich, einerseits, weil schon viele Frauen früher weg mußten und andererseits, weil ein Teil der Frauen am Abend vorher beschlossen hatte, am Vormittag eine Demo zum Frauenkloster Preungesheim zu machen.

Die vorherrschende Stimmung war grundsätzliche Ablehnung

Nach meiner Kenntnis wurde in keiner Arbeitsgruppe die Frage diskutiert, inwiefern eine generelle Ablehnung aller Gen- und Reproduktionstechnologien so, wie sie von den sich äußernden Genkritikerinnen vertreten wird, richtig ist. Ich denke, daß unter dem „Oberbegriff“ Gen- und Reproduktionstechnologien viel zusammengefaßt und dann mitabgelehnt wird, was unter den Frauen noch gar nicht ausdiskutiert und erst recht nicht vereinheitlicht



ist z.B. bei den in Diskussionen und Veranstaltungen immer wieder heiß diskutierten Themen: Anwendung der In-Vitro-Fertilisation, die Ultraschalluntersuchung, Krebsvoruntersuchungen und auch die Frage von pränataler Diagnostik.

Die Kongreßmaterialien und, soweit vorhanden, die Ergebnisse und Resolutionen sollen in einem Reader zusammengefaßt werden und demnächst erhältlich sein.

Teilplenum „Frauen und Medizin“

Wir begreifen Medizin als Herrschaftsinstrument zur Kontrolle über unseren Körper unsere Reproduktionsfähigkeit unser Leben zu erlangen um eine Aufzucht „wertes“, „verwertbares“ und „unwertes“ Leben durchzusetzen.

Diese Funktion und Zielsetzung lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir brauchen und fordern Frauenräume außerhalb dieser patriarchalen Medizinstruktur um

- unsere eigene Forschung zu betreiben
- unsere eigene Ausbildung zu organisieren
- Strukturen zu entwickeln, in denen die unsere eigene Forschung zu betreiben unsere eigene Ausbildung zu organisieren

— Strukturen zu entwickeln, in denen die Klärung von Widersprüchen möglich ist (z.B. einerseits beteiligen wir uns an Implantation, andererseits wissen wir daß Implantationsforschung immer Bezug zumilitärischer Forschung und zu Menschenversuchen in der „Dritte Welt“ hat)

— für jede von uns Möglichkeiten zu schaffen, Kenntnisse über den eigenen Körper zu gewinnen

— nicht mehr individualisiert die Auseinandersetzung mit Medizinern führen zu müssen

der Ausgrenzung behinderter und kranker Menschen eine Praxis entgegenzusetzen, in der die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit ihnen Bestandteil unseres Alltags wird.

Wir sind uns bewußt, daß Inhalte der herrschenden Medizin in unsere alternativen Strukturen transportiert werden können. Wir wollen nicht gleiche Inhalte von Forschung, gleiche Vorstellungen von Krankheit und Gesundheit mit einem freundlichen Lächeln an die Frau bringen.

Deshalb ist die Entwicklung von Alternativen nur in Verbindung mit der Kritik an Inhalt und Struktur herrschender Medizin möglich.

Die Krankenkassen mit ihren z.T. tschisch-traditionierten Strukturen die heute von den Interessen der Ärzteschaft und der Pharmaindustrie bestimmt sind begreifen wir als einen wesentlichen Bestandteil dieses Systems. Wir fordern die Möglichkeit selbstverwalteter Organisation sozialer und finanzieller Absicherung und Versorgung.

Wir fordern die Umverteilung der Forschungsgelder zu Gunsten der Frauengesundheitszentren, Frauenbildungseinrichtungen, Gesundheitsräten und Initiativen, die die Kritik an dieser Herrschaftsmedizin verbreiten und verbreiten und die Entwicklung einer menschenfreundlichen Heilkunde verfolgen.

Die Kongreßresolution, die Resolution zu Ingrid Strobl, die ergänzenden Forderungen der Teilplenen sowie weitere Resolutionsvorschläge zur Kriminalisierung und zur Situation von Gefangenen sind z.T. als Diskussionsergebnisse, z.T. als Meinungsbilder des Kongresses und der Diskussion innerhalb der Frauenbewegung zu verstehen, nicht aber als beschlossene Diskussionspapiere.

Dokumente

Kongreßresolution

Dieser Kongreß ist die Weiterführung der Diskussionen, die 1985 auf dem ersten bundesweiten Kongreß von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien begonnen haben. Es gibt seitdem einen kontinuierlichen Zusammenhang auf nationaler und internationaler Ebene. Es hat Kampagnen, Veranstaltungen, Aktionswochen wie z.B. die erfolgreiche Verhinderung der Leihmutteragentur in Frankfurt gegeben. Das Ergebnis unserer Diskussionen der vergangenen Jahre und dieser letzten Tage steht fest:

Wir Frauen lehnen die Erforschung und Anwendung der Gen- und Fortpflanzungstechnologien ab.

Unsere 1985 formulierten Absichten und Einschätzung der Weiterentwicklung der Gen- und Fortpflanzungstechnologien sind durch die Ergebnisse der vergangenen drei Jahre bestätigt z.T. sogar übertrumpft worden.

Wir sehen heute noch deutlicher die diesen Technologien innewohnenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen — eine umfassende Beherrschung von Frauen, nicht nur in unserer reproduktiven Fähigkeit, sondern in unserem gesamten Leben, — die Erschließung, Aneignung, Verwertung und Vermarktung alles Lebendigen, — die Zurechtung von Leben, auch von menschlichem Leben, nach Interessen und Kriterien der industriellen Produktion.

— die Verzichtung von nicht angepaßtem, nicht profitablen Leben.

— die Erlassung und Kontrolle sexueller Lebens.

— der Versuch, mit einer neuen Form des Krisenmanagements ökologische und soziale Probleme handhabbar zu machen.

Die neuen Reproduktions- und Gentechnologien treffen und betreffen Frauen weltweit in sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen.

Die Existenz einer imperialistischen Weltwirtschaftsordnung macht uns hier zu den Nutznießern einer weltweit organisierten Ungleichheit. So werden zur Sicherung unseres Überflusses in der industrialisierten Welt und zur Bekämpfung einer krisenreichen Bevölkerungsexplosion Frauen der sogenannten 3. Welt zu Versuchskaninchen und ihre Länder zum Versuchsgelände für Produkte der Industrie- und Forschungsmafia gemacht. Ein gentechnisch erzeugter Anti-Schwangerschafts-Impfstoff wird an Frauen in Brasilien getestet, ein Tiernährstoff gegen Tollwut wurde heimlich in Argentinien erprobt. Vorranggeben und abgewertet werden die Projekte der Genforscher und Betreiber von internationalen Einrichtungen wie WHO, OECD usw. Die Gen- und Reproduktionstechnologien werden uns Frauen als Erweiterung unserer Selbstbestimmung verkauft.

So werden wir mit unserer Forderung nach Selbstbestimmtem Leben mit einer Wegwerffreiheit (junk liberty) abgespielt, die den Technokraten die Freiheit gibt, über unsere Körper zu verfügen. Anstelle von Selbstbestimmung bleibt nur noch das „Recht“ auf Eigentum und Verkauf des eigenen Körpers (bzw. der Körperteile).

Die Medizin wird mit diesen Technologien zu einem verfeinerten Instrument in der Tradition der Ausbeute und Ausmerze unerwünschten Lebens. Sie legitimiert mit ihrem Anspruch von Heilung und Hilfe einer pervertierten Krankheitsprävention, die nicht Ursachen, sondern angeblich genetisch angelegte Menschen aufspüren und verhindern will. So lautet das klare Ziel des EG-Programms „Prädiktive Medizin“ zur Entschlüsselung der menschlichen Erbinformation.

Mit den Gen- und Reproduktionstechnologien wird die Grenze zwischen wissenschaftlichem Zugriff und industriellem Zerschneiden der Natur völlig aufgehoben. Denn bei jedem gentechnischen Experiment geht es darum, Lebewesen als profitabile Multizellularen neu zu konstruieren. Auch in der sog. Grundlagenforschung ist das Ziel nicht Erkenntnisgewinn, sondern Beherrschung und Profitmaximierung, wie das schon eröffnete Rennen auf Genpatente zeigt.

Zunehmend fordern nicht nur Politiker und Wissenschaftler sondern auch Industrievertreter gesetzliche Regelungen der Gen- und Fortpflanzungstechnologien. Damit wird deutlich, daß es hier um die Legalisierung der Technologien geht, um die Sicherung ihres so definierten „gewinnbringenden“ Gebrauchs. Mit der Verabschiedung von Gesetzen soll so vor allem die öffentliche Debatte abgeschwächt werden. Gleichzeitig soll durch die Verfolgung von Frauen eine radikale Ablehnung kriminalisiert werden.

Unsere Kritik und Aktivitäten werden von den Betreibern, Forschern und verantwortlichen Politikern ernst genommen, denn sie haben bereits Konsequenzen auf unserem Widerstand gezogen. Sie wählen ihre Propagandakampagne immer gezielter aus, argumentieren mit Krebs, AIDS und dem Hunger in der Welt und mit den Bedürfnissen von Frauen. Sie drohen mit dem Export von Forschung und Arbeitsplätzen in andere Länder, organisieren Polizeischutz für ihre Labore und Produktionsanlagen.

Wir fühlen uns in unserer Absicht bestärkt, öffentlich zu debattieren, nach widerständigen Frauengruppierungen zu suchen, um internationale zu treffen und zu organisieren. Wir möchten nach diesem Kongreß klarer denken, grundsätzlich fragen, entschlossener handeln und widerspenziger leben.

Teilplenum „Wissenschaftskritik“

Teilplenum „Wissenschaftskritik“

Wir kritisieren grundsätzlich eine Wissenschaft, die die Gen- und Reproduktionstechnologien hervorgebracht hat. Wir fordern deshalb auch den sofortigen Ausstieg aus den Techniken, für die uns diese Technologie als Lösung angeboten wird wie z.B. industrielle Landwirtschaft, chemische Industrie und Kernspaltungstechnologie.

Wir sprechen dieser Wissenschaft die Definitionsmacht darüber ab, was Leben und lebendig ist. Ihr Ziel ist die totale Kontrolle alles Lebendigen und führt zur Zerstörung von uns wichtigen Lebenszusammenhängen. Wir setzen dem eigene Entwürfe entgegen, die sich aus Bedürfnissen unserer Lebenszusammenhänge bestimmen. Das ist Ausdruck unserer Würde. Gen- und Reproduktionstechnologie

Teilplenum „Legalisierung“

„Wollen wir für ein Verbot der Reproduktions- und Gentechnologien kämpfen?“ Ergebnis:

Wir, die Teilnehmerinnen des 2. Kongresses „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien“ wenden sich gegen jede Form Reproduktions- und Gentechnologien zu legalisieren.

Begründung: Sowohl der Diskussionsentwurf eines Embryonenschutzgesetzes von 1986, als auch die aktuelle Kabinettsvorlage der Bundesregierung und auch der Grünen gehen von der grundsätzlichen Notwendigkeit der Technologien aus und werden deshalb von uns abgelehnt. Diese Gesetze sollten für in-vitro-Befruchtung, pränatale Diagnostik und Embryonenforschung eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen, vor

allem, in dem sie vorgeben sog. Mißbräuche durch strafrechtliche Sanktionen einzuschränken.

Unter dem Vorwand, vereinzelt Frauen helfen zu können, wird auf breiter Ebene eine Bevölkerungspolitik von Ausbeute und Ausmerze etabliert. Wir fordern den Widerstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologien in allen Formen und auf allen Ebenen.

von Pressearbeit, Aufklärungsarbeit durch Frauengruppen bis hin zu gemeinsamen Demonstrationen, als eine Variante des praktischen Widerstandes. Wir fordern die Schließung humangenetischer Beratungsstellen.

Wir wenden uns gegen die Kriminalisierung der Gegnerinnen von Gen- und Reproduktionstechnologien. Freiheit für Ingrid Strobl!

Gentechnologie: Instrument der Auslese

Verlesene Rede von Ingrid Strobl

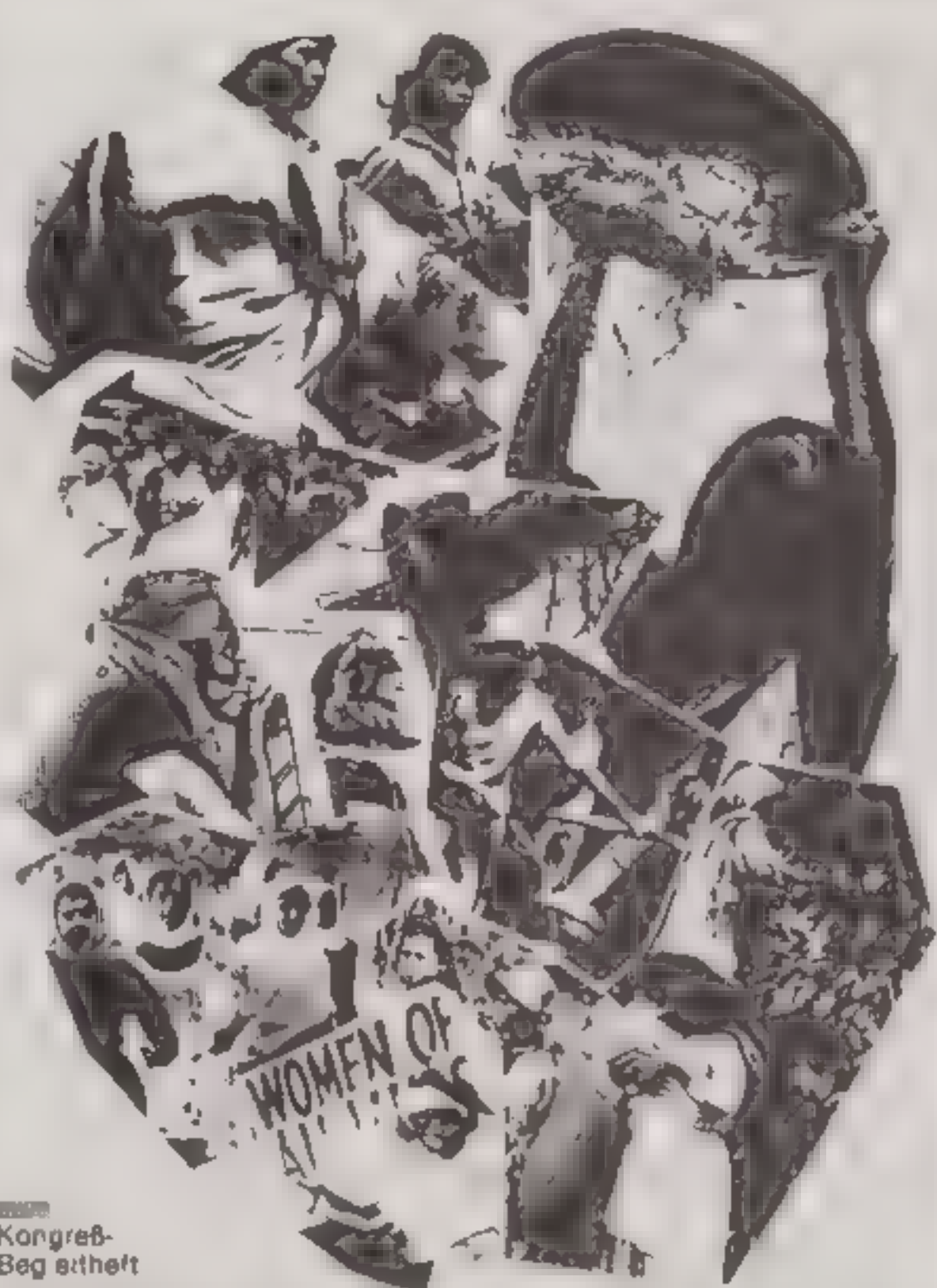
Die Frauen von der sozialwissenschaftlichen Forschung und Praxis für Frauen in Köln haben mich aufgefordert, ein Referat für diesen Kongress zu schreiben. Das Thema, das sie mir vorschlugen, war der Zusammenhang zwischen Gentechnologie und Nationalsozialismus — ein nahelegendes Thema, über das ich gerne ernsthaft gearbeitet hätte. Zu meinen Haftbedingungen gehört aber auch, daß man mir gerade all das nicht gibt, was ich dringend bräuhete, um mich in aktuelle politische Diskussionen und Kämpfe einmischen zu können. Ich bekomme keine Broschüren, die auch nur ansatzweise politisch interessant und wichtig sind. Ich bekomme weder Fotokopien noch Originalauschnitte aus Zeitungen und Zeitschriften. Nun wißt ihr ja auch, daß zu Themenbereichen wie Gentechnologie und Reproduktionsterror mehr in hektografierten Texten, fotokopierten Papers und in Zeitschriften wie E. Colibri zu finden ist, als in „ordentlichen“ gebundenen Büchern. Das Resultat ist, daß ich das geplante Referat hier nicht so halten kann, wie ich es gerne getan hätte. Ich halte nicht viel von reinen Statements, und ich gehe davon aus, daß auf diesem Kongress eine Menge Frauen referieren werden, die auf ihrem Gebiet Spezialistinnen sind, und die das nötige Material zur Verfügung hatten, um ihre Thesen zu untermauern. Trotzdem möchte ich euch auf ein paar politische Aspekte aufmerksam machen, die mir wichtig scheinen — auch wenn ich damit Eulen nach Athen trage.

Auf Expertentum und alles Detailwissen nützen uns in unserem Widerstand nicht viel, wenn wir uns nicht ständig der politischen Grundbedingungen bewußt sind, unter denen wir unseren Widerstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologien entwickeln.

Die zuständigen Wirtschaftsexperten haben vorausgesagt, daß die Gen- und Biotechnologie der profitabelste Produktionszweig der Zukunft ist. In diesem Fall irren die Herren vermutlich nicht. Die Interessenten dieser Produktion, vom Labor bis in die Vorstandsetage, sind verständlicherweise bemüht, jede Störung ihrer Projekte zu verhindern. Nun wurden sie allerdings in letzter Zeit auf den verschiedensten Ebenen ganz massiv gestört. Frauen haben ihre Pläne durchkreuzt und ausgeplaudert. Frauen haben ein öffentliches Bewußtsein über die Unverantwortlichkeit dieser Projekte geschaffen und ihnen die Akzeptanz verweigert. Frauen haben durch Anschläge auf konkrete Projekte deren Entwicklung behindert.

Es ist also gar nicht erstaunlich, daß die Allianz der Profiteure zu härteren Bandagen greift, um solche Störungen in Zukunft zu vermeiden. Das neueste Mittel, das ihnen der Staat nun freundlicherweise zur Verfügung stellt, ist die Kriminalisierung ihrer Gegnerinnen. Das Zauberwort, das Kritik und Widerstand in „Kriminalität“ verwandelt, heißt bekanntlich „Anschlagsrelevanz“. Diese Erfindung ist allerdings nicht ohne Charme, denn sie wendet sich zusehends gegen ihre Schöpfer. Die Bundesanwaltschaft hat sich seit dem 18.12. letzten Jahres quasi als unsere Werbeagentur betätigt und das auch noch ohne Honorar. Die Frauen vom Genarchiv und Ulla werden bestärkt können, daß seither das Thema Gentechnologie in aller Munde ist und auf ein Interesse stößt, das vorher in diesem Ausmaß nicht vorhanden war. Dafür möchte ich an dieser Stelle der Bundesanwaltschaft meinen herzlichen Dank aussprechen.

Aber zurück zu den politischen Grundbedingungen unseres Themas. In einem Land wie der Bundesrepublik können wir diese Forschungen, diese Technologien, diese zukunftsreiche Industrie nicht analysieren und auch nicht bekämpfen, wenn wir sie nicht klar im Kontext des Nationalsozialismus und seiner Kontinuität in der BRD sehen. Die neuen Gen- und Reproduktionstechnologien setzen die Ideologie und Praxis von Auslese und Ausmerze fort. Therapie und Prophylaxe von Krankheiten sind nur ein Teilaspekt dieser Forschung und ihrer Anwendung. Es geht in erster Linie wieder einmal um weres und unwertes Leben. Es geht wieder einmal darum, wer fortpflanzungswürdig ist und wer nicht. Nicht wert zu überleben und sich fortpflanzen sind: die Armen in den drei Kontinenten Lateinamerika, Asien und Afrika, die nicht einmal für die Sklavenarbeit auf den Plantagen der Multis und in der internationalen Billiglohnproduktion verwertet werden können. Die weiblichen Neugeborenen in den Ländern, die von den Metropolen der Überbevölkerung bezugsichtigt werden. Die Flüchtlinge, aus denen kein Profit mehr geschlagen werden kann und die zudem drohen, sich in Richtung Metropolen zu bewegen. Nicht lebens- bzw. fortpflan-



Kongress-Begleitfoto

zungswürdig hiezulande sind. Die türkischen Arbeitsmigrantinnen. Die Krüppel. Die Alten und chronisch Kranken, die sich nicht mehr selbst versorgen können. Und, auch wenn es mich nicht deutlich ausgesprochen wird, konsequenterweise die verarmten Teile der Bevölkerung, die in bester deutscher Tradition als „asozial“ bezeichnet werden.

Lebens- und fortpflanzungswürdig ersten Grades sind die Angehörigen der oberen und mittleren Klassen weißer Hautfarbe in den Metropolen. Ihnen kommen die medizinischen Fortschritte der Genforschung zugute. Ihnen wird der Kinderwunsch wenn nötig künstlich oder per Leihmutter erfüllt. Sie essen das Fleisch, zu dessen Herstellung in den armen Ländern statt Lebensmittel für die Menschen Hybridtunier zur Tiermast angebaut wird.

Die Nazis haben es geschafft, einen beachtlichen Teil der deutschen Bevölkerung für sich zu gewinnen. Das funktioniert nicht nur mittels Zwang und Unterdrückung, sondern indem sie das sogenannte deutsche Volk vorerst von ihren Machenschaften ein wenig profitieren ließen und es zusätzlich oder ersatzweise mit dem Bewußtsein seiner Höherwertigkeit flutierten. Das Rezept für den Rest der Welt war nackter Terror — Vernichtung durch Arbeit oder direkte Vernichtung. Während die einen mit dem Mutterkreuz dekoriert wurden, wurden die anderen zur Zwangssterilisation getrieben. Nach-

dem die einen mit „Kraft durch Freude“ durch die deutschen Lande gendelten, füllten die anderen die Deportationszüge.

Die neuen Arier sind wir. Auch genannt „feministische“ Samenbanken sind im Kontext imperialistischer Auslesepolitik nichts Anderes als eine Art alter nativer Lebensborn. Es ist kein Zufall, daß die Propagandisten der Gen- und Reproduktionstechnologien auf die „Frau von heute“ zielen. Das Patriarchat mußte ein Stück zurückweichen in den letzten zwanzig Jahren, die Frauen haben sich ein Stück weiterentwickelt. Verständlicherweise können sich die Herren der Welt das nicht einfach so bieten lassen. Warum sie sich nun bemühen, ist einerseits wieder Terror zu gewinnen und ihre Kontrolle über uns Frauen wieder auszubauen. Und zum anderen, die paar Erfolge, die wir Frauen uns erkämpft haben, auch für sich zu nutzen — und das heißt letztlich, sie gegen uns zu wenden. Konkret heißt das: Sie versuchen unter den modernen, emanzipierten, berufstätigen Frauen die Akzeptanz zu erzielen, die sie

auch für sich zu nutzen — und das heißt letztlich, sie gegen uns zu wenden. Konkret heißt das: Sie versuchen unter den modernen, emanzipierten, berufstätigen Frauen die Akzeptanz zu erzielen, die sie für ihre mörderischen Projekte brauchen. Unfruchtbarkeit kein Problem, das lösen wir im Labor für Sie. Keine Zeit für Schwangerschaft? Auch keine Alläre, suchen Sie sich eine Leihmutter nach Ihrem Geschmack aus. Angst vor einem behinderten Kind? Keine Sorge, wir machen es Ihnen rechtzeitig weg. Aber wehe, Sie bringen trotzdem so einen Krüppel zur

Welt. Dann müssen Sie schon selber sehen, wo Sie damit bleiben. Und halten Sie sich die Ohren zu, wenn eine dieser übriggebliebenen Radikalfeministinnen Ihren Wunsch nach eigen Fleisch und Blut infrage stellt. Und wenn Sie auf möglichst unschädlichen Verhütungsmitteln bestehen, meine Damen, dann beschweren Sie sich bitte nicht, wenn wir unsere Produkte an den Frauen in Bangladesch und Brasilien austesten. Ohne Versuchskaninchen gibt es nun mal keine exakten Resultate in der Wissenschaft.

Sinn und Zweck der Gen- und Reproduktionstechnologie ist nicht die Entfremdung der Frauen von der Natur, wie manche von uns befürchten. Die angebliche Natur der Frau ist ein reaktionärer Mythos, der aus derselben trüben Quelle stammt, die auch das moderne Patriarchat befruchtet. Sinn und Zweck auch der Gen- und Reproduktionstechnologie ist die Verwertbarkeit und Beherrschbarkeit des Menschen. Für den Profit und die Machthegemonie der Herrschenden werden Menschen selektiert, vermehrt und vernichtet. Und da das heutige System der Herrschenden, der Imperialismus, fundamental patriarchal und rassistisch ist, herrscht es am schamlosesten über die, die nicht männlichen Geschlechts und nicht weißhäutig sind. Zu den Fundamenten des Patriarchats wiederum gehört wesentlich der Mythos von der Natur der Frau, der behauptet, Frauen seien „anders“, kreativer und vor allem zum Gebären geboren. Weil sie sich ohne eine eigenes Kind nicht vollwertig fühlen, laufen Frauen heute in die Labors der In-vitro-Befruchtung und preisen die Segnungen dieser Wissenschaft. Die alte Ideologie feiert Hochzeit mit dem technologischen Fortschritt, das ist alles.

Und auch die neuen Technologien sind ihrem Wesen nach nicht neu. Sie sind die Fortsetzung der Naziforschung mit neuen Mitteln im Interesse der neuen Machthaber. Die NS-Mediziner und Forscher konnten sich erstmals über die Beschränkungen der Pathologie hinwegsetzen und lebendige Körper bearbeiten und zerstückeln. Schon ihr spezifisches Interesse galt den Reproduktionsorganen der Frau. Schon sie suchten herauszufinden, wie man die Produktion von Nachwuchs unmittelbar steuern könnte im Sinne und zum Nutzen der Herrenrasse. Bekanntlich wurde ihre Arbeit durch die Befreiung der KZs unterbrochen. Die Gen- und Reproduktionstechnologien führen ihre Arbeit in diesem Bereich nun fort. Sie haben hier ausgefunden, wie man die Reproduktionsorgane und -vorgänge der Frau in ihre Einzelteile zerlegen und isolieren und damit im Sinne und zum Nutzen der neuen Auslesepolitik zukünftig einsetzen kann. Der Erfolg ihrer Arbeit ist, daß man sich künftig nicht mehr darauf beschränken muß, unwertes Leben zu vernichten, sondern daß man es bereits in der Entstehung behindert — oder vielleicht auch in die gewünschte Richtung manipulieren kann.

Die heutige Forschung beschränkt sich auf ein unwertes Leben zu vernichten, sondern daß man es bereits in der Entstehung behindert — oder vielleicht auch in die gewünschte Richtung manipulieren kann. Der Erfolg ihrer Arbeit ist, daß man sich künftig nicht mehr darauf beschränken muß, unwertes Leben zu vernichten, sondern daß man es bereits in der Entstehung behindert — oder vielleicht auch in die gewünschte Richtung manipulieren kann. Der Erfolg ihrer Arbeit ist, daß man sich künftig nicht mehr darauf beschränken muß, unwertes Leben zu vernichten, sondern daß man es bereits in der Entstehung behindert — oder vielleicht auch in die gewünschte Richtung manipulieren kann.

Gen- und Reproduktionstechnologien sind allgemein nur eine neue Methode, um die Welt noch effektiver zu beherrschen und die Frauen noch perfekter zu kontrollieren. Sie sind Teil eines Systems, das uralte ist, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und auf der Unterwerfung der Frauen und der Völker, die nicht der jeweiligen Herrenrasse angehören. Dieses System, das heute in der Form des sexuellen Imperialismus herrscht, wurzelt in der patriarchalen Teilung der Menschheit in höherwertige und minderwertige Wesen, und es hat sich verfeinert und perfektioniert in der Rassenpolitik des Kolonialismus und der Auslesepraxis des Nationalsozialismus.

Gen- und Reproduktionstechnologien sind spezifisch ein Angriff auf die Menschenwürde der Frau und ihr Selbstbe-

stimmungsrecht. Eine Flanke dieses Angriffes hier ist der systematische Abbau der ohnehin lächerlichen Abtreibungsform. Die Arierin soll sich gefügig fortpflanzen. Gegen die Frauen der drei Kontinente wird dieser Angriff mittels Sterilisationskampagnen geführt und indem diese Frauen als Versuchskaninchen für neue und besonders schauliche Verhütungsmittel mißbraucht werden. Das braune, gelbe und schwarze Gesindel soll sich unbedingt nicht fortpflanzen. Dieser Angriff wird hier in den humangenetischen Beratungsstellen geführt, und er richtet sich in Indien gegen die weiblichen Embryos, die dank des medizinischen Fortschritts rechtzeitig erkannt und abgetrieben werden können.

Es gehört zum Prinzip des Patriarchats, daß Frauen nicht das Recht haben sollen, über sich selbst zu bestimmen. Daß der Körper der Frau grundsätzlich dem Manne zur Verfügung zu stehen hat. Zum Prinzip der Auslese gehört, daß Frauen a priori mindere Wesen sind, daß aber auch diese Minderwertigkeit in sich abgestuft ist, und zwar von weiß nach schwarz, von nord nach süd, von reich nach arm, von bodygebuildet nach verküppelt.

Resolution zu Ingrid Strobl

Wir sind an diesem Wochenende mit über 2.000 Frauen aus zahlreichen Ländern zusammengekommen, um unser Wissen über die Machenschaften der Bevölkerungsstrategen, der Reproduktionskontrollanten, der Genvoyeure und Genzerstörer offenzulegen und um gemeinsam weitere Möglichkeiten zu entwickeln, ihnen in ihr Unwerk zu pfuschen.

Wir haben uns auch getroffen, um unsere Solidarität mit den Frauen zu zeigen, die seit Ende letzten Jahres vom BRD Staat verfolgt, kriminalisiert und in Haft gehalten werden, weil sie sich in ungenügender Weise an rechtlichen patriarchalen Normen und Gesetzen angepaßt haben sollen. Der Vorwurf gegen die Frauen: Mitgliedschaft in der „Roten Zora“ oder den „Revolutionären Zoran“.

Wir freuen uns, daß Ulla Penselin wieder hier ist und an diesem Kongress teilnehmen konnte. Wir sehen einen Grund für ihre Verhaftung im Dezember in ihrem frauenpolitischen Engagement und dem Bevölkerungs- und dem Reproduktions- und Gentechnologien ihre Freilassung erfolge nicht zuletzt auf den starken öffentlichen Druck hin.

Dieser hat offensichtlich noch nicht ausgereicht, um auch Ingrid freizubekommen. Sie ist — wie ihr schriftlicher Beitrag zu diesem Kongress am Freitagabend gezeigt hat — weiterhin unbeugsam in Beugehaft. Von ihr wird verlangt, die Person zu benennen, der sie einen Wecker gegeben haben soll, der angeblich bei einem Anschlag benutzt worden sein soll. Sie weigert sich, einen Namen zu nennen, weil es zu ihrer politischen Moral gehört, daß sie andere Menschen nicht einer zermürbenden, womöglich zerstörenden Verfolgung durch diesen Staat aussetzt. Sie sagt dazu selbst: „wenn ich diese Haltung aufbehalte, bin ich nicht mehr ich. Und das wäre noch ein viel fundamentalerer Eingriff in mein Leben als das Gefängnis“.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Ingrid Strobl und die Einstellung aller bekannten und unbekannten Ermittlungsverfahren!

Ihren Hauptangriff führen die Profiteure der Gen- und Reproduktionstechnologien gegen die ausgebeuteten Länder der Erde. Ihre ersten Opfer sind die Frauen in diesen Ländern. Das bedeutet auch, daß wir unseren Kampf dagegen nicht als Ein-Punkt-Bewegung führen können, die sich auf die Auswirkungen dieses „Fortschritts“ auf die Metropolen beschränkt. Unser Widerstand kann, wenn er Sinn machen soll, nur internationalistisch sein, und er muß sich im Rahmen eines umfassenden Widerstandes entwickeln, der sich gegen dieses gesamte System von Sexismus, Ausbeutung, Auslese und Vernichtung richtet.

Frauen auf der ganzen Welt kämpfen gegen dieses Monstrum, das sie ausbeutet, vergewaltigt, tötet. Wir, die Frauen in den Metropolen, leben in der Festung dieses Monstrums, in der sich seine Forschungszentren und seine Schallstellen befinden, in der es seinen Profit und seine Macht verzweigt, in der es seine Pläne schmiedet und sich von seinen Mähen ernährt. — Das alles in der Hoffnung, daß es nicht ernsthaft dabei gestört wird. Machen wir diese Hoffnung zur Illusion!

Ingrid Strobl
München, Oktober 1988

Freiheit für Ingrid Strobl

Am 9.11.88 wurde bekannt, daß der 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf (Richter Arndt) die Anklage nach § 129a der Bundesanwaltschaft gegen Ulla Penselin nicht zugelassen hat.

Ende August 88 wurde Ulla nach acht Monaten U-Haft entlassen, nachdem sie entlastende Aussagen zu den bekannten „Beschuldigungen“ vorgebracht hatte. Der Haftbefehl wurde aufgehoben und die Eröffnung des Verfahrens hing nun davon ab, ob es dem BKA und der BAW gelingen würde, belastende Ermittlungsergebnisse zu präsentieren, die Ullas Aussagen widerlegen. Nach Ansicht der OLG-Richter führten eben diese Ermittlungen zur Bestätigung der entlastenden Fakten. Bevor Ullas Akte endgültig geschlossen werden kann, hat die BAW noch eine Woche Zeit, Beschwerden einzulegen. Für die achtmonatige U-Haft wird Ulla laut Beschluß des OLG keinen Pfennig Haftentschädigung erhalten. Diese willkürliche Entscheidung wird damit begründet, daß Ulla die observierenden Beamten hätte ansprechen sollen, anstatt sich „unvernünftig“ zu verhalten und zu versuchen sie abzuschütteln. Diese unverschämte Begründung stellt ein Novum in der bisherigen Rechtsprechung dar. Noch steht irgendwo festgeschrieben, daß die

observierte Person an den Ermittlungen über sich selbst aktiv mitwirken muß und nicht weglassen darf. Der § 129a macht es möglich, daß die gängigen Rechtsmittel in diesem Fall nicht ausgeschöpft werden können.

Am 10.11.88 beschloß dasselbe OLG das Verfahren nach § 129a gegen Ingrid Strobl zu eröffnen. Ingrid sitzt seit fast elf Monaten in Beugehaft und das Verfahren wird voraussichtlich im Frühjahr 1989 eröffnet werden.

Weiterhin gilt: schreibt ihr, unterstützt die Solidaritätsarbeit mit Geld und Ideen und werdet selber aktiv.

Postadresse:
Ingrid Strobl
c/o OLG Düsseldorf
5. Strafsenat
Postfach 30 02 10
4000 Düsseldorf
(Bitte eine — und nur eine — Briefmarke mitschicken!)

Spendenkonto:
Peter Neff
Postgironummer Köln (BLZ 370 100 50)
Kontonummer 234 81 506

ZF

Christlich zockt am längsten

Goldrausch in Niedersachsen



Was Pulzel-Skandale und spekulative Geheimdienst-Affären nicht vermochten, ein Gold-Jeton im Wert von 500 DM schaffte es: Wilfried Hasselmann mußte sein Amt als Niedersächsischer Innenminister niederlegen. Eine kleine Schwindelei im Untersuchungsausschuß wurde ihm — wie schon Barachel — zum Stolperstein. Dort hatte er sich nicht mehr an die Spenden des Spielbanken-Pleitiers Marian Felsenstein erinnern können, von dem Hasselmann neben jenem goldenen Geburtstagspräsidenten Schecks über einige 10.000 DM erhalten hatte. Daß er aufgrund von Kleckerbeiträgen seinen Hut nehmen mußte, stieß bei dem CDU-Politiker auf völliges Unverständnis: Er habe wegen einer „Lappalie“ sein Amt aufgeben müssen, beklagte er sich in einem Rundfunkinterview. Tatsächlich sind diese Vorwürfe Banalitäten im Vergleich zu dem, was der Hannoveraner Ausschuß zur Spielbanken-Affäre ansonsten zu Tage förderte. Beamte und Abgeordnete sämtlicher politischer Couleur sind in die Affäre verstrickt;

angewandte Politik: Die CDU ordnete sämtlicher politischer Couleur sind in die Affäre verstrickt; getrickelt wurde nicht nur bei der staatlichen Aufsichtspflicht, sondern auch bei der Vergabe von Spielbank-Konzessionen. Last not least: Ein Gesetz wurde gekauft, und eine Partei wechselte durch Bestechung die politischen Fronten

Das Spielbanken-Gesetz

Der größte Gewinner ist immer die (Spiel-)Bank — dieses ehrerbe Gesetz war nicht nur wenigen Geschäftsleuten sondern auch dem Fiskus bekannt. Seit Kriegsende diskutierte die Niedersächsische Landesregierung, die bis 1976 mit kurzer Unterbrechung von der SPD bzw. SPD/FDP gestellt wurde, ein Spielbankengesetz, wofür sich aber keine Mehrheit finden ließ. Erst als 1965 die SPD mit der CDU koalierte, durften Interessierte auf Verabschiedung des Gesetzes hoffen. So gründete der Hannoveraner Gastronom Rudolf Kalweit 1968 die „Gesellschaft zur Erlangung von Spielbank-Konzessionen“. Mitgesellschafter waren Otto Welsch, der bereits Erfahrungen in diesem Gewerbe sammeln konnte und Fritz Haarenberg, dessen persönliche Kontakte zu SPD-Innenminister Lehnert der Gesellschaft nützen sollten. Laut Kalweit hatte der für die Spielbanken zuständige Lehnert ihnen den Zuschlag bei der Konzessionsvergabe versprochen, nur das Gesetz mußte die parlamentarische Bühne noch passieren. Doch es gab einige unvorhergesehene Widrigkeiten. Nicht genug, daß Teile der SPD um Ministerpräsident Alfred Kubel dem Gesetz grundsätzlich skeptisch gegenüberstanden. Mehrere

Christdemokraten favorisierten überdies eine elegante Variante der Bereicherung, die den privaten Anwärtern keinesfalls recht sein konnte: Sie wollten Spielbanken als reine Staatsbetriebe hochziehen.

Kalweit trat daher mit dem damaligen Finanz- und Werbeberater der CDU, Lazlo Maria von Rath, in Verbindung, um der CDU-Spitze ein lukratives Angebot zu unterbreiten: Wenn die Christdemokraten das Spielbanken-Gesetz im Sinne der Kalweit-Gruppe unterstützen, würde die Gesellschaft als Gegenleistung künftige Spielbank-Gewinne in die Parteikasse fließen lassen. Nach Gesprächen von Rath mit Hasselmann und dessen Generalsekretär Haafengier, der auch persönlich mit Haarenberg konferierte, schloß von Rath 1969 mit Welsch einen Beteiligungsvertrag ab. Dieser sollte der CDU neben 25 % des Gewinns 50 % der Stimmrechte in der geplanten Spielbank sichern. Die Vorgänge sind durch schriftliche Dokumente sowie durch Aussagen von Rath, Kalweis und dessen damaligen Anwalt Meixner belegt.

Bis heute konnte allerdings nicht bewiesen werden, daß Ernst Albrecht von den Absprachen gewußt hat. Von Rath schilderte dem Untersuchungsausschuß eine Gesprächssituation mit Haafengier, Hasselmann und Albrecht, in der die Beteiligung der CDU erörtert wurde. Albrecht bestreitet, an diesem Gespräch teilgenommen zu haben. Das sei ihm auch angeraten, an diesem Gespräch teilgenommen zu haben. Das sei ihm auch angeraten, denn Albrecht profilierte sich in der Debatte um das Spielbanken-Gesetz als Gegner privater Beteiligungen. Er plädierte für die konservative Variante des Gesetzes und warnte: „Ich kann nur sagen, wenn man ein solches System verabschiedet, steht der nächste Untersuchungsausschuß vor der Tür dieses Hauses ... wenn das Gesetz so verabschiedet wird, werde ich nach geraumer Zeit fragen, welche Leute die Spielbankkonzession bekommen haben, ob sie ... Spenden leisten an die Kasse dieser oder jener Partei.“ (Spiegel, Nr. 24/88)

Die Konzessionsvergabe

Nicht die Kalweit-Gruppe, sondern ein Marian Felsenstein und seine Mitgesellschafter machten schließlich das Rennen um die Konzessionen der Spielbanken Hannover und Bad Pyrmont. Protektor Felsensteins war zunächst eben jener Lehnert, der schon Kalweit die Konzessionen versprochen hatte. Angeblich ist das Geschäft mit Kalweit an dessen „Geiz“ gescheitert, da Kalweit sich weigerte, Lehnert 100.000 DM für eine Eigentumswohnung und Co. treib das nicht nur in den finanziellen Ruin. Otto Welsch erhängte sich 1974 unter ungeklärten Umständen in Teneriffa, nachdem er sich zeitweise in psychiatrischer Behandlung befunden hatte.

Felsenstein hatte beim Werben um die Gunst der politisch und rechtlich Verantwortlichen anscheinend die glücklichere Hand. Der leitende Ministerialrat Roemheld, seines Zeichens amtlicher Spielbankaufseher, bemühte sich mit allen Mitteln, ihm genehmen Bewerbergruppen, darunter Felsenstein, die Konzessionen zuzuschustern. So stocherte er beispielsweise um Vorleben des Otto Welsch, um die Kalweit-Gruppe aus dem Rennen zu werfen. Welschs Geschäfte mit illegalem Glücksspiel, dem Ministerium schon lan-

ge bekannt waren, schloß sich ein Argument, um diese Bewerber auszuschließen. Weniger zureichend war Roemheld hingegen, was das Vorleben der von ihm favorisierten Personen angeht. Er lancierte den ehemaligen Chef der Ostender Spielbank, den Belgier Roger de Ramée, in die Bewerbergruppe um den Hannoveraner Karl Heinz Lohr. De Ramée war kurz zuvor von der Ostender Stadtverwaltung aus der Spielbank geküßt worden, zudem schuldete er dem belgischen Staat 18 Mio. belgische Franken an Abgaben und Steuern. Roemheld war bekannt, daß de Ramée totkrank war, er starb Ende 1974. Geklickte Fugung: daß sein Nachfolger ein Duzfreund Roemhelds wurde, der Wiener Roulette-Gründernehmer Leo Walzer.

„Verletzung der Aufsichtspflicht“

Hasselmann, der vom 15. bis 12.5.1976 kurzzeitig Innenminister war, hatte sich schnell mit Felsenstein arrangiert. Er verlängerte seine Konzession bis 1991. Denn Felsenstein erwies sich als großzügiger Spender: Rund 250.000 DM gingen in den folgenden Jahren an die Parteien, ein Löwenanteil an die CDU. Kleinere Beiträge steckte Felsenstein seinen Leuten im Ministerium auch schon mal so in die Tasche. Neben Hasselmann wurde auch Roemheld persönlich bedacht. Zwei

Ministerium auch schon mal so in die Tasche. Neben Hasselmann wurde auch Roemheld persönlich bedacht. Zwei Croupiers haben beobachtet, wie Felsenstein Roemheld Jetons im Wert von etwa 2.000 DM in die Jacke fallen ließ. Doch der Hauptvorwurf, wie er in den Medien immer wieder erhoben worden ist, lautet, daß die staatliche Aufsichtspflicht verletzt worden sei. Hasselmann und Roemheld hätten Felsenstein noch gedeckt, als dieser längst konkurrot gewesen sei. Trotz immenser Schulden hätten sie versucht, ihn mit staatlichen Geldern aus dem Unternehmen herauszukaufen. Felsenstein machte derweil fleißig weitere Schulden, behielt seine Konzessionen und brauchte keinerlei Sanktionen zu fürchten. Hasselmann habe sein Ministerium nicht im Griff gehabt, und sein Ministerialrat und Polizeivize Roemheld, so die Presse, sei schlicht zu dämlich, um seine Aufgaben „ordnungsgemäß“ zu erledigen.

Doch das Anprangern der Verletzung der Aufsichtspflicht beschönigt in Wahrheit nur den Schein der Normalität politischer Praxis. Das Stillisieren der kriminellen Machenschaften eines Hasselmann und seiner Schergen zum bürokratischen Faupas ist so der eigentliche Pferdeschuh der Affäre. Das bürgerliche Pressebild läßt dabei die systemkonforme, bewußte Wahrnehmung persönlicher Interessen in die verwerfliche, wenn auch entschulditable Inkompetenz eines Ministers um.

Die Landtagswahl 1976

Inwieweit die Vorgänge in Niedersachsen von Normalität und nicht von skandalöser Ausnahme-Praxis zeugen, zeigt auch, daß der rheinland-pfälzischen CDU mittlerweile eine ähnliche Spielbank-Affäre ins Haus steht. Ungewöhnlich bleibt jedoch, daß die dubiose Albrecht-Wahl 1976 nach Aussagen des Hauptbelastungszeugen von Rath mit Hilfe gekaufter Stimmen zustande gekommen sein soll. Lazlo

von Rath versprach im Auftrag Hasselmanns dem damaligen Ministerialbeamten Brennecke (FDP) den hoch dotierten Posten eines Regierungspräsidenten, wenn er eine Stimme aus dem Lager der Freidemokraten besorgen würde. Brennecke gab zu, gegenüber Parteigenossen Stimmung für den „Coup d'état“ gemacht zu haben; Hasselmann konnte nicht bestreiten, daß er diesbezüglich mit von Rath über Brennecke gesprochen hat.

Überdies wurden die Absprachen von dem ehemaligen FDP-Mitglied Helmut Schmidt-Harries bestätigt. Schmidt-Harries, der von 1973-1976 dem Landeshauptauschuß der FDP, nicht aber dem Landtag angehörte, berichtete dem Untersuchungsausschuß von einem Telefongespräch, das er am 26.1.1976 mit Hasselmann geführt hat. Dabei sei es u.a. um die Neubestellung des Amtes des Regierungspräsidenten gegangen. Für den Fall der Regierungsübernahme, so Hasselmann, sollten die Posten mit denjenigen besetzt werden, die sich um Vermittlung bemüht hätten.

Ein weiterer Beleg für den Stimmenkauf ist die schriftliche Beschwerde der Ehefrau Brennecks. Sie protestierte in einem Brief an Hasselmann gegen die geplante Ernennung des Göttinger Freidemokraten Rolf Vieten zum Regierungspräsidenten. Sie habe, schreibt Karin Brennecke, davon aus der Presse erfahren, dieser Mann — Vieten — gehöre „in die Wüste geschickt.“ (Spiegel Nr. 28/88)

Gerade noch rechtzeitig gelang es, die Wahl Alfäre aus dem Untersuchungsausschuß herauszuhalten. Landtagspräsi-

dent Blanke (CDU) erinnerte daran, daß Zeugenvernehmungen zu diesem Thema „eindeutig nicht zum Untersuchungsauftrag“ des Ausschusses gehörten (Göttinger Tageblatt, 1.9.88). Mit dieser Begründung wurde z.B. die Einsichtnahme in ein 90-Seiten-Manuskript abgelehnt, das Schmidt-Harries 1976 über den Regierungswechsel verfaßte und zur Stützung seiner Aussagen in den Untersuchungsausschuß mubachte (HNA, 3.9.88).

Parallel zu der auferlegten Untersuchungssperre machte der wichtigste Zeuge, Lazlo von Rath, im wahren Sinne des Wortes einen Rückzieher. Nach einem Kreislaufkollaps im anschließenden Krankenhausaufenthalt wollte er zunächst nicht mehr vor dem Ausschuß aussagen. Dann nahm er seine Aussagen in diesem Punkt zurück. Die Presse habe sie ihm in den Mund gelegt, was sich anhand der Artikel, Rundfunk- und Fernsehintervjws jedoch keinesfalls herauslesen läßt.

So hat die Korruption in Niedersachsen viele Verästelungen. In geistiger Bruderschaft schoben sich gewiefte Polit-Profis mafiose Geschäftsleute und korrupte Beamte gegenseitig die Pfunde zu. Hasselmann, Haafengier und Roemheld sind nur einige, die vom Kasinogeschäft profitierten und deren Kopf stellvertretend für andere, deren Namen im Untersuchungsausschuß nicht so hoch gehandelt wurden, gefordert wurden im Gefordert — mit Einschränkung, denn Hasselmann bleibt weiterhin Landesvorsitzender der CDU.

So., 14. Göttingen



„Dein Frühstück, Ernst ... dein Gesicht!“

Celler-Bomben-Ausschuß: „Agentin VM 1031“ spricht

Die Wellen um die Affäre Sonderkommando „Zitron“ hatten sich noch nicht annähernd geglättet, die Rufe der FDP nach rückhaltloser und radikaler Aufklärung waren noch nicht verstummt, da warnte das Land Niedersachsen schon mit dem Auflegen des nächsten illegalen Geheimdienstesatzes auf. Die „Agentin VM 1031“ des niedersächsischen Verfassungsschutzes, mit bürgerlichem Namen Angelika Nies, berichtete in der Fernsehsendung „Kennzeichen D“ über Auslandseinsätze des VS im Nahen Osten.

Die VS-Operation

In den Jahren 1981 bis 1983 unternahm Frau Nies sechs bis sieben, zum Teil mehrmonatige Auslandseinsätze für den niedersächsischen VS in Jordanien und im Libanon. Ihr Auftrag war, zu hochrangigen PLO-Verbretern Kontakt aufzunehmen und auszukundschaften, ob es zwischen der PLO und bundesdeutschen „Terroristen“ Beziehungen gäbe. Über ihre Besuche faßte sie regelmäßig Berichte ab und schickte sie nach Hannover in die VS-Zentrale. Von Kontakten zwischen der PLO und bundesdeutschen „Terroristen“ konnte Frau Nies zwar nichts berichten, dafür schrieb sie Experten über die allgemeine politische Situation. Schon vor ihrer Abreise in den Nahen Osten hatte sie Verbindungen zur Bonner PLO-Vertretung geknüpft. Abgeschlossen wurden ihre Auslandseinsätze durch ihre Verhaftung im April 1983 durch den jordanischen Geheimdienst. Nach dreitägigen Verhören wurde sie in die BRD abgeschoben.

„Dementis“ der Landesregierung

Zwei Wochen, bevor das ZDF die Sendung ausstrahlte, hatte man beim niedersächsischen Innenministerium angefragt, ob der VS Auslandseinsätze unternähme. Das wurde entschieden bestritten. Einen Tag, nachdem die Sendung gelaufen war, änderte das Innenministerium auf Drängen von Ministerpräsident Albrecht seine Angaben. In einer schriftlichen Drei-Punkte-Erklärung äußerte man sich völlig konfus und widersprüchlich. Jede „nachrichtendienstliche Auslandsaufklärung“ des VS wurde nach wie vor geleugnet, aber andererseits räumte man ein: „Die Verfassungsschutzbehörden sind befugt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit auch Informationen aus dem Ausland zu beschaffen.“ Um die Geschichte einigermaßen schlüssig zu halten und die größten Rechtsverstöße nicht zugeben zu müssen, wurden die Auslandseinsätze der Frau Nies zu Privatreisen deklariert. Nach Albrechts „Eindruck“ habe der Verfassungsschutz rechtmäßig gehandelt.

Innenstaatssekretär Franz Cramme ergänzte: „Aus Terrorismusgründen für Ihre Agenten-Arbeit im Inland habe sie eine Einladung in den Nahen Osten angenommen. Die dort erlangten Informationen habe sie dem Verfassungsschutz mitgeteilt. Dies sei rechtlich zulässig.“ („Neue Presse“, 21.10.88)

Fortsetzung nächste Seite

Da war doch noch was

Hasselmann zurückgetreten

Lange genug hat es gedauert: Hasselmann ist nicht mehr Innenminister. Wegen eines Goldjetons, eines Parteienfinanzierungsschecks und einer „Gedächtnisluke“ stolperte er über die Spielbankaffäre. Ministerpräsident Ernst Albrecht gab die Entscheidung „tief bewegt“ und mit belegter Stimme auf einer Pressekonzferenz am Abend des 25.10.88 bekannt.

Während die sozialliberale Presse die CDU dafür schilt, daß Hasselmanns Abgang „zu spät“ kommt („FR“, 26.10.88), muß man feststellen, daß die CDU mit Geschick versucht hat, den Zeitpunkt und den Anlaß der Neubestimmung im Innenministerium zu bestimmen. Der Streikschuß kam aus den eigenen Reihen. Abgefeuert hatte ihn der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Ludolf von Wartenberg, was in der CDU mit „gewussem Logikum“ („Göttinger Tageblatt“, 26.10.88) quittiert wurde.

Kein Wunder. Tragik kam auf um einen Mann, der nicht nur sturmfest und erdverwachsen war, sondern der es auch verstanden hat, auf Schützenfesten und bei Mißverständnissen Volksnähe zu demonstrieren. Korruption ist im Kapitalismus halt üblich, und wer will es dem „Landesvater“ Hasselmann vorwerfen, daß er „vergaß“, welcher Scheck ihm vor zehn Jahren überreicht worden ist. So überrascht es nicht, daß die CDU-Basis trotz dem abgesetzten Hasselmann in seinem Heimort mit einem Pöckelzug huldigte, da Hasselmann nach wie vor Parteivorstand in Niedersachsen bleibt und zusammen mit Albrecht in den Wahlkampf ziehen soll.

Das Interessante an dieser Intervention war die Frage, warum man in diesem Bundesland nicht zurücktreten muß. Sie wurde einzig von dem Abgeordneten der Grünen, Jürgen Tritin, aufgeworfen.



Kurt Halbritter

Kurt Halbritter

Geheimpolizei aus dem Schußfeld

Geheimpolizei aus dem Schußfeld

Niedersachsen ist für seine Polizeiaffäre berühmt. Nicht daß es in anderen Bundesländern bei der Polizei anders zugeht, nur wurde in Niedersachsen durch Parlamentarische Untersuchungsausschüsse einfach mehr aufgedeckt, auch wenn das vergleichsweise noch wenig ist. Schon nach der letzten Landtagswahl hatte die CDU in weiser Voraussicht den damaligen Innenminister Egbert Mücklinghoff galant abgesetzt und durch Hasselmann ersetzt. Hasselmanns Vorzug bestand darin, daß er in die Polizeiaffären der Vergangenheit nicht direkt verstrickt war. Der Ausbau der Geheimpolizei in Niedersachsen war strukturell abgeschlossen, und die Untersuchungsausschüsse mühten sich an vergangenen Polizeioperationen ab Hasselmanns Aufgabe war im wesentlichen die Vertuschung der geheimpolizeilichen Altsünden und die Fortführung des einmal eingeschlagenen Weges. Die Aufgabe war nicht leicht, und es war nicht die ihm oft attestierte Dummheit, die ihn struchelnd ließ, sondern eine ganz bestimmte politische Konstellation.

Journalisten hatten rund um die Unter-

suchungsausschüsse, die die Tätigkeit der Geheimpolizei Werner Maass verfolgen, viel zur Auffüllung im Dunkel bundesdeutscher Polizeien beigetragen. In gewissem Maße wurden sie dabei von der SPD gesponsert. Die Verflechtung bundesdeutscher Polizei mit den Geheimdiensten, die Zentralisierung der Polizei durch das BKA, die illegale Auslandsaktivität von VS und BKA wurde in Niedersachsen aufgedeckt und zum Teil ausgelesen. Hasselmann mußte dabei für das Bundesinnenministerium den Kopf hinhalten. Der Geroch von Gestapo sollte auf ein Bundesland eingegrenzt werden.

Das „Leiser Lächeln“ die Verstrickung in das Mordkomplott gegen den Führer der kanarischen Befreiungsbewegung die Durchsetzung neonazistischer Bänden wie des EK I mit V-Leuten und die Observierung von Fememorden, das illegale Treiben der Sonderkommission „Zitronen“ mit dem Anschreiben von Brandanschlägen und der Inhaftierung von Unschuldigen, die Verstrickung von LKA-Beamten in den Waffenhandel und die Vertuschung von Tötungsdelikten durch LKA-Beamte, das mysteriöse Sterben

von wichtigen Zeugen vor Untersuchungsausschüssen, all das durfte nicht Gegenstand eines Rücktritts werden. Schließlich hätte das ein Eingeständnis des kriminellen Treibens der Staatsorgane bedeutet.

Ein popeliger Goldjeton und ein relativ bescheidener Scheck kamen da gelegen, um als Gegenstand einer öffentlichen Debatte zu dienen. So wurde der Schaden optimal eingegrenzt. Auch der Zeitpunkt stimmte. Josef Stock als neuer Innenminister wird es ungut leichter haben. Er wird in nächster Zeit vermutlich keine Journalisten bespitzeln lassen müssen, denn der Celler-Bomben-Ausschuß geht seinem Ende entgegen, und es ist abschätzbar, daß dann erst einmal relative Ruhe um die niedersächsische Polizei einklingen wird. Das, was noch untersucht werden wird, etwa die Auslandseinsätze der VS-Agenten „N31“ im Nahen Osten, wird vermutlich nicht mehr viel Staub aufwirbeln.

Vor diesem Hintergrund die Benennung Stock als neuen Innenminister abzuzeichnen als „Ausdruck der Entschlossenheit der Koalition, gemeinsam die Affären um Polizei und Verfassungsschutz zu bewältigen“ (Albrecht in der „Welt“, 29.10.88), zeigt die besondere Form, wie hier bewältigt wird.

Das Personenkarussell

Mit Hasselmanns Abdankung wurde eine Reihe von Umbesetzungen vorgenommen. Völlig unwichtig war die Absetzung von Wolfgang Kries von dem Posten des Kultusministers. Wissenschaftsminister Casassa, ebenfalls sehr unauffällig in seinem Amt, scheint nur um Haarsbreite an einer Entlassung vorbeigekommen zu sein.

Die wichtigste personelle Veränderung war der Aufstieg des FDP-Abgeordneten Rudolf Fischer zum Staatssekretär im Bundesministerium. Fischer war bisher Mitglied im Celler-Bomben-Ausschuß und einer der schärfsten Kritiker Hasselmanns innerhalb der Koalition. Er galt sogar als Unsicherheitsfaktor, denn die Koalition verfügte nur über eine Ein-Stimmen-Mehrheit.

Franz Cronme, bisher im Innenministerium für Polizei und VS zuständig, darf aus ruhigeren Tagen im Innenministerium verbringen.

Haabengier, bisher im Innenministerium Staatssekretär und tief in die Spielbankaffäre verstrickt, sollte zuerst den passenden Posten des Lotto-Geschäftsführers bekommen. Aber einen Vampir zum Präsidenten der Blutbank zu ernennen, ließ sich nicht realisieren. Nach Protesten der SPD kam Albrecht zur „eigenen Erkenntnis“, daß jetzt „nicht der richtige Zeitpunkt“ sei, um Haabengier in diese Position zu bringen („Neue Presse“, 4.11.88). Vielleicht später mal. Nun muß er erst einmal ins Schulressort des Kultusministeriums.

In das Innenministerium ziehen neue Leute ein, die bisher relativ unbelastet sind. Albrecht fordert für die nächste Zeit jede Woche eine positive Schlagzeile. Diese Ruhe wird man nötig haben, will man doch die Existenz der Geheimpolizei und ihr Handeln durch neue Sicherheitsgesetz endlich legalisieren.

Neuwahlen?

Wären jetzt Wahlen in Niedersachsen, dann würde die CDU von 44,3% auf 37% der Stimmen fallen, jedenfalls nach einer Repräsentativumfrage der „Neuen Presse“. Logisch also, daß Ministerpräsident

Albrecht sich verzweigt mit seinem skandalumwitterten Kabinett an die Macht kammert. Man hofft auf bessere Zeiten und stützt sich derweil auf solche Figuren wie z. B. den gerichtsnotorischen Wahlfälscher Kurt Vajen.

Für die Grünen sind in dieser Situation Neuwahlen die „einzige logische Konsequenz“. Die SPD tut sich da schwer. Sie mußte zum konstruktiven Mißtrauensvotum getragen werden „wie ein alter Hund zum Jagen“ (Jürgen Tritin, Grüne, in der „Göttinger Woche“ vom 4.11.88).

In der Tat sind die Chancen für ein Mißtrauensvotum und anschließende Neuwahlen gering. Und daß die SPD sich schwer tut, hängt einfach damit zusammen, daß sie selber viel zu tief in die Spielbankaffäre verwickelt ist. Bisher war das kaum Thema, aber im Wahlkampf dürfte sich das ändern.

Der Fahrplan für einen Antrag zu einem konstruktiven Mißtrauensvotum steht dennoch. In drei Sondersitzungen wird der niedersächsische Landtag im November und Dezember darüber entscheiden. Im Moment sieht es nicht danach aus, als könnte sich da Sensationelles ereignen.

He., Göttingen

Skins in Göttingen

„Schlägerei und Schüsse — Kneipe und Jusi angegriffen“, lautete die reißerische Schlagzeile im „Göttinger Tageblatt“ vom 25.10.88. Jedes Wochenende treffen sich die Skinheads aus dem Umkreis in der Innenstadt. Die Provokationen gegen Linke nehmen zu, Autos, die man ihnen zuordnet, werden mit Hakenkreuzen beschriftet, überall tauchen die rassistischen Aufkleber der FAP auf. Am Abend des 21.10. hatte eine antifaschistische Selbsthilfegruppe versucht, eine Gruppe von Skinheads aus der Innenstadt zu vertreiben. Laut „GT“ wurden sechs Skins leicht verletzt und einer „krankenhausreif“ geschlagen. „Drei Stunden nach der von Skinheads aus der Innenstadt zu vertreiben. Laut „GT“ wurden sechs Skins leicht verletzt und einer „krankenhausreif“ geschlagen. „Drei Stunden nach der Schlägerei schossen zwei junge Männer mit Signalwaffen auf das Jusi-Haus“ (Jugendzentrum Innenstadt). Die Polizei nahm die Schützen und vier weitere Skins fest und ließ sie nach einer Personalaufnahme wieder laufen. Daß das Problem Skins für die Staatsanwaltschaft nicht existiert, konnte man schon im März lesen. „Die rechtsextremistische Skinheadszene besteht nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in Göttingen nicht mehr, nachdem fünf Kahlköpfe wegen Straftaten hinter Gitter gebracht wurden.“ („GT“, 4.3.).

Der Jugendwahlprüfungsausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung am 1.11. mit neonazistischen Aktivitäten im Raum Göttingen und verabschiedete eine Resolution an den Kreistag, in der dieser aufgefordert wird, verstärkt über Ursachen und Folgen des Faschismus und Extremismus aufzuklären. Zuvor hatte Kreisjugendpfleger Inouita über neonazistische Aktionen und die verstärkte Auftreten von „Mitgliedern und Sympathisanten von NPD und FAP (...) in vielen Orten Südniedersachsens“ berichtet („GT“, 2.11.).

Das scheint inzwischen selbst dem Taghehl aufzufallen. In seiner Ausgabe vom 3.11. bringt es Interviews mit Göttinger Realschülern, die darüber berichten, wie es an ihrer Schule zugeht. An allen Göttinger Schulen gibt es inzwischen FAP und NPD Sympathisanten. Die interviewten SchülerInnen berichteten, daß sie sich nicht mehr trauen, die FAP-Aufkleber abzureißen. Ihre Namen ließen sie im Artikel ändern.

Abschließend eine Meldung aus der „HNA“ vom 28.10. „Die Göttinger Staatsanwaltschaft sieht zur Zeit keine Möglichkeit gegen einen ausländerfeindlichen Aufkleber vorzugehen, der von der neonazistischen Freideutschen Arbeiterpartei (FAP) in Südniedersachsen verbreitet wird. (...) Infrage käme höchstens ein Verbot wegen Beleidigung, aber dafür fehlt bisher ein Strafantrag von Betroffenen.“ „Die kleinen Zettel tragen Parolen wie „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“. Als presserechtlich Verantwortlicher firmiert der FAP-Funktionär Karl Polacek aus Markklee bei Göttingen.“

Antifa-Kom., KB-Göttingen

Göttingen: Zurück zur Normalität

Antifa-Bündnis geplatzt

Große Aufreger bei der Gewerkschaft der Polizei und anderen rechten Gewerkschaften und natürlich bei der SPD. Die politischen Verhältnisse in Göttingen haben sich normalisiert: Das gut einjährige Bündnis zwischen DGB, Grünen, DKP, AStA, KB und Autonomen gibt es nicht mehr.

Am 21. September beschloß der Göttinger DGB-Kreisvorstand, seine Mitarbeit im Göttinger Antifa-Bündnis einzustellen. Vorangegangen waren zahlreiche Angriffe rechter Gewerkschafter allen voran die Gewerkschaft der Polizei und der DGB-Landesvorsitzende Karl Neumann sowie der SPD auf den Göttinger Kreisvorsitzenden Michael Zimbal, und die anderen DGBler im Bündnis. In einer vier Punkte umfassenden Pressemitteilung gab der DGB-Kreisvorstand am 22.9. bekannt, welchen „Kompromiß“ er feststimmte. Am Abend zuvor unter dem Druck der Ausreisemaßnahme u.a. von GdP und Postgewerkschaft gefunden hatte. So wurde denn am 21.9. festgestellt, daß „die Zusammenarbeit im Bündnis das vom DGB-Kreis Göttingen gesetzte Ziel erreicht“ habe und „die punktuelle Zusammenarbeit im Bündnis mit der antifaschistischen Woche ihren Abschluß

gefunden“ habe. Die Mitarbeit sei ein „auf Zeit eingetragener Rahmen zur Durchführung von Veranstaltungen“ gewesen, in dem „jede der Organisationen (...) für ihre Veranstaltung verantwortlich“ gewesen sei. „Die Veranstaltungen des DGB fanden rechtmäßig statt.“ Darin verabschiedete sich der DGB-Kreisvorstand geschickt aus dem Bündnis, ohne zu den Vorwürfen der GdP Stellung zu nehmen, daß nicht alle Gruppierungen im Bündnis sich eindeutig zur Gewaltfreiheit bekennen würden (Autonome) und darüber hinaus mit Gruppierungen, die unter DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüssen fallen würden, zusammengearbeitet werde (gemeint war die Volksfront).

Als „Zugeständnis“ konnten die Linke unter den DGBlern einzig erreichen, daß „falls erforderlich (...) der DGB-Kreisvorstand erneut seine Beteiligung an Bündnissen beschließen (werde), wenn die Voraussetzungen dazu vorliegen. Dieses ergibt sich aus der konkreten Situation zur gegebenen Zeit.“ Klar ist, daß damit auf absehbare Zeit ein ähnliches Bündnis unmöglich geworden ist.

Antifa-Kom., KB-Göttingen

Fortsetzung von vorheriger Seite

Scharfe Kritik übte Albrecht allerdings doch noch am Innenministerium. Er betonte, „es sei falsch gewesen, Fragen, wie sie das ZDF gestellt habe, überhaupt zu beantworten.“ („Göttinger Tageblatt“, 21.10.88). Konsequenterweise verhängte er erst einmal eine Nachrichtensperre, wie sein Pressesprecher Brückwilde gegenüber der „FR“ bestätigte.

FDP empört

Über die neuerliche Geheimdienstaffäre zeigte sich der FDP-Abgeordnete Rudolf Fischer ziemlich ungehalten. Er sprach von „zusammengebastelten Erklärungen“ und „einem unglaublichen Eiertanz“, den die Landesregierung aufführe („NP“, 21.10.88). Fischer der ein derbes Wort liebt, wies zur Presse: „Gerade vor dem dunklen Hintergrund der deutschen Geschichte gelte es, die Grenzen zwischen dem Bundesnachrichtendienst, der für die Auslandsaufklärung zuständig

ist, und dem im Inland operierenden Verfassungsschutz nicht zu verwischen.“ („NP“, 22.10.88). Nur Timen läßt der FDP-Mann so folgen, und dabei ist seine Stimme so wichtig für die Regierung.

Vermutlich wird diese VS-Operation noch ein etwas längeres Nachspiel haben. Der Abgeordnete der Grünen Jürgen Tritin hat angeregt, den Untersuchungsauftrag des Celler-Bomben-Ausschusses auf diesen Fall auszudehnen. Das dürfte nötig sein, denn der V-Frau-Führer von Angelika Nies ist kein anderer als der VS-Agent Penge. Penge hatte die V-Leute Berger und Loudi geführt, die durch den Celler-Bomben-Anschlag in die RAF-Szene eingeschleust werden sollten. In der Zwischenzeit ist Penge beim Innenministerium in Lüneburg gefahren, weil ein internes Papier von ihm bekannt wurde, in dem er aufzeigte, daß LKA-Beamte im Waffenhandel verstrickt waren und Tötungsdelikte vertuscht hatten, und in dem er auch Zweifel an dem Selbstmord von Barschel naht.

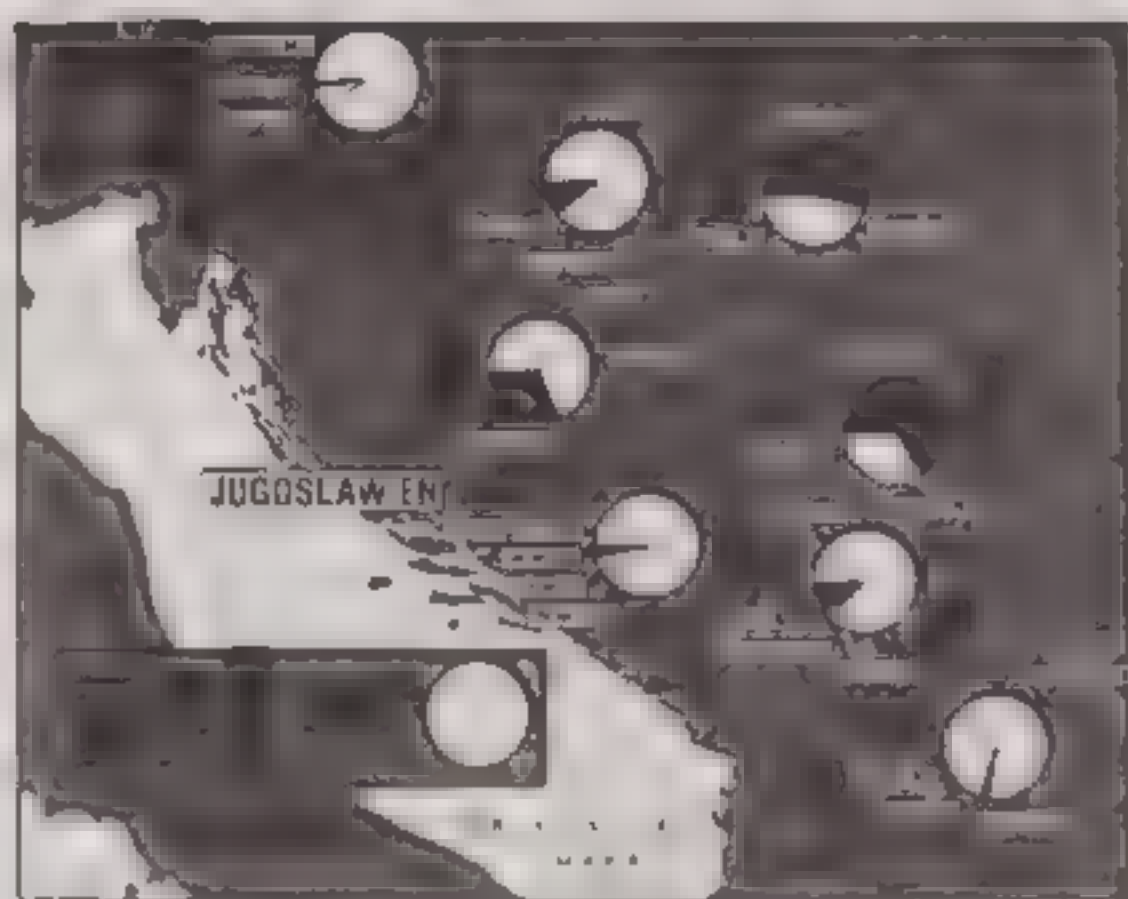
He., KB-Göttingen

(Folder: 10)

Jugoslawien in der Krise

Seit Monaten steckt Jugoslawien in der tiefsten wirtschaftlichen, politischen, sozialen und nationalen Krise seiner Nachkriegsgeschichte. Das industrielle Wachstum stagniert, die landwirtschaftliche Produktion ist rückläufig. Die Inflation ist, mehreren Stabilisierungsprogrammen zum Trotz, immer weiter gestiegen und liegt jetzt bei einem Jahreszuwachs von 150%. 20 Milliarden Dollar Schulden zwingen das Land unter das Diktat des IWF. Die ohnehin niedrigen Realeinkommen wurden in den letzten Jahren auf die Hälfte heruntergedrückt und sollen durch Preissteigerungen noch weiter abgesenkt werden. Eine Besserung der Lage ist nicht in Sicht.

Vor dem Hintergrund von Verarmung und Ausweglosigkeit hat seit 1987 eine Welle von Großdemonstrationen der serbischen Bevölkerung stattgefunden, die neben sozialen Forderungen vor allem einen zunehmend aggressiven Nationalismus der großen Volksgruppe Jugoslawiens zum Ausdruck bringen. Diese chau-



vinistische Bewegung scheint alle Sektoren der serbischen Gesellschaft erfasst zu haben, von der Parteispitze bis hin zu liberalen und dissidenten Intellektuellen.

Ein Versuch von Serbien aus dem Land eine diktatorische „Lösung“ aufzuzwingen, liegt im Bereich des Möglichen.

Viel nationales Konfliktpotential

Jugoslawien ist einer der jüngsten Staaten Europas. Er wurde als Ergebnis des Ersten Weltkriegs am 1.12.1918 als *Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen* gegründet, den Namen Jugoslawien (Südslawien) führt das Land erst seit 1929. Die Völker Jugoslawiens hatten bis dahin noch nie einen einheitlichen Staat gebildet, und die einzelnen Landesteile hatten jahrhundertlang eine sehr unterschiedliche Entwicklung durchlaufen. Das Königreich Jugoslawien wurde von der serbischen Bourgeoisie in so knasser, repressiver und chauvinistischer Weise dominiert, daß die Kommunisten zu jener Zeit die Auflösung des Staates und die volle Souveränität der einzelnen jugoslawischen Völker propagierten.

Die größten nationalen Gruppen Jugoslawiens sind die Serben (36,3%), Kroaten (19,7%), die sog. ethnischen Muslimen (8,9%), die Slowenen (7,8%), Albanen (7,7%), Makedonen (6%) und Montenegriner (2,6%), ferner Ungarn (2,3%), Türken (0,6%), Bulgaren, Slowaken, Rumänen u.a. (Stand 1981, Ungarn und Türken Stand 1971). Aufgrund des Geburtengefäll-

les zunehmend sind die Anteile der Albanen, Muslimen und Makedonen. Auf der anderen Seite ist vor allem der Anteil der Serben und Kroaten abnehmend. 1961 machten sie zusammen 65,4% der Jugoslawen aus, 1981 nur noch 56%.

Einer Erläuterung bedarf der verschwommene Begriff der ethnischen Muslimen, der eigentlich keine eigene Volksgruppe bezeichnet, aber auch nicht einfach identisch mit der etwas höher liegenden Gesamtzahl der Mohammedaner in Jugoslawien ist. Als ethnisches Moslem wird registriert, wer sich mehr dem Islam als einer spezifischen Nationalität zuordnet. Praktisch ist diese Gruppe nur in Bosnien von Bedeutung.

Jugoslawien besteht aus sechs Teilrepubliken, die im folgenden kurz vorgestellt werden sollen.

Serbien

Ein serbischer Staat existierte seit Mitte des 12. Jahrhunderts, er erreichte Mitte des 14. Jahrhunderts seine größte Ausdeh-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ren wollen, daß sie sich von den dicht bewohnten besetzten arabischen Gebieten trennen, und denjenigen, die die arabische Bevölkerung mit noch größerer Gewalt unterjochen und vertreiben wollen. Sie müssen schließlich mit denjenigen zusammenarbeiten, die den jüdischen Staat ausschließlich nach religiösen Gesetzen verwalten wollen.

Der Wahlkampf bot diesmal hinsichtlich der angewandten Argumentationsmuster einen interessanten Indikator für den Stand der Diskussion, knapp ein Jahr nach Beginn des Aufstandes. Es ist viel leichter makaber, aber gerade die öffentliche Legitimität der „Transfer“-Propaganda und hier vor allem die Thematik, daß *Molodet* die Vertreibung aller Palästinenser aus der Grundlage zionistischer Handlung in der Vergangenheit abzuheben weiß, zwingen die Linkzionisten und Friedenskräfte, sich mit dem Konzept eines jüdischen Staates gründlich und kritisch auseinanderzusetzen, und nicht zuletzt die eigene Vergangenheit — die Teilnahme an der Staatsgründung und die Verherrlichung des „Befreiungskrieges“ von 1948 — aufzuarbeiten.

Alle sind Patrioten

Kontinuierlich mit dem rechten Vorwurf des „Verrats“ und der „unterwürfigen Kapitulation“ war es den Linkzionisten schon Listen in den letzten Jahren ein Anliegen ihr Loyalitätsbekenntnis zum israelischen Staat und seiner zionistischen Ideologie hervorzuheben. Der Rang ehemaliger Offiziere in der Reihen dieser Listen wurde immer erwähnt sowie ihr Beitrag zum „Ansiedlungsunternehmen“ in den Grenzen von 1948 (ohne Westbank und Gaza). Der Versuch, ein staatstreues Image zu zeigen, war auch diesmal noch zu sehen, dennoch sprachen alle Linkzionisten grundsätzliche zu und sie begreifen alle, daß die Palästinenser innerhalb der Staatsgrenzen von 1948, die israelische Staatsangehörige sind und insgesamt ca. 13% der Gesamtbevölkerung ausmachen, Bürger zweiter Klasse sind und fordern, zumindest nach außen hin, ihre Gleichstellung.

In der Tat fühlen sich diese Gruppen durch die Ereignisse der Intifada in ihrer Linie bestätigt: Die Forderungen der Nationalen Führung des Aufstandes beschränken sich im allgemeinen auf einen Abzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten und ein breiter Flügel innerhalb der PLO spricht immer deutlicher von der Anerkennung des israelischen Staates in seinen 1948er Grenzen. Auf der anderen Seite wächst bei der israelischen Bevölkerung der Unmut über

die Zustände, die die Besatzung verursacht, und der Wunsch, die „Gebiete“ zu verlassen, findet Anhänger selbst unter einigen Likud-Sympathisanten.

Im Wahlkampf versuchten also die Linkzionistischen Listen *Ratz* und *Mapam*, neue Stimmen vor allem von frustrierten *Ma'arach*-Anhängern zu hören. Auf der einen Seite griffen sie Rabbiner Knäppelpolitik an, auf der anderen Seite war ihre strategische Argumentation völlig blockorientiert. Den zögernden Wählern wurde versichert, daß *Ratz* und *Mapam* eine Koalition unter Shimon Peres auf jeden Fall unterstützen würden. *Mapam*, eine ehemals pro-sowjetische, jetzt sozialdemokratische Partei, gehörte über zwanzig Jahre lang dem *Ma'arach* Block an und bekam dadurch automatisch einen Anteil von fünf bis sieben Abgeordneten aus der gesamten Stimmentauschelle der Mutterpartei. Nun ist es *Mapam* zum ersten Mal wieder selbständig gelungen, ins Parlament zu kommen. Ihre drei Abgeordneten vertreten die traditionellste Linkzionistische Bewegung, die jedoch in den letzten Jahren genug Flexibilität aufbringen konnte, um die außerparlamentarische Friedensbewegung massiv mit Mitteln zu versorgen (*Mapam* gehört eine Reihe von sehr etablierten Kibbutzim an) und um eine ziemlich neue Figur *Yair Tzaban* früher eine wichtige Persönlichkeit der kommunistischen Partei, an die erste Stelle der Kandidatenliste zu setzen.

Mapam wird jedoch hinsichtlich der Popularität innerhalb der außerparlamentarischen Bewegung bei weitem von *Ratz* übertroffen. *Ratz* startete als eine feministische Liste, die schon Anfang der siebziger Jahre durch drei Frauen im Parlament vertreten war. Ihr Engagement für die Trennung von Staat und Religion verlieh ihr später den allgemeineren Titel einer „Bürgerrechtsbewegung“, die dann mit dem Aufkommen der Protestbewegung *Frieden Jetzt* zur „Friedens- und Bürgerrechtsbewegung“ wurde.

Im jetzigen Wahlkampf war es für *Ratz* jedoch problematisch im Verhältnis zur „Basis“ immer auf dem aufstrebenden bleiben. *Ratz* verurteilte nämlich die Wehrdienstverweigerung in den besetzten Gebieten und rief zu einem Widerstand mit demokratischen Mitteln, also legal, auf. Gleichzeitig forderte sie „die Deserteur Division“. Leute, deren religiöses Bekenntnis es ihnen ermöglicht, vom Dienst befreit zu werden — einzuziehen. Das Spiel ging weiter, bis eine linke Zeitschrift aufdeckte, daß auf der *Ratz*-Liste selbst ein prominenter Kriegsdienstverweigerer steht. *Ratz* bekannte sich sofort zum „Pluralismus“ durchaus ein Zeichen von Sensibilität. Das Aufgeben von Tabus bringt heute Stürmen, und die Basis hat dadurch auf Parteien mit linkem Anspruch ein effektives Druckmittel.

Der größte Tabubruch im Friedenslager bei diesen Wahlen kam aber aus den Reihen der *Progressiven Friedensliste*. Dieses Bündnis von etwas radikaleren Linkzionisten, einigen Anzionisten und linken palästinensischen Kreisen konnte einem Ausschuß aus dem Wahl-

kampf nur knapp entgehen, nachdem einer seiner (jüdischen) Sprecher in einem Zeitungsinterview erklärte, die „Bedingung für einen richtigen Frieden ist der Verzicht auf den Staat Israel als Staat des jüdischen Volkes“. „Erst wenn die Palästinenser den Zionismus beenden“, so der Sprecher Matti Hanegbi. „erst dann wird die jüdische Existenz in der Region kein Problem darstellen“.

Was Hanegbis Partei in Schwächigkeiten brachte, war das gleiche Gesetz, aufgrund dessen Kahanes *Achut* — ist nicht an den Wahlen teilnehmen durfte. Dieses schreibt nämlich ein Parlamentsverbot für alle Bewegungen vor, die Rassismus und Völkerverhetzung propagieren oder den Staat Israel nicht als jüdischen Staat anerkennen, also praktisch für Rassisten und Antirassisten. Die *Friedensliste* distanzierte sich jedoch von Hanegbis privaten Äußerungen und wies klar auf einen neuen Absatz in ihrem Programm hin: der Israel als den Staat des jüdischen Volkes explizit doch anerkennt. Damit verlor die Partei eine wichtige Karte gegenüber einem für sie besonders wichtigen Zielpublikum, der wohlberechtigten palästinensischen Bevölkerung im „Kernstaat“ Israel.

Das Manövrieren zwischen den nationalen Bedürfnissen der arabischen Bevölkerung und dem Ansehen unter jüdischen Bürgern charakterisierte aber auch ihre Hauptkonkurrentin, die israelische kommunistische Partei *Rukach*. In ihren arabischsprachigen Publikationen hetzte *Rukach* gegen die *Progressive Friedensliste* die angeblich die nationalen Interessen der Palästinenser an das israelische Verteidigungsministerium verkauft habe, um die Zulassung zu den Wahlen zu erlangen. In der hebräischsprachigen Presse veröffentlichten die Kommunisten wiederum Anzeigen, die die Aussage der *Friedensliste* „Ja zum palästinensischen Patrikismus, nein zum israelischen Patrikismus“ kritisierte. Auch Eyal Hahibi (palästinensischer) Chefredakteur des KP-Organ *Al Ittihad*, schrieb einen öffentlichen Brief, adressiert an mehrere dutzend linke jüdisch-israelische Künstler, in dem er die *Friedensliste* beschuldigte, sie wolle „gegen das Existenzrecht des Staates Israel“.

Ob diese Linie selbst rein taktisch wirklich nützlich war, ist schwer zu sagen. *Rukach* gewann zwar einen Parlamentssitz dazu, der Großteil der palästinensischen Bevölkerung, die geschlossen über fast 17

Mandate verfügen könnte, wählte jedoch die Linkzionistischen Parteien oder sogar *Ma'arach*, trotz Intifada, trotz Diskriminierung und trotz eines allgemeinen Politisierungs- und Radikalisierungsprozesses.

Für diejenigen, die auf eine Reform in absehbarer Zeit setzten, war es also eine Niederlage. Denn welches Koalitionsergebnis die arabischen Aktivisten der kommenden Wochen auch immer hervorbringen wird, ist kurzfristig nur die Fortsetzung des „Status quo“ zu erwarten, die Politik der „eisernen Faust“ in den besetzten Gebieten und die Versuche, die Intifada niederzuschlagen. Die israelische Gesellschaft — dies bestätigen immer wieder einmal die Wahlergebnisse — befindet sich in den letzten Jahren jedoch mitten in einem Prozeß der Entwicklung neuer politischer Glaubensbekenntnisse, auf der Suche nach Besitztungen für die jeweiligen, oft widersprüchlichen Identitäten und nach neuen Lösungsvorschlägen. Vor diesem Hintergrund verschärfte sich die politische Auseinandersetzung. Positionen werden allmählich klarer und hemmungsloser artikuliert, der Kampf um ihre Durchsetzung wird jedoch immer härter.

„Intifada — Road to Freedom“ Ein Film der Gruppe „In A'd Rifaki“

Der Videofilm „Intifada — Road to Freedom“, produziert von der Musik- und Theatergruppe „In A'd Rifaki“, ist nun auch in der BRD und Westberlin zu erhalten.

Die Gruppe wurde 1972 in von Israel besetztem Ostjerusalem gegründet. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Darstellung der Folgen der israelischen Okkupation im alltäglichen Leben des palästinensischen Volkes und besonders der Kämpfe der politischen Gefangenen in den israelischen Knäusen. Die Mitglieder des Theaters arbeiten zwar parteiunabhängig, gehören jedoch verschiedenen linken Parteien an oder sympathisieren mit ihnen. In ihrer Arbeit informieren sie ebenfalls über andere Befreiungsbewegungen (z.B. Chile, Vietnam) und organisieren Veranstaltungen anlässlich palästinensischer und internationaler Kampf- und Feiertage (z.B. Tag der politischen Gefangenen, Internationaler Frumentag 8. März, 1. Mai, Tag für Sabra und Shatila). Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich der Gruppe liegt in dem Erhalt und der Weitergabe der palästinensischen Folklore, die der israelische Staat zu unterdrücken, zu verwässern und für Touristen und im Ausland als „arabisches Kulturgut“ zu verlaufen versucht. Die Arbeitsbedingungen in Palästina unter der israelischen Repression sind sehr schwierig, Proben und Aufführungen stehen immer unter der Drohung von Verhaftungen und Anschlüssen.

Neben ihren Theater- und Musikveranstaltungen hat „In A'd Rifaki“ seit 1983 neun Filme über die historische und aktuelle Situation der PalästinenserInnen gedreht, die auch in Syrien, Jemen, Kuba und Algerien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

1988 trat die Gruppe erstmals in der BRD und Westberlin, in Großbritannien und in der Schweiz auf.

Im September hat die vormalige Jerusalemer Gruppe herangewachsen ist, die Arbeit am Videofilm „Intifada — Road to Freedom“ abgeschlossen. Der Film erzählt die Geschichte des palästinensischen Aufstands gegen die israelische Militärbesatzung in der Westbank und im Gazastreifen. Bildern des lebendigen und verzweigten Widerstandes werden Filmsequenzen über Repression und militärische Angriffe gegenübergestellt. Es wird die Entschlossenheit des palästinensischen Volkes gezeigt, das sich mit Wurf schleudern Steinen und bloßen Händen einer der bestausgerüsteten Armeen gegenüberstehen sieht. Auch die veränderte und aktive Rolle der palästinensischen Frauen und deren Bedeutung für die Intifada wird im Film herausgestellt.

Dieser Film ist eine Einführung für Interessierte oder solche, die informiert werden sollen. Die Bilder sprechen für sich. „Intifada — Road to Freedom“ ist auf Englisch, jedoch sehr leicht verständlich und bedarf eigentlich keiner Überset-

zung, so daß der Film auch als Unterrichtsmaterial geeignet wäre.

Da die Gruppe sich nur durch Eigenaufwand finanziert und dieser Video auch in Eigenproduktion entstanden ist, denken wir, daß ein Kaufpreis von 100,— DM (gerne mehr!) als Solidaritätsbeitrag für interessierte Gruppen und Einzelpersonen nicht zu hoch gegriffen ist.

Wer diesen Video (20 min., VHS) erwerben möchte, schreibe an folgende Adresse:

In A'd Rifaki
Nauynstr. 37
1000 Berlin 36

(Wir bitten um Vorauszahlung und um DM 3 Portokosten — auch in Briefmarken!)

Die Musik von „In A'd Rifaki“, die auf diesem Video zu hören ist, gibt es bald auch in „gepreßter“ Form als Schallplatte. Es ist die erste Schallplatte, die überhaupt von PalästinenserInnen für ihr Volk und dessen Kampf um Befreiung und für einen selbständigen Staat produziert wurde. „Music for INTIFADA“ kommt in Großbritannien Anfang November bei Virgin Records auf den Markt. Warm die Platte in der BRD erhältlich ist, ist noch unklar. Der Erlös dieser Platte geht an die notleidenden palästinensischen Familien.

Sa., Westberlin

Fortsetzung von vorheriger Seite

nung und die Vorherrschaft auf dem Balkan. Die Niederlage auf dem Ansefeld (= Kosovo) 1389 brachte das Land zum Zug unter türkische Herrschaft, seit Mitte des 15. Jahrhunderts war Serbien direkt Teil des Osmanischen Reichs. Nach mehreren Aufständen zu Anfang des 19. Jahrhunderts erreichte Serbien 1817 eine beschränkte Autonomie und 1878 seine volle staatliche Unabhängigkeit. Die Beteiligung am Koalitionskrieg der Balkanstaaten gegen die türkische Vorherrschaft 1912-13 brachte ihm erheblichen Gebietszuwachs im Süden (Kosovo, Makedonien), nach dem 1. Weltkrieg kam von Österreich-Ungarn die Wojwodina hinzu. Der serbische Nationalismus war vor dem 1. Weltkrieg zweifellos die treibende Kraft im Einigungsstreben der südslawischen Völker. Serbien wurde in dieser Hinsicht oft mit dem Königreich Serbien verglichen, das sich im 19. Jahrhundert an die Spitze des staatlichen Einigungsprozesses in Italien gestellt hatte.

Bei der Volkszählung 1981 registrierte man in der Republik 71% Serben, 12% Albaner, 5% Ungarn. 1971 waren 75% Serben, 9% Albaner und 6% Ungarn gezählt worden. Den beiden nationalen Minderheiten soll durch die Existenz der autonomen Gebiete Kosovo und Wojwodina innerhalb der Republik Serbien Rechnung getragen werden. Die Voraussetzungen der beiden Gebiete sind jedoch sehr unterschiedlich: Die Wojwodina im Norden Serbiens war bis 1918 jahrhundertlang Teil von Österreich-Ungarn. Sie gehört zusammen mit den Republiken Slowenien und Kroatien zu den vergleichsweise entwickelten, „wohlhabenden“ Landesteilen Jugoslawiens. Die Bevölkerungsmehrheit der Wojwodina (56%) ist serbisch, 22% sind Ungarn, 7% Kroaten.

Im Kosovo hingegen, das von der Mitte des 14. Jahrhunderts bis 1912/13 unter türkischer Herrschaft stand, sind heute bei rasch zunehmender Tendenz fast 80% der Bevölkerung albanisch, zur Minderheit gehören außer Serben als zweite größere Gruppe auch Montenegrier. Die Geburtenrate ist die höchste Europas, das Kosovo ist mit Abstand das am dichtesten besiedelte Gebiet Jugoslawiens, zugleich aber auch das ärmste. Die Rate der Alphabeten liegt hier bei über 30%, und auch die Arbeitslosigkeit liegt mit 44% weit über der ohnehin hohen jugoslawischen Quote von 15%.

Kroatien

80% der Bevölkerung dieser Republik sind Kroaten; die Serben bilden mit 15% eine bedeutende Minderheit. Kroatien war im 10. und 11. Jahrhundert ein eigener Staat. Seit Anfang des 12. Jahrhunderts stand es unter ungarischer Vorherrschaft, war seit Ende des 15. Jahrhunderts zwischen den österreichischen Habsburgern und dem Osmanischen Reich heiß umkämpft. Seit dem 17. Jahrhundert bildete Kroatien die „Militärgrenze“ Österreichs nach Süden und blieb bis 1918 Teil des Habsburgerstaates. In den 40er Jahren brachte Kroatien eine eigene Abart des Faschismus, die Ustascha, hervor, die zwischen 1941 und 1945 durch einen Marionettenstaat belohnt wurde.

Zusammen mit Slowenien, das einen ähnlichen historischen Entwicklungsweg und ähnliche, nämlich relativ gute ökonomische Voraussetzungen hat, ist Kroatien stark „westorientiert“ und bildet einen Block gegen das Dominanzstreben Serbiens ebenso wie gegen die unterentwickelten gehaltenen Republiken (Makedonien, Monte Negro). Kroatiens besonderer Trumpf sind die Drevseennahmen aus dem Tourismus, fast die ganze Mittelmeerküste Jugoslawiens gehört zur Republik Kroatien.

Slowenien

Die Bevölkerung dieser Republik besteht zu über 95% aus Slowenen. Slowenien ist daher der einzige Landesteil ohne aktuelles oder potentielles nationales Konfliktpotential. Das Land war im 8. und 9. Jahrhundert vom Frankenreich abhängig und wurde seit dem 14. Jahrhundert bis 1918 von den Habsburgern regiert, die Slowenien unter vier österreichische Provinzen aufgeteilt hatten. Ein Teil Sloweniens mit fast einer halben Million Menschen (Triest, Istrien u.a.) fiel nach dem 1. Weltkrieg an Italien und wurde erst nach dem 2. Weltkrieg an Jugoslawien angeschlossen. Eine kleine slowenische Minderheit gibt es außerdem in Österreich (Südtirolen). Sie ist immer wieder Provokationen durch Faschisten und extreme Nationalisten ausgesetzt, was gelegentlich heftigen außenpolitischen Konfliktstoff zwischen den beiden Ländern bietet.

Slowenien, das nie Teil des Osmanischen Reichs war, entging der Phase der ökonomischen Stagnation und Zerrüttung, die den Süden Jugoslawiens immer

noch prägt. Es wurde relativ früh von der kapitalistischen Industrialisierung erfasst und ist heute der wirtschaftlich fortgeschrittenste, am stärksten auf den Westeuropäer orientierte Landesteil. Politischer Ausdruck dieser Sonderstellung ist der Liberalismus in einigen Medien Sloweniens, die Wortführer einer radikalen Systemkritik sind und sich besonders scharf gegen die großserbischen Ambitionen wenden.

Bosnien und Herzegowina

Nach Selbständigkeit zwischen 12. und 15. Jahrhundert wurden Bosnien und Herzegowina in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts vom Osmanischen Reich unterworfen und stärker als andere Teile Jugoslawiens islamisiert. 1878 wurde das Gebiet von Österreich-Ungarn besetzt und 1908 annektiert.



Serbenführer und KP-Chef Milosevic und Belgrader Arbeiter

Die Republik Bosnien und Herzegowina hat eigentlich gar keine eigene Nationalität. Bei der Volkszählung von 1981 wurden von 4,2 Millionen Einwohnern 1,6 Millionen als sog. ethnische Muslim registriert, 1,3 Millionen als Serben und 0,8 Millionen als Kroaten. Insofern kann man eher sagen, daß die Serben die größte nationale Gruppe in Bosnien sind, zumal viele der ethnischen Muslime auch als mohammedanische Serben bezeichnet werden könnten. Andererseits spielt der religiöse Faktor in Bosnien eine besonders große Rolle. In offiziellen Kreisen Jugoslawiens sorgt man sich spätestens seit dem Umsturz im Iran, daß Bosnien zur Brutstätte eines islamischen Fundamentalismus mit Massenbass werden könnte. Vor diesem Hintergrund ist ein Prozeß zu sehen, bei dem im August 1983 zwölf bosnische Muslim ausschließlich wegen sog. Verbaudekte (Meinungsäußerungen) zu hohen Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt wurden. Sie hatten sich für eine rigide islamisierte Gesellschaft eingesetzt.

Die große islamistische Versammlung in Sarajewo

Montenegro

Den Namen („Schwarzer Berg“) gaben ihm die Venezianer. In der Landschaftsbezeichnung heißt diese kleinste Republik Jugoslawiens Crna Gora. Neben 70% Montenegriern, die als engsten Verwandten mit den Serben, wenn nicht gar als Teil der serbischen Nation gelten, gibt es 7,5% Serben, 13,3% ethnische Muslim (Stand 1978) und auch eine albanische Minderheit.

Die Geschichte der kleinsten Republik ist zugleich die stolzeste: Das Bergland Montenegros war der einzige Teil des Landes, der weder von Osmanischen Reich noch von Österreich-Ungarn unterworfen werden konnte. Das Fortium Montenegro blieb einige Jahrhunderte lang der einzige autonome Staat der Südslawen. Heute ist es eine der ärmsten, am meisten zurückgebliebenen Regionen Jugoslawiens.

Repression im Kosovo

Nach vorherrschender jugoslawischer nicht nur serbischer Sprachregelung lebt im Kosovo die „Konterrevolution“. Angeblich wird der auf „Einheit und Freundschaft“ verschiedener Völker beruhende sozialistische Staat durch die Förderung der kroatischen Albaner nach dem Status einer gleichberechtigten Republik im Rahmen der jugoslawischen Föderation gefährdet. Dieser offizielle Standpunkt läßt sich nicht legitimieren. Die Albaner sind die mit Abstand größte nicht-slawische Nationalität Jugoslawiens. Sie bewohnen ein geschlossenes Territorium. Zahlenmäßig sind die Albaner heute schon stärker als die Montenegrier, die Makedonen und die Slowenen, denen eigene Republiken zugestanden sind. Ihre Nationalität ist sehr viel klarer abzugrenzen als etwa die der Montenegrier oder der Bevölkerung der Republik Bosnien-Herzegowina. Allenfalls historisch läßt sich ein Argument für die Unterordnung Kosovos unter Serbien herleiten: bis zur Schmach auf dem Ansefeld 1389 war dieses Gebiet das Zentrum Serbiens. Das ist allerdings schon fast genau 600 Jahre her.

Repression im Kosovo

Im März-April 1981 gab es, ausgehend von den Studenten der Regionshauptstadt Pristina, Massendemonstrationen der Kosovo-Albaner für eine eigene Republik. Sie regiert Serben das Gebiet mit den Methoden einer Besatzungsmacht. Nur wegen ihrer Teilnahme an den Demonstrationen wurden 1981 Hunderte Albaner zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Inzwischen geht die Zahl der wegen politischen Delikte eingesperrten Albaner in die Tausende, schon 1985 nannte ein Regierungsfunktionär offiziell die Zahl 3344. Die Urteile sind in der Regel abschreckend hart, die Anklagen oft hasserfüllt. Menschen wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, weil sie albanische Lieder gesungen hatten, wegen des Verfassens „nationalistischer“ Gedichte, wegen eines Kondolenzschreibens zum Tod des Parteichefs der Volksrepublik Albanien, Enver Hodscha, wegen Besitzes einer albanischen Fahne, wegen Hörens albanischer Rundfunksendungen, wegen konspirativer Organisationsversuche. Ein Historiker mußte 14 Jahre ins Gefängnis wegen einer von ihm verfaßten Geschichte Albanens. Ein Rundfunkjournalist bekam elf Jahre für einen mäßigkeitsvollen Kommentar.

Die albanische Bevölkerung ist heute aller kollektiven politischen Rechte beraubt. Sie darf sich nicht auf Kundendemonstrationen gegen die provokatorischen serbischen Aufmärsche zur Wehr setzen, sie darf nicht einmal ihre Meinung dazu äußern. Nachdem 1981 zu nahezu Armee-Einheiten ins Kosovo verlegt worden waren, ist dort heute eine für den Bürgerkrieg ausgebildete Spezialeinheit der Polizei dauerhaft stationiert, um jedes Anzeichen öffentlichen Protests sofort niederzuschlagen. Aber nach serbischer Propaganda terrorisiert diese albanische Bevölkerung, die sich nicht einmal öffentlich artikulieren darf, die serbische Minderheit des Kosovo.

Seit Ende der 40er Jahre buidet Makedonien Stoff für immer wieder auftretende heftige Streitigkeiten zwischen Bulgarien und Jugoslawien. Die bulgarische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß es in ihrem Land neben dem Staatsvolk keine nationalen Minderheiten gibt. Sie leugnet daher die Existenz einer für kirchliche Minorität in Bulgarien - dies seien lediglich zwangsislamisierte Bulgaren - und sie bestreitet, daß es überhaupt so etwas wie ein mazedonisches Volk gibt. Dies impliziert, daß die jugoslawischen Makedonen eigentlich auch Bulgaren seien. Ingekehrte tendiert Jugoslawien dazu, sich als Schutzmacht der makedonischen Volksgruppen in Bulgarien und Griechenland zu verstehen. Neben der eigenen Nationalität (70%) gibt es in Makedonien eine bedeutende albanische Volksgruppe (17%), sowie 6,6% Türken (Stand 1971).

fort niederzuschlagen. Aber nach serbischer Propaganda terrorisiert diese albanische Bevölkerung, die sich nicht einmal öffentlich artikulieren darf, die serbische Minderheit des Kosovo.

Wiedergeburt des serbischen Chauvinismus

Daß sich der serbische Nationalismus, verbunden mit rigiden Politikvorstellungen, zu regen begann, wurde erstmals beim Begräbnis des 1966 abgesetzten Innenministers Rankovic im August 1983 deutlich. Obwohl das Begräbnis nicht öffentlich bekannt gegeben worden war, versammelten sich über 100.000 Anhänger Rankovic, der als extremer „Dogmatiker“ gegolten hatte, war für brutale Maßnahmen gegen Albaner und Muslim verantwortlich gewesen.

Im Oktober 1986 veröffentlichte eine Belgrader Zeitung den Offenen Brief einer Gruppe liberaler serbischer Akademiker, der neben Demokratisierungsforderungen (Rechtsstaatlichkeit, Entpolitisierung des Strafrechts, Trennung von Staat und Partei u.a.) die ideologische Plattform des serbischen Nationalismus enthielt. Serbien sei zwar Sieger im Krieg, aber Verlierer im Frieden gewesen. Die föderative Staatsordnung Jugoslawiens bedrohe die Serben. Die Serben seien insbesondere einer „dauerhaften Koalition“ von Kroaten und Slowenen ausgesetzt, die das wirtschaftliche Zurückbleiben Serbiens anstreben. — Die damalige serbische Parteiführung wies das als nationalstische Stimmungsmache zurück. Die These einer Gefährdung des serbischen Volks trage zur Verpeitung des Bewußtseins bei.

Im Frühjahr 1987 begann der nationalistische Flügel der serbischen KP mit der Organisation von Massenaufmärschen im Kosovo und anderen Landesteilen. Im Verlauf des Jahres 1987 entschied dieser Flügel, an dessen Spitze Parteichef Slobodan Milosevic steht, den internen Machtkampf in Serbien Schlag um Schlag zu seinen Gunsten. Führende Parteiposten, Staatsämter, Medienredaktionen wurden „gesäubert“, das heißt mit Anhängern des radikal-nationalistischen Flügels besetzt und ideologisch gleichgeschaltet. Als letzter fiel im Dezember 1987 der Regierungschef der Republik Serbien, Ivan Stambolic, der als „Liberaler“ gegolten hatte.

Im Laufe des Jahres 1988 wurde die Technik der Massenmobilisierung perfekt. Tausende, Zehntausende, gelegentlich sogar Hunderttausende wurden reihum in Straßen und Orten Serbiens zusammengepackt, um ein raffiniertes Gemisch von begründetem sozialen Protest und wildem Chauvinismus auf die Straßen zu tragen.

Schwerpunkt der Kampagne ist nach wie vor das Kosovo-Problem. Offiziell wird eine Änderung der jugoslawischen und der serbischen Verfassung gefordert, die den Gebieten Wojwodina und Kosovo ihren Autonomiestatus nehmen soll. Die Serben müßten wieder uneingeschränkt Herr im eigenen Haus sein, lautet die Parole. Auf den Massendemonstrationen klingt es drastischer: „Geht uns Waffen!“ und „Albaner raus!“.

Serbiens KP-Chef Milosevic, der bedenkliche Züge eines sozialchauvinistischen „Volksführers“ aufweist, drückt die verbreitete Stimmung aus, wenn er rät, daß im Kosovo „Kinder vergewaltigt, Häuser angezündet, Menschen verschleppt, Gräber geschändet und zwei Völker ausgerottet werden“, daß im Kosovo „der letzte Volkermord des zwanzigsten Jahrhunderts“ stattfinde.

Die beiden Völker, die angeblich im Kosovo ausgerottet werden, sind die Serben und Montenegrier. Tatsächlich nimmt ihr Anteil an der Bevölkerung des Kosovo seit Jahren ab. Zum einen wegen der hohen Geburtenrate der Albaner, zum anderen wegen der Abwanderung der Minderheitsnationalitäten, was nach allgemeiner serbischer Überzeugung ein Ergebnis albanischer „Terror“ ist. Indessen ist es eigentümlich leicht einzusehen, warum es aus einer Region mit 44% Arbeitslosigkeit und dem mit Abstand niedrigsten Lebensstandard des ganzen Landes das Pro-Kopf-Einkommen liegt dort bei einem Drittel des jugoslawischen Durchschnitts, auch eine besonders hohe Emigration gibt. Daß die Auswanderungsrate aus dem Kosovo bei Serben und Montenegriern höher ist als bei den Albanern, ist damit zu erklären, daß diese es in den benachbarten Regionen leichter haben als die Albaner, Arbeit zu finden, während es umgekehrt die Albaner im Kosovo aufgrund relativ intakter verkapitalistischer Strukturen leichter haben, kollektives Überleben zu organisieren.

Die unter den Serben offensichtlich weitverbreitete Überzeugung, im Kosovo würden ihre Frauen scharenweise vergewaltigt, ihre Kinder massakriert usw., trägt bereits klassische Züge einer Pogromtheorie. Ein serbischer Wissenschaftler hat anhand der Statistik nachgewiesen, daß Vergewaltigungen im Kosovo nicht häufiger, sondern eher seltener vor-

kommen als in anderen Landesteilen, und daß die Opfer auch nicht mit signifikant hohem Anteil serbische Frauen sind. Am allgemeinen Vorurteil bei der Wissenschaftler nichts geändert, sondern sich nur den Ruf zugezogen, ein Verräter an seinem eigenen Volk zu sein.

Es sind zwei besondere Warnzeichen, daß die chauvinistische Mobilisierung der serbischen Nation unmittelbar von der Partei- und Staats Spitze der Republik gesteuert und manipuliert wird, und daß diese Mobilisierung Unterstützung bis in dissidente Intellektuellenkreise findet, diese Mobilisierung somit so gut wie gar nicht auf Opposition in Serbien selbst stößt.

Machtkampf festgefahren

Die serbische Führung setzt den „Druck der Straße“ systematisch ein, um Machtverhältnisse zu ändern. Dabei wird oft vordergründig sozial und antibürokratisch argumentiert, auf Bestechlichkeit und/oder Inkompetenz verwiesen. So wurde im September/Anfang Oktober durch Massendemonstrationen der Rücktritt der Partei- und der Staatsführung der Wojwodina erzwungen. Die gestürzten Funktionäre hatten sich der von Serbien geforderten zentralistischen Verfassungsänderung widersetzt, Fast gleichzeitig wurde in von Serbien aus manipulierten Demonstrationen in Montenegro der Sturz der dortigen Führung gefordert. Wieder einmal waren soziale und nationalistische Elemente miteinander vermischt. Die montenegrinische Führung schien zunächst rückerittbereit, blieb dann aber mit Unterstützung der Bundesstellen, sowie der Republiken Slowenien, Kroatien und Bosnien im Amt.

Ein wesentliches Ziel der serbischen Führung ist der Sturz der Regionalregierung von Kosovo. Den Regionalführer Hodscha und weitere albanische Spitzenpolitiker hatte man schon im Dezember 1987 nicht nur zum Rücktritt gezwungen, sondern auch aus der KP ausschließen lassen. Eine Reihe weiterer Rücktritte folgten im Oktober dieses Jahres. Allen diesen Politikern wird vorgeworfen, sich nicht ausreichend gegen den „albanischen Separatismus“ eingesetzt zu haben. Indessen bestand diese Führungsriege, die selbst schon das Ergebnis wiederholter „Säuberungen“ war, ohnehin nur aus loyalen Kolaborateuren und Sprachrohrern der serbischen Besatzungspolitik im Kosovo.

Darüber ist eine Mobilisierung eingeleitet. In Montenegro, wo die frühere Führung von der Bundesregierung unterstützt wurde und wo Polzial gegen die Demonstranten eingesetzt wurde, hat die großserbische Politik einen Rückschlag hinnehmen müssen. Eine in Bosnien-Herzegowina geplante serbische Großklemation mußte auf Verlangen der Republikregierung abgesagt werden. Der Versuch, die großserbische Agitation über die Grenzen der eigenen Republik hinauszugetragen, wurde zunächst einmal abgewehrt. Bei der Tagung des ZK der jugoslawischen KP Mitte Oktober wurde zwar der „albanische Nationalismus und Separatismus“ scharf verurteilt, auch wurde das serbische Verlangen nach einer Änderung des Status von Kosovo und Wojwodina im Prinzip unterstützt. Zugleich fielen aber deutliche Worte gegen die „Erweichungen des revanchistischen Nationalismus“, und noch genauer gegen den „serbischen Nationalismus“, der hinsichtlich seiner Bedrohlichkeit mit dem albanischen fast auf die gleiche Stufe gestellt wurde.

Serbiens KP-Chef Milosevic klagte auf dem ZK-Plenum, daß die (albanischen) Gegner einer „Unterbindung des Terrors“ im Kosovo „Verbündete für den Widerstand gegen die Politik Serbiens außerhalb Serbiens suchen und auch finden“. Die Grundlage für eine solche Kampagne dürfe in den Überresten der alten Ustaschamacht gegenüber Serbien liegen, die durch seinen angeblichen Hege-monismus hervorgehoben wurde. „Gegen diese „Intoleranz“ reagiere man in Serbien verständlicherweise empfindlich. denn: erstens, was könne das serbische Volk für das Verhalten seiner Bourgeoisie vor dem Krieg; und zweitens: die kroatische und die slowenische Bourgeoisie waren ja auch nicht besser.“

Da die jugoslawische Bundespolitik nicht nach dem Mehrheit, sondern nach dem Konsensprinzip gestaltet wird, hat sich vorerst die slowenische Position durchsetzen können, die auf mehr Markt, Liberalismus und Öffnung für kapitalistische Investoren orientierten Wirtschaftsreformen, über die man sich auch mit Milosevic einig ist, können sofort angepackt werden, die auf mehr Zentralismus zielenden politischen Reformen, die vor allem Serben fordern und über die es keinen Konsens gibt, wurden vertagt. Die Bürokraten des Bundesstaates blockieren sich gegenseitig, was weiterhin dazu führen könnte, daß auch die Wirtschaftsreformen steckenbleiben. Ein Gordischer Knoten wartet auf seinen Alexander?

KL

Der kurdische Befreiungskampf braucht eine große Öffentlichkeit

Interview mit Dr. Hosro von der Patriotischen Union Kurdistan (PUK)

Mitte September 1988 entstand dieses Interview mit einem Vertreter der Patriotischen Union Kurdistan (PUK). Die PUK ist eine der Organisationen, die den Befreiungskampf im vom Irak beanspruchten Teil Kurdistan führt.

Wie ist die gegenwärtige Lage im Krieg zwischen irakischen Truppen und den kurdischen Widerstandskämpfern?

Tausende von Peschmergas und kurdischen Kämpfern sind weiterhin im umkämpften Gebiet präsent, in den Städten und der Umgebung der Städte. Die Lage hat sich natürlich verändert, vor allem was die Taktik anbetrifft. Während vorher ein direkter Krieg zwischen den kurdischen Verbänden und dem irakischen Regime stattfand, haben sich jetzt die Bedingungen geändert, besonders durch den verstärkten Einsatz von chemischen Waffen. Mit großen Einheiten und festen Basen kann man jetzt nicht mehr operieren. Deswegen wurde die Taktik geändert. Wir operieren jetzt mit überall präsenten kleinen Einheiten und mobilen Basen. Nach dem Waffenstillstand zwischen Iran und Irak hat das irakische Regime eine große Anzahl von Verbänden in Kurdistan konzentriert. Während des Krieges waren zwei Divisionen in Kurdistan stationiert und kämpften gegen das kurdische Volk und die Peschmergas. Jetzt befinden sich mehr als vier Divisionen der irakischen Armee in Kurdistan, die dorthin verlegt wurden, nachdem das Feuer im irakisch-iranischen Krieg eingestellt worden ist.

Finden die Angriffe in allen kurdischen Gebieten statt oder ist ein bestimmtes Gebiet betroffen?

In letzter Zeit konzentrieren sich die Angriffe auf das Gebiet von Badinan und die befreiten Gebiete und Dörfer in den Provinzen Dahuk und Arbil. In den beiden Gebieten finden die intensivsten Angriffe von nun mehr als vier Divisionen statt. Der Widerstand in diesem Gebiet war sehr groß und die irakische Armee hat große Verluste erlitten. Auch unser Volk hat Verluste erlitten, denn die Dörfer in Kurdistan, besonders die im Gebiet von Dahuk und Arbil, wurden vollständig verbrannt und zerstört.

Welche langfristigen Folgen hat der Einsatz der chemischen Waffen in den kurdischen Gebieten? Wie sieht die Zukunft in diesen Gebieten nach dem Einsatz chemischer Waffen dort aus, nachdem die Bevölkerung in die Türkei geflohen ist?

Es ist nicht das erste Mal, daß die Dörfer zerstört und die Menschen vertrieben wurden, und das kurdische Volk gezwungen wurde, in den Nachbarstaaten Zuflucht zu suchen. Das ist mehrmals passiert, aber unser Volk wird zurückkehren und seine Dörfer wieder aufbauen. Es gibt Dörfer in Kurdistan, die sind mehr als viermal wieder aufgebaut worden, nachdem sie vom irakischen Regime zerstört wurden. Das ist eben jetzt einmal mehr. Wir sind uns sicher, daß diese Dörfer wieder aufgebaut werden und daß die Lage des irakischen Regimes nicht so gut ist, daß es diese Truppen länger in Kurdistan konzentrieren kann oder daß es diese große Anzahl von Truppen aufrechterhalten kann. Wie Sie ja wissen, beträgt die Bevölkerungszahl des Iraks nicht mehr als 14 Millionen, und derzeit sind mehr als eine Million unter Waffen, als wären die reguläre Armee, die Volksarmee und die Soldaten. Diese Menge von Bewaffneten ist für jede Regierung auf Dauer eine zu große Belastung. Die irakische Armee ist nicht in der Lage, nur eine Handvoll kurdischen Territoriums zu besetzen und erst recht nicht den Wieder Aufbau der Dörfer zu verhindern.

Wie hat sich der Krieg auf die Beziehungen zwischen den kurdischen Organisationen ausgewirkt? Haben sich die Spaltungen vertieft oder konnten sie überwunden werden?

Die kurdische Widerstandsfrente ist gegründet worden, um die sechs großen Organisationen, die die Szene hier bestimm-

men, zusammenzuschließen, und zwar als der Vernichtungskrieg intensiviert wurde. Der Vernichtungskrieg hat die Organisationen zusammengebracht und zur Bildung der kurdischen Front veranlaßt.

Gilt das lediglich für Kurdistan Irak oder ebenso für die anderen Teile Kurdistan?

Die Söhne des kurdischen Volkes in den anderen Teilen Kurdistan sind solidarisch mit dem Volk im irakischen Teil Kurdistan. In Form von finanzieller Unterstützung und Sammlung von Medikamenten. Viele haben die Büros und die Vertretungen der kurdischen Parteien in Syrien, in Europa oder im Iran aufgesucht, um Hilfe zu leisten. Ebenso wurden Solidaritätsleistungen an die Führungen der kurdischen Parteien gesandt, in denen die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wird, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die kurdischen Parteien und die kurdische Front zu unterstützen. Also ein gutes Beispiel für die Einbeziehung der kurdischen Organisationen und Parteien und ihre Sympathie und Solidarität mit dem kurdischen Volk in irakisch-Kurdistan.

Die irakische Regierung hat eine Amnestie für die kurdischen Flüchtlinge erlassen, von der Jela Talabani allerdings ausgenommen ist. Ist diese Amnestie Ihrer Meinung nach Teil eines von vornherein geplanten Szenariums oder eher eine Art Kuratzehe, zu dem sich das irakische Regime durch die Ausmaße der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die es vor den Augen der Weltöffentlichkeit begangen hat, gezwungen sah?

Nicht das kurdische Volk braucht eine Amnestie von Saddam Hussein, sondern Saddam Hussein ist derjenige, der für die vielen Verbrechen, die er an irakischen und besonders an kurdischen Volk begangen hat, um eine Amnestie bitten muß. Dies gilt auch für die anderen Völker der Region, die unter diesem Regime zu leiden hatten, vor allem das iranische Volk, die Islamische Republik, gegen die sich die Aggression des Saddam Huseyn selber richtet.

Wir erleben gerade die Art des Dialogs und des Abbaus von Spannungen auf der ganzen Welt, von Kampuchea, Nicaragua, Afghanistan bis Angola, überall auf der Welt. Wie groß ist der Druck auf die irakische Regierung, um eine Amnestie zu erlassen, um den irakisch-iranischen Krieg zu beenden, wird vor allem von den Supermächten Druck auf das irakische Regime ausgeübt, um den irakisch-kurdischen Krieg zu beenden?

Saddam Huseyn hat die Amnestie erlassen, um die Weltöffentlichkeit zu täuschen und um den Eindruck zu erwecken, Saddam sei nicht an Kriegstreiberei sondern Friedenshose. Diese Amnestie ist nichts als Lüge, denn weder stellt sie eine Lösung der kurdischen Frage dar, noch kämpft das kurdische Volk für eine Amnestie. Das kurdische Problem ist das Anliegen einer Nation, eines Volkes und nicht mit einer Amnestie oder ähnlichen Maßnahmen zu lösen.

Wieviele Flüchtlinge sind nach Verkündung der Amnestie zurückgekehrt?

Kein Flüchtling ist nach der Verkündung der Amnestie aus dem Ausland in den Irak zurückgekehrt. Zu den Zahlen, die das irakische Regime angibt, durch die Bombardierung von Halabja mit Giftgas starben mehr als 4000 Menschen, über 10000 wurden verletzt, und der Rest floh über die Grenze. Vor dem Erlaß begann die Bevölkerung dieser Region, in den Irak zurückzukehren, etwa einen Monat nach der Bombardierung. Mehr als 100.000 Menschen sind vor dem Erlaß der Amnestie zurückgekehrt. Über ihr Schicksal ist nichts bekannt. Was die Zeit nach der Amnestie anbetrifft, so gab ein Sprecher der türkischen Regierung bekannt, daß nicht ein kurdischer Flüchtling seit dem Erlaß der Amnestie in den Irak zurückgekehrt ist. Auch aus dem Iran ist niemand zurückgekehrt.

Die Türkei hat etwa 100.000 Kurden, die vor den Bombardements flühten, ihre Grenzen geöffnet. Wie beurteilen Sie diese Maßnahme der Türkei, die in Nordwest Kurdistan seit Jahren einen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Nationalbewegung führt? Um es konkreter auszudrücken, da diese Haltung vorher kein Ausdruck von Humanität und Achtung der

Menschenrechte ist, was verspricht man sich von dieser Politik?

Wir sind jeder Seite und jedem Staat dankbar, der uns in dieser schwierigen Zeit und bei dem, was das kurdische Volk durchzumachen hat, Hilfe zukommen läßt. Wir haben uns in der Tat im Namen der kurdischen Front bei der türkischen Regierung und dem kurdischen Volk dafür bedankt, daß die türkische Regierung es als Akt der humanitären Hilfe gestattet hat, daß Zehntausende von kurdischen Flüchtlingen, die vor der brutalen Offensive, die das irakische Regime unter Einsatz der chemischen Waffen gegen sie unternommen hat, flohen, in der Türkei Zuflucht suchen konnten. Wir betrachten dies als einen menschlichen und positiven Schritt, für den man sich bedanken kann. Die kurdische Front hat sich bei der türkischen Regierung für diese Maßnahme bedankt. Wir wissen natürlich auch, daß das türkische Regime oder die türkische Regierung die Existenz des kurdischen Volkes in Zentral-Kurdistan grundsätzlich nicht anerkennt. Aber wir beurteilen die Aufnahme der Flüchtlinge und die Öffnung der Grenzen entsprechend der Erklärung des türkischen Ministerpräsidenten als humanitäre Hilfe, mit der viele Menschen vor dem Tod und der Zerstörung gerettet wurden.

Kann man sagen, daß die Türkei in Hinblick auf die Äußerungen des kurdischen Widerstands, die sich in irakisch-Kurdistan befunden haben, profitiert hat?

Vor allem haben wir profitiert von der türkischen Maßnahme der Rettung eines großen Teils der Bevölkerung, der dorthin gegangen ist. Wir bedanken uns bei der türkischen Regierung für diese humanitäre Haltung. Unserer Ansicht nach hat auch die türkische Regierung davon profitiert und zwar in erster Linie in anderer Hinsicht, nicht unbedingt in Verbindung mit der kurdischen Sache.

Jela Talabani hat die USA und Europa besucht. Was war der Sinn des Besuchs?

Unserer Überzeugung gemäß geht es um die kurdische Sache insgesamt und nicht bloß um die Verbreitung unserer Prinzipien als Parteien. Es gibt im Mittleren

Osten um die Verbreitung unserer Prinzipien als Parteien. Es gibt im Mittleren Osten ein Volk von mehr als 25 Millionen Menschen. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts ist die Frage der kurdischen Nation immer noch nicht gelöst. Die Weltöffentlichkeit weiß nichts über die Verfolgung und Unterdrückung, denen das kurdische Volk in den kurdischen Gebieten ausgesetzt ist. In irakisch-Kurdistan ist das kurdische Volk sogar von einem Vernichtungskrieg betroffen, so der Türkei wird die Existenz des kurdischen Volkes gelehrt und so auch im Iran. Das kurdische Volk ist ein großes Volk, das seit Anfang des Jahrhunderts immer noch kein Selbstbestimmungsrecht hat. Die kurdische Sache braucht eine große Öffentlichkeit in Europa und in den USA, der kurdische Befreiungskampf braucht eine große internationale Öffentlichkeit, egal ob sie sich der kapitalistischen Öffentlichkeit in den USA wolle nicht über die kurdische Sache, deswegen war der Besuch von Jela Talabani wichtig, um der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Volk die kurdische Sache zu erklären.

Der Besuch von Jela Talabani in Europa und den USA hat viele gute Ergebnisse gebracht, gerade nach dem chemischen Angriff auf Halabja und den irakischen Angriffen danach. Die kurdische Sache, die ganze Lage, die chemischen Bomben, die Angriffe der irakischen Armee haben eine große Resonanz in den westeuropäischen Medien gehabt und das ist ein Ziel des Besuchs von Jela Talabani in Europa und den USA gewesen.

Die kurdische Nationalbewegung hat in ihrer Geschichte mehrmals ähnliche Aufgaben erfüllt und sah sich mehr als einmal großen Gefahren ausgesetzt. Allerdings konnte sie früher ihr Anliegen der Weltöffentlichkeit nicht in ausreichendem Maße nahebringen. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß die kurdische Nationalbewegung, die sich heute in einer besseren Position befindet als damals, spezialisierte bewaffnete Aktionen durchführen wie die palästinensische Befreiungsbewegung Ende der 60er Anfang der 70er Jahre?

Wir sind gegen Gewalt und Terror. Die kurdische Nationalbewegung ist gegen Terror, egal welcher Art. Wir glauben, falls es eine friedliche Lösung für ganz Kurdistan gibt, werden wir diese wählen.

Zur Zeit führt der Irak einen Vernichtungskrieg, und nach der allgemeinen Lage in ganz Kurdistan gibt es für uns keine friedliche Lösung. Wenn es Länder mit demokratischen Regierungen wären, hätten wir eine politische Lösung gesucht. Aber die Regierungen sind nicht demokratisch, und wir haben keine Möglichkeiten, nach einer friedlichen Lösung zu suchen. Um unser Volk zu verteidigen, mußten wir einen bewaffneten Kampf anfangen.

Aber auf internationaler Ebene, um unsere Sache in den Medien darzustellen und zu erklären, haben wir nie versucht, das mit Terror zu verwickeln, wie zum Beispiel mit Flugzeugentführungen oder Botschaftsbesetzungen. Es gibt zwei Gründe, warum die kurdische Sache auf internationaler Ebene noch nicht bekannt ist. Erstens weil die Regierungen der Länder, in denen Kurdistan liegt, nie die kurdische Stimme über die Grenzen Kurdistan hinauskommen lassen, die Regierungen verbieten es, die kurdische Sache öffentlich zu machen. Zweitens weil als kurdische Bewegung haben wir früher nicht um die internationale Öffentlichkeit bemüht. Wir haben nie gewußt, wie wichtig die internationale Meinung ist. Die Sache innerhalb Kurdistan war uns das wichtigste. Wir haben uns nicht getraut, über unsere Sache in den westlichen Ländern zu diskutieren, weil sie die früheren Kolonialherren waren. Kurz gesagt, wir wußten nicht, wie man Politik betreibt.

Jetzt haben wir die Front, und jede Organisation versucht noch zusätzlich, die Sache zu verbreiten. Eigentlich waren es das Massaker von Halabja, das heutige Hiroshima, und die Tausende von Flüchtlingen, die vor den irakischen Angriffen flohen, was die kurdische Sache in die Weltöffentlichkeit gebracht hat.

In den letzten Jahren ist die kurdische revolutionäre Bewegung im Irak stark geworden, hat mehrere Gebiete befreit, und viele internationale Journalisten waren dort. Die Welt hat sich weiterentwickelt und gesehen, daß ein großes Volk ohne Rechte lebt. Und der ganze Mittlere Osten wird nie zur Ruhe kommen, wenn nicht zwei große Probleme gelöst werden: das palästinensische und das kurdische. Und das kurdische Problem ist ein sehr schwieriges. Die Welt und vor allem die beiden Supermächte sind auf dieses Problem aufmerksam geworden, und gerade jetzt ist in der Welt die Zeit der Diskussionen und Verhandlungen. Die Veränderung der Welt hat einen großen Einfluß darauf, daß die kurdische Sache überall diskutiert wird.

Zwischen Ihnen und der PKK existiert ein Abkommen. Für die PKK ist die türkische Regierung der Hauptgegner. Indessen hat Jela Talabani in der türkischen Zeitung „Milliyet“ erklärt: „Feinde der Türkei“.

„Milliyet“ erklärt: „Feinde der Türkei“.

Wie erklären Sie sich den darin liegenden Widerspruch? Wie stellen Sie sich die Zukunft Ihres Bündnisses mit der PKK vor?

Wir glauben an die Einheit der kurdischen Befreiungsbewegung. Jeder Teil der Bewegung ist ein Teil von uns. Und diese Partei ist ein Bündnispartner von uns, wir haben ähnliche Ziele und Prinzipien. Wir verstehen uns. Das heißt, strategisch gesehen haben alle ein Ziel, Kurdistan zu befreien. Wir betrachten keinen Staat, der Kurdistan besetzt und das kurdische Volk unterdrückt, als unseren Feind. Daß Talabani gesagt haben soll, die Feinde der Türkei seien auch unsere Feinde, ist eine Lüge und reine Propaganda.

Was meinen Sie zu der UNO-Delegation, die die kurdischen Gebiete im Irak und die kurdischen Flüchtlinge in der Türkei auf die Auswirkungen von chemischen Kampfstoffen untersuchen will? Obwohl die Regierungen der Türkei und des Iraks es abgelehnt haben, dies zu untersuchen bzw. die Delegation einreisen zu lassen?

Früher waren wir enttäuscht, daß die UNO sich nie danach erkundigt hat, was das irakische Regime mit den Kurden macht. Sie hat nie die Iraker verurteilt oder irgendwelche Solidaritätserklärungen für das kurdische Volk abgegeben. Und erst nach der Aufforderung von zehn europäischen Staaten und den USA hat sich die UNO entschieden, eine Delegation zu schicken, um nach der Wahrheit zu suchen. Die Ablehnung der türkischen und auch des irakischen Regimes, diese Delegation zu empfangen, ist ein Beweis dafür, daß sie chemische Waffen benutzt haben.

Vor ein paar Stunden hat der irakische Verteidigungsminister auf die Frage, ob im irakisch-iranischen bzw. im irakisch-kurdischen Krieg chemische Waffen benutzt worden sind, wörtlich geantwortet: „Wozu sonst hat man chemische Waffen?“ Und das ist der Beweis, daß die Iraker chemische Waffen benutzt haben.

Für die Iraker ist die Benutzung chemischer Waffen eine Alltagsangelegenheit wie für andere die Benutzung konventioneller Waffen. Und es ist oft passiert, daß sie die chemischen Waffen mehrmals am Tag benutzt haben.

Zusätzlich haben sie alle Dörfer im kurdischen Gebiet verbrannt und bombardiert, dazu noch zweihundertzwanzig Städte. Was die irakische Regierung mit den Kurden macht, ist ein Vernichtungskrieg. Sie haben sogar die Dörfer der pro-irakischen kurdischen Stämme verbrannt.

Die UNO muß darauf bestehen, diese Delegation dorthin zu schicken, und nicht nur nach den chemischen Waffen zu suchen, sondern auch die Verbrennungen und Bombardierungen der kurdischen Städte zu untersuchen.

Damaskus, 15.9.1988

Damaskus, 15.9.1988

Anzeige



Zensur und Internierung in Nordirland

Zwanzig Jahre nach den ersten Bürgerrechtsdemonstrationen erfährt Nordirland den Abbau auch der letzten minimalen demokratischen Rechte. Als die britischen Truppen 1969 intervenierten, taten sie dies vorgeblich, um Frieden nach Nordirland zu bringen und die Demokratisierung des religiös-sektaristischen, antidemokratischen protestantischen Apartheidssystems zu gewährleisten. Zumindest für die katholischen/nationalistischen Unterlassen hat sich die politische und soziale Situation seither weiter verschlechtert.

Im Oktober kündigte die britische Regierung eine Reihe von repressiven Maßnahmen an. Thatcher begründete die Suspendierung weiterer Bürgerrechte mit dem Kriegszustand, in dem sich die Regierung in Nordirland befindet. Sie provozierte damit den Protest der Labour Party nicht aufgrund deren Sorge um die „britische Demokratie“, sondern weil sie damit etwas eingestand, was der in den 70er Jahren kunstvoll entworfenen Propaganda der Normalisierung und Kriminalisierung widerspricht: Es herrscht Krieg in Nordirland.

Zensur

Bereits in Kraft getreten ist das Verbot für die staatlichen wie die unabhängigen Rundfunk- und Fernsehstationen Mitglieder der republikanischen Organisationen — der illegalen IRA wie der legalen Sinn Féin — im Originalton zu präsentieren. Formal ist von diesem Bann auch die paramilitärische Loyalistenorganisation Ulster Defence Association (UDA) betroffen, die dies indessen nicht weiter kritisieren muß. Zum einen unterhält die UDA — im Gegensatz zur republikanischen Bewegung — keine bedeutende und vom Wähler legitimierte politische Partei, und zum anderen werden ihre Positionen auch von einem rechtsradikalen Loyalistenführer wie Ian Paisley repräsentiert, der und dessen Democratic Unionist Party selbstverständlich nicht unter das Verbot fallen.

Die nationale Journalistengewerkschaft (NUJ) veranlaßte den Bann zu der Feststellung, daß britische Journalisten in Nordirland häufig unter ähnlich restriktiven Bedingungen zu arbeiten hätten, wie in Südafrika. Die NUJ-Mitglieder beim BBC votierten für einen 24-stündigen Proteststreik. Desweiteren forderten die Journalisten die BBC-Leitung auf, die Nordirlandberichterstattung — wie dies bei TV-Berichten aus Südafrika der Fall ist — in Zukunft stets mit dem Hinweis zu versehen, daß die Produktion unter Regierungsrestriktionen angefertigt werden mußte.

Zwar beruft sich die britische Regierung bei ihrer Entscheidung auf ein bereits existierendes ähnliches Gesetz in der Republik Irland („Sektion 31“ des Rundfunkgesetzes), doch ist ihre Fassung erheblich restriktiver. Die britische Ausgabe schließt auch die „Unterstützer“ Sinn Féins mit ein, was bei der zu erwartenden weiten Auslegung darauf hinauslaufen wird, daß in Zukunft nur noch Politiker der moderaten Social Democratic and Labour Party im Originalton zu hören sind. Eine sich für die politischen Gefangenen und Bürgerrechte engagierende unabhängige Republikanerin und Sozialistin wie Bernadette Devlin-McAliskey wird, sofern sie nicht über eine völlig belangloses Thema spricht, ebenso unter den Bann fallen, wie Sinn Féin-Präsident Gerry Adams. Zweifelsweise ist der Bann eine Hilfe für die SDLP, was deren mühen Protest erkräftigt.

Der Nordirlandkorrespondent der „Sunday Tribune“, Ed Moloney gelangte nach einer Umfrage bei den unabhängigen und staatlichen Anstalten zu dem Ergebnis, daß die gesamte Berichterstattung über den Konflikt gefährdet sei. Die Tatsache, daß der Bann (betrifft) interpretationsfähig gehalten sei, habe eine präventive Selbstzensur zur Folge. Bei einer weiten Auslegung des Bannes sei es beispielsweise kaum mehr möglich, eine Reportage über die soziale Situation in West Belfast anzufertigen. Als Interviewpartner blieben tatsächlich nur die Kirche und die SDLP da. Sinn Féin die mit Abstand stärkste politische Formation im Westen der Stadt ist und die zahlreichen Selbsthilfeprojekte und Bürgerinitiativen zwangsläufig Kontakte irgendwelcher Art zu unterhalten.

Ein wesentliches Motiv für die Entscheidung, die republikanische Meinung einer drastischen Zensur zu unterwerfen, dürfte sein, daß die britische Regierung in den letzten Jahren im Propagandakrieg mit der IRA erheblich am Boden verlor. Die Berichterstattung der britischen Medien läßt sich grob in drei Phasen einteilen: Zu Beginn des Konfliktes überwo-



Das Internierungslager Long Kesh (s. Foto) und das Frauenlager Armagh wurden zu Symbolen der von 1971-1975 betriebenen Internierungspolitik der britischen Imperialisten.

das Interesse einen bislang völlig vernachlässigten Konfliktschauplatz grundlegend zu erschließen. Erst heute wird istien, daß die Medien seinerzeit bei der Entwicklung des Konfliktes eine bedeutende Rolle spielten. Ein in Sachen Nordirland gänzlich unbelebter britische und internationale Öffentlichkeit mußte am heimischen Bildschirm erleben, wie im „Mutterland westlicher Demokratie“ protestantische Polizisten auf in ihrer Mehrheit katholische Bürgerrechtler eindroschen, die zunächst nicht mehr und nicht weniger verlangten, als ihre Gleichstellung mit den anderen Bürgern des Vereinigten Königreiches. Die Sympathien lagen überwiegend auf der Seite der unterdrückten katholischen/nationalistischen Minderheit. Man schämte sich gar dafür, die nordirischen Zustände so lange geduldet zu haben. Für die britische und internationale Öffentlichkeit war völlig selbstverständlich, daß die britische Regierung dem antidemokratischen Anarchismus in Nordirland ein Ende bereiten würde, um die Provinz den üblichen bürgerlich-demokratischen Standards in Westeuropa anzupassen. Da die britische Regierung hierzu jedoch weder bereit noch in der Lage war, versuchte sie — und dies recht erfolgreich — über die Medien die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit zu verändern. Der Zeitpunkt für eine „komplizierte Operation“ kam mit dem „Sunningdale-Abkommen“ von 1973/74, das u.a. eine automatische Beteiligung der katholischen/nationalistischen Minderheit an der Machtausübung in Nordirland vorsah. Die offizielle Geschichtsschreibung behauptet, das Abkommen sei dann am Widerstand der Loyalisten gescheitert, deren Generalstreik die aus moderaten Nationalisten und Unionisten zusammen gesetzte Exekutive zu Fall brachte. Tatsächlich ist dies weniger als die halbe Wahrheit. Die britische Regierung unterhielt damals die „manpower“ und „firepower“, um den Streik der Loyalisten zu brechen. Doch stattdessen sah sie tatenlos zu, wie die Loyalisten das öffentliche Leben Nordirlands zum Erliegen brachten.

Heute weiß man, daß die Armeeführung und die damals in der Opposition stehenden Tories gegen das „Sunningdale-Abkommen“ waren, da es ihre treuesten Verbündeten in Nordirland zu verprellen drohte. So blieb die Mythologie, daß London guten Willen gezeigt habe, in dessen die beiden rückständigen Traditionen in Nordirland zu einer Übereinkunft nicht fähig seien, weshalb eine Alternative zur britischen Direktherrschaft nicht existierte. Die Medien behandelten den Konflikt fortan als „unlösbar“ und die britische Regierung als „neutrale Instanz“, die man eigentlich um ihren Job in Nordirland bedauern müsse.

Dies änderte sich erneut mit dem Hungerstreik der republikanischen Gefangenen (1981), der die massenhafte Unterstützung, die die IRA genießt, evident werden ließ. Wurde die Jahre zuvor das Symptom Gewalt als Ursache für den Konflikt und seine angebliche Unlösbarkeit behandelt, so wandelte sich das Interesse nun erneut der Frage nach den eigentlichen Wurzeln des Konfliktes und den Gründen für die Popularität der IRA. Dies konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Einschätzung der britischen Nordirlandpolitik bleiben; Journalisten gelangten zu dem Ergebnis, daß sich die britische Regierung alles andere als neutral verhalte, das Nordirland auch unter britischer Direktherrschaft ein sektaristisches und repressives System geblieben sei, daß die Beschwerden der katholischen/nationalistischen Minderheit ihre Berechtigung hätten, daß es nicht verwunderlich sei, wenn Katholiken/Nationalisten die IRA

als „peoples army“ betrachteten etc.

Das Verhalten der Thatcher-Administration während des Hungerstreiks wird nicht zuletzt deshalb gemeinhin als „Eigentor“ gewertet, weil sie damit ein neues Interesse an einem Konflikt provozierte, den das britische Establishment zuvor geschickt und erfolgreich aus den Medien verbannt hatte oder dort nur in äußerst verzerrter Form auftrat.

Von dem südlichen Pendant unterscheidet sich der britische Anti Sinn Féin-Bann desweiteren durch seine politischen Konsequenzen. Während Sinn Féin im Süden vergleichsweise unbedeutend ist, repräsentiert die Partei im Norden die Sichtweise von ca. 40% der katholischen/nationalistischen Minderheit (und der Mehrheit der katholischen/nationalistischen Unterlassen) und über 10% der Gesamt wahlerschaft. Mit dem Bann wird die Auffassung eines wichtigen und für viele Journalisten des interessantesten Faktors in der politischen Landschaft Nordirlands bzw. von über 100.000 Wählern zentralisiert. Da Sinn Féin ein allgegenwärtiger Bestandteil des politischen Lebens in Nordirland ist, bedeutet der Bann einen viel weitgehenden Einschnitt in die Berichterstattung von Fernsehen und Rundfunk, als „Sektion 31“ im Süden. Eine adäquate Berichterstattung über die politischen, sozialen und kulturellen Probleme der Provinz ist überhaupt nicht möglich, ohne auch die Auffassung Sinn Féins zu Wort kommen zu lassen. Wenn sich künftig Politiker und Journalisten über das Dauerthema West Belfast streiten, dann bleibt die Auffassung der dortigen Bevölkerung und ihres gewählten politischen Repräsentanten vor der Studiokamera.

Internierung durch die Hintertür

Internierung durch die Hintertür

Bereits seit Monaten wird — aufgrund der Erfolglosigkeit der militärischen Offensive der „Sicherheitskräfte“ — dem spekuliert, ob die britische Regierung die Internierung d.h. die Inhaftierung von Verdächtigen ohne Gerichtsverhandlung und -urteil und auf unbestimmte Zeit wieder einführt. Nun hat die Regierung eine Reform des juristischen Systems angekündigt, die im Endeffekt auf die Wiedereinführung der Internierung hinauslaufen wird. Künftig soll das Wort eines höheren Offiziers, der Royal Ulster Constabulary (RUC), der zu über 90% protestantischen und paramilitärischen Polizisten, genügen, um einen Katholiken/Nationalisten für Jahre wegen IRA-Mitgliedschaft einzusperrern. Theoretisch wird die Reform ermöglichen, die gesamte Sinn Féin-Führung aus dem Verkehr zu ziehen, da sich lediglich ein höherer RUC-Offizier finden muß, der davon überzeugt ist, daß Gerry Adams und Co. gleichzeitige Mitglieder der republikanischen Guerilla sind. Der massenhafte Verhaftung von Republikanern, vorbei am rechtsstaatlichen Prinzip wird somit Tür und Tor geöffnet. Nach jeder IRA-Aktion wird die RUC tatsächlich wie angebliche lokale IRA-Aktivisten einsperren können, ohne den Nachweis erbringen zu müssen, daß diese etwas mit deren Ausführung zu tun hatten. Über jedem aktiven Republikaner soll fortan das Dankeschwörtchen schweben aufgrund des Wortes der RUC für Jahre ins Gefängnis zu wandern. Dieses Verfahren ist dabei völlig deckungsgleich mit dem der Internierungstrinbunale der Jahre 1971-75.

Welche Maßnahmen deren Realisierung unmittelbar bevorsteht sind die Abschaffung des Rechts auf Aussageverweigerung und der sogenannte genetische Fingerabdruck. Das Recht auf Aussageverweigerung ist ein traditioneller Eck-

stein des britischen Rechtssystems. Seine Abschaffung bedeutet, daß ein Gericht die Aussageverweigerung eines Angeklagten zukünftig als Schuldgeständnis werten darf. Der genetische Fingerabdruck wurde bislang nur auf freiwilliger Basis, d.h. bei Einwilligung des Verdächtigen vorgenommen. Nun soll die RUC die Kompetenz erhalten, Speichelproben auch gegen den Willen des Verdächtigen aus dessen Mundraum zu entnehmen.

Die Wiedereinführung der Internierung durch die Hintertür, die Abschaffung des Rechts auf Aussageverweigerung, die Abnahme des genetischen Fingerabdrucks unter Zwang, die unverminderte Fortsetzung der „shoot to kill“-Politik (= gezielte Exekution von IRA-Aktivisten) dokumentieren, daß die britische Regierung es längst aufgegeben hat, die katholische/nationalistische Minderheit mit nordirischen Rechtssystem und den nordirischen „Sicherheitskräften“ zu versöhnen. Nach der Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens behaupteten Dublin und die SDLP nun stünde eine Reform des Rechtssystems und der „Sicherheitskräfte“ in Aussicht, die den Alptraum der Nationalisten beenden würde. U.a. war von der Abschaffung der berüchtigten „diplock courts“ (die mit nur einem Richter und ohne Geschworenen tagen), von einer stärkeren Kontrolle der RUC und von der Abschaffung des verhassten Ulster Defence Regiments (UDR), einer nordirischen Einheit der britischen Armee, die eng mit den loyalistischen Paramilitärs verquickelt ist, die Rede. Doch die „diplock courts“ sind unverändert in Kraft und die RUC erfährt eine erhebliche Erweiterung ihrer Kompetenzen (s.o.).

Die Tatsache, daß London mit den aufgeführten neuen Repressionsmaßnahmen allen wesentlichen Forderungen der

Die Tatsache, daß London mit den aufgeführten neuen Repressionsmaßnahmen allen wesentlichen Forderungen der RUC-Führung stattgegeben und damit eine Polizeitruppe, die sich ausschließlich aus dem protestantischen Teil der nordirischen Bevölkerung rekrutiert mit enormer Macht ausgestattet hat, muß Nordirlands Katholiken erschrecken. Und das UDR patrouilliert weiterhin durch katholische/nationalistische Wohnbezirke und mit den Sentinel-Rangern schickt die britische Regierung eine weitere Loyalistenstruppe nach Nordirland.

Ein Schwur wider die Gewalt

Rechtzeitig zu den Kommunalwahlen, die im kommenden Frühjahr stattfinden soll zudem noch ein sogenannter Anti-Gewaltsschwur eingeführt werden, der die Kandidaten darauf verpflichtet, paramilitärischen Organisationen und der Gewalt als Mittel der Politik eine Absage zu erteilen. Bei dem Gesetz wird es sich um eine pure „Lex Sinn Féin“ handeln, da das Verhältnis der loyalistischen Politiker zur UDA und UVF für die britische Regierung kein Stein des Anstoßes ist. Die Sinn Féin-Führung quittierte die Ankündigung des Schwurs mit der satirischen Bemerkung, daß dieser wohl deshalb auf nordirische Kommunalwahlen beschränkt bleiben solle, weil das britische Unterhaus ansonsten zu einem leeren Saal würde. Denn spätestens seit dem Falklandkrieg könne keine der im Unterhaus vertretenen Parteien noch von sich behaupten, sie set gegen die Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik.

Der Anti-Gewaltsschwur wie die Unterdrückung der republikanischen Meinung (s.o.) sind die vorerst letzten Glieder einer Kette von Versuchen, den demokratischen Wählerbildungsprozeß in Nordirland zu hintertreiben. Begonnen hatte die Auseinandersetzung um diesen mit der Wahl des IRA-Hungerstreikers Bobby

Sands in das britische Unterhaus (1981), die die Behauptung Thatchers ad absurdum führte, die IRA würde lediglich von einem Prozent der Bevölkerung unterstützt und erzwingen ihre Unterstützung durch Terror. Doch in der privaten und geheimen Atmosphäre der Wahlkabinen von Fermanagh/South Tyrone entschied sich weitaus mehr Bürger für den inhaftierten IRA-Mann, als im Londoner Wahlkreis Finchley für die „iron lady“. Doch die Thatcher-Administration war nicht dazu bereit, die demokratische Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren. Sie ließ den IRA-Mann sterben und veränderte die Wahlgesetzgebung dergestalt, daß es seither verbotenen „Strafverurteilung“ nicht mehr möglich ist, zu kandidieren. Nach den Wahlen zum britischen Unterhaus von 1983, bei denen Sinn Féin über 40% der katholischen/nationalistischen Stimmen gewann und mit Gerry Adams einen Abgeordneten fürs britische Unterhaus stellte, und vor den nordirischen Kommunalwahlen von 1985 erschwerte die Regierung den Zugang zur Wahlurne.

Seitdem kann nur wählen, wer ein Identifikationspapier (Ausweis, Führerschein) beibringen kann und sich als Wähler hat registrieren lassen. Es war von vornherein klar, daß die neue Regelung primär die Unterschichten und somit potentiell Sinn Féin-Wähler treffen würde. Selbst einige loyalistische Politiker, die ihre Basis in protestantischen Arbeitervierteln hatten, erhoben gegen diese Beschränkung des Wahlrechts ihre Stimme. Allein in West Belfast blieben bei den letzten Unterhauswahlen mehrere tausend potentielle Sinn Féin-Wähler vom Urnengang ausgeschlossen. Trotzdem wurden die 85er Kommunalwahlen zu einem großen Erfolg für Sinn Féin und 1987 gelang Gerry Adams erneut der Einzug in das britische Unterhaus.

Die britische Regierung tut sich schwer mit der Tatsache, daß 100.000 nordirische Katholiken mit Penetration Sinn Féin wählen. Ganz gleich, ob die Situation besonders emotionalisiert ist (wie während des Hungerstreiks) oder nicht, ob die SDLP mit britischen Konzessionen und wässren Versprechungen aufwarten kann etc. Die Klugheit und Weitsichtigkeit etwa der West Belfast Wähler, die bei den letzten Unterhauswahlen von allen Seiten — der SDLP, der katholischen Kirche, der Dubliner Regierung, der britischen Regierung — beklopft wurden, alles würde besser, wenn sie nur dem moderaten Gegenkandidaten Gerry Adams ihre Präferenz erteilen würden, und die dennoch — und mit noch mehr Stimmen als 1983 (trotz der Beschränkung des Wahlrechts) — dem Sinn Féin-Führer ihr Vertrauen aussprachen, wird einem manchmal schon geradezu unheimlich. Aus diesem Stoff sind die Momente, die einen wieder an die Kraft und Besonderheit der Unterlassen glauben lassen.

Der britischen Regierung sind in der Auseinandersetzung mit dem radikalen Republikanismus längst die Argumente ausgegangen. Da dem so ist, bleibt ihr nichts anderes übrig, als die der Gegenseite zu zensieren. Und da 100.000 Katholiken/Nationalisten partout nicht bezubringen ist, daß Sinn Féin eine ganz schlechte Sache ist und außerhalb dessen fällt, was die britische Regierung an demokratischen Entscheidungen bereit ist zu akzeptieren, muß man die Partei notfalls verbieten. Der Anti-Gewaltsschwur, der die Kandidatur von Sinn Féin zu einem Spießrutenlauf machen soll, ist die letzte Option unterhalb ihres offiziellen und umfassenden Verbots.

VR China:

Verschärfte Disproportionen in der Wirtschaft

Von Wu Minglu*

Die erste Hälfte des Jahres ist vergangen. Obwohl die Statistik zeigt, daß in verschiedenen Wirtschaftsbereichen neue Errungenschaften erzielt wurden, gibt es, wenn wir die Dinge objektiv analysieren, noch viele Probleme im gesamten Wirtschaftsleben, mit denen wir uns ernsthaft befassen müssen. Wenn wir diese Probleme untersuchen und versuchen, Lösungen für sie zu finden, so wird das für die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden sechs Monaten wie auch in den nächsten Jahren von Nutzen sein.

Industrie:
Zunehmende Widersprüche

Der Wert der gesamten Industrieproduktion des Landes ist in der ersten Hälfte dieses Jahres um 17,2% gestiegen, das ist nach 1985 der zweitgrößte Zuwachs im Verlauf der letzten Jahre. Diese hohe Zuwachsrates hat — ganz gleich, ob es ein echter Zuwachs ist oder nicht — Probleme geschaffen, sie hat die bereits bestehenden Widersprüche verschärft und das Ungleichgewicht verstärkt.

1. Das Ungleichgewicht im Produktionsbereich: die hohe Wachstumsrate führte zu einem noch größeren Mangel an Rohstoffen, Energie und Transportmitteln. Die Produktion von Erzeugnissen, zu denen Rohstoffe verbraucht werden, wie beispielsweise Farbfernseher, Haushaltsgeräteeinheiten, Autos und Verbrennungsmotoren, ist um mehr als 30% gestiegen.



Foto: H. Wajahn



Foto: H. Wajahn

frigergeräte, Autos und Verbrennungsmotoren, ist um mehr als 30% gestiegen. Die Wachstumsrate von wichtigen Materialien, wie zum Beispiel Rohisen, Stahl und zellulosehaltigen Erzeugnissen, enthielt nicht seltener als 10%. Im Energiesektor belief sich die Produktion von Rohkohle und Rohöl auf weniger als die Hälfte der im Jahresplan vorgesehenen Menge. Die Wachstumsrate von Benzin, Dieselöl und Erdgas betrug weniger als 3,5%, das bedeutet, daß sie weiter unter der des Produktionsgesamtwerthes lag. Im Transportwesen machte die Wachstumsrate des Frachttransportes und — umschlags etwa ein Drittel des Produktionsgesamtwerthes aus.

2. Ungleichgewicht bei der Entwicklung der verschiedenen Gebiete. In der ersten Jahreshälfte stieg der Wert der gesamten Industrieproduktion in den Provinzen Jiangsu, Shandong, Liaoning und Guangdong um 24 bis 31%, und lag damit weit über der Wachstumsrate des Landes. In Guangxi und Inneren Mongolei, der Inneren Mongolei, Heilongjiang und Tianjin aber lag die Wachstumsrate bei nur neun bis 12%, also weit unter der nationalen Wachstumsrate. In Shanghai und Hainan war die Wachstumsrate mit 4,9 bzw. 0,1% besonders niedrig.

3. Ungleichgewicht zwischen Industrie- und Agrarproduktion. Hohe Wachstumsraten in der Industrie stehen einem trüben Anstieg der Agrarproduktion gegenüber, wodurch die Kluft zwischen den beiden noch vergrößert und der Druck auf die Agrarproduktion verstärkt und eine koordinierte und stabile Entwicklung der Volkswirtschaft behindert wird.

4. Ungleichgewicht zwischen Geschwindigkeit und wirtschaftlichen Erträgen. In der Industrieproduktion gibt es viel Verschwendung und einen außerordentlich großen Energie- und Materialverbrauch. Die Zahl der schweren Industrieunfälle ist gestiegen. Die Arbeitsproduktivität in Industriebetrieben ist um insgesamt 8,8% gestiegen, das ist weit weniger als die Wachstumsrate der gesamten Industrieproduktion. Während die erzielten Vorsteuergewinne der Betriebe um 12,3% stiegen, wuchsen die einbehaltenen Gewinne um 15,5%. Seit Einführung des Vertragsystems sind Unternehmen nur für Folgeprojekte verantwortlich, und als Folge davon sind kurzfristige wirtschaftliche Geschäftsbewertungen schwieriger geworden. Zwischen Januar und April sind von 92 Qualitätskennziffern in Schlüsselindustriebetrieben 42 — das sind 45,7% — im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen. Aus Materialverbrauchslisten geht hervor, daß bei 50 von 104 Produktkategorien — das sind 48% — der Materialverbrauch im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen ist.

Ein hoher Verbrauch an Produktionsmaterial und steigende Kosten haben den

Betrieben zunehmend Verluste gebracht. Allein in den ersten fünf Monaten erlitten 19% der im Haushalt aufgeführten Industriebetriebe Verluste, deren Gesamthöhe mit denen des ganzen Jahres 1985 vergleichbar war und die einen Anstieg von 20% im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres darstellen.

Finanzen:
Weiterhin hohe Defizite

In der ersten Jahreshälfte gelang es, die staatliche Finanzplanung besser unter Kontrolle zu bringen, und bei den Staatseinnahmen war ein rasches Wachstum zu verzeichnen. Die Ausgaben des Staates nahmen aber schneller zu als die Einnahmen — auf lokaler Ebene zum Teil sehr viel schneller —, und dies war einer der wichtigsten Faktoren, die ein Ungleichgewicht zwischen der Gesamtnachfrage und dem Angebot in der Gesellschaft verursachten. In der ersten Jahreshälfte stiegen die Finanzausgaben des Staates um 10,9%. Demgegenüber betrug die Zuwachsrate bei den Einnahmen nur 0,7%. Die Finanzausgaben der Kommunen erhöht sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres durchschnittlich um 18,3%. In verschiedenen Orten betrug diese Zuwachsrate nicht weniger als 30% und übertraf damit bei weitem den Zuwachs an Einnahmen des Staates.

Insbesondere spielten die Ausgaben für die Verwaltung im Rahmen des diesjährigen Programms zur Kürzung der Ausgaben eine Schlüsselrolle. Tatsächlich aber wurden diese Ausgaben nicht eingeschränkt, sondern sie nahmen im Ver-

gleich zum selben Zeitraum des Vorjahres sogar um 16,1% zu. Die Ausgaben der Bankverwaltungen und Unternehmensleistungen erhöht sich um 46,5%, die Ausgaben für die Verwaltung und die zunehmende Kaufkraft der gesellschaftlichen Gruppen bilden die materielle Grundlage, die Verschwendung, überreichliche Ausgaben und Korruption ermöglicht hat. Das ehrliche Image der Regierung wird auf diese Weise Schaden nehmen.

Wenn wir über die Lehren des Jahres 1985 nachdenken, werden wir zu einem besseren Verhältnis der gegenwärtigen Finanzlage gelangen. Zu jener Zeit fielen die Finanzereinnahmen des Staates relativ gut aus, und die Regierung war in ihrer Einschätzung der Situation allzu optimistisch. Einige zusätzliche Ausgaben wurden eingeplant und der Gesamtetat für die Ausgaben entsprechend erweitert. Das ging soweit, daß die ganze Sache außer Kontrolle geriet und für die Finanzpolitik in den folgenden Jahren wenig Spielraum übrig blieb — 1986 und 1987 näherte sich das Defizit jeweils zehn Milliarden Yuan. In diesem Jahr wird das Defizit Schätzungen zufolge etwa acht Milliarden Yuan ausmachen.

Beispiellose Zunahme
der Kredite

Im Bankwesen ist die Situation noch ernstlicher. Die offenkundige Zunahme bei den Krediten und Barkauslagen ergibt eine große Lücke, die zu einem Ungleichgewicht zwischen der Gesamtnachfrage und dem Angebot der Gesellschaft geführt hat. Bei den Bankkrediten war ein relativ hoher Zuwachs zu verzeichnen. Verschiedene

Kreditposten erhöht sich zu Beginn dieses Jahres um 55,7 Milliarden Yuan und nahmen damit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 43,6 Milliarden Yuan zu. Im Rahmen dieses Zuwachses nahmen die Kredite aus Umlaufkapital mit 33,2 Milliarden Yuan stärker zu. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres waren diese Kredite um sechs Milliarden Yuan zurückgegangen. Eine so starke Zunahme des Umfangs der Kredite ist beispiellos. In der ersten Jahreshälfte wollte der Staat Kredite in Höhe von 20 bis 25 Milliarden Yuan wieder eintreiben, was ihm aber nur bei 7,68 Milliarden Yuan gelang. Das Ziel wurde also nicht erreicht. Ende Juni war die Differenz zwischen den Bankkrediten und Krediten auf 227,3 Milliarden Yuan gestiegen. Das bedeutet im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres eine Zunahme um 45,8 Milliarden Yuan.

Der Geldabfluß der Banken nahm schneller zu als der Kapitalzufluß, und infolgedessen wird das Geld früher als geplant freigesetzt und gelangt auf den Markt. In der ersten Hälfte des Jahres erhöhte sich der Barabfluß der Banken um 45,9%. Bei Kapitalzufluß war demgegenüber nur ein Plus von 40,7% zu verzeichnen. Rechnet man das gegeneinander auf, so war in der ersten Jahreshälfte ein Nettogeldausstoß von 8,8 Milliarden Yuan zu verzeichnen, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres 8,3 Milliarden Yuan aus dem Markt gezogen wurden. Ende Juni hatte die Wachstumsrate des sich im Umlauf befindenden Geldes 35,9% erreicht. So viel Geld im Umlauf — und so wenig — zeigt, daß es sehr abnorme Faktoren in unserer Wirtschaft gibt.

Einkommensteigerungen
höher als
Produktionswachstum

Das exzessive Wachstum bei dem Abfluß von Mitteln in den Konsum ist die Hauptursache für den Anstieg der im Umlauf befindlichen Geldmenge. In der ersten Jahreshälfte erreichte der Bargeldabfluß für Arbeitslöhne aus Banken und dem Eigenkapital von Privatpersonen eine Summe von 142,5 Milliarden Yuan — dies entspricht einem Anstieg von 23,7%. Die ebenfalls in dieser Summe enthaltenden Gratifikationen für Arbeiter stiegen um nahezu 50% und damit wesentlich höher als die wirtschaftliche Wachstumsrate. Insgesamt stiegen die Löhne der Arbeiter des Landes um 17,2% und haben somit erheblich stärker zugenommen als die Produktionswachstumsrate. Der Anstieg der Privateinkommen übersteigt bei weitem Produktivitätswachstum und Wirtschaftswachstum — dieses Problem besteht in unserem Land seit vielen Jahren und ist die Hauptursache des Ungleichgewichts zwischen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot in der Gesellschaft.

Keine Planerfüllung
bei Getreideerzeugung

In der ersten Hälfte des Jahres stiegen die Preise von in der landwirtschaftlichen Erzeugung verwendeten Materialien um 13,3%, wobei bei chemischen Düngemitteln ein Preisanstieg von 19,3, bei Pestiziden und landwirtschaftlichen Maschinen für die chemische Düngung von 21,2 und bei der Landwirtschaft verwendeten Kunststoffabdeckungen von 57,6% zu verzeichnen war. Der Preisanstieg war so stark, daß der Kauf dieser Artikel schwierig wurde. Dies hat wiederum schwerwiegende Auswirkungen auf die Getreideproduktion. Darüber hinaus haben sich einige Naturkatastrophen ereignet. All dies führte dazu, daß die Sommergetreideproduktion die gesetzten Quoten nicht erreichte. Die diesjährige Getreideproduktion befindet sich auf dem Stand des Vorjahres.

Die mangelnde Koordination zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion hat in der Wirtschaft der landlichen Gebiete immer besorgniserregendere Ausmaße angenommen. Im vergangenen Jahr war der Produktionswert in der nicht landwirtschaftlichen Erzeugung im Verhältnis höher als der landwirtschaftliche Produktionswert. Obwohl die Sommergetreideproduktion in der ersten Hälfte dieses Jahres nicht so gut ausfiel wie erwartet, war der gesteigerte Anteil an der Produktion dennoch unerwartet hoch. Der Gesamtwert der industriellen Produktion von in Städten anässigen Industrien schnellte um 32,8% und der Produktionswert von in Dörfern und kleineren Einheiten anässigen Industrien um mehr als 30% in die Höhe.

Anbaufläche für
Herbstgetreide verringert

Da der beim Getreideanbau erwirtschaftete Gewinn vergleichsweise gering ist, sind die Bauern davon nicht begeistert. In diesem Jahr wurden die für den gewerblichen Anbau von Feldfrüchten vorgesehenen Flächen beträchtlich erweitert, bei Baumwolle um mehr als 7,3 Millionen Mu, bei Zucker um drei Millionen Mu und bei geheiztem Tabak, der im Frühjahr ausgesät wird, um fünf Millionen Mu. Die Anbauflächen für Herbstgetreide wurden dagegen um zehn Millionen Mu verringert.

Hinzu kommt, daß die Gebiete im Süden des Landes eine Jahreszeit lang unter schlechter Witterung zu leiden hatten, die sich nachteilig auf die Frühjahrsaussaat von Reis auswirkte. Als Folge davon wird die Reisproduktion möglicherweise sinken. Um bei der Getreideerzeugung das Jahresoll von 410 Millionen Tonnen zu erreichen, wird die Herbstgetreideproduktion folglich um 7,5 Millionen Tonnen gesteigert werden müssen. Allerdings sind die Flächen, auf denen Herbstgetreide ausgesät wird — insbesondere die Anbauflächen für hohe Erträge bringende Feldfrüchte wie Mais und Kartoffeln — stark zurückgegangen, weil die Bauern in Anbetracht der steigenden Preise von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln auch nicht für die Herbstgetreideerzeugung begeistert sind. Da es schwierig ist, Wetter vorzusagen, ist es auch schwierig, wenn nicht unmöglich, beim Herbstgetreide

Fortsetzung nächste Seite

Wu Minglu arbeitet am Chinesischen Forschungszentrum zur Förderung und Entwicklung von Wissenschaft und Technik in Peking. Der Text stammt vom 11.9.88 und ist eine Übersetzung, die wir dem „Monitor-Dienst“ vom 25.10.88 entnommen haben.

Fortsetzung von vorheriger Seite

eine Produktionssteigerung zu erzielen. Infolgedessen wird der Jahresplan für die Getreideproduktion möglicherweise scheitern. Sollte dies eintreffen, so wird das Resultat davon sein, daß die Getreideproduktion in vier aufeinanderfolgenden Jahren, von 1985 bis 1988, das geplante Ziel nicht erreicht hat. Andererseits ist die Bevölkerung des Landes in den letzten vier Jahren um mehr als 60 Millionen Einwohner angewachsen. Die Pro-Kopf-Nahrungsmenge in unserem Land lag lange Zeit unter dem weltweiten Durchschnitt. Unter den gegenwärtig gegebenen Umständen wird sich die Diskrepanz zwischen Nahrungsangebot und Nahrungsbedarf noch vertiefen.

Große Kluft zwischen Angebot und Nachfrage

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres lag die Wachstumsrate der insgesamt getätigten Neuwareneinkäufe um 2,2% unter der des Gesamtvolumens der Einzelhandelsverkäufe. Dadurch, daß der Zuwachs des Gesamtvolumens der Warenkäufe hinter dem der Einzelhandelsverkäufe zurückbleibt, hat sich die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Markt verschärft. Dies ist ein wichtiger Grund für die Preissteigerungen. Trotz strenger Kontrollen seitens der Regierung ist die Kaufkraft sozialer Gruppen in der ersten Jahreshälfte dennoch um 19% gestiegen. Das Ziel einer jährlichen Verringerung der gesellschaftlichen Kaufkraft um 20% kann wohl kaum erreicht werden.

Die Lagerbestände wichtiger Verbrauchsgüter erschöpfen sich. Bis Ende Juni waren die Lagerbestände bei 20 von insgesamt 29 wichtigen Verbrauchsgütern in unterschiedlichem Maße zurückgegangen — nicht betroffen sind Getreide, Schweinefleisch, Fischereierzeugnisse, Zigaretten, Wein, Stickerarbeiten, Autos, Farbfernseher und Kühlschränke, deren Bestände im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen sind. Zu den Waren, deren Bestände sich verringert haben, gehören Zucker mit einem Rückgang von 42,3%, Seife mit 34,5%, Waschpulver mit 33,8% und Salz mit 20,2%. All diese Waren, deren Bestände zurückgehen, werden entweder auf Warenüberschuss oder zu unterschiedlich stark erhöhten Preisen ausgegeben.

Die Preissteigerungen seit Jahresbeginn

Seit Beginn dieses Jahres sind die Einzelhandelswarenpreise in die Höhe geschossen und haben den Lebensstandard der Menschen stark beeinträchtigt. Dies gab Anlaß zu Kontroversen. Von Januar bis Juni stiegen die Gesamt-einzelhandelspreise im Vergleich zum selben Zeitraum des vergangenen Jahres um 13%. Dies ist der höchste Anstieg in den letzten zehn Jahren. In den großen und mittleren Städten war das Ausmaß der Preissteigerungen sogar noch größer. Der Preisindex der Lebenshaltungskosten der Arbeiterhaushalte in 32 großen und mittleren Städten ging durchschnittlich um 14,4% in die Höhe, der Einzelhandelspreis für Verbrauchsgüter war daran mit 15,2% beteiligt.

der höchste Anstieg in den letzten zehn Jahren. In den großen und mittleren Städten war das Ausmaß der Preissteigerungen sogar noch größer. Der Preisindex der Lebenshaltungskosten der Arbeiterhaushalte in 32 großen und mittleren Städten ging durchschnittlich um 14,4% in die Höhe, der Einzelhandelspreis für Verbrauchsgüter war daran mit 15,2% beteiligt.

Neu an dieser Welle der Preissteigerungen ist, daß ein großes Sortiment von Erzeugnissen davon getroffen ist. Trotz der ausdrücklichen Anordnung der Regierung, daß die Bevölkerung dem Beispiel der Preisanhebungen nicht folgen solle, sind bei 90% der Waren die Preise in unterschiedlichem Maße gestiegen. Nicht nur die Nahrungsmittelpreise blieben unverändert hoch, auch andere Warenpreise — vor allem industrielle Erzeugnisse des täglichen Bedarfs — waren allgemein um Steigen begriffen. Dies sind die wichtigsten Faktoren, die das Gesamtniveau in die Höhe getrieben haben. In den ersten sechs Monaten des Jahres stiegen die Nahrungsmittelpreise um 16,9% und erhöhten damit das Gesamtniveau der Einzelhandelspreise um 7,6%. Die Preise von Verbrauchsfertigwaren wie Kleidung nahmen durchschnittlich um 10% zu, was zu einem vierprozentigen Anstieg des Gesamtniveaus der Einzelhandelspreise führte.

Unzufriedenheit der Menschen wird zunehmen

Die ständigen Preissteigerungen haben die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande ansteigen lassen. Schätzungen zufolge sind die Ausgaben der städtischen und der ländlichen Bevölkerung durch die Preissteigerungen in der ersten Jahreshälfte um 31 Milliarden bzw. um 13,7 Milliarden Yuan gestiegen, wenn man noch die gestiegenen Dienstleistungskosten hinzurechnet, von denen 13,7% auf die städtische Bevölkerung entfallen. Pro Kopf



wurden monatlich zehn Yuan mehr gezahlt. Da der Preisanstieg höher ist als erwartet, können die derzeit erzielenden Preissubventionen die Verluste, die die Arbeiterhaushalte durch die Preiserhöhungen erlitten haben, nicht vollständig ausgleichen. Mit der Zeit wird die Gesamtpreisssteigerungsrate sich immer weiter erhöhen, die Ausgaben der Bevölkerung werden weiter wachsen, die gegenwärtig geleisteten Subventionen werden sich dagegen verringern, und die Unzufriedenheit der Menschen wird immer mehr zunehmen.

Ständige und teile Preissteigerungen und die daraus resultierende Anzahl von Mißständen weisen darauf hin, daß es bei den derzeitigen Preisreformen ernsthafte Probleme gibt. Sie stellen sich insbesondere darin:

1. schlechten Aussichten für die Ziele der Preisreform. Die Bevölkerung klagt allgemein darüber, daß die Ziele der Preisreform nicht klar sind. Die Menschen sind besorgt und nervös angesichts der scheinbar endlosen Preiserhöhungen.
2. der willkürlichen Natur der Preisschwankungen. Betriebe und Einzelpersonen können die Preise nach Belieben erhöhen und durch die Erhöhung riesige Profite einstreichen. Es mangelt an notwendiger Kontrolle und Lenkung.
3. dem Fehlen eines integrierten Gleichgewichts bei den Warenpreisreformen. Heute wird der Preis einer bestimmten Ware erhöht, und morgen wird bei einer anderen eine Preisänderung vorgenommen — es fehlen Koordination und langfristige Planung.
4. Die Wettbewerbslage auf dem Markt ist ungesund. Es gibt kein erforderliches System der administrativen und regulativen Handhabung. Zu viele administrative Überschneidungen bestehen in dem Prozeß, und daher werden die Rechnungen auf jeder Ebene übertrieben. Dies gilt vor allem für das „doppelgleisige System“ der Preispolitik, in dem viele Mißstände zu finden sind — es gibt zahlreiche schwere Fälle von Monopolbildungen, Machtmißbrauch und „Jolly-ler“ Spekulation, die zu unnötigen Verknappungen und Verwirrung geführt und den Markt durch unfairen Wettbewerb entmutigt haben.

auf jeder Ebene übertrieben. Dies gilt vor allem für das „doppelgleisige System“ der Preispolitik, in dem viele Mißstände zu finden sind — es gibt zahlreiche schwere Fälle von Monopolbildungen, Machtmißbrauch und „Jolly-ler“ Spekulation, die zu unnötigen Verknappungen und Verwirrung geführt und den Markt durch unfairen Wettbewerb entmutigt haben.

Beschränkungen bei Investitionen

Die Kapitalanlageinvestitionen genossenschaftlicher Einheiten stiegen im ersten halben Jahr um 14,2%. Obwohl die Wachstumsrate geringer ausfiel als das 21,5%ige Investitionswachstum im gleichen Zeitraum des Vorjahres, waren die Wachstumsraten unterschiedlicher Bereiche äußerst ungleichmäßig. Die Investitionen Liaonings und Guangdong auf dem Gebiet des Investbaus stieg um mehr als 30% was weit höher lag als die durchschnittliche nationale Wachstumsrate von 13,6%. Die Investitionen Pekings, Hennans, Shaanxis und Hubeis stiegen zwischen 25 und 30%, während der Anstieg im Falle Shangdongs und Anhuais zwischen 17 und 23% lag. All diese Prozentsätze lagen weit höher als die nationale Wachstumsrate. Das beweist, daß der Spielraum des Investbaus in vielen Bereichen noch immer recht groß ist.

Während die neu in Angriff genommenen Bauprogramme noch kontrolliert werden müssen, wird der Ruf, neue Positionen auf die Investitionsliste zu setzen, immer lauter. Bis Ende Juli gab es im Lande 39.000 Investitionsbauprojekte mit einem Kapitalvolumen von mehr als 50.000 Yuan. Obwohl die Zahl der Projekte gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1.394 niedriger lag, war sie immer noch sehr hoch.

Darüber hinaus gehörten von den kleineren Bauprojekten mit einem Kapitalvolumen von einer Million Yuan 45% nicht zu den Investbaubereichen. Es gab zum Beispiel 33 Projekte zum Bau von Gäste-

häusern und Bürogebäuden. Im ersten Halbjahr wurden im ganzen Lande 9.254 Investbauprojekte in Angriff genommen. Das bedeutet, daß stündlich wenigstens zwei Projekte mit einer von Feuerwerk begleiteten Eröffnungszeremonie begonnen wurden. Die geplanten Gesamtinvestitionen belaufen sich auf 21,2 Milliarden Yuan. Jeden Monat werden weitere neue Bauprojekte in Angriff genommen. Allein im Juni wurde der Grundstein für 3.662 Projekte gelegt, das sind doppelt so viele wie im ersten Vierteljahr.

Investbauten im Haushalt nicht ausgewiesen

Auch die nicht im Haushalt aufgeführten Investitionen zeigen einen Aufwärtstrend. In der ersten Jahreshälfte stiegen die nicht im Haushalt ausgewiesenen nationalen Investitionen um 20,9%. Dies ist einer der Faktoren, die ein schwerwiegendes Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Lande schaffen. Von den 20,9% betrafen 4,6 Milliarden Yuan Investbauten, die nicht im Haushalt ausgewiesen waren. Dies entspricht einer Steigerung von 15%.

Exporteinnahmen unzureichend

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren die Exporteinnahmen sehr gering, und dies obwohl der Export relativ gesehen schneller zunahm und die Disparität zwischen Import und Export geringer wurde. Dadurch verschärfte sich die Diskrepanz zwischen dem Binnenmarkt und dem internationalen Markt.

In den letzten Jahren ist nicht zuletzt durch die Öffnung gegenüber der Außenwelt der Einfluß des Weltmarktes auf den Binnenmarkt zunehmend größer geworden. Aufgrund des begrenzten Standards der Produktionstechnologie werden die exportierten Waren ebenfalls auf dem Binnenmarkt dringend benötigt. Es gibt sehr wenige Waren, bei denen das Angebot wirklich größer ist als die Nachfrage. Folglich gilt für einige Waren: je größer der Export, desto größer die Verknappung auf dem Binnenmarkt.

Von Januar bis Juni erhöhte sich der Export an Stahlprodukten, an denen auf dem Binnenmarkt ein starker Mangel besteht, um Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum um 110%. Der Export einiger Buntmetalle, die der staatlichen Exportbeschränkung unterliegen, ist ebenfalls stärker gewachsen. So stieg zum Beispiel der Export von Kupfer um 520% und von Aluminium um 320%.

Exportgeschäft schlechter als Binnenhandel

Da die Konkurrenzfähigkeit vieler unserer Produkte auf dem Weltmarkt noch unzureichend ist, während staatlichseits der Exporthandel gefördert wird, um Devisen einzunehmen, sind viele der Preise für den Export bestimmten Waren im eigenen Lande hoch und auf dem Weltmarkt niedrig. Das führt dazu, daß der Binnenhandel stärker begünstigt wird als der Export. Da für die Unternehmer der Exporthandel nicht gewinnbringend ist, ist ihr Interesse am Export nicht sehr hoch. Einer Studie zufolge, die am Beispiel von 110 besonderen Produktionsbetrieben durchgeführt wurde, welche unter Leitung der Provinz Liaoning Industrieerzeugnisse ausführen, beklagten 73% von ihnen, daß das Exportgeschäft schlechter sei als der Binnenhandel. Etwa 54% dieser Betriebe beklagten sich, daß aufgrund der Preisdiskrepanz zwischen Binnenhandel und Export der im Betrieb verbriebe Gewinn geringer geworden sei.

„Die US-Basen sind ein Dolch im Rücken des Volkes“

Rainer Werning

Washingtons Außenpolitik beginnt, wo Manilas Innenpolitik endet. Mit dieser Lektion mußten die Philippinen seit Sommer 1946 leben, als die USA ihre einzige und einzige Kolonie in Asien zur Republik werden ließen. Um überhaupt in den Genuß dieser Unabhängigkeit zu gelangen, hatte sich Manila u.a. zur Beibehaltung der gewählten außerhalb des amerikanischen Festlandes installierten US-Basen zu verpflichten. Das geschah durch das 1947 getroffene philippinisch-amerikanische Militärbasen Abkommen. Dieses läuft 1991 aus und brachte Manila zuletzt (1984-88) pro Jahr 180 Mio. US-Dollar an „Pachtgebühr“ ein. Diese „Gebühr“ erhöht sich, so sieht es die Mitte Oktober ausgehandelte bilaterale Übergangsregelung vor, in den beiden kommenden Jahren auf jährlich 481 Mio. US-Dollar — inklusive Beschaffungskosten für technisches Gerät und andere Formen militärischer Hilfe.

„Die US-Basen sind ein Dolch im Rücken des philippinischen Volkes“ hatte der bekannte philippinische Nationalist und Senator Claro M. Recto bereits in den 50er Jahren diagnostiziert. Präsidentin Aquino hatte diese Position, wenngleich nicht wörtlich, so doch inhaltlich bis kurz vor dem Sturz ihres Vorgängers Marcos im Februar 1986 als Prunkstück ihrer nationalen Gesinnung präsentiert. Kaum im Amt, vernahm man aus ihrem Mund ganzlich andere Zungenzucke. Nunmehr sollten die amerikanischen Stützpunkte bis auf weiteres im Lande bleiben. Ab April, dem Beginn der diesjährigen Basenverhandlungen, kündete sie für die Jahre 1989 und 1990 eine „Pachtgebühr“ von 2,4 Mrd. US-Dollar. Das, so ließ sie sich mehrfach durch ihren Cheleutnanten und Außenminister Raul Manglapus verlauten, sei der Preis für die nationale Souveränität des Inselstaates. Ende Juli — die Verhandlungen waren kurzzeitig ausgesetzt — kehrte Manglapus den Polnacho heraus und erklärte öffentlich, eine jährliche amerikanische Kompensationszahlung von weniger als 1 Mrd. US-Dollar käme dem „Ausverkauf des Landes“ gleich.

„Müssen wir Aquino und Manglapus an ihren Worten, so haben sie nicht nur auf den Sommer-schlußverkauf“

Messen wir Aquino und Manglapus an ihren Worten, so haben sie nicht nur auf den Sommer-schlußverkauf ihres Landes ei-

nen äußerst günstigen Rabatt gewährt — Der Präsidentin Credo, im Innern das Wohlergehen der Bevölkerung zu garantieren und die Inseln nicht zum Vasallen ausländischer Mächte herabsinken zu lassen, entpuppte sich als aufgeblasene Rhetorik.

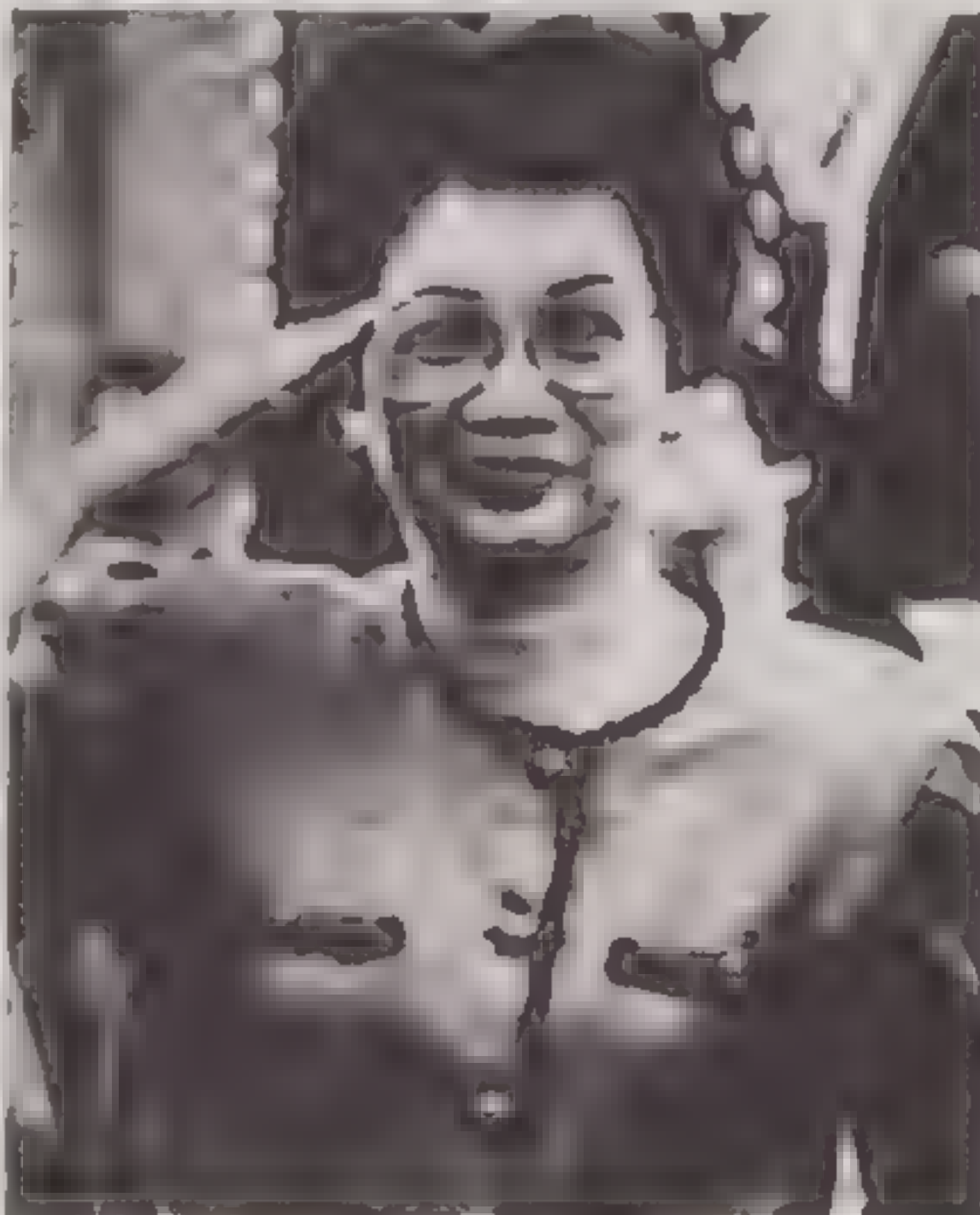
Die extreme Rechte wird daraus politisch Kapital zu schlagen versuchen; das Verschließen der Präsidentin läßt sich buchstäblich Gewehr bei Fuß sehen. — Stärker denn je haben die USA ihre Vormachtstellung im Reich der „Little brown Yankees“ auszubauen vermocht. Dabei kommt Washington die desolate Wirtschafts- und Finanzsituation eines Klientelregimes zugute, was sich über 1991 hinaus als probates außenpolitisches Druckmittel einsetzen läßt. Letztlich erklärt dies, warum die Reagan-Administration mit Erfolg ein Junktim zwischen den aktuellen Basengebühren und dem von ihr anvisierten Mini-Marschall-Plan (10 Mrd. US-Dollar über fünf Jahre verhandelt). Zur gegebenen Zeit läßt sich damit noch pokern.

Asiens größtes US-Atomwaffendepot

In militärstrategischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Kalkül Washingtons genießen der auf dem Archipel installierte Marinestützpunkt Subic Bay, Base und die Luftwaffenbasis Clark Air Field im gesamten pazifischen Becken (Pacific Rim) oberste Priorität. Ist Clark Air Field mit 8000 US-Truppen das Hauptquartier der 13 Luftwaffe, so dient Subic Naval Base der 50.000 Mann starken 7. US-Flotte als taufungeschützter Heimathafen, wo sämtliche zur Reparatur der 70 Schiffe und 435 Kampfflugzeuge benötigten Verrichtungen existieren. Als regional bedeutsamster logistischer Knotenpunkt und wahrscheinlich Asiens größtes Atomwaffendepot fungiert Subic gleichzeitig als „Schlüssel-Id“ des Indischen Ozeans, Persischen Golfs und Roten Meers, an dessen Nahtstelle zum Mittelmeer Amerikas O-Flotte die Verteidigung des Westens garantiert. Zudem sind auf philippinischem Boden die für eine „Erstschlagskapazität“ erforderlichen C3I-Kontroll-, Kommando-, Kommunikations- und Geheimdienst-Anlagen stationiert.

alho mit philippinischem Boden die für eine „Erstschlagskapazität“ erforderlichen C3I-Kontroll-, Kommando-, Kommunikations- und Geheimdienst-Anlagen stationiert.

Fortsetzung nächste Seite



„Strammgestanden“ (im Bild Corazon Aquino)

Militärisch möglich — politisch machbar?

José Maria Sison über US-Basen und -Interventionen

Der Mitbegründer der Ende 1968 konstituierten Communist Party of the Philippines (CPP) J.M. Sison formuliert in dem folgenden Interview mit Rainer Werning die Position der philippinischen Linken zu einem äußerst sensiblen Kapitel: amerikanisch-philippinischer Beziehungen.

Die Passagen sind dem jüngst im Pakt-Rosen Verlag (Köln) erschienenen und von R. Werning herausgegebenen Band „Das Projekt Befreiung. Widerstand auf den Philippinen. José Maria Sison berichtet“ entnommen.

Wird die Aquino-Regierung einer Beibehaltung der US-Stützpunkte zustimmen? Und was ist mit den Atomwaffen, befinden sie auf philippinischem Territorium, wie behauptet wird?

Bereits am Morgen des 10. November 1986 verpfändete sich Aquino die in der Lage an Reagan's Sondermission. Philipp Habib gegenüber den Vereinigten Staaten die US-Militärstützpunkte über 199 hinaus zu beibehalten. Dies war offenbar Bestandteil eines Kompromisses zwischen Aquino und Enrile. Am Nachmittag des 12. November 1986 traf der amerikanische Unterstaatssekretär für Ostasien, John F. Bunker, in Manila ein. Er hatte zuvor in Japan, wo er sich mit dem japanischen Außenminister getroffen hatte, einen Staatsbesuch in Japan. Präsident Aquino traf ihn in Tokio zusammen und teilte ihm mit, daß Washington der Vereinbarung zustimme.

Aber man braucht solche Einzelheiten über Aquinos Machinationen gar nicht zu kennen, um zu wissen, daß die Regierung entschieden ist, die US-Militärbasen über 199 hinaus im Land zu behalten. Die Aquino-Verfassung lautet, zu welchem Weg dies geschehen soll.

Von einem geschäftsführenden Sekretariat, aus dem ehemalige Kabinettsmitglieder wie Joker Arroyo und René Sagor ausgeschieden wurden, wird ein Vertrag ausgehandelt. Dieser wird dann von einem Senat ratifiziert, der zu über drei Vierteln für eine Beibehaltung der Stützpunkte ist. Tatsächlich befürwortet auch die Mehrheit der zwölf Senatoren, die

den Stützpunkten angehängt kritisch gegenüberstehen, die Beibehaltung der Militärbasen und will nur den Preis dafür möglichst weit hinauftrieben.

Die eigentliche Ratifizierung erfolgt durch den Senat. Trotzdem wird möglicherweise ein Referendum stattfinden, um der ganzen Sache einen demokratischen Anstrich zu geben. Die USA und ihre Handlanger werden sich nicht mit der massiven Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die eine Beibehaltung der Stützpunkte propagierenden Massenmedien zufrieden geben, sondern auch noch das Wahlverfahren manipulieren, um zu beweisen, daß das Volk seine eigene Ketten gelteißt.

Der Schwindel hat mit der Erklärung Raul Mangapay begonnen, in der er seine frühere Befürwortung einer Beseitigung der US-Stützpunkte als seine Privatmeinung bezeichnete und diese von seiner Position unterschied, die er heute als Außenminister vertritt.

Jetzt macht er Propaganda für die US-Stützpunkte, indem er die Meinung der anderen ASEAN-Mitgliedsländer einholt. Später wird er dann die angebliche Bedrohung durch den vietnamesischen Stützpunkt Cam Ranh Bay und die Sowjetunion ins Spiel bringen.

Mit Sicherheit wird das Aquino-Regime die Beibehaltung der US-Militärbasen über 199 hinaus mit dem Hinweis rechtfertigen, die Philippinen befinden sich in einer finanziellen Zwangslage und seien auf die Kompensationszahlungen angewiesen.

Unter dem gegenwärtigen System werden die Argumente gegen die US-Stützpunkte in der Massenmedien nicht so viel Verbreitung finden wie die ihrer Befürworter. Nur mit Hilfe der revolutionären Bewegung und einer patriotischen Regierung — und das ist das Aquino-Regime keinesfalls — kann das Volk hoffen, die US-Militärstützpunkte zu beseitigen.

Was ist die US-Armee verpflichtet, so wie sie sich verhalten sollte, wenn sie auf philippinischem Territorium gelagert bleiben? Die pro-amerikanische Zusammenarbeit

des Kongresses verhindert die Verabschiedung eines Gesetzes, das Lagerung und Transit von Atomwaffen sowie die Bewegung atomar bestückter Schiffe und Flugzeuge innerhalb philippinischen Hoheitsgebiets ein für allemal verbietet.

Der Artikel der Aquino-Verfassung, der so klingt, als verbiete er Atomwaffen, ist irreführend. Er ist in unvernünftiger Gegenwartstimmung abgefaßt und nichts anderes als eine allgemeine Abschwächung. Er besagt: „Die philippinische Regierung verlangt in Übereinstimmung mit dem nationalen Interesse die Abgabe von Atomwaffen aus philippinischem Territorium zu verbieten.“

Noch weiter ausgehöhlt wird dieser Artikel durch den Zusatz der Verfassungsdiktatoren, daß ein Verbot von Atomwaffen nicht unbedingt im „nationalen Interesse“ liege.

Die gegenwärtigen gültigen Abkommen und Zusatzvereinbarungen bezüglich der US-Militärstützpunkte enthalten Bestimmungen, die philippinischen Behörden den uneingeschränkten Zugang zu und die umfassende Inspektion von allen Einrichtungen der US-Basen untersagen. Siehe sich werden auch die künftigen Verträge über diese Stützpunkte wieder ähnliche Bestimmungen enthalten, die es letztlich den USA erlauben, Atomwaffen auf philippinischem Territorium zu lagern und zu transportieren.

Können die Philippinen bzw. das philippinische Volk überhaupt die Demontage der US-Militärstützpunkte bewirken? Bedenken Sie, daß selbst nach dem Sieg der kubanischen Revolution im Jahre 1959 der US-Stützpunkt in der Bucht von Guantanamo nicht geschlossen werden konnte. Aber nehmen wir einmal an, die Philippinen schafften es, die US-Basen zu beseitigen. Was dann? Wird dann nicht eine andere ausländische Macht das Vakuum füllen oder zumindest einen starken Einfluß ausüben?

Im Unterschied zu dem gegenwärtig gültigen Abkommen, das die Frage der US-Militärstützpunkte auf den Philippinen regelt und nur eine Vereinbarung ist, gibt es über den US-Stützpunkt in Guantanamo einen rechtsgültigen Vertrag. Es gibt also etwas — eben diesen Vertrag — worauf sich die USA berufen könnten, um Kuba den Krieg zu erklären.

Selbst unter einer revolutionären Regierung und mit einem vereinten revolutionären Volk kann es sich ein so kleines Land wie Kuba, das zudem nur neunzig Meilen von den USA aber weit von seinen mächtigen Freunden entfernt liegt, nicht leisten, sich auf einen Krieg mit den Vereinigten Staaten einzulassen.

Kuba wartet lieber ab. Es kann den US-Stützpunkt isolieren und sogar die Wasserversorgung unterbrechen. Aber das ist für die USA — verglichen mit einer Unterbrechung der Wasserversorgung oder anderer Versorgungseinrichtungen zu den US-Stützpunkten auf den Philippinen — kein so großes Problem, sie befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu Kuba.

Nach dem Sturz der Militärs im Jahr 1973 konnte die thailändische Regierung in Zusammenarbeit mit allen ant-faschistischen Parteien auf friedlichem Weg eine Demonstration der US-Militärstützpunkte herbeiführen. Aber leider ist das Aquino-Regime nicht so patriotisch wie die damalige Thai-Regierung.

Im Augenblick sehe ich keine andere Möglichkeit als das philippinische Volk im Kampf gegen die US-Herrschaft und die US-Militärstützpunkte weiter zu politisieren, organisieren und mobilisieren und sich für den Tag zu rüsten, an dem man stark genug sein wird, die Demonstration der Militärstützpunkte zu erzwingen. Dieser Tag mag in den neunziger Jahren kommen, zu einer Zeit jedenfalls, da die USA und die einheimische Reaktion längst ein neues Abkommen durchgesetzt haben.

Angesichts des Erstarkens der Volksbewegung bringt es für die Vereinigten Staaten auch Nachteile, ihre Militärstützpunkte auf den Philippinen zu beibehalten. Immerhin sind sie Tausende von Meilen von den USA entfernt. Und das vietnamesische Volk hat gezeigt, daß auch US-Militärbasen durchaus zunehmbar sind.

Wenn das philippinische Volk wie das vietnamesische Volk aufgrund der Stärke der revolutionären Bewegung in der Lage ist, der US-Intervention und Aggression eine Niederlage beizubringen und die US-Militärstützpunkte zu demonstrieren, kann sich nicht einfach eine andere Macht in das existierende Vakuum drängen. Die selbe Stärke, die die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Philippinen gegenüber dem US-Imperialismus durchgesetzt hat, wird auch das Eindrin-

gen einer anderen ausländischen Macht verhindern. Es ist absurd, die US-Herrschaft über den Philippinen dadurch rechtfertigen zu wollen, daß man Angst vor einer anderen ausländischen Macht schürt.

Im Gegensatz zu der von der US-Propaganda verbreiteten Behauptung stehen die ehemaligen US-Stützpunkte in Vietnam unter der souveränen Kontrolle des vietnamesischen Volkes, der vietnamesischen Regierung und Armee. Sie befinden sich weder im Besitz noch unter der Kontrolle weder amerikanischer Truppen, noch amerikanischer Schiffe, noch irgendwelcher amerikanischen Einrichtungen.

Der exzessive Status der US-Stützpunkte wie auch der US-Militärangehörigen und -Einrichtungen auf den Philippinen unterscheidet sich davon grundlegend. Die philippinischen Reaktionen wegen es nicht auf unvollkommener Souveränität und territorialer Integrität zu beziehen und US-Stützpunkte und Militärangehörige den gleichen Bedingungen zu unterwerfen wie die Vietnamesen sowie ihre Schiffe und Militärangestellte.

Gelangt es dem philippinischen Volk auf die eine oder andere Weise, stets aber aufgrund seiner revolutionären Stärke, die US-Stützpunkte zu beseitigen, so erwachsen ihm daraus Vorteile, die mit den vergleichsweise „rückständigen“ Ausgleichszahlungen und den im Zusammenhang mit diesen Stützpunkten entstandenen arbeitslosen Jobs nicht im geringsten aufzuwiegen wären. Flughäfen und Hafenanlagen, Aufklärungs-, Reparatur-, Kommunikations- und andere Einrichtungen könnten — national und international — kommerziell genutzt werden. Die Einkünfte aus einer solchen Nutzung wären allein schon um ein Mehrfaches höher als die Kompensationszahlungen, zu denen die USA bereit sind.

Die riesigen Landflächen um die Stützpunkte könnten für landwirtschaftliche und städtische Konzentration, Bergbau und andere Zwecke genutzt werden. Die damit zu erzielenden Einnahmen lagen weit über denen, die heute durch die bestehenden Einrichtungen auf den Stützpunkten bereinkommen.

Die philippinischen Reaktionen handeln nicht nur vernünftig und unmoralisch, weil sie die fortgesetzte Verletzung der territorialen Integrität der Philippinen durch die USA auf jedwede Forderung verzichtet.

Die philippinischen Reaktionen handeln nicht nur vernünftig und unmoralisch, weil sie die fortgesetzte Verletzung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität des Landes dulden und das Volk der potentiellen atomaren Vernichtung aussetzen, sie können offensichtlich nicht einmal richtig rechnen.

Mit der sofortigen Übernahme der US-Stützpunkte nach Auslaufen des gegenwärtigen Abkommens im Jahr 1991 müßten die festen Anlagen bzw. durchgeführten Landaufbesserungsmaßnahmen in das Eigentum der philippinischen Regierung übergehen. Aber es gibt bereits ein Geheimabkommen, das in Bezug auf die Eigentumsfrage und die rechtlichen Voraussetzungen für Miet- oder Pachtzahlungen durch die USA auf jedwede Forderung verzichtet.

Glauben Sie, die USA würden militärisch eingreifen, falls die Situation auf den Philippinen — aus amerikanischer Sicht — „außer Kontrolle geriete“? Wenn ja, wäre die Linke in der Lage, eine solche eskalierte Intervention mit militärischen Mitteln abzuwehren?

Die Vereinigten Staaten sind bereits dabei, ihre militärische Intervention zu verstärken. Sie schleusen mehr finanzielle Mittel und Nachschub für militärische Zwecke ins Land, drängen auf eine landesweite Umsetzung des LIC-Konzepts (des „Krieges auf niedrigem Niveau“, d. Red.), erhöhen die Zahl der Militärbesatzer, Ausbilder, DIA- (Militärischer Abschirmdienst, die Red.) und CIA-Agenten für Geheimoperationen und der Kampfverbände (insbesondere für Sonderoperationen — Spezial Operations Forces — in den US-Militärbasen).

US-Militärangehörige, Flugzeuge, Schiffe und elektronische Anlagen in den US-Stützpunkten unterstützen die philippinischen Streitkräfte auf vielfältige Art und Weise. In Kasernen der philippinischen Streitkräfte und auch bei Finanzierungen gegen die revolutionäre Bewegung tauchen immer häufiger US-Militärberater oder Ausbilder auf. Pentagon- und CIA-Agenten haben eine Reihe von Scheinposten inne. Das CIA-Netz wurde ausgebaut und seine Agenten sind verstärkt an Operationen beteiligt wie etwa dem psychologischen Krieg, Überwachungsmaßnahmen sowie der Bildung und Anleitung von Kesselschwadronen.

Nach dem Scheitern der LIC-Strategie und dem weiteren Vorrücken der revolutionären Bewegung wird die US-Militärintervention andere Formen annehmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird

zunächst eine große Anzahl von US-Militärbesatzern und Soldaten die Verbände der philippinischen Streitkräfte in Kampfoperationen verstärken; und dies wird vielleicht in einen totalen Angriffskrieg übergehen, der Erinnerungen an den Vietnamkrieg wachrufen würde.

In dem Moment, da die Phase der strategischen Verteidigung im Volkskrieg weiter herangereift ist und in das strategische Gleichgewicht überzugehen droht, werden die Vereinigten Staaten der Meinung sein, die Situation auf den Philippinen gerate außer Kontrolle und beschließen möglicherweise, eigene Truppen zur „Befriedung“ zu entsenden.

In welchem Maßstab und Tempo die USA auch immer ihre militärische Intervention eskalieren mögen, die revolutionäre Bewegung muß sich auf das Schlimmste vorbereiten, um das Beste zu hoffen zu können. Und das Schlimmste, wozu die USA in einem lokalen Aggressionskrieg greifen könnten, wäre der Einsatz von Regiments-, vielen Panzern und verstärkter Luftaufmarschierung.

Um sich darauf vorzubereiten, muß die Volksarmee eine horizontale Vervielfachung ihrer Truppen, Züge und Kompanien vornehmen und die vertikale Bildung größerer Einheiten an einigen wenigen Punkten im Land vermeiden. Schließlich können ja die verstreut operierenden „mobilen“ kleinen Einheiten immer zu größeren Verbänden zusammengezogen werden, wenn Offensiven und andere konzentrierte Operationen und Feindgeheißer erfordern, oder sie können konzentrierte Aktionen verschiedener Größenordnung auf lokaler wie nationaler Ebene durchführen.

Die horizontale Vervielfachung von Truppen, Zügen und Kompanien während der letzten Phase der strategischen Verteidigung und der gesamten Periode des strategischen Patience notwendig, um eine wirksame Widerstandsfähigkeit zu gewährleisten zu können.

Damit wird den US-Truppen und ihren philippinischen Marionetten jedwedes gesichertes Rückzugsgebiet entzogen, und sie werden so ein leichtes Angriffsziel. Es ist notwendig, den US-Truppen innerhalb kurzer Zeit schwere Verluste zuzufügen, um die US-Regierung und die US-Ökonomie dazu zu veranlassen, sie wieder abzuziehen. Nach dem Vietnamkrieg brauchen sie nicht erst 5000 getötete und mehrere Hunderttausend verletzte Soldaten, um sich zum Rückzug zu entschließen.

US-Panzer könnten mit Landminen und anderen zur Verfügung stehenden Mitteln zerstört werden. Die NPA setzt heute bereits Landminen gegen gepanzerte Mannschaftswagen und Panzer ein. Auch US-Hubschrauber und Flugzeuge sind nicht so furchteinflößend, wenn wir bedenken, daß sie nur vergleichsweise billigen Flugabwehrsystemen abgeschossen werden können. Flugzeug- und Hubschrauberverluste können für die USA eine recht beträchtliche Schwächung bedeuten, wie sich in den letzten Jahren des Vietnamkriegs deutlich gezeigt hat.

Auch wenn sich die revolutionäre Bewegung auf das Schlimmste einstellen muß, zu dem die USA militärisch in der Lage sind, darf nicht übersehen werden, daß für die USA nicht alles theoretisch militärisch Mögliche ohne Einschränkungen politisch und militärisch auch machbar ist. Seit ihrer Niederlage in Indochina waren die Vereinigten Staaten nicht mehr imstande, einen großangelegten Angriffskrieg zu führen. Ja, sie haben es nicht einmal gewagt, gegen das Volk von Nicaragua direkt zu intervenieren, sondern stützten die Contras eingesetzt.

Wenn die bewaffnete Bewegung nach der Theorie des Volkskriegs und der Strategie vorgeht, die Städte vom Hinterland aus einzukreisen, bis ihre Einnahme möglich ist, kann sie einen Bürgerkrieg gegen die einheimische Reaktion oder einen nationalen Krieg gegen die Aggression einer ausländischen Macht gewinnen.

Die militärische Strategie basiert auf dem Vertrauen in das Volk und ist untrennbar damit verbunden, es zum Kampf für seine eigenen nationalen und demokratischen Rechte und Interessen und gegen den US-Imperialismus und die einheimische Reaktion zu mobilisieren. Ich bin auf die militärische Strategie nur so ausführlich eingegangen, weil Sie mich dazu gebeten haben.

Angesichts der eskalierenden militärischen US-Intervention ist es auch notwendig, die Stille des Mobilisierung des philippinischen Volkes durch internationale politische und materielle Unterstützung zu untermauern. Aus diesem Grund weitet die revolutionäre Bewegung ihre internationalen Beziehungen derzeit aus.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Der U.S. Congressional Research Service hatte 1979 die Beibehaltung der amerikanischen Basen auf den Philippinen mit dem Argument begründet, in der Nach-Vietnam-Ära gelte es, das südostasiatische Staatenbündnis ASEAN nach dem Abbleben des SEATO-Militärblocks aktiv zu schützen, um vermittels der Stärkung dieser wirtschaftspolitisch als überaus dynamisch eingestuft Region ein effektives Gegengewicht zum sowjetisch-vietnamesischen Bündnis zu bilden. Seit Reagans Amtsantritt erhielt diese Interpretation eine wehrhafte, auf „Vorwärtsverdrängung“ bedachte Spitze. Aufgrund ihrer Nutzungsrechte im von Subic 700 Meilen oder 90 Luftmeilen entfernten Cam Ranh Bay (Vietnam) beabsichtigt die Sowjetunion, sich militärische Vorteile zu verschaffen, was, wie Admiral Oniz, der damalige Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte im Pazifik, im Sommer 1983 erklärte, eine „akute Bedrohung westlicher Sicherheitsinteressen in der Region“ darstelle. Tatsächlich betrug das US-Pazifik-Handelsvolumen im letzten Jahr 135,9 Mrd. US-Dollar und übertraf damit um 26 Mrd. US-Dollar den amerikanisch-europäischen Handelsumfang. Gegenüber dem Vorjahr war der Handel zwischen der Asien-Pazifik-Region und den Vereinigten Staaten um 8% angestiegen, während es weltweit nur 0,5% waren. Regional auch nahmen die US-Investitionen von 1980 bis 1984 um 65% zu, was — global betrachtet — 39% ihres im Ausmaß getragenen Gesamtanlagevolumens entsprach. Mit über 30 Mrd. US-Dollar wuchsen die im asiatisch-pazifischen Raum investierten US-Gelder rascher als in jeder anderen Region. Richard Holbrook, von 1977 bis 1981 stellvertretender US-Außenminister für Ostasien und Pazifische Angelegenheiten, veranlaßte das im Sommer 1986 zu der bündigen Forderung nach massiver Hilfe Washingtons an Präsidentin Aquino.

Die Basen sind Philippinens „wichtigste Ressource“

Diese Position wird, wie die seit Marcos' Sturz mehrfachen Manila-Besuche von Außenminister Shultz unterstreichen, im State Department geteilt. Gleichmaßen akzeptiert sie im Pentagon, da so Admiral Lewis Chatham, Befehlshaber der

7. US-Flotte, sein Rückgang der Vereinigten Staaten aus den Philippinen einer Prestige- und Sicherheitsbedrohung an die Sowjets gleichsetzte und laut Admiral Hays, des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Pazifik, das Washington noch immer begünstigende Kraftverhältnis im Stillen Ozean aufs Spiel gesetzt würde. Das allerdings hat militärisch wie außenpolitische Strategieplaner nicht davon abgehalten, seit Mitte 1983 über möglichen Ersatz für Subic und Clark zu sinnieren, sollte die Situation auf den Philippinen einmal „außer Kontrolle“ geraten. Als potentielle fallung back areas (Ausweichquartiere) sind Cebu und die nördlichen Marianen-Inseln Tinian und Saipan sowie die Republik Belau (Palau) im Südwestpazifik genannt worden. Da das immense Kosten (drei bis acht Milliarden US-Dollar) verschlänge und im Augenblick mangels qualifizierter (und billiger) Arbeitskräfte eine kaum geeignete Alternative böte, ist in den vergangenen Monaten immer häufiger das Augenmerk auf Thailand, Malaysia und Singapur gerichtet worden, die am fortgesetzten Flagge zeigen als für ihre eigene Sicherheit unverzichtbar erachtet. Während einer politischen Strategietagung in Washington (Mai 1986) lieferte Richard J. Kessler einen bemerkenswerten Diskussionsbeitrag, dessen Auswirkung, würden seine Kernpunkte für Washingtons Philippinen-Politik einmal konstitutiv, nicht zu unterschätzen wäre.

Kessler, ein Philippinen-Spezialist der einflussreichen Carnegie Endowment for International Peace mit Sitz in Washington, bewertete die strategische Bedeutung der Philippinen als deren lange Zeit wichtigste Ressource, was Marcos erkannte, aber überschätzte habe, weil er meinte, die USA verloren im Falle einer Preisgabe der Basen mehr als Manila. Doch Strategien, so verbesserten anderen sich mit Amerikas verwerrerten Beziehungen zum Rest Asiens schwang die Bedeutung der Philippinen in einer Weise, daß sie langsam zu einer Burde wurden. Diese Last wurde erst abgeschüttelt, als die USA erkannten, daß sie ohne Demokratie keine Chance hatten, ihre Sicherheitsbelange zu garantieren. Das freilich könnte gegen „Sicherheitsbelange“ wirken, wenn in demokratischer Einmütigkeit die philippinischen vor amerikanischen Interessen gestützt werden. Erstweilen bieten dem außenpolitischen Handlungs-spielraum Manilas enge Grenzen gesetzt.

Sowjetische Frauen — Erzählungen



Alle Bilder aus: „Kunst in die Produktion“. Sowjetische Kunst von 1927-1933

A. Danaka

Wer Lust hat, das Alltagsleben der sowjetischen Frauen über die Literatur kennenzulernen, ihre Doppelbelastung durch Haushalt, Kinder und Berufstätigkeit, wer einen Einblick in die schlechte Organisation der Versorgung nehmen will, was bedeutet, jeden Tag beim Einkauf Schlange stehen, schlechte Wohnverhältnisse — wer die Hektik und die ständige Hitze, die Situation am Arbeitsplatz erleben will, wer einen Blick in Wohnungen, Büros, Krankenhäuser oder Erholungsstätten auf das Leben junger Mädchen oder auf das von Rentnerinnen werfen will und nicht zuletzt auf die Beziehungen zwischen Mann und Frau, die zu neuen Gebieten in Trost und Spießigkeit rechts und links abgeklärt — gelegentlich auch mit einem Schuß Sarkasmus und beider Ironie — dargestellt werden, die sollte zu einem der hier von uns besprochenen Büchern greifen.

Auf den ersten Blick scheint russische und sowjetische Literatur fast ausschließlich mit Männern verbunden zu sein, schreibende Frauen sind kaum bekannt. Doch dieser oberflächliche Eindruck täuscht — wir haben nachgegraben und was wir entdeckten, lohnt die Mühe. Besonders im Bereich der modernen sowjetischen Literatur gibt es Interessantes von Frauen über Frauen nachzulesen und vieles ist bislang noch nicht übersetzt. Wir stellen hier einige Erzählerinnen und ihre Veröffentlichungen — soweit sie in deutscher Sprache vorliegen bzw. in der BRD erhältlich sind — vor. Für Einsteiger in die Literatur von sowjetischen Schriftstellerinnen fällt nicht die Geschichten sind durchweg anschaulich und spannend geschrieben. Es sind in der Mehrzahl keine dickleibigen Romane, sondern eher kürzere Erzählungen. Im Vordergrund stehen die alltäglichen Probleme und Konflikte der sowjetischen Frauen. Die Sorgen und Bedeutung, die den „kleinen Begegnungen“ zugehört wird, ist sympathisch und anregend zu malen auch für uns viel Bekanntes aus der eigenen Erfahrung wiederzuerkennen ist. Die Sprache ist knapp und schmucklos, von der epischen Breite, für die russische Schriftsteller so berühmt sind, ist kaum etwas zu finden. Auf einer Lesung mit sowjetischen Autorinnen in Hamburg fand die Schriftstellerin Wiktorija Tokorewa dafür folgende Erklärung: „Wir russischen Frauen haben sowohl mit Haushalt, Kindern und Beruf zu tun, daß wir für lange Romane keine Zeit finden.“

Keine feministische Literatur

Es ist kein Geheimnis, daß es in der Sowjetunion eine feministische Bewegung nicht gibt.

Themen, die bei uns die Frauenliteratur prägen — wie Gewalt gegen Frauen, Frauensexualität, sexuelle Befreiung, die Suche nach neuen Lebensentwürfen — spielen kaum eine Rolle.

Dennoch sind die Erzählungen eine Auseinandersetzung mit der Emanzipation von Frauen, allerdings mit der, wie sie von den Frauen in der Sowjetunion erlebt wird. Und die Schriftstellerinnen lassen keine Illusion darüber zu, daß der Anspruch auf Gleichberechtigung der Frauen in der Sowjetunion gescheitert ist. Zwar gilt 70 Jahre nach der Oktoberrevolution, daß die Einbeziehung der Frauen in die Arbeitswelt weitgehend verwirklicht ist, heute sind über 90% der sowjetischen Frauen berufstätig. Doch genau diese Situation scheint zugleich einen erheblichen Anteil ihrer Probleme auszumachen, denn neben ihrer Belastung im Beruf trägt die Frau weiterhin im wesentlichen allein die volle Verantwortung für die Organisation des Haushalts und der Kinderbetreuung, all dies unter den erschwerten Bedingungen einer schlechten Versorgung und Wohnsituation.

Die Probleme, die den Frauen aus dieser Lage erwachsen, sind der Hauptgegenstand der Erzählungen. Dabei werden die Frauengestalten niemals zu Heldinnen idealisiert — ebensowenig wie sie als unschuldige naive Frauen dargestellt werden. Das entspricht auch nicht der Nüchternheit des Alltagslebens der sowjetischen Frau, ebensowenig wie ein zuletzt inszeniertes Happy-End.

Lösungsvorschläge werden in den Texten nicht angeboten. Sie der Probleme bewußt zu werden und sie zu beschreiben ist offensichtlich ein erster Schritt. Womit? Diese Frage bleibt weitgehend unbeantwortet — zumindest in der Literatur.

Suche nach Geborgenheit

Das gilt jedoch nicht für die aktuelle Auseinandersetzung, die derzeit in der Sowjetunion im Rahmen der Perestroika um die Neubestimmung der Rolle der Frau stattfindet. Einige der hier vorgestellten Schriftstellerinnen haben sich mit ihrer Positionen eingemischt. In ihren Aufstellungen, die uns von ihnen bekannt sind, vertreten sie, daß ein Ausweg aus der Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen weniger in der Gleichberechtigung liegt, die ihnen ja gerade die Probleme beschert hat, sondern eher in emotionaler Geborgenheit und intimer Familienbeziehung. Das führt sie dann leider sehr schnell zu einem Rückgriff auf uralte „Lösungen“. Sie propagieren die Rückbesinnung auf die „natürlichen Aufgaben“ der Frau und haben die Hoffnung, daß durch einen wirtschaftlichen Aufschwung („dank Perestroika“) der Mann (ökonomisch) wieder

aufgewertet werde und sich dann auch gegenüber seiner Frau bzw. seiner Familie wieder in voller Stärke und Selbstachtung präsentieren könne.

Das Hauptproblem unserer Frauen ist der Mann. (...) Die Männer bringen wenig. Sie büßen an Prestige und Selbstachtung ein, wenn sie wenig verdienen. (...) Mir gefällt es, wenn der Mann stärker ist als die Frau und die Frau sich ihm unterordnen kann. (...) (1)

Aber dennoch, ein Mann ist vor allem eine soziale Existenz, er sollte seine Funktionen voll einsetzen, wenn er besser verdient, kann er seiner Frau Privilegien verschaffen: mehr Freiheit, eine Haushaltshilfe, einen besseren Urlaub. Das alles ist nur natürlich, denn die Frau bekommt die Kinder, ernährt und versorgt sie, das liegt ihr früher bestimmte Verpflichtungen auf. Heute ist es etwas anders. Doch die Natur ist immer noch maßgeblich und alle Versuche, sich gegen die Natur aufzulehnen, enden sehr schmerzhaft. (2)

„Erst einmal müssen wir Wirtschaft und gesellschaftliche Kultur stabilisieren, das Schlangengestehen abschaffen, dann wird die normale Frau Kinder zur Welt bringen und für ein gemütliches Haus sorgen. Das ist ein Axiom.“ (3)

„Aber jetzt ist Perestroika. (...) Früher gab es Gleichmacher, aber jetzt wird verstanden, daß der Einzelne wert ist. Das gibt mir Hoffnung, daß der Mann wieder in den eigenen und den Augen der Frau wächst und daß die Familie wieder einen normalen Wert bekommt.“ (4)

Auch wenn die Äußerungen dieser Schriftstellerinnen auf drastischste gegen unsere eigenen Emanzipationsvorstellungen verstößen, sollte dies auf keinen Fall davon abhalten, sich mit ihrer Literatur zu befassen. Die Erzählungen spiegeln hervorragend sowohl die materielle als auch die emotionale Wirklichkeit der sowjetischen Frauen wider. Mit diesen Wahrheiten aber gilt es, sich auseinanderzusetzen. Das Wissen um die Bedingungen unter denen die sowjetischen Frauen leben weckt auch zugleich Verständnis dafür, welches der Hintergrund ist, vor dem die Frauen zu ihren Positionen kommen.

chr., g., wss.

Anmerkungen:
1. Interview mit Wiktorija Tokorewa in: *Die Welt* 7. 10. 1988.
2. Interview mit Tatjana Tolstaja in: *Programme Festival der Frauen* Hamburg 1988.
3. Von T. Tolstaja gibt es bislang noch keine Veröffentlichung in deutscher Sprache.
4. Interview mit Maya Gannina in: *Moskau News* 5/88.
5. V. Tokorewa in: *UZ* 30.9.1988.

„Frauen in der Sowjetunion“ (Erzählungen und Gedichte)

Der Anspruch des Sammelbuchs *Frauen in der Sowjetunion*, mit Hilfe von literarischen Texten einen Einblick in das Leben und Denken der russischen Frauen seit der Oktoberrevolution bis in die Gegenwart zu geben, wird erfüllt. Allerdings behaftet mit dem Mangel, der für sämtliche Anthologien gilt, daß der Text, hat man sich gerade eingelese, abbricht und eine Geschichte mit neuem Inhalt und Stil beginnt.

Uns hat das Taschenbuch ein Einlesen ermöglicht und neugierig auf Ausführlicheres gemacht.

Der Band beginnt mit der Erzählung Alexandra Kollontais „Die Liebe der drei Generationen“, in der am Beispiel der Erfahrung von Großmutter, Mutter und Tochter Lebens- und Beziehungseinstellungen geschildert werden, die jeweils „typisch“ für die Zeit und den historischen Hintergrund sind, vor dem sie erlebt werden. In den Äußerungen der Tochter zur „freien Liebe“ und „neuen Moral“ spiegeln sich zugleich die Ideen von Alexandra Kollontai zur sexuellen Emanzipation der Frauen im Sozialismus wider. Hervorzuheben ist der Nachdruck einer Novelle von Vera Inber „Meine Tochter“ (geschrieben 1930). Vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in der Sowjetunion wird hier sehr behutsam und einfühlsam ein Mutter-Tochter-Konflikt dargestellt. Der Vater bleibt nach der Revolution in Paris im Exil. Die Frau geht mit ihrer Tochter zurück in die Sowjetunion. Es gelingt ihr nicht, ein Kind zu erziehen und auch noch ein Eigenleben führen zu wollen, gerichtet zu werden. Aus dem Gefühl heraus, vernachlässigt zu werden, entscheidet sich die Tochter für ein Leben mit dem Vater in Paris.

Die Zeit der politischen Verfolgung und Säuberungen unter Stalin wird in sehr persönlichen Schilderungen von Anna Achmatowa und Jewgenia Ginsburg dargestellt. Zu Problematik gehört auch ein Auszug aus dem Roman „Ein leeres Haus“ von Lyda Tschukowskaja. Eindringlich wird die Erfahrung einer Frau geschildert, die in ihrer nächsten Umgebung, an ihrer Arbeitsstätte die ersten Verhaftungen und Säuberungen erlebt, und sie zunächst als „wahrscheinlich gerechtfertigt“ hinnimmt, bis allmählich Zweifel auftauchen, speziell als der eigene Sohn Opfer wird.

Eine ganz andere Situation beleuchtet die Nachkriegsliteratur. Ein Auszug aus einem Roman aus den 50er Jahren (G. Nikolajewa: „Die Ernte“), der auch offiziell als vorbildlich galt, schildert „sehr glatt“ die erfolgreiche Aufbauarbeit in einer Kolchose und die Rolle der Frau, die all die ihr gestellten Aufgaben wie Berufsausübung, Haushalt und Kinder bewältigt, sich zugleich gegen ihren Mann wehrt und ihr Recht auf Unabhängigkeit durchsetzt.

Mehr Haken und Ösen haben dagegen die Auszüge aus der Gegenwartsliteratur. Darunter ein Auszug aus dem Buch „Woche für Woche“ von N. Baranskaja (das hier ausführlich vorgestellt wird) sowie die Erzählung „Netze und Fäden“ von Lyda Petruschewskaja, die eine bissig ironische Kritik an traditionellen spielfähigen gesellschaftlichen Vorstellungen beinhaltet. Von ihr wurde bislang noch nichts in der BRD veröffentlicht.

In die aktuelle Literatur gehören auch vier Texte einer „Dissidentinnen-Gruppe“, die 1979/80 unter dem Titel „Almanach von Frauen für Frauen — Die Frau in Rußland“, Erscheinungsort St. Petersburg, eigene Texte veröffentlichte. Sowohl die Benutzung des Namens „St. Petersburg“ für Leningrad und „Rußland“ sind Absicht, die Gruppe von Frauen bezog sich auf die westliche Frauenbewegung und grenzte sich scharf vom sowjetischen System ab. Sie wurden in der Sowjetunion verboten, fast alle Frauen, die in den Kreis gehörten, emigrierten in westliche Länder. Ihre Texte drücken ein sehr privates und individuelles Lebensgefühl aus, das von Ängsten und Fluchtversuchen geprägt und vielfach in Träume und Phantasie eingebettet ist.

Hilfreich ist, daß es am Ende des Bandes ein Nachwort und ein Autorenverzeichnis gibt, das eine Übersicht und Einteilung der Texte sowie einen Überblick über weitere Veröffentlichungen bietet.

Frauen in der Sowjetunion — Erzählungen und Gedichte. Hg. von Andrea Wörle, dtv Taschenbuch, München, September 1987, 9,80 DM.

Fortsetzung nächste Seite



A. Dejneka

Natalja Baranskaja

Natalja Baranskaja wurde 1911 in Leningrad geboren. Ihre erste Erzählung „Woche um Woche“ veröffentlichte sie erst 1969. Sie hatte in der Sowjetunion eine große Resonanz und wurde in zahlreiche andere Sprachen übersetzt, wozu nicht zuletzt deshalb, weil viele Frauen sich in ihren Erzählungen wiederfinden.

Woche um Woche

Selbst Mutter von zwei Kindern beschreibt Natalja Baranskaja in ihrer Erzählung „Woche um Woche“ den Alltag einer jungen Wissenschaftlerin und Mutter, die zwischen der Sorge um das Einkommen, Kochen, Kinder in die Krippe bringen und wieder abholen und ihrer Berufstätigkeit als Chemikerin, die einen neugierigen „Schichtpreßstoff“ entwickelt aufgetrieben wird.

Die Erzählung ist in Kapitel unterteilt, die jeweils mit einem Tag der Woche beginnen. Die Kapitel sind: „Montag“, „Dienstag“, „Mittwoch“, „Donnerstag“, „Freitag“, „Samstag“ und „Sonntag“. Die Erzählung ist in Kapitel unterteilt, die jeweils mit einem Tag der Woche beginnen. Die Kapitel sind: „Montag“, „Dienstag“, „Mittwoch“, „Donnerstag“, „Freitag“, „Samstag“ und „Sonntag“.

„Woche um Woche“ ist eine Erzählung, die den Alltag einer jungen Wissenschaftlerin und Mutter beschreibt. Die Erzählung ist in Kapitel unterteilt, die jeweils mit einem Tag der Woche beginnen. Die Kapitel sind: „Montag“, „Dienstag“, „Mittwoch“, „Donnerstag“, „Freitag“, „Samstag“ und „Sonntag“.

Die Erzählung ist in Kapitel unterteilt, die jeweils mit einem Tag der Woche beginnen. Die Kapitel sind: „Montag“, „Dienstag“, „Mittwoch“, „Donnerstag“, „Freitag“, „Samstag“ und „Sonntag“.

Maja Ganina

Maja Ganina wurde 1927 in Moskau geboren. Sie lernte Maschinenbautechnik und arbeitete als Konstrukteurin in einer Moskauer Autofabrik. Von ihr sind neun 1954 in der Sowjetunion zwanzig Bücher erschienen. In deutscher Übersetzung liegen aus der DDR die beiden Romane *Im Sternbild der Zwillinge* (1977) und *Hundert meiner Leben* (1985) vor.

Der Roman *Hundert meiner Leben* spielt auf einer 1000 Hektar großen Bau- stücke in der sibirischen Taiga, fünf Zeit- stunden entfernt von Moskau. Dortin be- wohnt sich Maria, eine ungebundene Frau „von reichlich verzögerten Jahren“. Sie ist gründlich und zuverlässig. Schnell er- kennt sie, weshalb die Planerfüllung nicht klappt. Fahrer verschaffen sich Nebenverdienste, indem sie für andere Fleisch, Pelze und Kartoffeln transportie- ren. Der Beton wird nicht zur Baustelle gebracht, sondern in die Kuhställe und an- dere Bauten der umliegenden Dörfer. Gegen den Widerstand einiger Betriebslei- ter, die selbst in die Korruption verwickelt sind, spricht sie die Mißwirtschaft an. Am nächsten Tag brennt die Kantine, zehn Arbeiter kündigen.

Im Kontrast zur Darstellung der tech- nischen Abläufe steht die Beschreibung der fremden Landschaft. Gespräche zwi- schen Maria und den Einheimischen strei- fen ökologische Fragen. „Bis nach dem

frühen Dima. „Und was ist mit meiner Hose?“

Die zweite Erzählung in diesem Band – „Ljubka“ – handelt von einem jungen Mädchen, das gerne tanzt und feiert und dazu eine Clique von jungen Leuten um sich gesammelt hat. Ihr Verhalten steht in dem großen Wohnblock auf Ablehnung, es verträgt sich nicht mit den Bedürfnissen speziell der älteren Bewohner. Die ru- fen das „Ehrengewert der Hausblockver- waltung“ an. Dort soll der Lebenswandel des jungen Mädchens verhandelt werden. Das ganze ungeheuer spießbürgerliche Denken der Nachbarn bricht über sie her- ein. Die Autorin wirft ihr Verständnis, in dem sie die Lebensumstände des jungen Mädchens schildert, die geprägt sind durch eine Mutter, die den Mann im Krieg verlor und zur Alkoholikerin wur- de. Und sie schildert die positive Rolle, die Ljubka in ihrer Clique spielt.

Das Ende der Welt

Mit der Schilddrüse beginnt die Erzählung, die Natalja Baranskaja in ihrem Band *Das Ende der Welt* behandelt. Die Erzählung ist in Kapitel unterteilt, die jeweils mit einem Tag der Woche beginnen. Die Kapitel sind: „Montag“, „Dienstag“, „Mittwoch“, „Donnerstag“, „Freitag“, „Samstag“ und „Sonntag“.

Die Erzählung ist in Kapitel unterteilt, die jeweils mit einem Tag der Woche beginnen. Die Kapitel sind: „Montag“, „Dienstag“, „Mittwoch“, „Donnerstag“, „Freitag“, „Samstag“ und „Sonntag“.

Hier werden Lebenserfahrungen wei-

tergegeben, in denen auch die kleinen Be- gebenheiten wichtig genommen werden.

Ein Kleid für Frau Puschkin

In ihrer Erzählung *Ein Kleid für Frau Puschkin* verarbeitet Natalja Baranskaja einen historischen Stoff, die Trauerzeit der jungen Frau des russischen Dichters Puschkin. Er war 1837 nach einem Duell, das er mit einem Verführer seiner Frau führte, gestorben.

Literatur spielt in der Sowjetunion eine größere Rolle als hierzulande, und es ist durchaus nicht ungewöhnlich, daß bei ak- tuellen Themen Parallelen zu histori- schen bzw. literarischen Personen gezo- gen werden. Zeitlos erscheint das Pro- blem der schönen privilegierten Natalja, deren Versuchungswelt selbst in der Sowjetunion (siehe Erwähnung S. 10) nicht anders war. In ihrem Mann in Puschkin findet sie einen Mann, der sie nicht nur auf das abgegrenzte Feld ihres Ehe- lebens zurückziehen will, sondern auch die Kinder und die kleinen Kisten, aber die können ihr keinen Lebensinhalt ge- ben, und so flüchtet sie sich in Phantasien.

Natalja Baranskaja, *Woche um Woche*. Sam- lung (Luchterhand, Darmstadt 1979).
N. Baranskaja, *Das Ende der Welt*. Sammlung (Luchterhand, Darmstadt 1979).

„Die süße Frau“

Der Band *Die süße Frau* enthält vier Er- zählungen verschiedener Autorinnen, die in den Jahren 1973 – 1979 in Moskau ver- öffentlicht wurden.

Viktoria Tokorewa Der alte Hund

Im Mittelpunkt dieser Erzählung steht In- na, 32 Jahre alt, unverheiratet. Sie führt in ein Sanatorium, um sich dort „einen Mann zu angeln“, denn „zum Sterben be- spielsweise war es zu früh, für die Aufnah- me in den Komsomol zu spät, zum Heiraten jedoch – höchste Zeit.“ Hinter dem Heiratswunsch steht eine sehr schliche biologische Anschauung: „Das Leben ist von Natur aus so bemessen, daß der Mensch zwei Generationen großziehen kann, die Kinder und die Enkel.“

Zwar liebevoll aber zugleich mit be- ständiger Rücksichtlosigkeit betrachtet die Autorin über Inna „Erfolge“ über die Menschen, die ihr im Sanatorium bege- gen und darüber, weshalb sie die alte Hon- di in Kados nicht aussuchen kann. Der Wunsch Inna, „unter die Haube“ zu kom- men, wird in keiner Weise in Frage ge- stellt.

Irina Welembowskaja Die süße Frau

Die Erzählung beginnt mit dem Schluß Anja, Arbeiterin in einer Süßwarenfabrik, eines Moskauer Konditoreibetrie- bes, legt nach einem schweren Treppen- sturz im Krankenhaus. Die Gründe sind unbekannt. In Rückblenden lernt die Le- serin ihre Geschichte kennen. Konse- quent wird das Leben einer Frau darge- stellt, die zwar nerven aber letztlich über- nachlich mit ihrer Umgebung und mit ih- ren eigenen Gefühlen umgeht, und darauf bedacht ist, nach außen zu wirken und ihre Vorteile wahrzunehmen. Dies alles wird nicht als ein ihr eigener rück- sichtsloser Charakterzug dargestellt, son- dern als Reaktion, als Anpassung an das

Realer Sozialismus

Viktoria Tokarewa

Viktoria Tokarewa wurde 1937 in Leningrad geboren. Ihr erster Band mit Erzäh- lungen erschien 1969 in der Sowjetunion. Von ihren inzwischen über 100 Erzählun- gen gibt es ca. 20 in deutscher Überset- zung. Sie sind nicht nur gut proportioniert sondern in ihrer Bissigen und trocke- nen Art auch sehr amüsant. Mit ihrem Sa- rasmus ist Viktoria Tokarewa Vorreiterin für diese Art von Frauenliteratur. Dies schon deshalb, weil ihre Kurzgeschichten seit Jahren, im Gegensatz zu anderen, in der Sowjetunion veröffentlicht werden und sie zur Erfolgsautorin geworden ist.

Die gelehrte Drehbuchautorin über- nimmt gern den Part der Komikerin. Sie läßt in ihren knappen, lakonischen Dar- stellungen Raum für eigene Interpreta- tionen, so daß sich manche Deutungen erst nach und nach eröffnen. Sie sind zum Vorlesen gut geeignet.

Ihre Erzählungen *Und raus bist du* und *Zickzack der Liebe* haben viele kleine zwis- chenmenschliche Begebenheiten zum In- halt. Da gerade für Frauen das Zusam- mensein mit anderen Menschen oft sehr wichtig ist, sind Frauen zwangsläufig auch die Hauptpersonen. Meistens leiden sie unter der Unzulänglichkeit der Beze- hungen, sind ihrer überdrüssig, fügen sich aber in ihr Schicksal. Wie z.B. Irka, die ihrem Mann und ihrem Gelieb- ten in einer Auseinandersetzung verkün- det: „Wenn ihr Euch prügelt, Junge, bin ich leider gezwungen meinem ersten Mann beizustehen.“ Der Andre war ge- kränkt. „Warum?“ „Weil er noch nicht ge- rissen hat.“

Die Männer reagieren in vielen Situa-

tionen häufig als Ausdruck dafür ist z.B. der Mann, der seine Ehe so begründet: „Ma- schen unterscheidet sich von anderen Fra- en dadurch, daß sie auch lacht. Deshalb ist sie meine Frau.“ Die sparsame Spra- che drückt die Kommunikationslosigkeit zwischen den Geschlechtern sehr berechtigt aus.

Die Leserin erhält auf sehr humorvolle Weise eine Erklärung für die hohe Anzahl von Scheidungen, die von Frauen einge- reicht werden. Es werden die vielen „Kleinigkeiten“ zusammengetragen, die sich über die Jahre sammeln. Scheidungs- grund „Trunkenheit des Mannes“ verber- gen. Das gilt darin, daß sich die Frau- en mit diesen Männern private Glücksan- sprüche schlecht erfüllen können. Die Be- ziehungen werden ohne Klagen und An- geklagen in der speziell von der Autorin wahrgenommenen Komik gelebt. Auch die Frauen werden darin entlarvt, wie sie sich selbst betrügen. Eine „Bot- schaft“ liegt lediglich darin, die Situation zwischen den Geschlechtern nicht zu ver- bessern, sondern sie zu akzeptieren. Man sucht man vergebens. Es sei denn, man sieht einen Ansatz darin, daß die Toka- rewa sich weniger mit der existenziellen, ökonomischen Seite sondern eher mit der emotionalen Seite des Frauenlebens be- schäftigt.

V. Tokarewa
Und raus bist du. Kamen Verlag, Zürich 1987.
V. Tokarewa
Zickzack der Liebe. Pahl-Rugenstein, Köln 1987.



nur noch für eines: „sich in den Sessel fallen zu lassen und gedanklos in die Röhre zu starren.“ In der Familie kocht er „Hergessen und Erholung“, und wenn er „zu Hause nicht bekam, was seine er- müdeten Nerven brauchten, ging er zu sei- nen Freunden.“

Ganz anders dagegen die Rolle der Frau „Als der Kleine kam, änderte sich das Le- ben, aber nur Sonja. Sie war vollkom- men beansprucht von Windeln und Nacht- wachen.“ () Iwan bemitleidete sie, aber es kam ihm gar nicht in den Sinn, das Los seiner Frau zu erleichtern. () Iwans Ver- handlungen zur Welt wuchsen () ihre hingen rissen ab.“

Es ist die Frau, die sich angesichts die- ser Situation selbstkritisch in Frage stellt. „Möglicherweise bestand ihre Schuld dar- in, daß sie ständig geschwiegen hatte und zu stolz war, ihre Ansprüche laut zu äu- ßern. Sie meinte ihr Mann müsse selbst darauf kommen.“

Die Erzählung endet mit einem Nerven- zusammenbruch Sonjas.

Maja Ganina: Goldene Einsamkeit

In der kurzen Erzählung beschreibt die Autorin die Gedanken und Gefühle einer 42jährigen Schauspielerin, die ihr Leben eigenständig und ungebunden als Außen- seiterin unter ihren Kolleginnen geführt hat. Obwohl sie mit ihrer Lebensentwer- tung durchaus zufrieden ist, „liebäugelt“ sie mit dem Wunsch nach männlicher Ge- borgenheit. Nach einem Traum heißt es: „Mit diesem süßen, sie in der Wirklich- keit nie so jäh überkommenden Verlangen wachte sie auf () und begann über ihren Trübsal nachzudenken, über seine alles verzeihende, alles rechtfertigende männli- che Güte und darüber, daß ihr im Hoch- zeit nach dergleichen mehr widerfahren würde.“

Die süße Frau – Erzählungen aus der Sowje- tunion, hrsg. Monika Tantscher, Fischer Ver- lag, Frankfurt 1986.

„Neben der schon erfolgten Vorlage eines alternativen Verfassungsschutzprogrammes mit dem unter anderem genannten Ziel der Spionageabwehr wird die Verhandlungskommission der Grünen-Hessen zusätzlich beauftragt, auch ein Programm für ein alternatives Landeskriminalamt mit alternativen Verhörtechniken und alternativem Schußwaffengebrauch in die Verhandlung einzubringen.“

(Antrag an die Landesversammlung der Grünen-Hessen am 15.1.1984 in Jüdingen)

Keine Satire erscheint absurd genug, um nicht von der Wirklichkeit eingeholt zu werden. Den vorgenannten Text hatte die unter Spannung stehende Landesversammlung als billigen Trost für einige Kritiker des hessischen Rechts-Kurses unter Gefächler verabschiedet, nachdem man zuvor mit großer Mehrheit die Verhandlungsergebnisse mit der SPD zum Punkt „Innere Sicherheit“ gebilligt hatte. Keine fünf Jahre später ist es soweit. Die Grünen in Hessen legen eigen ersuche eigenen Entwurf für ein alternatives Polizeigesetz — aPo — vor.

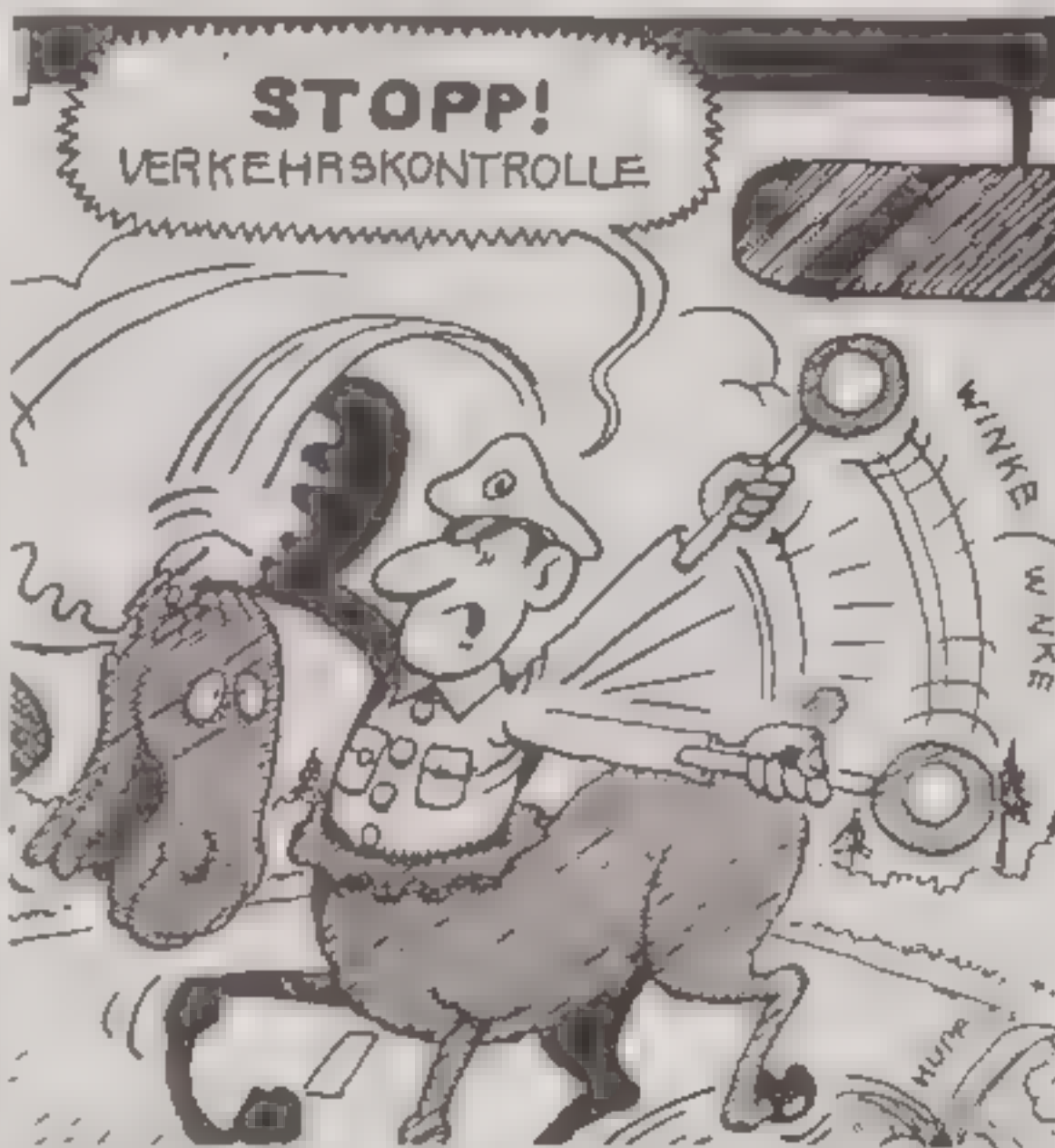
Anlaß ist der CDU-FDP Text für ein HSOG (Hessisches Sicherheits- und Ordnungsgesetz), der im Landtag eingebracht worden ist. Als Folge des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts, nach dem jegliche Datensammelns als Eingriff in die allgemeinen Persönlichkeitsrechte aus dem Grundgesetz zu werten ist und daher gesetzlicher Grundlage bedarf, gehen derzeit die Innenpolitiker der Länder und des Bundes daran, für die Polizei entsprechende neue „Eingriffsbefugnisse“ zu schaffen. Klar, daß dabei die Polizeigesetze den Realitäten der Polizeipraxis bzw. noch weitergehenden Wünschen der Polizei angeglichen werden sollen und nicht etwa umgekehrt dem Polizeihandeln Schranken gesetzt werden.

Entsprechend werden im hessischen Regierungsentwurf die Polizeiaufgaben der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr um die „vorbeugende Bekämpfung von Straftaten“ erweitert, so daß jeglichem „präventiven“ Polizeihandeln Tür und Tor geöffnet wird. Dafür werden die Vorschriften für Identitätsfeststellungen, ID-Beurteilung, Razzien, Datensammeln

Vorsicht für Identitätsfeststellungen ID-Beurteilung, Razzien, Datensammeln allesamt gelockert, Datensammlung, Datenspeicherung, Auswertung zur polizeilichen Beobachtung, Datenübermittlung an Geheimdienste und Arbeitgeber Observation und Abhören — alles was Polizisten heute schon (häufig illegal) tun, ist bald „rechtmäßig“. So weit — so schlecht.

Die hessischen Grünen dagegen wollen „im Interesse eines effektiven Schutzes“ der Bürgerrechte „alle polizeilichen Aktivitäten zur Gefahrenabwehr und Straftatbekämpfung begrenzen“. In § 1 ihres HSOG-Entwurfes begrenzen sie die Maßnahmen der Polizei auf die Abwehr von Gefahren, durch die die öffentliche Sicherheit bedroht wird. Der zweite Begriff, der bisher zu schützen ist, die Ordnung, fällt eratzlos weg. Das ist ein alter sozialdemokratischer Hohn, der beispielsweise im Bremer Polizeigesetz schon lange verwirklicht ist. Nur ist bisher nicht bekannt geworden, daß die Polizei in Bremen und Bremerhaven Punks oder andere Kids auf den Wachen weniger mißtratiert, Penner weniger schikaniert werden oder weniger gespitzelt wird als anderswo. Sonst darf die Polizei, die sich die Grünen wünschen, weiter alles, was sie schon immer durfte: Vorladen (§ 17), Suchstellen (§ 18), Zwangsmittel bis hin zum Schußwaffengebrauch anwenden (§ 25), Mitnehmen zur Dienststelle (§ 45), ID-Beurteilung (§ 45a) in Verwahrung nehmen (§ 46), Personen und Gegenstände durchsuchen (§ 50), Wohnungen durchsuchen (§ 52) etc. Neu ausgedacht haben sich die Grünen Polizeipolitiker, wann Bürger auch unter Berücksichtigung „eines effektiven Schutzes der Bürgerrechte“ in die Polizeicomputer eingespist werden dürfen, natürlich nur zu den in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Zwecken (§ 44a), wenn die Datenverarbeitung zur Wahrnehmung der vollzugs polizeilichen Aufgaben erforderlich und geeignet ist (Abs. 3 Nr. 1) und wenn das öffentliche Interesse an der Verarbeitung dieser Daten gegenüber dem Recht der Betroffenen auf informelle Selbstbestimmung überwiegt (Abs. 3 Nr. 2). Eine verdeckte Datenerhebung soll den Grünen zufolge zulässig sein, wenn die Abwehr einer erheblichen gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben einer Person auf andere Weise nicht möglich wäre (§ 44b Abs. 4). Aus Bild- und Tonaufnahmen dürfen personenbezogene Daten erhoben werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß dies zur Abwehr einer erheblichen Gefahr erforderlich ist (Abs. 5). In öffentlichen Versammlungen oder Aufzügen dürfen personenbezogene Daten erhoben werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß aus oder wegen der Versammlung Straftaten gem. §§ 125 (Landfriedensbruch), 125a (schwerer Landfriedensbruch), 211 (Mord), 212 (Totschlag), 223a (gefährliche Körperverletzung), 224 (schwere Körperverletzung), 239 (Freiheitsberaubung), 239b (Geiselnahme), 243 (schwerer Diebstahl), 244 (Diebstahl mit Waffen, Bandendiebstahl), 249 (Raub) oder 303 (Sachbeschädigung) begangen werden (Abs. 6 des Grünen-Entwurfes). Nach Abs. 7 darf die Vollzugs-polizei auch in oder aus Wohnun-

Hessen-Grüne wieder vorn: Von der APO zur aPo



denbruch), 211 (Mord), 212 (Totschlag), 223a (gefährliche Körperverletzung), 224 (schwere Körperverletzung), 239 (Freiheitsberaubung), 239b (Geiselnahme), 243 (schwerer Diebstahl), 244 (Diebstahl mit Waffen, Bandendiebstahl), 249 (Raub) oder 303 (Sachbeschädigung) begangen werden (Abs. 6 des Grünen-Entwurfes). Nach Abs. 7 darf die Vollzugs-polizei auch in oder aus Wohnun-

gen eine verdeckte Datenerhebung durch den Einsatz optischer und akustischer Hilfsmittel durchführen. Halten wir fest: Der grüne Entwurf erlaubt verdeckte Datenerhebung, Bild- und Tonaufzeichnungen, Demoaufnahmen und den Einsatz verdeckter Kameras und von Wanzen. All das wird durch jeweilige Hinzufügung des Wortes „nur wenn“ verharmt. Insbesondere die Erfassung

von DemonstrationsteilnehmerInnen ist genauso von der Polizei schon immer begründet worden, was die Verleser des Gesetzestextes natürlich auch genau wissen werden. Sie als Sozialwissenschaftler zahlen politischen Prozessen mit polizeilichen Observationspraktiken auseinanderzusetzen hatten. Da ändert es auch wenig, daß Daten grundsätzlich offen zu erheben sind (§ 44b Abs. 3), wenn die verdeckte Datenerhebung dann doch wieder erlaubt wird (§ 44b Abs. 4) und wenn die Umstände ihrer Erhebung festzuhalten sind (Abs. 8). Gleiches gilt natürlich auch für die Vorschriften über Speicherung, Auswertung und Veränderung der Daten, aber Datenabgleich, Berichtigung, Sperrung und Löschung, die den Betroffenen im

Prinzip Rechte auf Auskunft etc. einzuräumen, in bester deutscher Polizeitradition aber doch immer eine Ausnahmeregelung enthalten. Freuen sollen wir uns darüber, daß andere Dienststellen die ihnen durch Datenaufgleich übermittelten Daten nur zu den Zwecken, zu denen sie übermittelt wurden, verwenden dürfen. Hoffentlich hält sich ein CSU-kontrollierter BND auch an einen vom grünen Innenpolitiker definierten Verwendungszweck.

Mensch muß es jeder offen realisieren: Hier haben sich nicht irgendwelche ahnungslosen Provinzdeppen mal wieder realpolitische Gedanken gemacht, hier haben Juristen der Grünen, mit der Materie bestens vertraut, bewußt definiert, daß sie der hessischen Polizei alles, was heute sowieso praktiziert wird, weiter erlauben wollen. Das muß Beobachter umso bedenklicher stimmen, als die grünen Innenpolitiker durchaus auch über das nötige historische Hintergrundwissen verfügen, das es verbieten sollte, einem deutschen Polizisten auch nur eine Wasserpistole auszuhandigen.

th., Frankfurt

GRÜNE:

Religions- statt Chemieunterricht

Diese dumphen Pfaffenchrämen, laßt uns keck sie überlisten! Mit dem Teufel, den sie fädeln, wollen wir sie selbst erschrecken.

Goethe

Auch ohne satanische Unterstützung gelang es, der anti-antikirchlichen Stimmung bei den baden-württembergischen Grünen wurde eine unerwartete Nieder-

Lage zuteil. So geschah es auf dem Landesparlament in Schwäbisch-Hall am 21. und 22. Oktober. Auch die Antiklerikalen waren überrascht von der deutlichen Abfuhr, die der pro-christliche Landesvorstand hinhinnehmen mußte. Seine Politik, im Rahmen einer Programmdebatte um die Trennung von Staat und Kirche (vgl. AK 295 und 299) vor allem den Dialog mit den christlichen Kirchen und deren positive Rolle bei der Beantwortung ethischer Fragen zu betonen, war der Mehrzahl der Delegierten nicht einseitig zu machen.

Beschlossen wurde ein Kompromiß. Mit dem alten Anschein nach die konsequenten Antiklerikalen besser leben können als die erklärten Christen und die um Ausgleich mit den Kirchen bemühten baden-württembergischen „Realpolitiker“ (eine regionale, auch der CDU nicht prinzipiell feindlich gegenüberstehende Mutation).

Nach Büttnerreden ein klares Votum

Stimmungstrübender Gipfel — und pointierter Zeitpunkt — der Debatte war der Auftritt des Landtagsabgeordneten Kreiswilmann, der in weisheitsvollen Ausführungen darlegte, daß in allen Ländern, in denen die Trennung von Staat und Kirche stärker als in der BRD vollzogen sei (z.B. Frankreich, SA), die Ökologiefrage nicht vorwärtskomme. Unter dem Vorzeichen der Delegierten plädierte er dafür, anstelle des Religionsunterrichts doch lieber den Chemieunterricht abzuschaffen. Dem ehemaligen Fraktionschef der Landtagsgrünen und Befürworter von Tidenerungsabgeordneten an die CDU Fritz Kahn fiel vor allem ein, daß die „Ökologie bei den Grünen Vorrang habe und es zwischen Kirchen und Grünen viele Gemeinsamkeiten“ gebe.

Selbst solche rhetorischen Spitzenstellungen konnten die Stimmung nicht mehr kippen. Vergebens auch das Taktieren der Mitglieder der Landtagsabgeordneten Christen bei den Grünen. Beide Anträge aus ihren Reihen — ein „offizieller“ und ein persönlicher — verfiel von einem christlichen Dissidenten wurden als charismatisch zurückgezogen, der auf die explizit zugunsten des Landesvorstandes trug. Die Abstimmung schaltete dann ziemlich klare Verhältnisse: 49 Stimmen für den antiklerikalen Antrag des Kreisverbandes Rastatt/Baden-Baden, 148 Stimmen dagegen, 10 Enthaltungen, das waren immerhin fast 25% Fürstimmen und eher mehr als erwartet. Der kurzfristige noch „radikalisierte“ Antrag des Landesvorstandes erhielt aber auch nur 60 Stimmen (122 dagegen, 18 Enthaltungen).

Angenommen wurde der Initiativantrag des Kreisverbandes Heidelberg (132 ja, 48 nein, 20 Enthaltungen). Brent-Hall — als „Tendenzentscheid“ — folgend die prinzipielle Aussage: „Die Grünen sind mit ihrer Programmik in diesem Sinne der neuzeitlich aufklärerischen Tradition des religiösen und weltanschaulich neutralen Staates verpflichtet, in der sich eine Privilegierung einer Religion oder Religionen nicht rechtfertigen lassen.“

„Ersatzung der Kirchensteuer durch kircheninterne Beiträge“
„Abkündigung des konfessionellen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach und religiöser Erziehungsauftrag für staatliche Schulen“
„Einführung der Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer in allen kirchlichen Einrichtungen, die nicht der christlichen Verkündigung dienen und vom Tendenzschutz erfüllt bleiben sollen“.

Die Christlichen schäumen

Der Heidelberger Antrag wurde zwar durch allerhand Zusatzanträge noch verwässert — so wird in der beschlossenen Fassung die Bereitschaft zum Dialog mit der Antikirche stärker betont — dem Landesvorstand paßt dennoch augenscheinlich die ganze Richtung nicht. Die massiven Reaktionen auf den Parteilagsbescheid nahm dieses politische Führungsgremium demütig schweigend hin. — So warf der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus von Trotha den Grünen Insult nach und „Rückfall in antikirchliche Ressentiments des vorigen Jahrhunderts“ vor. — Nicht ganz so weit zurück in die Vergangenheit griff der Stuttgarter evangelische Oberkirchenrat: „Rückschritt in die 70er Jahre“ (Blitzzeitung der „K-Gruppen“).

— Eine regelrechte Kriegserklärung kam vom Freiburger Erzbischof Oskar Suter: „Wenn sie uns unsere Grundlagen (gemeint ist die Kohle, Anm. AK) entziehen wollen ist klar, daß wir uns gegen diese Angriffe wehren werden.“

Zu all dem kein Kommentar des Landesvorstandes. Daß die breit beachtete Regionalpresse überhaupt eine grüne Meinungsäußerung zitieren konnte, ist der baden-württembergischen Bundestagsabgeordnete Dora Flinner zu verdanken. Sie drohte mit recht ihren Parteiaustritt an: „Wer bisher aus christlicher Überzeugung für die Bewahrung der Schöpfung eintrat und dabei in den Grünen einen Partner sah, dem ist nun die Tür zugeschlagen.“ Hinter der Forderung nach Abschaffung des Religionsunterrichtes steckte die Absicht, „Schülerinnen und Schüler dem Einfluß von Sekten und anderen Interessengruppen wehrlos und unkontrolliert auszuliefern“. Daß dem Landesvorstand zu dieser Entfaltung nichts einfiel, kann ihm allerdings wohl kaum zum Vorwurf gemacht werden.

Ja./Hamburg

Rettet die Republik!

Aufruf der Realos an die Abgeordneten aller Fraktionen

Der Hothorchenstatter der hessischen Grünen war wie gewohnt zur Stelle. „I schen drängt auf Parlamentarismus kein Wort ist zuviel in Redakteur Kungel schmitts Schlagzeile „Jaz“ vom 5.10. und dennoch sieht man ihn leibhaftig vor sich, den grünen Ex-Minister, drängend wortgewaltig und nicht mehr ganz nicht fern, dem Fortschritt eine Bresche schlagend. Daß Joschka in der „Spiegel“-Umfrage nach den beliebtesten Politikern des Monats Oktober nicht einmal erwähnt wird, während Hothorchenstatter Julia Dittfurth immerhin 23% Zustimmung verbuchen kann, liegt wahrscheinlich nicht an seinem PR-Gehilfen von der „Jaz“. Klingelschmitt gibt sich wirklich alle Mühe. Wenn es der Sache dient, macht er auch aus der ödesten Landtagsroutine eine heiße Story.

Die hessischen Grünen haben ein Papier zur Parlamentsreform beschlossen. Höchste Zeit! Wallmann, der Schurke, hat öffentlich darüber nachgedacht, in Hessen den „Teilsatzabgeordneten“ einzuführen. „Wachs in den Händen der Bürokratie und der Regierungen“ wäre dieser Halbtagsparlamentarier, warnt der grüne Fraktionsvorsitzende. Was fehlt dem hessischen Landtag? Zeit für Generaldebatten! Ein Europaausschuß! Anträge- und Initiativrecht im Bundesrat! Erweiterung seiner Rechte gegenüber Administration und Landesregierung!

Die Grünen scheinen fest überzeugt, daß ihr Reformvorschlag auch in den anderen Fraktionen auf Resonanz stößt. Nicht nur wegen der versprochenen Arbeitsplatzsicherung (an die Rechte denken!) Stärkster Teil ihres Papiers — und in der „Jaz“ aus unerfindlichen Gründen unterschlagen — ist die Präambel, in dem auch dem letzten CDU-Hinterbänder die krisenhafte, nach Veränderung schreiende Lage des Parlaments drastisch vor Augen geführt wird. Nach Flick, dem Selbstannestierungsversuch der großen Parteien, der Barschel-Affäre und dem hessischen Diktandskandal ist „das Ansehen von Politik im allgemeinen und von Politikern im besonderen unter der breiten Mehrheit der Bevölkerung erbärmlich“. Für die hessischen Grünen ist das kein Grund zur Freude, schließlich „nimmt so die Grundlage eines demokratischen Konsens Schaden, das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung in die allgemeine Gültigkeit der Regeln von Gesetz und Verfassung, und d.h. die Gültigkeit auch und

gerade gegenüber jenen, die diese Regeln und Gesetze machen und anwenden, d.h. schlecht die demokratisch legitimierte Macht haben“. Kaum dämmert es der „Mehrheit der Bevölkerung“, daß vor dem Gesetz eben nicht alle gleich sind, schon stützen die Grünen herbei, um diese „Krise des demokratischen Verfassungsstaates“ schleunigst zu beheben. „Vertrauenskrise“ — dieses Wort finden die Verleser wachsend bedrohlich. Daß sie es in vier aufeinanderfolgenden Sätzen gleich fünf mal verwenden und nur die Anrede variieren „schlechte“, „offene“, „eine der schlimmsten Vertrauenskrisen“ (weiter hinten ist die Krise noch je einmal „ernst“ bzw. „schäblich“) — Wer von seiner Mission so durchdrungen ist, darf sich auch mal eine Konjunkturschwäche leisten.

Die Bereitschaft der hessischen Grünen Verantwortlichen für das Ganze zu übernehmen zum Wohle des krisengeschüttelten Verfassungsstaates? Gemeinnutz vor Eigennutz zu stellen, wirkt nicht nur albern, sondern auch ungeschick. Wo bleibt da die Realpolitik, wenn die Partei nicht versucht, aus dem hessischen Diktandskandal kräftig Kapital zu schlagen? Wieso macht das wenige verbliebene „Vertrauen“ in die etablierten Parteien weiter angraben? Die bei den Grünen offen stichelt gehegte Befürchtung, in der allgemeinen „Vertrauenskrise“ selbst mit unterzugehen, wäre ja nur dann plausibel, wenn man den Menschen nicht mehr vertraut zwischen Grünen und „A-Parteien“ unterscheiden zu können. Seit wann haben die hessischen Grünen eine sozialkritische Sicht ihrer bisherigen Politik? Was für Gedanken bewegen diese realistischen und diskontinuierlichen Politiker? Geht es um unsern Wähler am Ende schon wie um Tiere in Urwelt? antistatistischer Parabel „Animal Farm“, die ihre ehemals revolutionären Führer und neuen Ausbeuter die Schweine nicht mehr von den alten Ausbeutern den Menschen unterscheiden können. Sie „hinken von Schwein zu Mensch und von Mensch zu Schwein und wieder von Schwein zu Mensch, aber es war bereits unmöglich zu sagen, wer was war“.

In so düsteren Farben ist das Bild der grünen Partei selbst im AK noch nicht gemalt worden.

Ja./Hamburg

DKP und Gentechnologie:

„Wir haben jetzt transgene Kaninchen und Schweine“

Niemand hat bisher in Sachen Gentechnologie, bzw. Genkybernetik, wie ich es im letzten „ak“ genannt habe, eine Lösung vorzuweisen. Die Debatte beginnt erst. Mensch kann froh sein, wenn engagiert um Positionen gestritten wird. Insofern: Lob für die DKP! Diesmal kommt sie nicht zu spät, jedenfalls nicht später als andere. Nach mehrjährigem Vorlauf auf beachtlichem Niveau im theoretischen Unterbau und im Bundesfeld der Partei tagte im Sommer 88 ein „Forum Gentechnologie“ der DKP. Selbst in der „LZ“ soll diskutiert werden. Die übrige Linke wird zum Dialog eingeladen. „Neues Denken“, neue Initiativen fordert die DKP. Bravo! Den Ball nehmen wir auf. Wenn die DKP ihren Beitrag allerdings als „den ersten Entwurf eines Positionspapiers der Kommunistinnen und Kommunisten unseres Landes zu dieser neuen Technologie“ bezeichnet, dann wollen wir sie an diesem Anspruch auch messen.



F

Wenden wir uns zuerst den parteioffiziellen Ereignissen zu: Am 25.6.88, parallel zur Veröffentlichung des Programmentwurfs „Bundesrepublik Deutschland 2000“, tagte ein eigens vom Parteipräsidium einberufenes mitgliederöffentliches „Forum Gentechnologie“ in Düsseldorf. Es sollte der Zusammenfassung der bis dahin geleisteten wissenschaftlichen und publizistischen Vorarbeiten zum Thema im Einzugsbereich der DKP dienen. Zur Teilnahme hatte auch die „LZ“ – aufgerufen von Werner Stürmann, „für Wissenschafts- und Technologiepolitik zuständiges Präsidiumsmitglied“ der DKP, warb in einem Interview mit der Partei unter Hinweis auf die „Umbruchperiode“ der heutigen „rasanten wissenschaftlich-technischen Revolution“ für die Herstellung einer „engeren Verbindung von Gesellschaftswissenschaften mit den Naturwissenschaften“. Die „wissenschaftliche Arbeit der Politik“ sei Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution. Aber die Diskussion erstreckte sich über die Ängste der Antizipation wissenschaftlicher Fortschritte infolge organisierter, kleine nicht dem Zufall oder den individuellen Neigungen überlassen bleiben. „Das ist eine Aufgabe von Leitungsfähigkeit.“

W. Stürmann möchte Fehler, die die DKP in der AKW-Debatte gemacht hat, vermeiden. „Während wir in der Atomenergiefrage einen langen, ich meine auch schmerzlichen Weg zurückgelegt haben, auf dem wir ehemals für richtig erklärte Positionen korrigieren mußten, befinden wir uns bei der Gentechnologie in einer anderen Ausgangslage. Wir beginnen mit einer umfassenden Positionsbestimmung. Wir legen den Weg bewußt so an, daß wir nicht vorschnell Positionen festklappen, sondern wollen einen längeren Diskussionsprozess gestalten.“ („LZ“, 22.6.88)

60 Menschen, einschließlich mehrerer Präsidiumsmitglieder, unter ihnen Herbert Mies und Ellen Weber, die das Treffen in „LZ“ (26.7.88) „in erster Linie als Konsultation“ verstanden, kamen dann in Düsseldorf zur Diskussion des Entwurfs eines Positionspapiers zusammen. Die Anwesenheit der Präsidiumsmitglieder zeigt, welches Gewicht die DKP dem Thema gibt. Nach einer, wie es in der „LZ“ hieß, „gründlichen und teilweise kontroversen Diskussion“ wurde das von einer AG-Gentechnologie vorgelegte Positionspapier zurückverwiesen, um es in überarbeiteter Fassung zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung steht bisher aus. Über den Charakter der Kontroversen wurde der „LZ“-Öffentlichkeit nichts mitgeteilt.

Deswegen lobte die „LZ“ das Papier in einem anschließenden zweiten Interview mit W. Stürmann als „den ersten Entwurf eines Positionspapiers der Kommunistinnen und Kommunisten unseres Landes“ (1.7.88) und forderte zur Diskussion auf. Und unbeschadet der Differenzen skizzierte W. Stürmann die Linie, die „im Kern“ von allen TeilnehmerInnen des Forums mitgetragen wurde, nämlich: „Wir halten an generelles Ja oder Nein zur Gentechnologie zum gegenwärtigen Zeitpunkt für falsch. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da Risiken oft noch völlig unerforscht sind und wir von einer gesellschaftlichen Kontrolle weit entfernt sind, ist zu-

gleich eine weitgehende Ablehnung der verschiedenen gentechnologischen Richtungen erforderlich. Wir haben dafür folgende Stichworte gewählt: Auswahl, Monitoring, Kontrolle. Wir sind gegen alle Freisetzungsexperimente, gegen jede militärische Verwendung, gegen jede Anpassung der Menschen an lebensfeindliche Verhältnisse, gegen jede Entwicklung, wo die Nützlichkeit nicht nachgewiesen ist oder wo andere Alternativen bestehen. Ethische und gesellschaftlich-politische Verhältnisse. Da, wo keine real gesellschaftliche Kontrolle vorhanden ist, ist der Einsatz abzulehnen. Zugleich brauchen wir eine Lenkführung, die es möglich macht, offenbar zu agieren. Das heißt, eine Konzeption für ein notwendiges politisches, gestaltendes Eingreifen. Dies sollte sich aber nicht auf bloßes „Mitmachen, abgefordert durch ein bißchen Mitbestimmung“ beschränken. Man will eine „wirklich demokratische Entscheidung darüber, ob, was und wie gefährlich wird und ungewollt wird, über eine Nützlichkeit und Risikoprüfung.“ Das bedeutet, daß wir zunächst bestimmte Anwendungen und Forschungseinrichtungen generell ablehnen. In allen übrigen Fällen treten wir für ein Monitoring ein, bei der demokratischen Nützlichkeit und Risikoprüfung stattfinden und wirksame Kontroll- und Verwehre bestehen.“ Dazu habe man Kriterien: „Bildung öffentlicher Biotechnologie-Kommissionen“, „Vetorechte für Belegschaften, Betriebs- und Personalräte, Kommunen bis hin zum Bund.“

Der „Biotechnologie-Kommunisten-Vetorechte für Belegschaften, Betriebs- und Personalräte, Kommunen bis hin zur Stillelegung gentechnologischer Labors“ Entscheidend sei natürlich der „gesellschaftliche Druck“, der demokratische Entscheidungen überhaupt erst möglich mache. „Hier können der Kampf um Betriebsvereinbarungen, um Veränderungen der Forschungspolitik, um Durchsicht und Offenlegung der Prozesse in den 600 gentechnologischen Forschungslabors, um die Verbesserung von Sicherheitsrichtlinien, um die Veränderung der Genehmigungsverfahren z. B. bei anhängenden Freisetzungsanträgen wichtige Ansatzpunkte sein.“

Im übrigen, so W. Stürmann, folge sei eine Darstellung im wesentlichen den Gedanken des Programmentwurfs „Bundesrepublik Deutschland 2000“ (1) und dem langjährigen wissenschaftlichen und publizistischen Vorlauf.

Der wissenschaftliche

Werfen wir also einen Blick auf den „Vorlauf“. Hier haben die DKP bzw. die ihr verbundenen wissenschaftlichen Institute und Organisationen wie „Institut für marxistische Studien“ (IMSF), Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (BdWi), Marx-Engels-Stiftung und der DKP nahestehende Verlage „in Zusammenarbeit mit dem „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR“ (IPW, DDR) und dem „Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR“ (IMENO, Moskau) tatsächlich Beachtliches zur Entwicklung einer qualifizierten Analyse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und im besonderen der Gentechnologie zusammengetragen. Wer sich mit konkreten Fragen der Gentechnologie, darüber hinausführenden grundsätzlichen Fragen der „Produktivkraftentwick-

lung im Zeitalter der beschleunigten wissenschaftlich-technischen Revolution“ und daraus folgenden gesellschaftlichen Entwicklungssinn analytisch genauer befassen will, muß diese Arbeiten kennen. Kennen heißt nicht gleich haben, erst recht nicht heiraten. Kennen heißt, sich mit den Jern unter dem Anspruch der marxistischen Analyse zusammenzutragen. Tatsachen und Positionen auseinanderzusetzen. Eine Skizze muß hier genügen.

Seit 1981 führte das IMSF zusammen mit IPW, DDR und IMENO Moskau eine Reihe von Aktivitäten im Bereich der Kampagnenarbeit durch. Im Jahre 1982 unter dem Thema „Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ wurden Umbruchdiskussionen über dem reichhaltigen Bücher- und Broschürenangebot des IMSF durchgeführt. In der Folgezeit wurden auch die „Tendenzen politischer Kultur“ von 1987 hervorgehoben. (2) Thema ist das Verhältnis von wissenschaftlich-technischer Revolution und demokratischer Produktivkraftentwicklung.

Nach eingehender Analyse der neuen Produktivkraftentwicklung eines Stichwortes wie „von Werkzeugen zu Denkzeugen“, wie „neuer Rationalisierungstyp“ als „Flexibilisierung von Technik, Arbeitsorganisation und Beschäftigungsverhältnissen und der auf der wachsenden Transparenz von Abläufen beruhenden, übergreifenden Intensivierung der Arbeit“ wird wesentlich die globale Deformation der Produktivkräfte herausgearbeitet. Insbesondere wird auf die Diskrepanz zunehmender grenzüberschreitender Effektivität einerseits, abnehmender Kontrollierbarkeit andererseits hingewiesen. Im Zentrum stehen Atomtechnologie und Gentechnologie. Dabei nimmt Gentechnologie als kommende „Schlüsseltechnologie“ einen besonderen Platz ein. Schlussfolgerung: Im Lauf der Industrialisierung sei, auch im Sozialismus, ein „gewaltiges System linearer Produktionsstrukturen entstanden, das mit den natürlichen Kreisläufen in diskontinuierlicher Weise verbunden ist. Dieses System umzubauen und zu ökologisieren ist ein akutes und dringendes Problem. Seine Inangriffnahme bedarf einer völlig neuen Wissenschafts- und Technologieorientierung.“

Dies wird, unter Berufung auf Sowjetwissenschaftler wie Wadim Sagladin und Iwan Frolov, die mit ihren Arbeiten zu „Globalen Problemen der Gegenwart“ seit Anfang der 80er zu den ersten wissenschaftlichen Wegbereitern des „Neuen Denkens“ gehören und ihre Meinungsführerschaft soeben mit einer Aktualisierung „Globale Probleme der Zivilisation“ erneuert (3), durch Forderungen nach internationaler Kooperation zur „Stabilisierung der Biosphäre“ ergänzt. Die Stabilisierung erfordert keine „Eingriffe“, sondern eine „Beschleunigung der Produktivkraftentwicklung“, wenn das Überleben der Gattung gesichert werden soll.

Ich zitiere exemplarisch: „Auf globaler Ebene beinhaltet Stabilisierung die schrittweise allgemeine militärische Abrüstung, einen Stopp der Bevölkerungsexpansion und der unkontrollierten Urbanisierung durch bewußte und möglichst freiwillige Familienplanung, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, die in weiten Teilen der Erde infolge der natürlichen Aus-

waschung von Pflanzennährstoffen auch ohne zerstörerische menschliche Eingriffe abnimmt, die weitestgehende Erhaltung der Artenvielfalt durch die Rettung der Wälder und der Lebenswelt der Meere sowie die Verhinderung einer neuen Eiszeit bzw. ihres Gegenteils der Aufheizung der Erdatmosphäre. (Solche globalen Klimaschwünge können sich, wie wir heute wissen, innerhalb weniger Jahrzehnte vollziehen). (...) Auf lokaler bzw. regionaler Ebene geht es um die Erhaltung bzw. Schaffung dessen, was in der deutschen Sprache Heimat genannt wird: eine Landschaft, deren Bewohner hier dauerhaft ihr Auskommen finden und sich heimisch fühlen können. (...) Die Forderung nach Stabilisierung, Heimatbewahrung und -gestaltung mag konservativ erscheinen. Tatsächlich beinhaltet sie im gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext aber mehr revolutionäre Konsequenzen als viele ahnen. Die Stabilisierung unserer Lebensbedingungen ist unvereinbar mit der ungezügelter kapitalistischen Profitgier, d. h. das Heimatrecht (nicht zu verwechseln mit der vorchristlichen Forderung der Landmannschaften) kann nur im Kampf gegen die Kapitalherrschaft durchgesetzt werden.“

Die Entwicklung dieser „lokalen Formen der Demokratie“ dürfe allerdings „nicht vom nationalen und internationalen Kampf für Frieden, soziale Gleichheit und Brüderlichkeit getrennt werden. Das heißt: Stabilisierung und Heimatbewahrung dürfen nicht darauf hinauslaufen, den Kapitalismus (...) unter Naturschutz zu stellen.“ (S. 65 ff.)

Empirische Analysen, marxistische Fragestellungen zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, allgemeine Einordnung der Gentechnologie in die Produktivkraftentwicklung, Anregungen zu Utopien für ein besseres Leben oder wenigstens das Überleben der Menschheit lassen sich aus diesen Arbeiten des IMSF mit Gewinn entnehmen. Aber schon in diesen Grundarbeiten treten bemerkenswerte blinde Flecken zutage.

So werden die „dysfunktionalen“ Produktionsabläufe, das gestörte Gleichgewicht der Biosphäre zwar als globales Problem analysiert. Dann aber heißt es: „Eine in diesem Sinne rationale Regelung des Mensch-Natur-Verhältnisses findet unter den Bedingungen gewinnwirtschaftlicher Planung und einer gebrauchswertorientierten, qualitativen Produktionsweise schon heute in vieler Hinsicht günstige Voraussetzungen, jedoch wird ein entsprechender Umbau des gesamten Produktivkraftsystems von Autoritarismus und Bürokratismus bei den gegebenen materiellen Voraussetzungen als ein langfristiger Prozess angesehen.“

Und wie zum Hohn, aber zustimmend wird zitiert: „Bei der Schaffung und dem Ausbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus können zunächst nur die „materiellen Voraussetzungen“ herangezogen werden.“

Ausgangspunkt der materiellen Basis des Sozialismus können zunächst nur die schlimmsten naturwidrigen Wirkungen dieses Produktivkraftsystems beschränkt werden. ... Dennoch kann der Sozialismus nicht umhin, die Masse der umweltschädigenden Wirkungen der modernen Produktivkräfte zum Teil noch erweitert zu reproduzieren, nicht nur, weil er im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus steht, sondern vor allem, weil auch die kommunistische Formation das ihr adäquate Produktivkraftsystem nur im Verlauf eines längeren historischen Prozesses hervorzubringen vermag.“ (4)

Desweiteren enthält das Buch zwar beachtenswerte Analysen zu den sozialen, einschließlich sozio-kulturellen Umstellungen in der Folge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Sie werden aber umständlich zu strategischen „Schlüsselworten“ der „Demokratisierung“ und „Internationalisierung“ aufgeführt, ohne auf die antagonistischen Interessen von Kapital und Arbeiterschaft, bzw. auch Kapitalismus und (Real)Sozialismus eingegangen zu sein. Kurz: Es bleibt unklar, was an den globalen Problemen die Folgen einer allgemeinen wissenschaftlich-technischen Revolution, was die des Kapitalismus, was die des realen Sozialismus sind. Der Analyse des Kapitalismus entspricht keine Analyse des Realen Sozialismus, erst recht keine der Machtverhältnisse zwischen beiden, bzw. zwischen den Klassen. — Im November 1985rief die „Marx-Engels-Stiftung“ der DKP in Übereinstimmung mit dem BdWi dazu auf, „einzugreifen in die heftige Debatte um Normen und Ethik, die nicht einer „rechten“ Spielweise zu überlassen.“ („LZ“, 29.11.85)

Beachtenswert, was unter „rechts“ verstanden wird. Es lohnt zu zitieren: „Doch Kompliziertheit tut sich auf: Die auf der sozialen Basis neuer lohnabhängiger Mittelkräften sich formierende Alternativbewegung steht politisch links. Ihre ideologische Form jedoch ist — aufgrund ihrer

Entstehungsweise h. die Konsumtion mit Anleihen aus der späbürgerlichen Lebensphilosophie und Technikkritik. Hier nicht den Clench zwischen Kritik und Bejahung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu suchen, sondern unterschiedliche linksdemokratische Kräfte zu vereinen, sehen die Gesprächsteilnehmer als oberstes Ziel marxistischen Handelns. Und dies vor allem angesichts eines Klassengegners, der mit aller Kraft eine maßgebende ideologische Strategie betreibt.“

Im April 86 organisierte der BdWi eine Fachtagung kritischer WissenschaftlerInnen zu Gentechnologie. TeilnehmerInnen waren auch Leute wie Ruben Scheller (5), Autor eines der ersten Bücher zur Gentechnologie aus (real)sozialistischer Sicht, Dr. Regine Kollek, Mitherausgeberin eines „konkret“-Buches zum Thema (6), Dr. Enka Hickel, lange Zeit für die GRÜNEN in der „Enquete-Kommission Gentechnologie des Deutschen Bundestages“.

Man habe keineswegs einen „Konsens konstruieren“, sondern „öffentlich streiten“ wollen, heißt es im Vorwort zur anschließend herausgegebenen Dokumentation der Tagung (7). „Mit dem Ziel, in absehbarer Zeit zu gemeinsamen begründeten Positionen zu kommen.“ Tatsächlich wird aus der Dokumentation ein Spektrum von Positionen zwischen GRÜNEN, GrundsatzerInnen und eher linkssozialdemokratischen Forderungen nach Einzelfallabwägungen deutlich. Die Dokumentation der Fachtagungs-Reformate bietet eine konzentrierte Einführung in die strittigen Fragen der Gentechnologie, umfassen bei Sicherheitfragen über Arbeitsplatzfolgen, Medizin, biologische Waffen usw. bis hin zu wissenschaftstheoretischen Fragen der Wissenschaftsfreiheit, des Reduktionismus und wissenschaftlicher Erkenntnisgrenzen, der Verbindung der Gentechnologie zu anderen Disziplinen und ihrer Verquickung mit der Industrie. Insofern dürfte die Tagung ihr Ziel erreicht und einer Reihe von Multiplikationen wichtige Impulse zu kritischen, in manchen Fällen sogar zu marxistischen Annäherungen an das Problem geliefert haben.

Auch hier jedoch der blinde Fleck. Teilnehmer war u. a. auch Prof. Dr. Eberhard Gyllhof, führender DDR-Genetiker von der Akademie der Wissenschaften, DDR. Er sprach sich über die Gefahren der Gentechnologie, wendete aber den möglichen „Mißbrauch“ der Gentechnik für die Herstellung biologischer und chemischer Waffen — selbstverständlich nur am Beispiel der USA und ihrer Verbündeten. Auch in den übrigen Beiträgen wurden zwar allgemeine Gefahren der Gentechnologie herausgearbeitet, aber nur für den Kapitalismus konkretisiert.

Im Mai 1987 lud das IMSF zu einer Diskussionskonferenz „Vernunft wird Unvernunft, Wissen Flucht, die Linke und die Rechte“.

Im Mai 1987 lud das IMSF zu einer Diskussionskonferenz „Vernunft wird Unvernunft, Wissen Flucht, die Linke und die Rechte“.

Im Vorwort schreibt André Leisewitz namens des IMSF nach einer Skizze der heutigen Entwicklung zur Frage „Warum Diskussion um Fortschritt?“. „Angenichts der eingangs genannten neuen globalen Probleme und Krisenfelder verlaufen die Fragestellungen und Diskussionsfronten auf der Linken bzw. unter den systemkritischen, für eine andere Zukunft einsetzenden Kräften heute in vieler Hinsicht anders. Es geht weniger um Skepsis gegenüber jenem platten Fortschrittsverständnis — das haben die meisten längst ad acta gelegt. Kritik und Alternativen kommen eher von einer anderen Seite. Fortschritt sei heute überhaupt nur noch denk- und realisierbar durch Verzicht auf Utopie, durch Fesselung statt Entfaltung von Produktivkräften. Leitfragen müssen, wie Hans Jonas sagt, eine Heuristik der Furcht sein, die uns die Zukunft nicht von dem her, was wir wünschen, sondern von dem, was wir nicht wollen, bestimmen läßt. Letztlich — und so wird es auch formuliert — läuft eine solche Vorstellung auf die Forderung hinaus, von einem Weltbild Abschied zu nehmen, das den Menschen und die Entfaltung seiner Bedürfnisse und Geltungspotenzen in den Mittelpunkt stellt. Das aber wäre gerade Abschied vom Kampf um wirklichen sozialen Fortschritt, dem wir uns heute zu stellen haben.“

Eingegrenzt durch diese Zielsetzung bemühen wir sich um Pluralismus. In den dokumentierten Kurzbeiträgen wird manches deutlicher, was sich in der IMSF üblichen Stoffeile mit wissenschaftlichem Anspruch sonst eher verbirgt. Ein paar Schlichter mögen genügen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

H. G. Sandkuhnen Bremen beschränkt den „Humanismus als das Maß des Fortschritts“, „Antipode des Fortschritts“ sei „nicht mehr der Rückschritt, sondern das Ende geschichtlicher Existenz. Frieden ist deshalb die universelle Aufgabe.“ (S. 18.)

R. Steigerwald fordert „nicht Absage, sondern Bejahung der wissenschaftlich-technischen Revolution“.

Ch. Strawe, ehem. Bundesvorsitzender des MSB und ehem. Mitglied des Bundesvorstandes der VVN/BdA, heute anthroposophischer Verlagsdirektor regt zum Dialog zwischen „Neuen Denken“ und Anthroposophie an Hand der Frage der Selbstverwaltung an.

E. Gärner aktualisiert die Forderungen nach Stabilisierung der Biosphäre. „Ich plädiere also dafür, den Heimatbegriff in die marxistische Gesellschaftstheorie aufzunehmen und das Konzept der Stabilisierung durch die Erarbeitung regionaler Modelle stofflich-technischer Alternativen zur kapitalistischen Vergewaltigung der Natur zu inkorporieren.“ (S. 58.)

U. Beck's Begriff der klassenlosen „Risikogesellschaft“ (9) steht im Zentrum mehrerer Beiträge. Die einen grenzen sich „kategorial“ von ihm ab, halten die angesprochene Problematik aber für „beachtenswert“ und „diskussionswürdig“. Andere wie K. Mischen Mitarbeiter des Oeko-Instituts Freiburg, nutzen die Sympathie für Beck's Position zur Rehabilitation des Idealismus. „In den traditionellen Klassentypen bestimmt das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein. Im Gegensatz dazu wird in den Gefährdungstypen durch die neuen Risiken das Sein vom Bewußtsein bestimmt.“

Lassen wir es bei diesen Beispielen der Positionsbeschreibung. Mensch sucht die Diskussion ist nach allen Seiten offen. Riskieren wir einen Blick auf die Lösungsstrategien.

Beispielsweise J. Reusch, stellvertretender Leiter des IMSF Radikal legt er Ink. „Es scheint um einen Selbstmord der Gattung Mensch“ zu handeln. „Es geht darum, ob eine vom gesellschaftlichen Niedergang bedrohte Minderheit willens und entschlossen scheint diesen Prozeß durch kalkulierten Mord an Trägern der Gattung aufzuhalten oder umzukehren.“ (.) Die Frage lautet also nicht, Überleben oder Revolution, sondern Überleben und Revolution. „Dann aber kommt es zum „neuen Sicherheitsbegriff“ einer „Kontrolle der Vernunft“. Jetzt gibt es kein Halten mehr. „Der Wert Friede ist und bleibt dem Antagonismus der Systeme übergeordnet.“ (.) Er wurde schon festgestellt, daß Klassenantagonismen objektiven Charakter haben und nicht durch subjektive Willenserklärungen irgendeiner Seite aufgehoben oder stillgestellt werden können. Aber das Überleben der Menschheit steht höher als Klasseninteressen.“ (.) Auch die revolutionären Veränderungspotentiale sind allerdings dem Imperativ des Nuklearkontrollierers unterworfen d.h. auch sie müssen einen Preis zahlen, zwar nicht die Aufgabe revolutionärer Zielstellungen, aber Formen der Konkurrenz.“ (.) Auch die revolutionären Veränderungspotentiale sind allerdings dem Imperativ des Nuklearkontrollierers unterworfen d.h. auch sie müssen einen Preis zahlen, zwar nicht die Aufgabe revolutionärer Zielstellungen, aber Formen der Konkurrenz.“ (.)

„Nicht anders der Programmtextwurf „Bundesrepublik 2000“. Schon die Namensgebung stellt ihn in eine Reihe mit den diversen „2000er Programmen der DDR, des RGW und der DDR. (10) Anders gesagt: Er folgt in seinen allgemeinen Passagen den globalen Einschätzungen Gorbatschows und seinem Stichtwort der „Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung bis zum Jahr 2000“ in dem Versuch, die so gewonnenen Kriterien auf die „Strategie der kapitalistischen Modernisierung“ in der BRD bis zum Jahr 2000 zu übersetzen. Er beschränkt, zu Stereotypen genannt, die vom IMSF und Umgebung verarbeiteten Begriffe des „Neuen Denkens“. Die „neue historische Situation“ der „tiefgreifenden Wandlungen einer Umbruchperiode“, die „beschleunigte Zuspitzung globaler Probleme“, die die „Möglichkeit der Vernichtung der Menschheit auf die Tagesordnung“ gesetzt habe.

Als „Grundprozess“ der Umbruchperiode wird die „sich beschleunigende wissenschaftlich-technische Revolution“ bezeichnet, deren Auswirkungen alle Lebensbereiche erfassen und die globalen Menschheitsfragen prägen. Die Welt von heute ist zu einer von Widersprüchen und Konflikten durchzogenen Ganzheit geworden. Ihre Teile stehen in immer engerer Abhängigkeit und Wechselwirkung. Mehr als je zuvor sind innergesellschaftliche und internationale Prozesse verflochten.“

Kontaktsiert wird dies an den Atomwaffen und an der ökologische Krise. Die Menschheit steht heute an einem Wendepunkt. „Erstmals besteht in ihrer Geschichte die reale Möglichkeit, daß sie mit den von ihr selbst geschaffenen Produktivkräften und Potentialen von Wissenschaft und Technik ihre eigenen Existenzgrundlagen zerstört. Das gilt nicht nur für die drohende atomare Selbstvernichtung. Die Biosphäre droht auch durch die „friedliche“ Produktionsaktivität der Menschheit zerstört zu werden.“ Mit den neuen Technologien der wissenschaftlich-technischen Revolution würden zugleich neue Naturkräfte erschlossen. Kata-



strophe von Tchernobyl.“ Dies geht erst recht für den weiteren Ausbau der Kernenergie in der UdSSR (S. 62) Aber sein Vorstoß blieb einsam.

Repräsentativ dagegen für diese Verunsicherung wie alle zuvor erwähnten sind die Sätze des Redakteurs Engelhardt: „Die Sowjetunion sucht sich an, die Herausforderungen des Übergangs zum 21. Jahrhundert beziehen zu wollen, die weit westen und inneren Prozesse des Umbruchs in den Existenzbedingungen und Entwicklungsfaktoren von Gesellschaft zu beherrschen. Mir scheint, daß die Gorbatschowsche Rede von der „Demokratie als dem Wesen der Sache“ auch bei uns weniger mit Blick auf Vergangenes, Versäumtes und Ungenügendes, und vielmehr mit Blick auf die Zukunft auf das Neue und Herausfordernde gelesen werden muß.“ (S. 147)

Marke: „2000“

Nicht anders der Programmtextwurf „Bundesrepublik 2000“. Schon die Namensgebung stellt ihn in eine Reihe mit

Marke: „2000“

Nicht anders der Programmtextwurf „Bundesrepublik 2000“. Schon die Namensgebung stellt ihn in eine Reihe mit den diversen „2000er Programmen der UdSSR, des RGW und der DDR. (10) Anders gesagt: Er folgt in seinen allgemeinen Passagen den globalen Einschätzungen Gorbatschows und seinem Stichtwort der „Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung bis zum Jahr 2000“ in dem Versuch, die so gewonnenen Kriterien auf die „Strategie der kapitalistischen Modernisierung“ in der BRD bis zum Jahr 2000 zu übersetzen. Er beschränkt, zu Stereotypen genannt, die vom IMSF und Umgebung verarbeiteten Begriffe des „Neuen Denkens“. Die „neue historische Situation“ der „tiefgreifenden Wandlungen einer Umbruchperiode“, die „beschleunigte Zuspitzung globaler Probleme“, die die „Möglichkeit der Vernichtung der Menschheit auf die Tagesordnung“ gesetzt habe.

Als „Grundprozess“ der Umbruchperiode wird die „sich beschleunigende wissenschaftlich-technische Revolution“ bezeichnet, deren Auswirkungen alle Lebensbereiche erfassen und die globalen Menschheitsfragen prägen. Die Welt von heute ist zu einer von Widersprüchen und Konflikten durchzogenen Ganzheit geworden. Ihre Teile stehen in immer engerer Abhängigkeit und Wechselwirkung. Mehr als je zuvor sind innergesellschaftliche und internationale Prozesse verflochten.“

Kontaktsiert wird dies an den Atomwaffen und an der ökologische Krise. Die Menschheit steht heute an einem Wendepunkt. „Erstmals besteht in ihrer Geschichte die reale Möglichkeit, daß sie mit den von ihr selbst geschaffenen Produktivkräften und Potentialen von Wissenschaft und Technik ihre eigenen Existenzgrundlagen zerstört. Das gilt nicht nur für die drohende atomare Selbstvernichtung. Die Biosphäre droht auch durch die „friedliche“ Produktionsaktivität der Menschheit zerstört zu werden.“ Mit den neuen Technologien der wissenschaftlich-technischen Revolution würden zugleich neue Naturkräfte erschlossen. Kata-

strophe wie Harrisburg und Tchernobyl, Chemieunfälle wie Bhopal und Basel schlossen „praktisch unkontrollierbare, grenzüberschreitende“ Folgewirkungen ein. Dies gilt auch für die in ihnen ausmaß noch kaum erfüllten Risiken der modernen Gentechnologien. Hier tauchen Schwächen einer verantwortbaren Forschung auf.“ Die Lösung dieser globalen Probleme sei zu einer „unaufschubbaren Aufgabe“ geworden. Die Mobilisierung aller Ressourcen von Wissenschaft und Technik innerhalb eines knappen „Zeithorizonts von wenigen Jahrzehnten“ sei dafür erforderlich. Dies aber sei nur möglich, wenn diese Mittel und Ressourcen aus dem Rüstungswettlauf freigesetzt und in internationaler Kooperation eingesetzt würden.

Es folgt die programmatische Erklärung: „Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen, daß unser Land einen friedlichen, demokratischen, ökologisch vertäglichen und sozialen Weg in der wissenschaftlich-technischen Revolution einschlägt. Wir wollen, daß die großen Möglichkeiten der modernen Wissenschaft und Technik für die Bewältigung der globalen Probleme genutzt werden. Es geht darum, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt so zu beherrschen, daß er zu gestalten und zu kontrollieren, daß er einer lebenswerten Zukunft diene. Zu diesen Zukunftsaufgaben gehören die Stabilisierung der Biosphäre, die Ökologisierung der Produktivkräfte, die friedliche Entwicklung von Wissenschaft und Technik und ihre Orientierung auf die Verbesserung der Qualität von Leben, Arbeit und Umwelt.“

Die neue historische Situation verlange neue Antworten und neue Alternativen. „Eine friedensorientierte und demokratische Reformalternative für die Bundesrepublik (.) mit der ein konstruktiver Beitrag unseres Landes zur Sicherung des Friedens und zur Lösung der globalen Probleme möglich wird, mit der soziale, demokratische und ökologische Reformen verwirklicht werden können. Dies ist die große Herausforderung an unser Denken und Handeln.“ Notwendig sei „der Dialog aller Kräfte, aller Kräfte der Arbeiter- und Friedensbewegung, der demokratischen und sozialen Bewegungen, der Jugend- und Frauenbewegung“ um in einem „gemeinsamen Lern- und Kampfprozess“ die richtigen Antworten auf die Herausforderungen zu finden.

So weit, so verständlich und so neu eigentlich nicht mehr. Dann aber, wenn es um das Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus geht, wird's kurios: Haben wir doch zunächst gelesen, die Strategie der kapitalistischen Modernisierung führe unweigerlich zu einer weiteren Deformierung der Produktivkräfte, eine Überwindung dieser Krise sei nicht absehbar, die rasante Zuspitzung der globalen Probleme also gewiß. Und weiter: „In unserem Land vorzueilen sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt vor allem deshalb auf Kosten von Mensch und Umwelt, weil Profit- und Rüstungsinteressen über ihn bestimmen. Die neuen Belastungen

und Gefahren entstehen nicht durch technologische Zwänge, sie sind vor allem Folge von gesellschaftlichen Bedingungen.“ (.) Dann aber hören wir ein paar Seiten später: „Ein entscheidender Konflikt unserer Zeit besteht darin, ob sich der Fortschritt von Wissenschaft, Technik und Produktivkräften auf Kosten der Menschen und ihrer Existenzbedingungen vollzieht, oder ob es gelingt, ihn auch unter kapitalistischen Verhältnissen (Hervorhebung — ak) für die Sicherung der Lebensbedingungen aller Menschen und die umfassende Entfaltung ihrer Entwicklungschancen zu nutzen.“ Freilich könne eine solche „Umorientierung der Produktivkräfteentwicklung“ nur gegen die Interessen des großen Kapitals durchgesetzt werden. Dafür gebe es aber eine „reale Chance“. Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen schaffen den Reichtum. Eine Schlüsselrolle für die Durchsetzung einer alternativen Produktivkraft- und Wissenschaftsentwicklung ist daher deren Demokratisierung.“ Der Kapitalismus also doch noch zu retten? Gentechnologie auch im Kapitalismus o.k. — wenn nur die Arbeiter „mitbestimmen“ haben? Hier sind wohl doch zu viele Fragen offen.

Dann die andere Seite: „Zwar wird die Welt zur „Ganzheit“ der wissenschaftlich-technischen Revolution erklärt, deren Katastrophen in beschleunigtem Maße durch „unkontrollierbare, grenzüberschreitende Folgewirkungen“ charakterisiert werden. Zwar wird pflichtbewußt Tchernobyl erwähnt. Aber dennoch drohen von realsozialistischer Seite offenbar keine Gefahren, jedenfalls hört Mensch in dem Entwurf nichts darüber (im Gegenteil) dort schaffe „der revolutionäre Umgestaltungsprozess“ eine „neue Verantwortung für die neuen Fragen der Menschheit. Die auf die Gegenwart ange wandten Lehren von Marx, Engels und Lenin stehen vor der Herausforderung, sich als Kandidat einer neuen ethischen und politischen Orientierung zur Rettung der Menschheit und zur Erhaltung und Entwicklung der Fortschrittmöglichkeit unserer Zivilisation zu erweisen.“ Die Politik der Sowjetunion sei ein „inspirierendes Beispiel dafür, wie aus der realistischen Analyse der Welt von heute und ihrer Entscheidungssituationen, wie aus der Orientierung auf die Menschheits- und Zukunftsfragen die Fähigkeit zur gestaltenden Initiative in der internationalen Politik erwächst.“

Hier wird nun wirklich jede sozialistische, ganz zu schweigen von kommunistische Orientierung verworfen. Die „Ganzheit“ der globalen Bedrohung erweist sich am Ende als keineswegs ganz, sondern als zweigeteilt in kapitalistische Faulheit und rettenden Sozialismus. Und dennoch Kapitalismus ist reformierbar. Im Realsozialismus andererseits verwindet sich die Bedrohung umständlich in eine sozialistische Erneuerung. Wenn das „Neues Denken“ ist, dann danke! Unter diesen Umständen kann Dialog nur Kampf gegen die Verwechslung von politischer und wissenschaftlich-technischer Revolution, also der Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse durch bloßes Mitmachen heißen. Auf etwas anderes „Neues Denken“ ist, dann danke! Unter diesen Umständen kann Dialog nur Kampf gegen die Verwechslung von politischer und wissenschaftlich-technischer Revolution, also der Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse durch bloßes Mitmachen heißen. Auf etwas anderes nämlich als Mitmachen an der Internierung der Produktivkräfteentwicklung, eben doch „abgefedert durch ein bißchen Mitbestimmung“, wie W. Stürmann wohl von sich wies, kann die in dem Entwurf vorgelegte Linie in Sachen Gentechnologie in der Tat nicht hinauslaufen.

JUZ“-Cocktail oder was Kleres?

Die Konkretisierung aber steht aus. Wo der wissenschaftliche Vorlauf, noch Programmtextwurf können sie einsetzen, zumal der Entwurf inzwischen umstritten ist. Derweil der Parteivorstand an der Überarbeitung des Positionspapiers zur Gentechnologie im Besonderen und des Programmtextwurfs im Allgemeinen besteht, entwickelt sich in den DKP-Zeitungen selbst der „JUZ“, eine ungewöhnlich lebhaft publizistische zum Thema.

Die „JUZ“ verblüff mit einem Cocktail unterschiedlicher Artikel zum Thema, die den Eindruck einer lebhaften Debatte vermitteln können. Sachaufklärung, Berichte über Widerstand gegen gentechnologische Projekte, Gastbeiträge von DDR-Autoren, Nachdrucke aus sowjetischen Zeitungen, Leserbriefe. Die Meinungen reichen von Verbotsforderungen in Leserbriefen bis zur Diffamierung von Kritik als „Vertiefung“ seitens eines DDR-Autors. Prof. Dr. Reinhard Moeck, Philosoph an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg. Er propagiert Gentechnologie ungern als unvermeidlichen Bestandteil der „neuen wissenschaftlich-technischen Revolution“ in der DDR („JUZ“, 10.6.88). Die Meinungen reichen von einem Brandartikel: R. Steigerwalds gegen die Eugenik des „genetischen Determinismus“ bis zur Verteufelung der Insulinproduktion und genetischen Vorsorge durch aufgebrachte Leser.

Allerdings: Wenn um den Realsozialismus geht, hört der Pluralismus auf. Re-

alsozialistische Gefahren der Gentechnologie kommen in der „JUZ“ nicht vor. Sowjetische Realitäten werden unter Überschriften wie „Wir haben jetzt transgene Kaninchen und Schweine“ belächelt. Schon im April 88 war in der „Genspalte“ („JUZ“, 8.4.88) die Geburt eines „transgenen Kalbes“ begrüßt und daneben das Verbot von Risikoforschung in der BRD gefordert worden. Merke: Realsozialistisches Genschwein gut, kapitalistisches Hormonkuh schlecht. („JUZ“, 5.8.88)

Weiter: Zwar wird z.B. ein Interview mit Alexej Sosnow, führender sowjetischer Genetiker, zum Thema „Affemensch — ein utopisches Monstrum?“ aus dem sowjetischen Digest, „Sputnik“, nachgedruckt. Darin wird immerhin die Frage nach einer allgemeinen Wissenschaftsethik aufgeworfen. Aber das Thema wird bereits durch den, dazu noch kassierten Redaktionskommentar erledigt, führende Wissenschaftler, so auch Prof. Geißler/DDR, würden derartige Vorstellungen als völlig utopische Spekulationen ablehnen, da der Mensch ein „gesellschaftliches Wesen ist und daher mittels biologischer Techniken weder gezeugt noch vervielfältigt werden kann.“ Motto: Was nicht sein darf, das nicht sein kann! Konkrete Fragen werden nicht gestellt.

Hier schlägt die bekannte Tradition offenbar doch wieder durch. Leserstimmen, die sich z.B. nach dem Artikel von Prof. Moeck gegen „Beschönigung“, „Verantwortungslosigkeit“ und „Leichtfertigkeit“ erhoben und von ihm Auskünfte über Gefahren der Gentechnologie in der DDR gefordert hatten, mußten sich damit vertheuern lassen, die Diskussion „sei „noch unterwegs“, das „interdisziplinäre Gespräch“ noch nicht so weit gediehen, aber ein „Missverständnis der Ethik“ sei „unabweisbar“. — Unabweisbar scheint mir nur, daß dies doch keine Debatte, sondern eher der Versuch ist, eine solche leerlaufen zu lassen.

Etwas anders bei den „Marxistische Blätter“. Dort scheint der Pluralismus in einen Streit überzugehen, der interessant werden könnte.

In den letzten beiden Ausgaben (XV/88 und II/88) konfrontiert Ruben Scheller in „Sachliche Gentechnologie inzwischen Autonomie der DKP, in einem Artikel „Fünf Aufgaben marxistischer Bewertung der „Gentechnologie““ seine Genossinnen gleich mit einer doppelten Kritik.

Zum einen bekräftigt er die „Prognose einer wachsenden Bedeutung der Biotechnologie im Produktivkraftsystem des dritten Jahrtausends.“ Sie trage „zumindest Merkmale eines kommunistischen Produktivkraftsystems.“ Er setzt jedoch fort: „Im gleichen Atemzug gilt es aber, vor der Übernahme von kapitalistischem wie realsozialistischem „Schlussfolgerungsschematismus und -Dogmatismus zu warnen.“

Zum zweiten sieht er die „Gefahr, daß wir nach den Erfahrungen mit der Kernenergie den ungekehrten Fehler machen, und diesmal das Kind mit dem Bade ausschütten. Insbesondere zwei Auffassungen sind verbreitet. Erstens: Biotechnologie sei entweder generell oder unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen weder beherrschbar noch zu sozialem Fortschritt nützlich. Zweitens tritt an die Stelle des Gestaltungsanspruchs oft die Illusion, die Entwicklung der Biotechnologie könne ganz oder zumindest bis zur Schaffung geeigneter, demokratischer Produktionsverhältnisse blockiert werden.“

Mensch darf gespannt sein, wie die DKP ihr Dilemma löst. Ihre Position zur Gentechnologie könnte sich als ein erneuter Stolperstein ihrer politischen Glaubwürdigkeit erweisen. Ohne prinzipielle Kritik der kapitalistischen Besitzverhältnisse zum einen, ohne konkrete Kritik der realsozialistischen Verhältnisse zum anderen wird es keine sozialistischen und schon gar keine kommunistischen Positionen zur Gentechnologie und keine sozialistische Erneuerung in der Frage der Produktivkräfteentwicklung geben.

Anmerkungen

- (1) Entwurf Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre“ hrsg. am 30.6.88 als „JUZ“-Beilage.
- (2) Hrg vom IMSF Frankfurt 1987.
- (3) W. Siegladin, Folow, Erlangen: Globale Probleme der Gegenwart. Berlin/DDR 1982. Zweites „Globale Probleme der Zivilisation“ Sozialismus und Fortschritt der Menschheit“ Edition Marxistische Blätter, Düsseldorf 1988. Siehe dazu auch den nebenstehenden Artikel.
- (4) H. Paulus, A. Bauer: Zum Verhältnis von Natur und Produktionskräften“ hrsg. nach Antr. des IMSF in: Jahrbuch des IMSF 13, S. 26.
- (5) Ruben Scheller: „Das Gen-Geschäft“ — Chancen und Gefahren der Biotechnologie“ Weltkreis Verlag 1985.
- (6) Friedrich Hansen, Regina Kofek: „Gentechnologie, die neue soziale Welt?“ konkret-Literatur Verlag, Erlangen 1985.
- (7) FORUM der Wissenschaft, Studienhefte 1. Gentechnologie Marburg 1988.
- (8) Hrg vom IMSF Frankfurt 1987.
- (9) Ulrich Beck: „Risikogesellschaft“ Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986.

Der 27. Parteitag der UdSSR gab das Stichwort: Sozialökonomische Beschleunigung bis zum Jahr 2000 als Weg zur Lösung der globalen Probleme der Menschheit.

Die Pläne konkretisierten in der UdSSR „Über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR von 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000“. Im RGW „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000“. In der DDR: „Direktive des XI. Parteitags der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990“ (10) Allen 1986.

In allen Programmen geht es um die „Beschleunigung“ der „wissenschaftlich-technischen Revolution“, insbesondere der „Schlüsselindustrien“ als Voraussetzung globalen sozialen Fortschritts. Dazu werden neben dem Ausbau der Atomtechnologie „vor allem“ Mikroelektronik, Biotechnologie und Gentechnik gerechnet, die man in der Tendenz bereits zur „Bioenergie“ als beherrschende Produktivkraft des 3. Jahrtausends zusammenfassen sieht (1).

Neu-sozialistische Wissenschaftler allen voran die Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Publizisten bemühen sich um Verwissenschaftlichung und Multiplikation. Unter dem Titel „Globale Probleme der Zivilisation“ erschien soeben im Verlag Marxistische Blätter die aktuellste wissenschaftliche Interpretation des „Neuen Denkens“ Stichwort: Anhebung der „Zivilisation auf eine qualitativ neue Stufe“ durch „Beschleunigung des Fortschritts“ das „Hinüberwachsen der wissenschaftlich-technischen Revolution (...) in die Revolution in Wissenschaften und Produktion“.

Im selben Tenor erschien jetzt in der DDR „Technologien im Umbruch“. Mit dem Erscheinen, heißt es in dem Buch, werde einer Forderung des XI. Parteitags entsprochen: „nämlich zielstrebig an der weiteren Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu arbeiten und diesen in Effektivitätssteigerung unserer Volkswirtschaft umzusetzen.“ (11) Schon ein Jahr zuvor erschien im Dietz-Verlag mit selbsterzieltem Zielsetzung ein volkswirtschaftlich ausgerichtetes Agitationsbroschüren von immerhin 80 Seiten „Biotechnologie: Kleines Wesen — große Wirkung“ (12), in dem die beschleunigte Revolutionierung der Produktivkräfte durch die Gentechnologie zu einer der entscheidenden sozialistischen Aufgaben auf dem Weg ins Jahr 2000 erklärt und dann ohne weitere Kritik im Detail entwickelt wird.

Wer dokumentieren das Wort aus diesem Bruchstücken. Es darf gut und gern als exemplarische Konkretisierung der „2000“er Planung des Realsozialismus genommen werden, an dem sich auch die DKP-Massen lassen muß. Den allgemeinen Rahmen des neuen „Globalismus“ werden wir in einem der nächsten AK's genauer vorstellen.

Anmerkungen:

(10) Die genauen Bezeichnungen und Quellen

Anmerkungen:

(10) Die genauen Bezeichnungen und Quellen
a) Über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR von 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000. Berichterstatter N. Ryshkov, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, Moskau, 3.3.1986.

b) Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000. In: Einheit (1986) 2, S. 167 — 177; außerdem in siehe (11), 2, (17).

c) „Direktive des XI. Parteitags der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990“. Berlin/Weist 1986.

(11) „Technologien im Umbruch“, Hrsg. von Prof. Dr. sc. Warner Sydow, Verlag die Wirtschaft, Berlin/DDR, 1988.

(12) „Biotechnologie: Kleines Wesen — große Wirkung“, Arnold Grawe, Klink, 1986.

(13) Siehe dazu Fröhre u.a. in „Globale Probleme der Zivilisation“ und in „Technologien im Umbruch“. Dort ebenfalls H. J. Wunderlich: „Schlüsseltechnologien und internationale Wirtschaftszusammenhänge“. Genauere Ausführungen zur Lohnersatzwert. Genauer aber aus Platzgründen nicht gemacht werden.



UdSSR, RGW, DDR:

Technisierung der Revolution?

Biotechnologie zum Wohl des Volkes

CAD/CAM Technik (elektronische Systemsteuerung mikrobiologischer Prozesse) — akt in der Volkswirtschaft der DDR belegen diesen revolutionären Prozeß. Es wird für jeden deutlich spürbar Schlüsseltechnologien verändern nicht nur die sachlich-gegenständlichen Elemente der Produktion, sondern bewirken zugleich eine qualitative Weiterentwicklung der Hauptproduktivkraft Mensch. Und das wiederum wird immer mehr zu einem grundlegenden Erfordernis der fortschreitenden wissenschaftlich-technischen Revolution und der Sicherung der Produktivität der Arbeit.

Was ist Biotechnologie?

Die Biotechnologie befaßt sich mit der Erforschung zielgerichteter Beeinflussung und Nutzung biologischer Prozesse in technischen Systemen und industriellen Produktionsanlagen. Ihr Ziel ist es, neue Produkte herzustellen oder bekannte qualitativ zu verbessern, effektivere Verfahren anzuwenden und das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis langfristig günstig zu gestalten.

Mit der Biotechnologie nutzt der Mensch in erster Linie Mikroorganismen und deren Eigenschaften und Fähigkeiten für produktive Zwecke. Daneben gewinnt die Nutzung von tierischen und pflanzlichen Zellen an Bedeutung, die die Palette der durch Mikroorganismen erzeugbaren Produkte erweitern.

Die Biotechnologie hat ihren eigenen Gegenstand und ist eine selbständige Wissenschaftszweig mit ausgeprägtem interdisziplinärem Charakter und eigenem Praxisgebiet.

Biologische Prozesse werden durch den Menschen eigentlich schon lange genutzt (1). In der DDR orientierte die SED schon in den sechziger Jahren auf eine gezielte wissenschaftliche und praktische Arbeit zur Nutzbarmachung neuer biologischer Prozesse und Wirkstoffe. Es entstanden leistungsfähige Forschungs- und Produktionskapazitäten, und die Anwendung der Biotechnologie wurde forciert. Auf dem XI. Parteitag der SED wurde die industrielle Nutzung mikrobiologischer Prozesse und Substanzen zu einem der Schwerpunkte erklärt, um die für die intensivierte Reproduktion landwirtschaftlicher Produktionsmittel zu schaffen (2). Die Biotechnologie wurde als eine Hauptrichtung der wissenschaftlich-technischen Revolution gekennzeichnet, die auf lange Sicht und breitenwirksam die Produktivkräfte revolutioniert und für die erfolgreiche Verwirklichung unserer gesellschaftspolitischen Ziele von großem Gewicht ist.

Auf dem XI. Parteitag der SED wurden auf dem Gebiet der Biotechnologie große neue Aufgaben gestellt. Die biotechnologische Produktion ist in Zeitraum bis 1990 auf das zweifache zu steigern. Schwerpunkte dabei sind die Entwicklung und Produktion hochwirksamer Diagnostika und Pharmaka für den Gesundheitsschutz, der Einsatz von Enzymen und Geschmacksstoffen zur Erhöhung der Effektivität und Qualität in der Lebensmittelproduktion, die Nutzung gentechnischer Methoden zur Leistungssteigerung in der Pflanzen- und Tierproduktion sowie die Hochveredelung einheimischer Rohstoffe und die Gewinnung von Wertstoffen aus Abprodukten einschließlich der Reduzierung von Umweltbelastungen. Entscheidende Voraussetzungen für die Leistungssteigerung auf biotechnologischen Gebiet sind durch die Konzentration des Forschungspotentials sowie durch die Beherrschung und Anwendung der modernen Arbeitstechniken der Biotechnologie in Verbindung mit einer auf den fortgeschrittenen Erkenntnissen der Mikroelektronik beruhenden Verfahrens- und Automatisierungstechnik zu schaffen (3).

Wodurch wird die Schlüssel-funktion der Biotechnologie bestimmt?

Der fortschreitende Erkenntnisprozess des Menschen in den Biowissenschaften, sein immer tieferes Eindringen in den molekularen Bereich des Lebens führt zur Erschließung neuer Größengrößen der Natur. Moderne Methoden und Verfahren, wie die Gentechnik, Enzymtechnik, Zellkulturtechnik und Immuntechnik, schufen seit Beginn der achtziger Jahre die Möglichkeit, neuartige biologische Objekte und Syntheselösungen zu beherrschen. Neue gerätetechnische Entwicklungen auf der Basis der Mikroelektronik haben die produktive Ausnutzung des biologischen Faktors, also biologisch-biochemischer Wirkprinzipien stark erweitert. Damit wird eine qualitativ neue Etappe in der Entwicklung der

Biotechnologie eingeleitet und ihre heute erlangte Schlüsselstellung entscheidend begründet. Für den Menschen entstanden neue Möglichkeiten, in die Entwicklung des Lebens einzugreifen. Das Verhältnis des Menschen zur Natur erreicht eine neue Stufe. Der Mensch wird „vom Nachahmer der Natur zum Konstrukteur biotischer Evolution im Rahmen der Naturgesetze“ (6). Hierin liegt die grundsätzliche revolutionäre Potenz der Biotechnologie am Gesamtprozess moderner Produktivkraftentwicklung.

Mit der gezielten, massenhaften Nutzung biologisch-biochemischer Wirkprinzipien in technischen Systemen geht die Entwicklung qualitativ neuer Arbeitsmittel einher. Das führt zu tiefgreifenden und komplexen ökonomischen, sozialen und ökologischen Effekten. Insbesondere die mit der Erschließung der neuen Basistechniken — werden die Gentechnik, die Enzymtechnik, Zellkulturtechnik und Immuntechnik allgemein bezeichnet — freigesetzten Größengrößen der Natur führen zu einer wie Karl Marx formulierte „großen Fruchtbarkeit“ aller Bedingungen, die der umfassenden Intensivierung dauerhaften Charakter verliehen. Die biotechnologischen Verfahren und Erzeugnisse beeinflussen nachhaltig Arbeitsprozeß und Wertbildungsprozeß, sowohl durch die Herstellung neuartiger Erzeugnisse als auch durch eine höhere Veredelung von Rohstoffen und Material sowie durch die Verwertung von Abprodukten. Der Wirkungsgrad der lebendigen Arbeit wird durch die Biotechnologie so erhöht, daß grundlegende Voraussetzungen für eine überhörschbare, tiefe und ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität geschaffen werden. In einem Zusammenhang damit stehen qualitative Wandlungen in den Arbeitsinhalten und materiellen Arbeitsbedingungen der Werktätigen. Beide werden vor allem durch den Umgruppieren der Arbeitskräfte in qualitativ höherwertigen Symptomen bestimmt. Für solche Aktionen benötigen wir hochqualifizierte, dispositive Werkkräfte. Zugleich kommt es infolge des interdisziplinären, zweigebietübergreifenden und praxisorientierten Wesens der Biotechnologie sowie durch die Natur ihrer Arbeitsmittel zu einer Vertiefung der Kompetenz im Arbeitsprozeß. In der industriellen Biotechnologie sind ein solches „Zusammenwirken von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Arbeitern bei der schrittweisen Gewinnaufbau“ (7) zu beobachten.

Die Biotechnologie hat eine große volkswirtschaftliche Breitenwirkung und findet in immer mehr Bereichen der Volkswirtschaft komplexe Anwendung: Ernährung, Gesundheitsversorgung, Mensch und Tier, Rohstoffgewinnung und -verarbeitung, Energieerzeugung und -verwertung und Umweltschutz — das sind entscheidende Gebiete, auf denen uns die Biotechnologie gute Dienste

und -verwertung und Umweltschutz — das sind entscheidende Gebiete, auf denen uns die Biotechnologie gute Dienste erweisen soll. Sie durchdringt heute bereits viele Zweige der Volkswirtschaft. Weder die pharmazeutische, chemische oder Nahrungsgüterindustrie noch die Papier-, Textil- oder feuerchemische Industrie können auf biotechnologische Leistungen und Produkte verzichten. Auch in Landwirtschaft, Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Material- und Energiewirtschaft finden biotechnologische Verfahren zunehmend Eingang, und weitere Anwendungsgebiete zeichnen sich bereits ab. Zugleich führt die verstärkte Einführung der Biotechnologie in der Tendenz dazu, daß sich bestimmte Prozesse in der Landwirtschaft der Nahrungsgüterwirtschaft der Chemie und der pharmazeutischen Industrie immer stärker miteinander verbinden, zum Teil verschmelzen und durch neue ersetzt werden. Die Palette biotechnologisch erzeugter Produkte ist bereits groß und erweitert sich immer mehr. Das betrifft zum Beispiel bestimmte Arzneimittel, Geschmacksstoffe, biologische Pflanzenschutzmittel, aber auch neue chemische Zwischenprodukte für Kosmetik, Haushaltschemie und andere Richtungen. Zugleich ergeben sich hohe Ansprüche an die Zweige, die in der Herstellung qualitativ neuer Arbeitsmittel für die Biotechnologie verbunden sind, nämlich an die Zweige Elektrotechnik, Elektronik, Maschinen- und Anlagenbau, wissenschaftliche Gerätebau und Glas- und Keramik. Die Biotechnologie führt also nicht nur zu Veränderungen in der volkswirtschaftlichen Erzeugnisstruktur, sondern auch zu tiefgreifenden Veränderungen in der technologischen Produktionsbasis überhaupt. Es gehen nachhaltige Wirkungen von der Biotechnologie auf das gesamte wissenschaftlich-technische und ökonomische Niveau der Volkswirtschaft aus.

Die Biotechnologie ist sowohl mit

klassischen Technologien als auch mit weiteren Schlüsseltechnologien kombinierbar und kann zu deren effektiverer Anwendung beitragen. So bietet sich beispielsweise die Möglichkeit, bestimmte einzelne Stufen innerhalb der Gesamtprozesse durch biotechnologische Verfahren zu substituieren. Analoge Beispiele gibt es in der Nahrungsgüterwirtschaft und Lebensmittelindustrie. Einzelne Bereiche weisen dabei Produktions- und Effektivitätssteigerungen von 20 Prozent und mehr auf. Von besonderer Bedeutung ist die Kombinationsfähigkeit der Biotechnologie mit der Mikroelektronik der CAD/CAM-Technik und anderen Spitzentechnologien. Einerseits zeichnet sich heute schon ab, daß die Biotechnologie die weitere Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik nachhaltig fördern wird. Begriffe wie Biosensoren, biologische Speicher und Biocomputer finden wir nicht mehr nur in utopischen Romanen, sondern sie sind Gegenstand ernsthafter wissenschaftlicher Arbeit geworden. Andererseits setzt die volle Ausschöpfung des Leistungs- und Effektivitätspotentials der Biotechnologie auch ein hohes Niveau der Mikroelektronik und der auf ihr beruhenden modernen Rechen-, Steuerungs- und Regeltechnik in unserer Volkswirtschaft voraus.

Wie die anderen Schlüsseltechnologien kennzeichnet also die Biotechnologie ebenfalls auf längere Sicht die künftigen Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte. Sie geben uns bereits heute eine konkrete Vorstellung von einer kommunikativen Produktionsweise, zu der es im Programm der SED heißt, daß sie „auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik die Produktivkräfte, (...) die Springschritte des gesellschaftlichen Reichtums, planmäßig entwickelt und mit höherer Effektivität im Interesse des Wohles der Menschen“ (7) nutzt.

Eine völlig entgegengesetzte Wirkung hat die Biotechnologie in der Welt des Kapitals. Dort beobachtet bereits im Anfangsstadium ihrer breiten Einführung die Biotechnologie neue Ängste herauf. Tausende Beschäftigte in Konzernen und Labors müssen um ihre Arbeitsplätze und ihre Arbeitssicherheit fürchten. Die Erfahrungen beim Einsatz von Computern und Robotern lehren, daß die Konzernleitungen stets versuchen, die Potenzien eines modernen Technologie auszunutzen, um hohe Profite zu erzielen. Wer dabei zuerst auf der Strecke bleibt, das sind die Wertungen. Hauptinteresse der Konzerne an der Biotechnologie ist nicht Arbeitserleichterung und Umweltschutz, sondern Erhöhung der „Wirtschaftlichkeit“ um jeden Preis.

Es ist deshalb äußerst fadensteigend, wenn Konzernvertreter behaupten, die Biotechnologie gefährde im Gegensatz zur Robotertechnik keine Arbeitsplätze, sondern schaffe völlig neue Möglichkeiten. Neue Möglichkeiten schafft die zu-

zur Robotertechnik keine Arbeitsplätze, sondern schaffe völlig neue Möglichkeiten. Neue Möglichkeiten schafft die profitorientierte Anwendung der Biotechnologie tatsächlich; nämlich zur Einsparung von Arbeitsplätzen in bisher ungeahnten Größenordnungen. Das Hormon Insulin beispielsweise, das zuckerkranken Menschen benötigt, wurde bisher in einem arbeitsaufwendigen Prozeß aus tausenden Bauchspeicheldrüsen von Schweinen gewonnen. Die Produktion von Insulin auf biotechnologischem Wege dagegen spart neu von zehn Arbeitsplätzen (8).

Die Interessen der Arbeiter vertretend, setzt sich die SED (tatsächlich so! — Anm. AK) deshalb dafür ein, daß bei der Umstellung von herkömmlichen auf biotechnologische Verfahren in den Konzernen durch Rationalisierungsschutzabkommen und Tarifverträge die Arbeitsplätze der Beschäftigten garantiert, Lohn oder Gehalt, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen erhalten und verbessert werden.

Original-Anmerkungen des DDR-Textes

(1) XI. Parteitag der SED Berlin, 7. bis 21. April 1986. Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Deutschen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED Berlin, hiesiger Genosse Erich Honecker, Berlin 1986, S. 32.

(2) Ebenda, S. 26.

(3) Karl Marx: Das Kapital, Dritter Band, in MEW Bd. 25, S. 857.

(4) Kurt Hager: Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche — Traktate und Werte des Sozialismus, Berlin 1983, S. 44.

(5) XI. Parteitag der SED, Berlin, 17. bis 21. April 1986, Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, Berichterstatter Genosse Günther Mittag, Berlin 1986, S. 52.

(6) Kurt Hager (wie oben), S. 44.

(7) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 73/74.

Vor dem 8. Schöpfungstag?

Eine Replik auf „Die Gene sind es nicht ...“

Seit den 60er Jahren, in die auch die Entschlüsselung des Aufbaus und der Funktionsweise der Gene fällt, ist eigentlich klar, daß das nächste Feld naturwissenschaftlicher „Quantensprünge“ die Biologie ist. Die Physik beispielsweise war mit der Entdeckung der Kerne 40 Jahre früher dran. Jeder, der davon trümlt, als Wissenschaftsfeld in die Geschichte einzugehen, ein Galilei oder Einstein oder auch Robert Oppenheimer zu werden, müßte sich also auf die Biologie stürzen. Eine „wissenschaftlich-technische Revolution“ nennen es die Revisionisten.

Wissenschaftliche Revolutionen haben traditionell die Gemüter erhitzt, war haben inzwischen damit eine Reihe von Erfahrungen. Aber beim heutigen Stand der Entwicklung heißt das nicht (mehr) automatisch, daß sie die Gesellschaft, den Imperialismus, den realen Sozialismus und unsere Utopie grundlegend revolutionieren muß. In den letzten 50 Jahren sind im Ergebnis dieser „wissenschaftlichen Revolutionen“ aber immer größere Gefährdungspotentiale für die Menschheit angestiegen. Ich meine etwa die ständig weiter steigende Zahl von Atomwaffen und Atomkraftwerken oder den Einsatz der Chemie in Landwirtschaft und Industrie. Diese Gefährdung entsteht natürlich nicht aus allen technologischen Entwicklungen. Bei der Computereentwicklung wurden ähnliche Gefährdungspotentiale vermutet, was heute erkennbar so einfach nicht stimmt. Hingegen ist die Entwicklung der Biologie heute zweifellos mit neuen Gefahren verbunden. Ob sie aber alle bisherigen Gefahren in den Schatten stellen wird, ist ein reiner Glaubenssatz.

Es ist also gar nicht verwunderlich, wenn in der Gendebatte alle möglichen Wunsch- und Horrortitel der ungehen. Die einen machen damit Publicity und die anderen wissen es nicht besser. Im letzten

AK wird zu Recht festgestellt, daß sich hier Antiaufklärersches ausbreitet. Ich finde, der Wurm liegt dabei auch in der Methode. Unter verschiedenen Namen und Schlagworten wird für die Folgen der biologischen Erkenntnisse und Anwendungen ein großer Topf bereitgehalten, in dem alles zusammengeführt wird, was überwiegend einen Spekulationsbrei ergibt. Spekuliert wird vor allem darüber, ob wir nun den gentechnisch manipulierten "verbesserten" oder den angepflanzten Menschen erleben. Das halte ich für völlig absurd (dazu später). Es wird darüber spekuliert, ob mit Hilfe der Biologie neue Energiequellen oder Nahrungsmittel in unbegrenztem Ausmaß geschaffen werden könnten. Das ist in meinen Augen reinste Zukunftsmusik. Jeder kann glauben, was er will, niemand kann widerlegt werden. Mitin in diesem Spekulationsbrei befindet sich dann auch das, worüber man heute diskutieren muß, die heute vor-handenen Kenntnisse und Forschungsergebnisse, deren praktische Erprobung oder Anwendung bevorsteht, wie gentechnisch produzierte Substanzen, erste Freilandversuche gentechnisch manipulierter Pflanzen etc. Die Betreiber leugnen nicht unbedingt alle Gefahren, wollen aber mit fantastischen Aussichten locken. Diverse ZukunftskritikerInnen betonen Aussteigermodelle und neue Ethiken an die abzulehnenden Naturwissenschaften sollen durch "neue" Erkenntnismethoden oder uralte Simsa.ab.m ersetzt werden.

Politische Kritiker suchen nach einem Konzept. Die DKP diskutiert über Formen der gesellschaftlichen Kontrolle nach dem Motto: Gentechnologie ist kapitalismus na gut, Gentechnologie ist sozialismus (vielleicht) gut. Die „Kommu-ne“ probierte es mit dem Schlagwort der „weißen Biologie“.

So ist es gar nicht verwunderlich, daß

nun auch im letzten AK so ein Rundumwurf vorgeführt wurde, der mit einer neuen Auslegung des Begriffes Biokybernetik auch einen großen Topf aufmachte. Ganz zwangsläufig gerieten diese Thesen im AK auch zur einer Mischung aus Spekulation und Realität. „Argumente und Fakten“ erfordern meines Erachtens (zumindest) zu Anfang der Darstellung und Diskussion eines Problems) eben doch eine „Zerlegung in die einzelnen Teile“. Und das soll hier ein Stück weit geschehen.

Der neue Mensch?

In den Thesen im letzten AK wird behauptet, daß die Gentechnik am „verbesserten“ Menschen arbeite. Es wird die Richtung klar kritisiert, aber als „offen“ erklärt, was dabei herauskomme. In einer Gesellschaft ohne Unterdrückung wird die „Verbesserung“ des Menschen nicht ausgeschlossen; heute sei „Selbstbeschränkung“ angesagt. Man wolle die Menschen dazu auf Diskette in den 90er Jahren bringen, konnte man auch unkompliziert kurzlich im AK lesen. Die Furcht vor Menschen vom Fließband oder Frauen als Reproduktionsmaschine für die Züchtung geht um. Es wird sogar die unstrittige Frage gestellt, ob man die Gefahren der Atomenergie oder Eingriffe in die Genstruktur des Menschen bremsen seien. Was soll ein solcher Vergleich zwischen zwei Methoden, mit der man das Ende herbeiführen kann? Die Furcht vor Eingriffen in das Lebewesen Mensch ist die Quelle der in dieser Debatte hochschwebenden Ängste, Irrationalitäten und der politischen Manipulationsmöglichkeiten. Hier tut Ängstregung nicht viel, wie in den Thesen – (Gentechnik ist kein...)

Im Frühjahr 1998 wählten wir die Zeit für die Gemeindepollung alle Handwerkergruppen.

[illegible]

Ein Vergleich

Die Entdeckung der Atomenergie war eine wissenschaftliche Umwälzung, doch die reaktorgetriebene Taschenlampe wird es nach heutigen Erkenntnissen nicht ge-

ben. Wenn man Kernspaltung und Kernfusion wissenschaftlich versteht und auch herbeiführen kann, heißt das eben nicht, diesen Prozeß in jeder gewünschten Form steuern zu können. Die Atomenergie bedeutet(e) unbegrenzte Lebens- und Zerstörungsmittel. Der Mensch hat(e) damit praktisch eine unendliche Energiemenge (im Vergleich zum „kleinen“ Erdmaßstab) zur Verfügung. Es kam jetzt „nur noch“ darauf an, sie entsprechend einsetzen zu können. Die Debatte um die „friedliche Nutzung“ der Atomenergie in den 50er Jahren, die durch die Eisencamp-Regierung („atoms for peace“) inszeniert wurde, schaffte es, reinum alles in Fantasieren zu versetzen, obwohl die Atomenergie bei Atombombenexplosionen in Hiroshima und Nagasaki ihre Vernichtungskraft unter Beweis gestellt hatten. Ernst Bloch sah schon voraus, wie man die Wüsten in Oasen und die Pole in Badestrände verwandeln werde. Das „Perpetuum mobile“ der Energiegewinnung, der Brüder, hat Milliarden unter diesem Werbebild verschlungen. Er ist nach wie vor der militärische Reaktor, ist eben als Energiegeber für eine sorglose Menschheit ein Milliardengrab geworden. Heute sagt Rosenhuber man müsse an dieser Option für spätere Zeiten festhalten.

Die damaligen Fantasiereien um die Atomenergie erscheinen mir vollkommen mit der heutigen Debatte um die Gentechnologie vergleichbar. Daß die heutige Gen-Debatte gleich entsprechend Pro und Kontra geführt wird, hat mehr mit dem Zeitalter zu tun und ändert in diesem Punkte wenig. Denn die Kontrahenten wollen meistens die unbegrenzten Möglichkeiten der Gentechnologie gar nicht in Frage, sondern sehen nur ihre negative Anwendung voraus. Mehr oder weniger wird die Gentechnologie selbst zum Teufelsknecht und weniger ihre Anwen-

Denn der Rückblick macht auch deutlich, daß man für den Hinweis auf die negativen Folgen und Gefahren der Atomkraft nur wie damals nun „weiß Gott“ nicht die selben Rummel um die phantastischen Möglichkeiten der Atomenergie hätte mitmachen müssen. Wir standen heute somit so gar ziemlich blamiert da. Allerdings gehen wir da auch noch zur Schule.

Zum Stand der Wissenschaft!

Wir kommen noch lange nicht in die Phase, wo die "Verbesserung" des Menschen probiert werden könnte. Wissenschaftlich gesehen scheinen mir die Filme über Franksteins Monster mehr auf der Höhe der Zeit zu sein. Natürlich wäre es möglich, aus dem Menschenall zu probieren, in dem Sinne, daß man zwei oder mehrere Gerätsche von den beiden Spezies zusammenschreiben könnte. Aber das mit dem Suchwort der gezielten Genmanipulation zur "Verbesserung" des Menschen zu verwechseln, scheint mir doch wieder der Alchimie für die Thewien ampe im Hause zu sein. Die Gedanken des Menschen müssen eben mit mal

nicht auf eine Diskette. Das große Wunderland USA will mal in zehn Jahren für drei Milliarden Dollar die Rätsel der menschlichen Gene entschlüsseln. Das ist wie beim Mondprogramm. Es gibt viel Publicity, viel Geld und eine große Rechenanlage und dann schließlich eine neue Bratpfanne für den Haushalt. Es gibt (theoretisch gesehen über 10^{20}) Erweiskombinationen, wobei jedes Gen eine entsprechende lange Kette als Bauplan für solche Erweiskombinationen und den Plan, wann sie wie zu produzieren sind, enthält. Da jeder Mensch aus einer Kombination zwischen 50 000 und 200 000 Genen besteht (nichts genaues weiß man nicht), läßt sich ausrechnen, wann die U.S. Forscher dieses Geheimnis lüften werden. Man müßte nicht nur die Wirkung jedes einzelnen Bausteins kennen, sondern auch die jeder Zweier-, Dreier- und sonst wie großen Kombination. Das sind zu viele Nuancen, um sie noch aufzuschreiben. Außerdem müßte man in die Lage kommen, jede Sie 10 eines Gens zerschneiden und mit anderen Bausteinen versehen zu können. Das klappt bei den meisten Versuchen nicht, sondern ruft stattdessen Zerstörungen hervor, und gezielt ist es auch nicht möglich. Es hat also keineswegs nur etwas mit rechter oder päpstlicher Lebensmoral zu tun, wenn nicht nur die Genkritiker sondern Personen bis hin zum reichsten CSUler für das Verbot solcher Menschenversuche eintreten. Es hat was mit dem Stand der Erkenntnis zu tun. Und es ist nun wirklich nicht die Aufgabe des Papstes, jetzt päpstlicher als der Papst für den Erhalt des "natürlichen" oder "gottgeschaffenen" Lebens einzutreten. Sicherlich, war um will die Wissenschaft hier nicht Fortschritte machen? Aber damit betreten wir das Reich der Spekulationen.

In der Stellungnahme der Max-Planck-Gesellschaft zum derzeit verhandelten Embryonenschutzgesetz heißt es dazu:

„3. Im Einzelfall ist nicht vorhersehbar, ob überhaupt ein Gen in ein Genom integriert wird, und wenn ja, wie viele Kopien davon entstehen. („)“

3. Da der Einbau dieser fremden Gene in das Wirtsgenom zudem mehr oder weniger zufällig erfolgt, werden hierdurch nicht selten Wirtsgene zerstört, insbesondere

Im Tierversuch kann hingegen davon werden, daß der angestrebte Erfolg nur in seltenen Fällen eintritt. (.) Bei manchen Defekten gibt es derzeit auch keine Indikation für ein derartiges Eingreifen in das Erbgut einzelner befruchteter menschlicher Eizellen. Der Grund liegt darin, daß im Falle familiär vortretender dominanter oder rezessiver Erbkrankheiten nur maximal 50% bzw. 25% der Nachkommen erkranken. (.) Man (wird) die bisher geübte Praxis beibehalten und den Risikofamilien eine pränatale Diagnose (.) anbieten. Unabhängig davon wäre es sehr viel einfacher, die in dieser Hinsicht normalen Eizellen zu implantieren, als die defekten Therapierten zu wählen.

Für eine gezielte Manipulation polyge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

von utopischen Denkmälern aller Jahrhunderte erbaute, als einzige in den Naturkreislauf eingebettete Indemnahme und Pflege der Natur- und Menschenkräfte", wie Kai als denkbare Folge der Gentechnik phantasien

Kritik

Die „Anregungen“ bilden ein verwirrendes Sammelsurium verschiedenster ideologischer und inhaltlicher Ansätze. Wird einerseits hermunstlos auf Apokalyptiker wie Rifkin u.a. zurückgegriffen, wird andererseits die „fundamentale stichische Verurteilung“ der Gentechnik abgelehnt. Dr. Heide Menschenschätzungs-Phantasien werden dargestellt unter einer Überschrift, die selbige für absurd erklärt. Eine ausdrückliche Ablehnung eines Forschungsverbots wird genauso vertreten wie die These „Was möglich ist, wird gemacht.“ Zuerst wird festgelegt, alles sei offen, dann werden dann weitreichende Prognosen geknüpft. Wie paßt das zusammen?

Das ideologische Hauptproblem entsteht dadurch, daß Kai zwischen sich und solchen Kritikern wie Risik nicht nur keine klare Trennung vollzieht, sondern sie sogar in Aussagen und Begrifflichkeiten kopiert. Die notwendige Voraussetzung für einen marxistischen Ansatz wäre wäre nicht nur eine Kritik der Verhältnisse sondern auch eine Kritik der falschen Kritik zu versuchen. Sich auf das erste zu beschränken, beinhaltet die Gefahr eines populistischen Mitschwimmens auf momentanen Modeströmungen, die erfahrungsgemäß genauso schnell wieder verschwinden wie sie entstanden sind. Man denke nur an die seinerzeitige Dramatisierung der Computertechnologie, die heute einer genauso unbegründeten Akzeptanz gewichen ist.

M., Nürnberg

American rights:

(1) Man läßt sich an vielen Stellen zu teilweise absurden Wort- und Satzgeschweulsten hinreißen. Auf eine genaue Betrachtung seiner Terminologie – auch seiner Neuschöpfungen – muß hier eher leider verzichtet werden.

(2) Eine Synthese, das ist das „Zusammenleben“ von „Lebewesen“ verschiedener Art zum gegenseitigen Nutzen“ (ebenfalls Quäden), zwischen „Natur, Mensch und Technik“ ist per definitionem für alle Seiten von Vorteil. Es wäre geradezu zu ein riskanter Sprung nach vorne und entspräche dem Traum aller Ökologen, wenn die Beziehungen zwischen Natur-Mensch-Technik symbiontisch würden.

Der Autor will aber wohl etwas ganz anderes ausdrücken. Nämlich das angeblich enge Verhältnis, das Technik (Computer) und Mensch-Natur (Zelle, DNS) eingehen und das damit der Genietechnik eine neue Qualität verleihen soll.

[illegible]

Was transportiert der Satz aber außer dem sachlichen Tatsäch? Zielt man den Gesamtzusammenhang der Thesen heran, scheinen besonders Begriffe wie „Reichenphysik“ oder „Reichenchemie“ (These 7) vom Autor als Synonymie für einen leichten, reduktionistischen Erklärungsansatz zu stehen. Man geht es in Prinzip zwei Varianten wie analytische zerstückelnde Forschung kritisiert wird: einmal als per se zuwiderstehend mit rationalistisch gefährlich wie es von „grünen“ Seite in New Age-Kreisen und manchen feministischen Strömungen gewarnt wird. Zum anderen als undialektisch wie Friedrich Engels 1877 schrieb: Die Zerlegung der Natur in ihre einzelnen Teile, die Sonderung der verschiedenen Naturvorgänge und Naturgegenstände in bestimmte Klassen, die „Herabsetzung des inneren der organischen Körper auf ihren mannigfaltigen anatomischen Gestaltungen war die Grundbedingung der Platonischen Schritte, die die letzten 400 Jahre und in der Erkenntnis der Natur gebracht. Aber sie hat überall die Gewohnheit hineingebracht, die Metamorphosen und Naturvorgänge in ihrer Verwirrung, außerhalb des großen Zusammenhangs aufzufassen, daher nicht in ihrer Bewegung, sondern in ihrem Stillstand, nicht als wesentlich veränderliche sondern als feste Bestände, nicht in ihrem Leben sondern in ihrem Tod. (Ant-Düring, MEW Bd. 20, S.20)

Um es mal vorsichtig auszudrücken: Das Etikett weist sich an keiner Stelle gegen das erste Verbot der KfrA. Manie seiner Formulierungen legen eher den Eindruck nahe, daß in seiner Darstellung nicht zumindest „schimmern“ zu soll, daß er mit Z.B. wenn es heißt: „Was theoretisch noch zerstört werden soll, dann gewissermaßen politisch wieder zusammengebracht werden“.

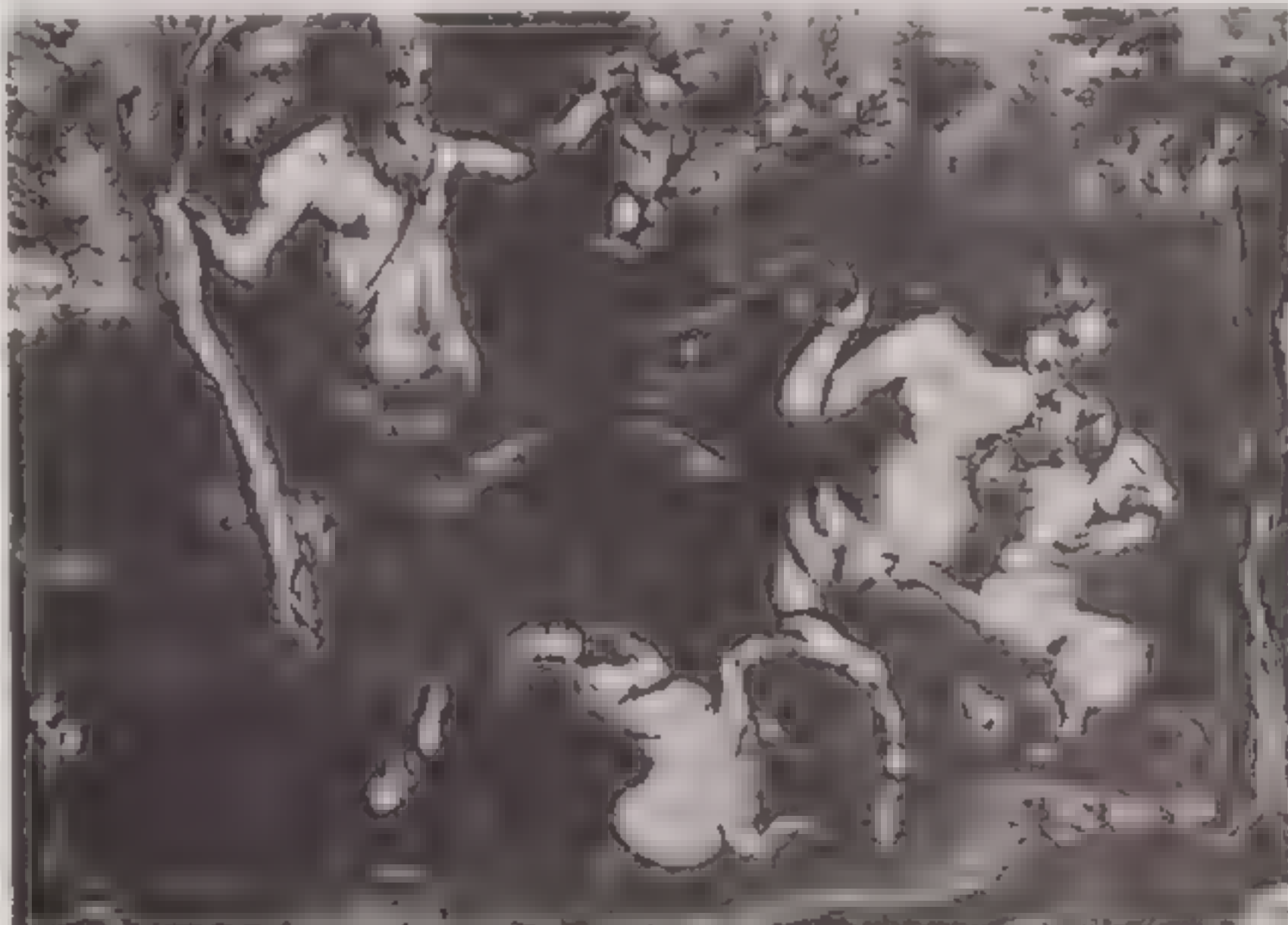
4. Bekanntes Beispiel ist die ständige Durchdringung der Aufklärung von Gentechnik und Reproduktionsmedizin. Es sind diese zwei Techniken, die durchdringbar verbunden werden können, es aber nicht automatisch ist. Anders ausgedrückt: Aufgenommen, es wurde ein solches Verbot der Gentechnologie beschlossen und durchgeführt, werden, gab es noch was vor, sowohl geringfügig, d.h. die, die um des Fortschritts, Geldes und der Forschung willen als auch gegen Frauen, die in der Erfüllung ihres Kinderwunsches willen die Fortpflanzung in-vitro-Fertilisation auf sich nehmen würden.

(5) Dieses und folgende Zitate aus Jeremy Rifkin „Genetisch zwit“ Mrowohl 1986.

(6) Gernot Cohn, „Flower-Maschine“ Fischer 1986.

(7) Lewontin/Rose/Karen Die Gene sind nicht. Psychologie verlag Janson 1988.

(8) „Es wird keine Industrie in der Größenordnung der Automobilindustrie entstehen aber wird am Gebiet sein das beachtliche Ausmaß erreichen wird“ so der Pharma-Chef der Höchst AG Hans-Georg Ganss, in „HighTech“ August 1988.



Schimären in der Mythologie: Mischung aus Schal und Ziege

Fortsetzung von vorheriger Seite

ner (multifaktorell erblicher) Merkmale, zu den z.B. Intelligenz und Charakter gehören, fehlen sämtliche Voraussetzungen. Da diese komplexen Eigenschaften auf das Zusammenwirken einer Vielzahl von Erb- und Umweltfaktoren beruhen und weder Zahl der beteiligten Gene noch ihre Natur bekannt ist, geschweige denn wie sie in Verbindung mit den vielfältigen Umweltfaktoren zu dem betreffenden Merkmal führen, gibt es keine methodische Grundlage für die Erforschung dieser Systeme" (MPG-Spiegel 3/87).

Nicht anders klingt das etwa beim Humangenetiker Werner Schloot, der fast alles einschließlich von „Eingriffen in das genetische Informationssystem“ für „ethisch erlaubt“ hält. Er behauptet, es seien 3.500 Krankheiten bekannt, an denen genetische Faktoren beteiligt seien. Bei Stoffwechselkrankheiten sei „die Realisierung der genetischen Information (...) relativ gut verständlich“ bei dominanten Vererbungen verfolge man die kausalen Zusammenhänge „in wenigen Fällen“, bei Multifaktoren (Intelligenz, etc.) sei „eine komplette Analyse absehbar nicht möglich“ (aus: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik; Heft 11/2, April 86).

Die Forschung arbeitet daran, (bestimmte) Gen-Funktionen beim Menschen entschlüsseln zu können. Was im Einzelfalle möglich ist. Es geht in der Anwendung um die Aussortierung durch vorgerichtete Untersuchungen. Im Einzelfall wird das sogar von vielen als Erleichterung empfunden, eventuell ein Kind mit schweren Schädigungen nicht zur Welt bringen zu müssen. Das Schlimme ist aber, daß der Großteil dieser Humangenetiker nicht viel anders denkt als ihre Kollegen zur Nazizeit. Bis zu 30% jeder Dritte von uns, ist in den Augen bekannter Humangenetiker heute erblich geschädigt oder minderwertig (s. Mitteilungen ...). Man kann sich vorstellen, was auf diesem Sektor alles passiert oder passieren könnte. Und es ist viel Material zu sammeln worden, welche medizinischen Menschenversuche heute in der „3. Welt“ durchgeführt werden.

Bisher hat auch die Tatsache, daß es sich weitgehend um Scharlatanerie handelt, die Leute nicht daran gehindert, genetisches Screening durchzuführen. Dabei geht es um die Entwicklung pseudowissenschaftlicher oder auch (später) um Einzelfall ausnahmeweise wissenschaftlicher Methoden, um Menschen als „ungeeignet“ auszuwählen. Ich sehe das ähnlich wie Versuche mit dem Lügendetektor vor einer Einstellung, oder wenn ein Lehrer sich eine hochwissenschaftliche Selektionsmethode für seine Sechsen oder Einker ausstellt. Niemand wird daran denken, einen Kohl, einen Kapitalbesitzer

oder General aufgrund genetischer Untersuchungen abzusetzen. Es handelt sich um eine weitere Methode der Beherrschung und Teilung der unteren Klassen.

Ein weiteres Gebiet ist die fieberhafte Suche nach Genstrukturen, die mangelnde Immunität gegen Krebs bedingen. Man weiß schon lange, daß die Menschen erblich bedingt unterschiedlich anfällig für verschiedene Krebsarten sind. Nehmen wir an, man würde dort etwas finden. Ein solche genetische Kenntnis allein wäre für den Krebskranken oder Gefährdeten nutzlos, man könnte ihm auch gleich die Pistole oder Axt reichen. „Normalerweise“ müßte man ja nach den Abwehrstoffen suchen, die möglicherweise nur bei bestimmten Genstrukturen in hinreichender Menge vorhanden sind. Solange man dergleichen nicht findet, kann die herkömmliche Medizin auch keine Gegenmittel gegen Krebs verabreichen.

Heute bekommen die Leute wieder Oberwasser, die Intelligenz, Verrücktheiten (seien es tatsächliche Leiden oder mangelnde Angepaßtheit) auf die genetische Substanz zurückführen wollen. Das ist eine uralte Denksrichtung im neuen Gewand. Schon vor hundert Jahren wurde die Ursache bestimmter psychischer Erscheinungen in bestimmten Gehirnregionen oder wie heute in Stoffwechselanomalien (alle zwei Jahre gibt es eine neue Version) geortet. Intelligenz, Charakter, alles nur Erdenkliche sei auf solche Urbausteine zurückzuführen. Und bei den genetisch argumentierenden Eugenikern gilt heute nichts anderes als früher bei den Rassenetheoretikern. Hingegen ist seit langem belegt und bekannt, daß sich weder Intelligenz, Charakter, sehr viele psychische Krankheiten und noch weniger gesellschaftliche Unangepaßtheit einfach auf Rasse, Klasse, Gehirnregionen, Stoffwechsel oder Gene zurückführen lassen. Leute, die nach solchen Kriterien selektieren wollen, muß man an der Ausübung dieses Handwerklers hindern.

Um den Gefahren der Eugenik zu entgehen, werden vielfach Umwege diskutiert. Es scheint mir wenig erfolgversprechend zu sein, die Frauen aufzufordern, sich der Männermedizin zu entziehen, oder jene, die partout selbst ein Kind produzieren wollen, davon abbringen zu wollen. Das Ziel ist doch offenkundig, diesen Medizinern das Forschungsmaterial

menschlicher Embryonen zu entziehen, um die Gefahr damit verbundener Eugenik von vornherein auszuschalten.

Die Horrordisvisionen bedingen einen Aufschwung der Propagierung der „natürlichen“ Geburt. Selbst die Abtreibung ist schon der kleine Finger, der dem Teufel gereicht wird. Das sind Vorstellungen, die nicht gerade zur Schärfung des politischen Kampfes beitragen.

Auch die von autonomer feministischer Seite vertretene Theorie, daß hier den Frauen die Kinderreproduktion genommen werde, hätte ich in der Sache für vollkommen absurd. Im Sinne ihrer Theorie der weitverbreiteten Kampfrhetorik, dings für eine vergleichsweise leere Ableitung.

Zukunftsmusik oder Realität?

Bei den Thesen im letzten AK wird auf vier Gebieten putzmunter neben und durcheinander vorgetragen was viel leichter man sein könnte und was heute schon zur Anwendung parat steht. Beispielsweise gilt für die Energieversorgung heute eine Vorplanung von rund 30 Jahren, darin kommen jedoch biologisch gewonnene Energien (nicht man hat von Biogasanlagen ab) praktisch gar nicht vor. Das heißt natürlich nichts über Forschungen heute und über mögliche spätere Zeiten. Auch die superschnelle Photosynthese gehört in den Bereich von Erwartungen an die Zukunft. Selbst die angegebene optimistische Obergrenze für die Marktschätzung für die 90er Jahre ist erst dann realistisch einzuschätzen, wenn man sie mit anderen Marktanzeichen vergleicht.

Die Produktion bestimmter Stoffe mittels gentechnisch hergestellter Bakterien ist ein Feld, auf dem offenbar heute bereits profitbringende Anwendungen winken. Das Insulin, Wachstumshormone, und es war auch schon von Interferon die Rede, lassen sich gentechnisch verzeugsweise billig produzieren. In einem Behälter von Wassereimergröße können soviel Wachstumshormone produziert werden wie aus 500.000 Schafbläuten zu gewinnen sind. Auch die berühmte Supermaus beruht auf dem gleichen Effekt einer Genmanipulation mit Wachstumsgenen. Wie weit diese Produktion bestimmter Stoffe ausbaufähig ist, sei dahingestellt. Bisher gab es nur einige wenige Stoffe, aber lautstark wird verkündet, was man bald alles könne. Dabei geht es weniger um großartig neue Stoffe, sondern um ihre rationellere Herstellung, um entsprechende Extra-Profit. Die Beurteilung läßt sich nicht von den Fragen trennen, um welche Stoffe es sich handelt und was damit abgestellt wird. Im AK Interview mit den Frauen vom Genarchiv wurde die Frage nach dem Sinn der Insuline aufgeworfen. Das ist nicht gerade die schlaueste Kamof

nach dem Sinn der Insuline aufgeworfen. Das ist nicht gerade die schlaueste Kamouflage gegen die Chemiemultis, da Zuckerkrankke nicht gut daran tun, auf Insuline zu verzichten und man unter derzeitigen Bedingungen allgemein im Schnitt ein paar Lebensjahren den verschiedenen Medikamenten verdankt. Zudem ist es natürlich albern, speziell gegen die gentechnisch produzierten Medikamente solcher Unternehmen zu Felde zu ziehen. Wenn andererseits die verschiedensten Drogen damit auf Bonobonpreisniveau fallen, könnte damit noch mehr Schindluder getrieben werden. Beruhigungsdrogen wie Valium machen heute Milliardenprofit, auch für den „Nothfall“ liegen sie fürs Volk bereit.

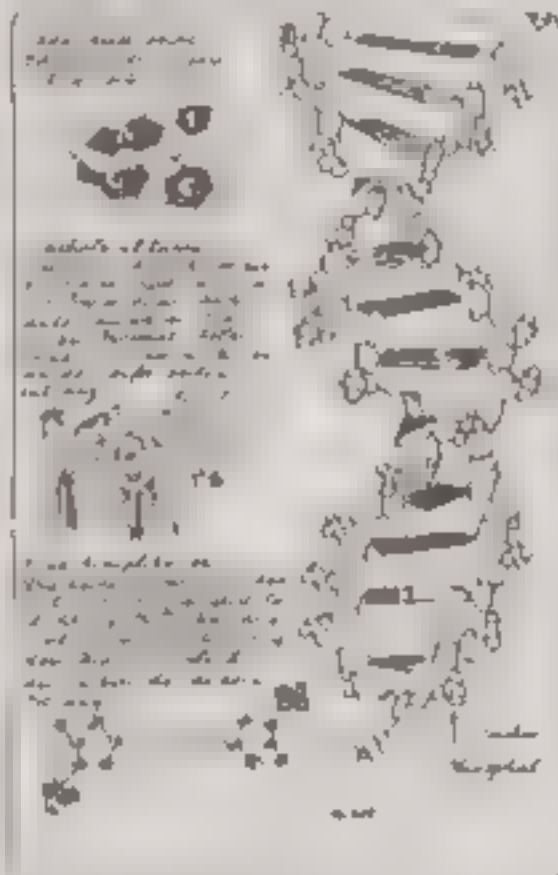
Gegenüber gentechnisch produzierten Pflanzen wird heute fast so argumentiert, als ob nicht der imperiale Weltmarkt sondern die Biologie die „Dritte Welt“ beherrsche. Tatsächlich geht es auch biologisch um nichts neues. Der längst bekannte ertragreiche Hybridweizen und der jüngst auf dem Markt eingeführte Hybridreis haben für den Bauern den bitteren Nachteil, daß wg. Inzucht weitere Samen nur bei den Großmüts und ihren Zuchtbanken zu haben sind. Hier so len genmanipulierte Pflanzen den Prozeß der Entwicklung von 30 Jahren und mehr auf einige wenige Jahre abkürzen. Der Durchbruch wird vor allem noch erhofft, man ist derzeit im Stadium, wo erste Freilandversuche beantragt sind. Bekanntlich wird das Kapital ungemütlich und ist bereit, alles kaputtzutrampeeln, wenn entsprechende Extraprofite winken. Die Landwirtschaft in der „Dritten Welt“ ist gezwungen, ihre Produktion zu Scheuderpreisen in die imperialistischen Länder auszuführen um zumindest einige Industriewaren eintauschen zu können. Die Abschottung des Agrarmarktes in Industrieländern der anderen gleich gänzlich dicht machen könnte dieser Prozeß ist nun mal gelaufen und wird nicht erst per Gentechnik geschaffen (sondern höchstens beschleunigt). Sicherlich kann die Gentechnik Debatte hier nützlich sein, um diese Zustände deutlich zu machen.

Oder anders ausgedrückt: Ich finde die Vorstellung hubsch, daß diese Pflanzenmultis um ihre Freundversuche eine Brokdorfmauer bauen müssen, weil sonst darauf dauernd Wiesegesät oder gejätet wird. Aber niemand wird bestreiten

können, daß man diesen Multis wahrscheinlich sehr viel effektiver schaden würde, wenn man gleich ihre derzeitigen Zuchtgebiete zur Wiese umwandeln würde.

Wie groß sind die Gefahren?

Es geht nicht an, wie in den AK Thesen die Gefahren aller gentechnischen Anwendungen in einem Schwung abzuhandeln, mit dem Ergebnis, alles sei eine existentielle Gefahr für die Menschheit. Man kommt nicht umhin, die Risiken im Einzelnen und realistisch darzulegen. Bei der Atomenergie war das wichtig, die Gefahrenpotentiale zu analysieren und zu beschreiben, das wurde in unseren Reihen richtig erlernt. Bei der Gentechnologie, bzw. was in den Thesen alles unter Biokybernetik läuft, gibt es im E. die unterschiedlichsten Gefahren. Gentechnisch erzeugte Pflanzen sind ja nicht per se oder in ihren biologischen Folgen „schlimmer“ als herkömmliche Zuchtpflanzen. Allerdings machen solche neuen Pflanzen auch nicht, wie die Betreiber der Gentechnologie behaupten, die Agrarchemie überflüssig.



Teilchenphysik

Gefährlich sind eindeutig und vor allem die Retroviren, wozu im Rahmen der B-Waffen oder Aids — auch im AK — schon einiges publiziert wurde. Während ansonsten die Gentechnologie wunder was zustandebringen soll, wird bei Aids die Geforschtung als Ursache vollkommen ausgeschlossen, da muß schon bei entsprechendem Mordenachem im festeren Afrika der Mensch vom Affen gebissen worden sein. Man kann (und konnte auch in der Vergangenheit schon) absolut zerstörerische biologische Kräfte freisetzen, während Gegenmittel schwer zu finden sind. Das ist auch das Problem für B-Waffen, der Gegner kann sich garantieren eine ähnlich vernichtende Waffe beschaffen. Gentechnik funktioniert nach dem Prinzip „trial and error“. Da kann es dann bei gefährlichen Stoffen eben schiefgehen und das ist nun absolut dem atomaren Gau oder der Atombombe vergleichbar. Wieso das eine reversibler als das andere sein soll, sehe ich nicht.

Mit wem den Minimalkonsens?

Zum Schluß noch etwas zu unseren eigenen politischen Aussichten. Es gibt — wie gesagt — für uns keinen Grund, von den Chemie- oder Saatgutmultis irgendeinen Schaden abwenden zu wollen. Rassistischen Humangenetikern u.ä. lie man nicht nur mit Gegenüberklärung begegnen. Ich sehe auf diesem Feld die Dinge ähnlich wie bei der Anti-AKW Bewegung: nur radikale Widerstandsaktionen würden die Herrschenden zu entsprechenden Anstrengungen für eine Akzeptanz nötigen. Es gibt also keinen Grund, solche Aktionen generell unter einen Minimalkonsens zu stellen und den verschiedensten Akteuren nicht viel Erfolg zu wünschen. Was die Forderungen und den Protest angeht, diskutieren Sozialdemokraten und DKP aus ähnlichen wie auch unterschiedlichen Motiven die Frage der „gesellschaftlichen Kontrolle“. Aber wer ist denn der gesellschaftliche Kontrolleur? Wer soll für ein differenziertes Forschungsverbot sorgen? Ist das Forschungsmoratorium nicht auch eine Forderung für diesen Bereich? Wer sind die Bündnispartner für die wir einen Minimalkonsens entwerfen sollten?

Ideologisch gesehen (das wird in den Thesen beschrieben) haben wir es bei den Kritikern mit Ökologie, Natur, Lebensschutz, den weitverbreiteten Angriff auf die Kinderproduktion durch die Frauen und allen möglichen konfusem Fronten zu tun. Da tut Klarheit und Abgrenzung not.

Angesichts der (noch?) vorhandenen Ratlosigkeit sind die Thesen nun wirklich sehr bombastisch geraten.

HH

Kalender

Kritik der Perestroika

Die Bremer Gruppe des KB beginnt im November eine Veranstaltungs- und Schulungsreihe zur Kritik der aktuellen Entwicklung in der UdSSR. Die Reihe beginnt mit einer Veranstaltung zur „Demokratisierung“ von Partei- und Staatsapparat und zur neuen ökonomischen Entwicklung. Geplant sind weiterhin Veranstaltungen zur Frauenpolitik, Ökologiekritik, „Entstalinisierung“ der Geschichtswissenschaft. Den Abschluß bildet ein Lektürekurs zur Kritik von Konzeptionen „sozialistischer Marktwirtschaft“.

Erste Veranstaltung, Sonntag, 27. 11., 18.00 Uhr, Dritte-Welt-Haus, Weitere Informationen: KB, St. Pauli-Str. 10/12, 2800 Bremen 1.

Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!

Nach der Veröffentlichung des „Aufrufs gegen die Selbstberuhigung — Denuklearisieren statt modernisieren“ wird der nächste Schritt der Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ die internationale Aktionskonferenz vom 25. bis 27. November sein. Das Programm der Tagung, die im Schulzentrum Köln-Weiden, Ostlandstr. 19, 5000 Köln 40 stattfindet, umfaßt u.a. eine Podiumsdiskussion mit internationaler Beteiligung zum Thema „Atomachse Bonn-Paris“, zahlreiche Arbeitsgruppen und eine Abschlussskussion zu den Perspektiven der Kampagne. Anmeldung: Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz, Reutersstr. 44, 53 Bonn 1.

Grüne, Feminismus und Strafrecht

„Denn sie wissen nicht, was sie tun“ — unter diesem treffenden Motto steht ein „Seminar auch für Nicht-Fachleute“ am 26. und 27. November in Bonn, Hochhaus im Tulpenfeld, Raum 12. Anknüpfend an die Auseinandersetzung an die Mordstrafe für Vergewaltigung soll über Perspektiven grüner Kriminalpolitik gestritten werden. Anmeldung: BAG Demokratie und Recht, Sabine Tengeier, Norderstedter Str. 16, 2087 Bönningstedt, Tel. (040) / 556 73 41.

Konferenz gegen Südafrikas Aggressionen

Am 8.-10. Dezember wird in Bonn die Europäische Konferenz „Beendet Südafrikas Aggressionen gegen Mosambik und Angola“ stattfinden. Die Konferenz wird getragen von Anti-Apartheid- und Solidaritätsorganisationen aus 15 westeuropäischen Ländern. Es soll über die aktuelle Situation im Südlichen Afrika und Südafrikas Desublimierungspolitik informiert werden. Eingeladen sind u.a. Vertreter Angolas, Mosambiks, der SWAPO und des ANC. Informationen: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) / 21 32 88.

Sicherheitsgesetze

Unter dem Motto „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ steht ein bundesweiter Kongreß, der sich aus Anlaß der drohenden Verabschiedung neuer „Sicherheitsgesetze“ mit der Situation der Bürgerrechte in der Bundesrepublik auseinandersetzen will. Zu den Veranstaltungen gehören neben den Grünen im Bundestag u.a. das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die Vereinigung demokratischer Juristen. Der gleiche Kreis ist auch mit einem „Manifest 88 der bundesdeutschen Bürgerinnen-Rechtsbewegung“ an die Öffentlichkeit getreten.

Ort und Zeit: 9. bis 11. Dezember in Köln, Beginn Freitag 18.30 Uhr. Anmeldung: Kongreßbüro, Jens Busch c/o Freiraum, Reutersstr. 185, 5300 Bonn 1.

Türkei-Tribunal

Anlaßlich des 40. Jahrestages der Deklaration der Menschenrechte wird am 10. und 11. Dezember in Köln ein „Internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei“ durchgeführt. Zu den Zielen der Veranstaltung, zu deren Durchführung und Unterstützung sich ein breiter Kreis von Organisationen und Einzelpersonen zusammengefunden hat, gehören die Anklage aller politischen, juristischen und legislativen Unterdrückungsmaßnahmen des Regimes sowie die Propagierung der Forderung nach Amnestie für alle politischen Gefangenen. Teilnehmer der Jury sind u.a. Karola Bloch, Bahmand Nürmand, Erich Fried, Kharam Kella, Max von der Grün und Helmut Frenz. Ort: Hotel Wolkenburg, Mauritiussteinweg 59, 5000 Köln 1. Weitere Informationen über Ralf Pörr, Informationszentrum 3. Welt, Overwegstr. 31, 4690 Herne, Tel. (02323) / 49 69 74.

Gentechnologie

Im Wintersemester 1988/89 führt die Fachschaft Psychologie der Universität München eine Veranstaltungsreihe mit dem Thema „Gentechnologie — Die Veränderung des Menschen und Menschenbildes“ durch. Die Reihe beginnt am 6.12. mit einer Veranstaltung zum Thema „Gen- und Reproduktionstechnologie als Gewalt gegen Frauen“ und wird im 14tägigen Abstand fortgesetzt. Alle Veranstaltungen finden jeweils an einem Dienstag zwischen 19.00 und 21.00 Uhr in der Leopoldstr. 13, Hörsaal 2 U 91 statt.

Basken Punk-Rock

Im Dezember tourten zwei baskische Gruppen durch die BRD. Die Frauen-Punkband „Matraka“ hervorgegangen aus der 1987 aufgelösten baskischen Frauen-Punkband der ersten Stunde „Belladonna“, spielt einen schnellen rhythmischen Punk. Ihre spanischen Texte beschreiben Szenen aus dem Leben, oft speziellen auch als Frauen und Baskinnen.

„Matraka“ tritt auf am 2.12. in Mannheim, 3.12. Freiburg, 6.12. Bielefeld, 9.12. Oldenburg, 10.12. Lübeck, 13.12. Hamburg, 16. und 17.12. Westberlin.

„La Polla Records“ ist eine der bekanntesten Gruppen des Rock Radikal Vasco, sie spielen einen rhythmischen Punk Rockverschnitt. Ihre Texte handeln vom täglichen Leben im Baskenland und vom politischen Kampf.

„La Polla Records“ tritt auf am 2.12. in Reutlingen, 3.12. Freiburg, 7.12. Hannover, 9.12. Hamburg, 10. und 11.12. Westberlin.

Revolutionäres Subjekt

„Wer ist das revolutionäre Subjekt heute?“ — mit dieser Fragestellung wird sich ein Schulungsseminar des KB Baden-Württemberg in der Zeit vom 1. bis zum 8.1.1989 auseinandersetzen. Bei dem neben der gemeinsamen Erörterung der aktuellen Fragestellungen zum Thema „Revolutionäres Subjekt“ auch der Urlaub nicht zu kurz kommen soll. Als Schulungsort ist ein Haus in schöner Umgebung mitten im Pfälzer Wald ausgewählt worden.

Kostenbeitrag: 250,- für Studierende, 180,- DM für Nichtverdienende. Anmeldung über die KB-Gruppen in Baden-Württemberg oder Jürgen Hammer, C 3,19, 6800 Mannheim.

Peter Weiss — Kunst als Widerstand

Maria Schneider

Zehn Tage lang fanden Anfang November in Hamburg „Peter Weiss Tage“ statt mit Lesungen,

Filmen, Diskussionen und einem internationalen Kongreß über „Ästhetik, Revolte und

Widerstand“ bei Peter Weiss. Maria Schneider ist Mitarbeiterin des Bildungsvereins „Ge-

meinsam lernen e.V.“, der die „Peter Weiss Tage“ organisiert hat. Be. aus Hamburg arbeitet

seit drei Jahren in einer Peter-Weiss-Lesegruppe mit.

„Zwei Wege sind gangbar zur Verbernerungsgrundlegenden Veränderungen/ Der eine Weg ist die Analyse der konkreten historischen Situation/ Der andere Weg ist die visionäre Formung/ tiefster persönlicher Erfahrung.“ (Peter Weiss, Hölzerlin)

Im Louvre in Paris hängt das Bild „Floß der Medusa“ von Théodore Géricault aus dem Jahre 1818.

In dem Roman „Die Ästhetik des Widerstands“ (AdW) von Peter Weiss steht der Ich Erzähler nach der Niederlage der Kämpfe im spanischen Bürgerkrieg vor diesem Bild. Das Bild zeigt ein Floß mit Schiffbrüchigen, einige sind schon tot, werden bald von den Fluten fortgespült. Das notdürftige Segel scheint dem drohenden Sturm nicht gewachsen. Es ist ein düstres Bild der Verzweiflung. Am Horizont willenen die Sturke die bis jetzt überlebt haben, Hoffnung. Sie sehen ein Segel und winken mit Tüchern.

Die „Ästhetik des Widerstands“ Geschichte des Klassenkampfes

Das Gemälde „Floß der Medusa“ erregte zu seiner Zeit großes Aufsehen. Géricault präsentierte dem nachrevolutionären, nachnapoleonischen Frankreich nicht Heldentum und Sieg, sondern Verzweiflung und Tod, nicht mehr Triumph, sondern Unheil und Niederlage.

Das Bild wurde zur Metapher dieser Epoche. Auf dem Floß hätten nicht nur die Schiffbrüchigen der Medusa Schutz gesucht, sondern ganz Frankreich mit seiner maroden Gesellschaftsordnung.

Peter Weiss bietet in seinem Roman zwei Interpretationen an, eine politische mit der Darstellung des Klassenkampfes. Die Medusa, eine französische Fregatte unterwegs zu Kolonialzwecken nach Afrika, ist wie der senegalesische Kiste sich übersch. Diese Kräfte gehen unter. Das Bild zeigt ein Floß mit den Überlebenden und ihre Hoffnung und Einheit. Der Stärkste unter ihnen war ein Afrikaner, der die Überlebenden in Afrika

helfen und ihre Hoffnung und Einheit. Der Stärkste unter ihnen war ein Afrikaner, der die Überlebenden in Afrika

Die zweite Interpretation von Weiss ist die spätere psychologische, die des persönlichen Kampfes und auch der Katastrophe des Meeres. Géricault rekonstruierte die historische Situation des Schiffbruchs, suchte die Überlebenden auf und identifiziert sie so stark mit den Opfern, daß er selber krank wurde und seinen eigenen Prohlenen nicht mehr gewachsen war.

Peter Weiss setzt sich in den Passagen in der „AdW“ mit Kunstwerken, ihrem Gehalt und wie besonders in der Passage über das Bild „Guernica“ von Picasso mit der marxistischen Kunstdoktrin auseinander. „Die Ansicht der Partei war, daß der Kämpfer in jeder Lage seine Stärke und Einheit beibehalten hätte.“ (AdW I, 334) Weiss hat eine ganz andere, eine viel differenziertere Kunstauffassung, die nicht vor den klassischen Kunstwerken haltmacht. Es geht ihm um einen Prozeß der Aneignung. Die analytisch-kritische Auseinandersetzung und Aneignung, die der Ich Erzähler vollzieht, trägt zu einer Entwicklung seiner eigenen ästhetischen Kompetenz bei. Diese Kompetenz können sich auch Gruppen aneignen. Und ganz im Gegensatz zu der vorgestellten Doktrin sah Weiss gerade in dem Eingeständnis der Niederlage eine wichtige Voraussetzung zur Erlangung einer kritischen und autonomen Verarbeitung. Und auch zur Erlangung von Wörtern. Wie zeigt Weiss den Prozeß der Aneignung?

Von der Betrachtung des Bildes aus führt Weiss den Leser/in über den Ich Erzähler zu Géricault und seiner künstlerischen Produktion. Diese Arbeitsweise des Malers wiederum reflektiert der Ich Erzähler. Die Produktionsbedingungen des Bildes ermöglichen dem Betrachter einen Zugang zu dem Kunstwerk, das 120 Jahre später ein Kunstwerk des bürgerlichen Kanons geworden ist.

Das Wissen um die Realität des Bildes, um seine politischen Fragen lassen eine Aneignung zu. Ein Füllen von Kunst mit den eigenen, klassenkämpferischen Inhalten und zum anderen zur Folie, zum Bewußtwerden der eigenen Situation. „Doch die Nacht brach ein, ohne daß sie Hilfe erhalten hätten. Mächtige Fluten überrollten uns. Bald vor, bald zurück geschleudert, um jeden Atemzug ringend. Die Schreie der über Bord gespülten vernehmend, ersahen wir die Ankunft des Tages.“ (AdW I, 13) Das bezieht sich



Théodore Géricault, Das Floß der Medusa

Théodore Géricault, Das Floß der Medusa

nicht nur auf die Überlebenden auf dem Floß, sondern auch auf die verlorenen Kämpfe in Spanien. Dort erlebte der Ich Erzähler nicht nur die Niederlage der Republik, sondern auch die Ausschaltung anarchistischer und linkssozialistischer Kampfgruppen durch „Stalins langen Arm“. Zweifel und innere Leere wachsen.

Der Roman „AdW“ gilt als das Lebenswerk von Peter Weiss. Tatsächlich hat er 10 Jahre an diesem Buch gearbeitet. In ihm vereint Weiss seine gesamten künstlerischen und politischen Erfahrungen und Kenntnisse. Weiss, der ja anfangs schon in Deutschland als Maler experimentiert und in Prag Malerei studiert hatte, arbeitete zunächst auch im schwedischen Exil als Maler. Die Bilder von Weiss zeigen auch dort schon seine Themen, z. B. „Das große Welttheater“, „Kanibalenküche“, „Die Maschinen greifen die Menschen an“, „Tod der Schwester“. Er kannte sich natürlich in der bildenden und darstellenden Kunst aus. In der „AdW“ haben die Kunstwerke eine zentrale Bedeutung, sie sind Kristallisationspunkte der künstlerischen und politischen Fragen.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in Schweden konzentrierte sich Weiss neben der Schriftstellertätigkeit auf Filmarbeit. Er drehte surrealistische Experimentalfilme und auch Dokumentarfilme z. B. über Jugendalkoholismus, über das Wohnen in Trabantstädten.

In den Filmen des Peter Weiss gleitet Szene in Szene über, scheinbar ohne Motivation folgt Bild auf Bild. Ein Prinzip wird dahinter erkennbar, die Wirklichkeit zu inszenieren wie einen Traum. Das ist aber der Anfang. Auch in der „AdW“ fließen die verschiedenen Erzählebenen wie in einem Film ineinander.

Die Geschichte über den Maler Géricault, über die Entstehungsgeschichte des Bildes, über die historische Situation des Schiffbruchs, über die Rezeption des Bildes durch den Ich Erzähler, darüber wiederum noch die Beziehung Autor-Leser. Jetzt ist es aber kein Traum, sondern Realität. Die Erfahrungen der Filmarbeit nutzte Peter Weiss bei seiner Theaterarbeit des „Dokumentarischen Theaters“ und in dem Roman „AdW“. Da er all diese künstlerischen Techniken beherrschte, wußte er auch um ihre Grenzen. Nicht umsonst hat er für sein Anliegen, ein großes umfassendes Werk zu schaffen, die Form des Romans gewählt. Hier hatte er die Möglichkeit, anders als beim Film oder auch beim Theater, nach unten zu gehen. Die Entwicklung einer Person und auch der Widerstandsbewegung von innen und

von außen und aufeinanderbezogen in aller Breite, in Gleichzeitigkeit und in Bewegung darzustellen.

Die vielen verschiedenen Ebenen, die den Roman angeblich so sperrig und kompliziert machen, ermöglichen aber gerade den Widerstand in seiner Bewegung, in seinen Widersprüchen, Abwägungen und Positionen zu zeigen, um so an die Wahrheit heranzukommen. Und dies ist es auch, was jeder Leser/in beim Lesen verspürt: das Bestreben herauszufinden, was es wirklich war.

Dieser Roman hat sozusagen das gestreift, was die Geschichtswissenschaft nicht zu leisten in der Lage war. Über die Geschichte des Einzelnen die Geschichte des Widerstands zu schreiben.

Mit der Sprache gegen das Vergessen

Ausgehend von dem Ansatz Sölmers (1) — der sich folgendermaßen zusammenfassen läßt: der frühe Peter Weiss, der bis lang, bis zum Erscheinen des „Marat/de Sade“, als der unpolitische beschriebene worden ist, ist in einer besonderen Weise politisch, ja vielleicht politischer, weil in dem Frühwerk das Verdrängen von Auschwitz bearbeitet und präsentiert wird —, soll hier dieses wichtige, aber auch weiterentwickelte und teilweise überwundene Thema von Peter Weiss angesprochen werden.

Sölmers sieht gerade in der ganz persönlichen, individuellen Aufarbeitung, fast möchte man Soterierung sagen, die politische Kraft bei Peter Weiss. „Was als Verstärkung von Einsamkeit und Individualisierung erscheint, hat eine wichtige positive Kehrwert. In einer historischen Situation, die durch kollektive Verdrängung charakterisiert ist, ist Individualisierung die einzige Form, durch die der Verdrängung entgegengearbeitet werden kann.“ Peter Weiss wurde 1916 in Deutschland geboren. Sein Vater war Jude. Die Familie Weiss entkam der Verfolgung und Vernichtung. Peter Weiss nahm in dieser Zeit die Bedrohung nicht bewußt wahr, da er in ganz anderen Konflikten lebte: Ablösung von den Eltern, die incestöse gefärbte Beziehung zu seiner Schwester und deren Tod, seine künstlerische Identität. Er wuchs in einer bürgerlichen Familie auf, die sich außerhalb der Politik empfand. Selbst das Exil nahm die Familie, da europäischer Herkunft ohne tiefere deutsche Traditionen nicht als die große Katastrophe hin, obwohl es dann doch viel bedeutsamer war.

Erst nachträglich wurde ihm klar, welcher Hölle er entkommen war. „Ich war aufgewachsen, um vernichtet zu werden, doch ich war der Vernichtung entgangen“, schreibt Weiss in seinem Prosatext „Meine Ortschaft“. Mit der Bestimmung „Meine Ortschaft“ ist Auschwitz gemeint.

Daß Weiss überlebt hatte, während Millionen ermordet wurden, führte zu tiefen Schuldgefühlen.

Das Annehmen der Schuld des Überlebenden und das erneute Mitleiden mit den Opfern sind nicht nur wichtige Bedingungen für sein künstlerisches Schaffen, dies wird eigentlich immer wieder bei Peter Weiss thematisiert, künstlerisch ausgehalten und politisch weiterentwickelt.

Es läuft darauf hinaus, daß es eine Perspektive der Bedrohung, auf ein zukünftiges Leben nur geben kann, wenn der qualvolle Umweg der Befreiung über das Leid und den Tod der vorangegangenen Opfer nicht gescheit wird, so heißt es in einem früheren Text von Peter Weiss „Die Besessenen“.

Dies und die ständige Entwicklung seiner politischen Analyse führten dazu, die Geschichte aus der Sicht des Opfers zu schreiben. Dazu gehört das Einnehmen von Positionen. Nach dem Theaterstück „Marat/de Sade“ und besonders nach seiner Verurteilung der „10 Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt“ von 1965 bezieht Weiss eindeutige politische Positionen: „Die Richtlinien des Sozialismus enthalten für mich die endgültige Wahrheit“.

Weiss differenzierte zwar immer wieder seine Position zum realen Sozialismus, aber er trat dennoch als ein für den Sozialismus einstehender Schriftsteller auf. Untrennbar zu den Fragen nach den politischen Machtverhältnissen und Konstellationen gehört die Frage nach dem eigenen Ich. Wer bin ich? Wohin will ich? Eine wichtige Rolle spielte dabei die Psychoanalyse. Zum einen hatte Weiss selber 10 Jahre lang eine Psychoanalyse in Stockholm bei einem aus Ungarn emigrierten Analytiker gemacht und zum anderen schaffte es Weiss, diese Kenntnisse künstlerisch umzusetzen, besonders in den Werken „Das Duell“ und „Abschied von den Eltern“. Ist dieser Einfluß deutlich zu spüren, da er die Psychoanalyse nicht nur als Therapie betrachtet, sondern als radikale Möglichkeit der Aufklärung, benutzt er auch ihre Arbeitstechniken in seinen Werken: Erinnern und Rekonstruieren durch Sprache. Durch Benennen ohne jede Zensur. Das Aufspüren und dem Sichstellen des Unbewußten, gesell-

schaftlich auch dem kollektiven Unbewußten, in Deutschland dem kollektiven Verdrängen der Schuld.

Zwar ist das Schreiben, und Schreiben ist für Weiss Politik, insbesondere das Schreiben der „AdW“, für Weiss selber eine Hadeswanderung gewesen, oder wie es Irene Heidelberger-Leonard in dem Rund von Hans Hölzer formuliert, „das Martyrium, das Weiss zwischen 1913 und 1945 erspart blieb, holt Weiss auf den 1000 Seiten der AdW wieder ein“. So wichtig dieser Schlüssel ist, dieses Buch ist sehr viel mehr als Bewältigung. Es ist auch mehr als allerbreiteste Recherche, es wächst durch die politische Intention darüber hinaus. Nur der klare Blick auf das zwar immer wieder hinterfragte „Wozu“ kann Hürden nehmen.

Sehr wichtig für den oft politisch einsamen Peter Weiss war die Studentenbewegung, deren künstlerische Umsetzungen er jedoch nicht teilte, wie auch aus bürgerlich kritisierte.

Dennoch geht, so Sölmers, die Entwicklung von Peter Weiss in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre fast parallel mit der Entwicklung der Studentenbewegung 1965 — Auseinandersetzung mit den Vätern, „Die Ermittlung“ 1965/66 — Kritik am Neokolonialismus, „Gesang vom Lusitanischen Popanz“ (Lusitanien ist ein altes Wort für Portugal), das dokumentarische Theaterstück behauptet die portugiesische Kolonialpolitik in Afrika, 1967/68 Frontalangriff auf den amerikanischen Imperialismus, „Viet Nam Diskurs“ in Zusammenarbeit mit Jürgen Horiemann.

Im Jahre 1968/69 tat sich allerdings mit dem Stück „Trotz im Exil“ eine doppelte Kluft auf. Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus traf sich weder mit den damaligen Diskussionslinien der Studentenbewegung noch mit den Interessen der realsozialistischen Staaten. Dennoch läßt sich sagen, der „Marat/de Sade“, „Trotz im Exil“ und „Hölzerlin“ bewegen die Grundprobleme der damaligen politischen Linken: die Veränderbarkeit einer erstarrten kapitalistischen Gesellschaft, die Rolle der Intelligenz/Avantgarde, das Verhältnis der Industriegesellschaften zu den revolutionären Befreiungsbewegungen, die Weltrevolution und das revolutionäre Subjekt, die Entwicklung des „Roten Oktober“ und seiner Stellung in der Welt.

Weiss reflektiert sich dabei selber in den Konstellationen des „Revolutionärs in der Enge“, im gesellschaftlichen Aus-

Fortsetzung nächste Seite

Leben eines politischen Schriftstellers

Marat oder de Sade? Peter Weiss wohl bekanntestes Theaterstück „Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats“ spiegelt einen Widerspruch, der prägend war für sein Leben und sein Werk. Führen, wie bei de Sade, als schrecklich und wider begriffene Lebensverhältnisse zur individuellen Versackung und Verwundung? Zu einer Verschlüsselung des Zweifels — bis hin zur völligen Handlungsunfähigkeit? Oder ist es möglich, eine innere Stärke zu gewinnen, die Zweifel produktiv zu machen versteht, die zu Entscheidungen, zu Handlungen führt, deren Ziel — wie bei Marat die notwendige Umwälzung, die Revolution ist?

Tod und Exil. Der Maler Peter Weiss

Die Kindheit und die frühen Jahre des Peter Weiss sind geprägt von Ereignissen, die ihn die Frage des existenziellen Zweifels, des Verzweifels, etc. len lassen. Geboren am 8.11.1916 bei Berlin als Sohn eines jüdischen Textilfabrikanten und einer ehemaligen Schauspielerin erfährt er Beengungen und Leere eines bürgerlichen Familienlebens. In seine Kindheit bricht der Tod der geliebten Schwester, dann die weitere Auflösung des Familienverbandes in Flucht und Exil. Ortswechsel nach Bremen, wo sich dem Kind Bider von Kämpfen nach der Novemberrevolution einprägen, und zurück nach Berlin folgen 1934 ins Exil in Großbritannien, 1936 die Umsiedlung in die Tschchoslowakei. 1939 muß Weiss, nach einem längeren Aufenthalt in der Schweiz (u.a. mit Robert Jungk und bei Hermann Hesse), erneut in ein neues Exil nach München. Er siedelt sich in Schweden an. Traumatische Erlebnisse, Isolation und Gefühle der Heimatlosigkeit versucht Weiss in der Bewältigung mit Literatur, ersten Schreibversuchen, vor allem aber in der Malerei zu verarbeiten. In seinen Bildern dominieren düstere Farben, dargestellt sind oft Ruinen, fliehende Menschen: „... die Vision des Untergangs, ganz unbewußt überhaupt nicht konstruiert oder bloß etwas formuliert. Das waren einfach Visionen, das waren Grunderlebnisse, die Erlebnisse des Todes der Schwester und der Erlebnisse des Zusammenbruchs der alten Welt.“ (1)

Mit der Malerei, bis weit in die 50er Jahre vorherrschendes künstlerisches Ausdrucksmittel, gelingt es Weiss nicht in Schweden Fuß zu fassen. Freunde finden sich zunächst unter Emigranten: der kommunistische Berliner Sozialforscher Max Haddam, die Maler Max Barth und Endre Nemes. Trotz Heimat und — wenig erfolgreichen — Ausstellungen bleibt er ein „fremder Vogel“. Die künstlerische Tätigkeit wird immer wieder unterbrochen von Arbeitsverhältnissen, u.a. in der väterlichen Textilfabrik. Peter Weiss unterzieht sich zwei Psychoanalysen, die großteils durch die Abgabe von Bildern abgegolten werden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

im Exil, in der Restauration, Marat im Innenraum, Hölderlin verstummt im Turm, Trotzki im Exil.

In diesen Stücken geht es immer noch um eine Person oder in Bezug zu einer zweiten, zum Gegenpol. In der Ästhetik jedoch schafft Weiss es, Individuum zu leben, Identität zu finden und dennoch andere zu erreichen.

Anmerkung:
1) Alfons Söllner, Peter Weiss und die Deutschen

Literatur
Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Suhrkamp.
Alfons Söllner, Peter Weiss und die Deutschen. Die Entstehung einer politischen Ästhetik wider die Verdrängung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1988.
G. Dünz-Wolff/H. Goeckel: Bräuer. Lesersprache. Erfahrungen mit Peter Weiss. Roman. Die Ästhetik des Widerstands. edition context. Hamburg 1988.
Hans Möller u.a.: Hinter jedem Wort die Gefahr des Versäumnisses. — Sprachproblematik und literarische Tradition in der Ästhetik des Widerstands von Peter Weiss. Akademischer Verlag, Stuttgart 1988.
Text und Kritik. Peter Weiss, München 1982.
Peter Spiekermann: Der Maler Peter Weiss. Ausstellungskatalog Museum Bochum. Fröhlich & Kaufmann, Berlin.
Jochen Vogt: Peter Weiss, Biographie. Rowohlt, Reinbek 1987.

Malerei, Film, Literatur

1947 bereist Peter Weiss für eine schwedische Zeitschrift Deutschland, verfaßt auf schwedisch Reportagen und den Band „Die Besessenen“. Spätere Pläne für eine Umsiedlung scheitern immer wieder, Weiss fühlt sich fremd im postfaschistischen Deutschland, findet, wie er selbst sagt, eine Heimat im Internationalismus. Stark surrealistische Texte folgen, „Das Duell“ (1953) und das Hörspiel „Der Turm“ (1948), der für die innere, zu sprengende Beengung steht.

1952 lernt Peter Weiss Gunilla Palmstierna kennen, deren Lebensweg dem des Peter Weiss sehr ähnlich. Beide leben seitdem in enger Lebens- und Arbeitsgemeinschaft.

Im selben Jahr macht Peter Weiss mit dem „Mikro-Roman“ „Der Schatten des Körpers des Kutschers“ den Versuch, sich die deutsche Sprache wieder anzueignen. Sieben Jahre wird dieser Text durch bundesdeutsche Lektoren wandern, bis er 1961 bei Suhrkamp veröffentlicht und der Durchbruch des Schriftstellers Peter Weiss wird. In diese Zeit fällt die Tätigkeit als Filmemacher. Zunächst mit avantgardistischen Experimentalfilmen, dann mit Versuchen, Leben in einem Jugendgefängnis oder einer Trabantenstadt dokumentarisch nachzuzeichnen.

Das Ringen um Aussage

Nach dem ersten Erfolg veröffentlicht Weiss in der Bundesrepublik die stark autobiographisch gefärbten Texte „Abschied von den Eltern“ (1960) und „Fluchtpunkt“ (1964). Er schildert Versuche, psychische Isolation zu überwinden, um „Leben“ zu können „an einem Austausch von Gedanken, der ringen um statt findet, an kein Land gebunden“ (Schlußsatz in „Fluchtpunkt“).

Nach einem ersten surrealistischen Drama („Die Versicherung“, 1952) verfaßt Weiss nun zwei Romane: „Nacht mit Gestirnen“ (1963) und „Wie Herrn Mockingbird das Leben ausgeht“ (1963, vollendet 1964). In Kitzelversen wird das tragische, unumwandelbare Schicksal des typisierten „Helden“ vorgeführt.

1963 beginnt Peter Weiss mit der Arbeit am „Marat-Stück“ (2). Weiss spiegelt darin seine eigene innere Auseinandersetzung: „Marat/Sade ist voller Zweifel und es ist natürlich meine eigene Sicht. Ich habe keine andere Perspektive, aber ich hoffe, ich werde zu einer gelangen.“ (Interview 11/64) (3). 1965, nach endgültigem Abschluß des Werks, hat er sich entschieden: „Für mich ist die Figur von de Sade vielleicht differenzierter verwurzelt als die von Marat, weil ich die Widersprüche in de Sade selbst erlebt habe und sehr aus ihm heraus. Ich weiß, dass de Sade als als die von Marat, weil ich die Widersprüche in de Sade selbst erlebt habe und sehr aus ihm heraus.“ (Interview 3/66) (4). Er fördert nun auf, bei Aufführungen Marat als den Stärkeren herauszuarbeiten.

Nun definiert sich Weiss als Sozialist. Er tritt 1969 in die schwedische „Linkspartei Kommunisten“ (VKP) ein, die zwischen 1964 und 1967 aus der traditionellen KP als Mehrheitsströmung entsteht. Die VKP nimmt unter dem Parteivorsitzenden Hermannson ideologische Elemente der Neuen Linken — später auch eher eurokommunistische Momente an. Peter Weiss nimmt bis zu seinem Tod an den kulturpolitischen Debatten seiner Partei immer wieder aktiven Anteil. Sein Verhältnis zum realen Sozialismus bleibt kritisch, er protestiert gegen die Zurücksetzung, später Ausweisung Wolf Biermanns, die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ und setzt sich o.a. für seinen Schriftstellerkollegen Pavel Kohout ein.

Dokumentartheater

Literarisch beginnt die Phase des Dokumentartheaters Dokumente — Kodex. Protokolle, Zeitungsmeldungen etc. werden als Material verwendet, aus dem der Künstler ein Modell der Wirklichkeit entstehen läßt. Das durch den Künstler vorgestellte Abbild ist zwar in Fakten fundiert, geht aber andererseits nicht vor selbst Wirklichkeit zu verschlucken, sondern fordert den Betrachter zur Verknüpfung auf. Damit wird Dokumentartheater in der Form wie in den Inhalten zur Kritik an Verschiebungen, Wirklichkeitsverfälschungen und „Jugend“ von Massenmedien (5). Sein Ziel ist politische Handlung zu erreichen.

1965 führt das Stück „Die Ermittlung“ über den Auschwitz-Prozess zum Skandal

in der Bundesrepublik. Teile der bürgerlichen Öffentlichkeit wollen nicht ertragen, daß Weiss in seinem Stück die Namen von Firmen benennt, die vom Genozid an der jüdischen Bevölkerung profitiert haben.

1966 führt Weiss im „Kursbuch“ einen Streit mit Hans Magnus Enzensberger (6). Weiss betont die Möglichkeiten und Notwendigkeit sich Solidarität mit Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu erheben. Grundgesamtheit der Solidarität ist für ihn im Gegensatz zu Enzensberger — gerade dieses Interesse gemeinsame Gegner.

Mit der nächsten Jahr veröffentlichten „Gesang vom Lustrations-Popanz“ ergreift er aktiv Partei für den anticolonialistischen Befreiungskampf in Angola. Das Stück in der BRD-Presse weitgehend als „Agitprop“ abgelehnt, wurde es in der DDR und verschiedenen Orten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas aufgeführt, und bekräftigt die Stellung des Peter Weiss als internationalen Schriftstellers.

1967 folgt der „Diskurs über die Urgeschichte und den Verlauf des lang andauernden Befreiungskampfes der Nambus-Besitzer für die Befreiung der Welt von dem Komplex der Unterdrückung gegen ihre Unterdrückten sowie über die Versuche der Vereinigten Staaten von Amerika die Grundlagen der Revolution zu vernichten.“ Der erste Teil des Versuchs ist das spannende Experiment, unter Verwendung fernöstlicher Theatertradition mehr als zweitausend Jahre Klassenkampfes in Vietnam nachzuzeichnen.

Der „Vietnam-Diskurs“ wird Auftakt für eine aktive Vietnam-Solidaritätspolitik des Ehepaars Weiss. Verschiedene Reisen nach Vietnam. Peter Weiss veröffentlichte Berichte, Reportagen, Interviews („Vietnam“, 1966, „Notizen zum kulturellen Leben der Demokratischen Republik Vietnam“, 1968). Peter Weiss ist Sekretär des Russell-Tribunals zu Vietnam, nimmt Teil am Vietnam-Kongress des SDS in West-Berlin und am Vietnam-Hearing in Stockholm. Auch nach der Befreiung 1975 ergreift er für Vietnam das Wort: streitet mit Klaus Vack, Heinrich Hoff und anderen, als es um „bom people“, den Einmarsch in Kambodscha und den chinesischen Überfall auf Vietnam geht.

1969 veröffentlicht Weiss das Stück „Trotzki im Exil“. Darin reflektiert der Revolutionär kurz vor seiner Ermordung durch einen Stalinisten seine Geschichte und die der russischen Revolution. Das Stück wird zum Flusss für Peter Weiss. Die Generalprobe in Düsseldorf wird durch studentische APO-Proteste verhindert. Vor allem aber führt das Stück zum vorläufigen Abbruch der künstlerischen und politischen Beziehungen in die DDR. 1970 veröffentlicht Weiss das Stück „Händlerin“, den er als visionären Sozialisten zeichnet, der angesichts der Undurchführbarkeit von Revolution den Rückzug in die Verstumung antritt. Die 40-jährige Isolation im Turm wird so zum Symbol für den anarchischen Widerspruch des visionären Dichters seiner Zeit.

1981 dramatisierte Weiss Kafka in „Der neue Prozess“.

Ästhetik des Widerstands

Zwischen 1971 und 1980 entsteht Peter Weiss Hauptwerk „Ästhetik des Widerstands“. 1981/82 erscheinen die „Suhrkamp“-Bände. Die Lektüre der Zeitschrift 1971 bis 1980 zeigt, in welcher intensiver Arbeit Peter Weiss die Phasen der Malerei hinweg die Widersprüche der Arbeiterbewegung bis 1945 und im Verhältnis von Politik und Kunst ausleuchtet. Der zweite Band „Kunst und Politik“ ist 1982 in Stockholm.

Be Hamb.

Anmerkungen:
1) Interview in „Der Maler Peter Weiss“ Katalog einer Ausstellung in Bochum, S. 21.
2) Voltaire-Tag. Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspielgruppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn de Sade.
3) Zitiert aus „Peter Weiss im Gespräch mit A. Alvarez“, Nov. 1964 in Peter Weiss im Gespräch, herausgegeben von R. Gerlach und M. Richter, Frankfurt a.M. 1986, S. 57.
4) Zitiert aus „Gespräch mit Peter Weiss“, Wilhelm Girnius/Werner Mildenberg in „Peter Weiss im Gespräch“, a.a.O. S. 68.
5) Peter Weiss: „Das Material und die Modelle“, abgedruckt in „Stücke“, V2 Frankfurt a.M. 1977, S. 598 ff.
6) Enzensberger in Kursbuch 2, August 1965; Weiss und Enzensberger in Kursbuch 6, Juli 1966, S. 165 ff.

aufgeblättert



Ismet Cherif Vanly

Kurdistan und die Kurden
Band 3, Pöggendorfer Taschenbucher III/7, Göttingen und Wien: Gesellschaft für bedrohte Völker, 1988, 130 S., 14,80 DM

Mindestens 20 Millionen Kurden leben im Nahen Osten. Nationale Selbstbestimmung oder auch nur regionale Selbstverwaltung wird ihnen in den vier Staaten, die sich das kurdische Siedlungsgebiet teilen (Iran, Irak, Syrien, Türkei) nicht zugeteilt. Die Situation in Syrien und Kurdistan wird in dem vorliegenden dritten Band der Reihe „Kurdistan und die Kurden“ beschrieben. Von besonderem Interesse dürfte die vom Autor kommentierte Auswahl der geheimen US-Botschaftspapier sein, die sich mit amerikanischer Sicht über die Situation der Kurden befassen.

Klara Oslander/

Johannes Zerger

Rückkehr in die Fremde
Augsburg: Mono-Verlag (HWA-Akademie-Reihe) 1988, 209 S., 19,80 DM

Im Rahmen der Schriften der Hans Weinberger-Akademie erscheinen Grundlagen für die sozialpädagogische Ausbildung. Die hier angezeigte Veröffentlichung ist auch für einen breiteren Kreis interessant, sie beleuchtet am Beispiel der Türkei die politischen und individuellen Bestimmungsfaktoren des Rückwandlungsprozesses sowie die Schwierigkeiten bei der Reintegration in der Türkei. Zudem bietet sie einen guten Überblick auf die Geschichte der Ausländerbeschäftigung in der BRD.

Harald Friedrich

Die Müllverbrennung — eine ökologisch verantwortbare Technologie?
Brochüre (A 5), 40 S., 3,- DM

In dieser von den Grünen in Bundesjugend-Kampagnen und -wettbewerben herausgegebenen Broschüre werden verständlich und fundiert die neueren Erkenntnisse über die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Müllverbrennung dargestellt. Mit allem notwendigen Wissen über die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Müllverbrennung dargestellt. Vor allem kommunalpolitisch Interessierte erhalten aus dieser Broschüre Argumentationshilfen geliefert.

Bezug über Anke Schmidt, Elsa-Brändström-Str. 13, 4800 Bielefeld 1

Antifa-AG der AL — Antifa-Jugendfront (Hrsg.)

Rechtsextremismus an Berliner Schulen
Brochüre (A4), 27 S., 2,50 DM

Aktivitäten rechtsradikaler Schüler sind auch in Westberlin an der Tagesordnung. Gleichzeitig steigt die allgemeine Ausländerfeindlichkeit bei Jugendlichen permanent an. Die vorliegende Broschüre ist als Antwort auf diese Entwicklung gedacht, dabei wird vor allem über Struktur und Ideologie von Gruppen wie der FAP, NF und Junge Union informiert. Bezug für 2,50 DM plus Porto über Alternative Liste — Antifa AG, Badensche Str. 29, 1000 Berlin 31

P. Grohmann/R. Acker/

R. Schönstein (Hrsg.)

Eugen Eberle — Wort und Tat
Stuttgart: Grohmann-Verlag, 1988, 100 S., m. zahlreichen Fotos und Dokumenten, 7,50 DM

Eugen Eberle, bis Anfang der 50er Jahre Betriebsrats-Vorsitzender bei Bosch, war einer der markantesten linken Kommunalpolitiker in der BRD; er gehörte 40 Jahre lang dem Stuttgarter Stadtrat an. Eberle setzte sich (immer wieder mit den Zusammenhängen von Kommunalpolitik und „großer Politik“ auseinander, griff schon sehr früh ökologische Themen auf und widmete seine Arbeit nicht zuletzt der

Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. Der vorliegende Band enthält eine Auswahl von Reden und Aufsätzen Eugens Eberles zu dieser Thematik aus den Jahren 1948-1984 sowie erläuternde Kommentare und Aufsätze von Tilman Fichter, Frieder Schmidt und Wolfgang Ch. Schneider.

Karl Lind (Hrsg.)

Nur kein Rhabarber! Auseinandersetzungen mit grüner Politik in Österreich

Wien: Grün-Alternativ Verlag, 1988, 195 S., 27,- DM

Das Projekt „Grün-Alternative Politik“ in Österreich ist gescheitert, stellt der Herausgeber in seinem Vorwort fest. Die Aufarbeitung dieser Entwicklung ist deshalb noch lange nicht überflüssig. Lehrer der jüngsten Vergangenheit sollten Anlaß zu neuen Erkenntnissen liefern. Der vorliegende Sammelband mit seinem Versuch der Analyse grüner Politik in Österreich ist auch hier sicher mit Gewinn zu lesen. Parallelen zur bundesdeutschen Entwicklung werden deutlich. Als Autoren der Beiträge zu grüner Kultur, Ideologie, Ökonomie, zum Verhältnis zur Feminismus und anderen zentralen Fragen grüner Politik kommen ausschließlich „Betroffene“ zu Wort — alle waren oder sind noch in grüne Politik eingebunden. Nicht alle teilen in ihrer Einschätzung die skeptische Haltung des Herausgebers. Bezug über MOZ, Neulandfelderstr. 12, 1160 Wien.

VR China —

Antimperialismus, Sozialismus, Kulturrevolution Kampf zweier Wege um das Entwicklungskonzept in der VR China

Köln: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 1988, Broschüre (A4), 128 S., 10,- DM

Während die marktorientierte Umgestaltung realsozialistischer Volkswirtschaften in Form der „Reformata“ auch hierzulande immer dringlicher noch Anfang findet, ist in der VR China die „Modernisierung“ längst an ihre Grenzen gestoßen. „Reformata“ ist in der VR China die „Modernisierung“ längst an ihre Grenzen gestoßen. Wachsende soziale Differenzierung, Entstehen neuer Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande, Entwertung der Arbeiter — die Ergebnisse dieser Politik sind weitgehend bekannt. Die vorliegende Veröffentlichung ist dem Anliegen gewidmet zu zeigen, daß derartige Entwicklungen nicht zwangsläufiger Natur sind, sondern Ergebnis des Kampfes „zweier Linien“: der in der Mitte der 70er Jahre eingeschlagene Kurs bedeutete die weitgehende Abkehr des von Mao verfolgten Konzepts des sozialistischen Aufbaus. Zugespitzter Ausdruck des Kampfes der zwei Linien war die Kulturrevolution. Die Dokumentation enthält zahlreiche, sonst nur schwer aufzufindende Dokumente aus der Zeit des „Großen Sprungs“ und der Kulturrevolution. Sie enthält auch Stellungnahmen zu internationalen Problemen, soweit sie für das Verständnis der Entwicklung notwendig sind. Die Dokumentation ist mit erläuternden Anmerkungen, einer Chronologie und einer Auswahlbibliographie versehen. Bezug über GNN, 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7.

Baskenland autonom?

Brochüre (A4), 150 S., 8,50 DM

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit haben „Leute aus dem autonomen/antimperialistischen Widerstand“ in Hamburg versucht, das Feld der unabhängigen Linien — unabhängig von der als „patriotische Linke“ gekennzeichneten ETA und Herrn Baskuna — zu erhellen und dazu eine Menge an Artikel-Nachdrucken, Interviews, Flugblattentwürfen usw. zusammengetragen und einige kurze erläuternde Darstellungen hinzugefügt.

Bezug gegen 10,- DM (incl. Porto) und nur gegen Vorkasse über Cafe & Buch, Holstenstr. 186, 2000 Hamburg 55



Leserbriefe

Schreibt uns je kürzer und treffender desto besser
ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Begriffsverwirrung

Betr: Die Geme sind es nicht ... Im AK 299

Der Artikel enthält leider einige Passagen, die leider mehr zur Begriffsverwirrung als zur Klärung beitragen. Vor allem die Verwendung des Begriffs „Biokybernetik“ ist ziemlich irreführend. Dieser Begriff zieht sich durch den ganzen Artikel und wird meist verwendet, um eine Produktionsweise bzw. eine Technologie zu bezeichnen (in der Hinsicht allerdings auch nicht einheitlich). Biokybernetik hat allerdings eine ganz andere Bedeutung. In Anm. 3 stellt Kybernetik sei eine Wissenschaft. Dasselbe gilt für die Biokybernetik. Ein Name für eine Wissenschaft läßt sich aber nun mal nicht verwenden, um eine Produktionsweise zu bezeichnen (oder gibt es z.B. ein mathematisch hergestelltes Auto?). Biokybernetik muß in einem ganz anderen Zusammenhang kritisiert werden. Sie ist eine Forschungsrichtung, die sich mit der Steuerung und Regulation innerhalb von biologischen Systemen beschäftigt. Da geht es z.B. um die Orientierung beim Vogelflug oder die Informationsverarbeitung im Gehirn. Für solche Forschungsgebiete interessieren sich nun auch Marx und Engels. Ich finde es aber ungenau, wenn man die Erkenntnisse teilweise auf die Steuerung von Raketen oder die Informationsverarbeitung in Supercomputern anwenden kann.

So stolpert man beim Lesen des Artikels immer wieder über diese Definition von Biokybernetik. Aber auch ein paar andere Sachen finde ich zu ungenau oder irreführend dargestellt. Z.B. heißt es unter dem Abschnitt 3 „Erste Produkte dieser Art“ (gemeint sind gentechnisch manipulierte) „werden bereits angeboten“. Welche Produkte sollen das sein? Und wo werden sie angeboten? Pflanzen können es nicht sein. Da laufen momentan die ersten Freilandversuche in den USA, in Europa sind die ersten angemeldet (in der BRD am MPI in Köln). Das zählt noch zum Bereich der Forschung, verkauft läßt sich das nicht. Bei Tieren dürfte es wohl ähnlich sein. Was „angeboten“ wird, sind gentechnisch manipulierte Mikroorganismen bzw. deren Produkte. Diese Produkte haben jedoch noch wenig mit dem im Artikel beschriebenen „Nahrungskreisel“ (Pflanze/Tier/Mensch) zu tun. Der Verkauf von gentechnisch manipulierten Tieren/Pflanzen ist momentan noch Zukunftsmusik. Allerdings lauten die Vorbereitungen dafür auf Hochkuren, weil äußerst hohe Umsätze erwartet werden können.

Timian L.

Störfaktor

Störfaktor

Betr: Berichterstattung des AK über die Anti IWF-Kampagne

In der Oktoberausgabe hat der AK nun endlich mit der bis gleichgezogenen schon im Vorfeld des IWF-Kongresses glanzvoll überlieferten Märzheft „D“ durch reichlich selektive Artikel über den Stand der Anti-IWF-Kampagne. Wir kennen das schon, alles was nicht gerade auf der vorherrschenden Linie der KB-Schreiber liegt wird runtergemacht. Da sich der KB in Westberlin nur in Form von ak-Handverkäufern und Unterzeichner von Aufrufen hervor tut und ansonsten zumeist als U-Boot im AL-Basisunfall steuert — also nun ganz und gar keinen Einfluß auf die linksradikale Bewegung in WB hat — erstaunt es doch immer wieder, mit welcher Unverfrorenheit der KB durch eine die Tatsachen verzerrende, entstehende Berichterstattung insbesondere Aktionen und Diskussionen von autonomen und antipatriarchalischen Gruppen abhandelt. Das ist an sich kaum erklärbar. Vielleicht aber auch ganz einfach: Die Autonomen haben in mehreren Broschüren, zwei in hoher Auflage in der BRD und im Ausland verbreiteten Aufrufen die Politik der Weiber inner AL und der Anti-IWF-Kampagne als reaktionär kritisiert. Getriebene Hunde betten eben auf. Wie verquert die Politik der Autonomen während der Anti-IWF-Aktionen im ak dargestellt wird, will ich an einigen Punkten erläutern.

1) Die große Bündisdemo am Sonntag mit ihrem Aufruf nach einer „gerechten Weltwirtschaftsordnung“ haben die Autonomen nicht mitgetragen. Sie haben trotz Einladung keine RednerInnen gestellt und sie haben sich auch nicht durch Beiträge am Gegenkongreß beteiligt. Warum nicht? Im Gegensatz zum KB haben wir bereits vorher gesagt, Schuldenreicherung als Lösung der Weltwirtschaftskrise ist keine Lösung. Die Forderung nach einer „gerechten Weltwirtschaftsordnung“ (u.a. von den Grünen vorgebracht) ist irreführend oder eben „nebensächlich“ wie jetzt der KB auch eingestuft. Mehr noch: Von einer Krise fürs Kapital kann gar nicht gesprochen werden. Denn für die Marx, den IWF und die übrigen Imperialisten in den Metropolen und ihre Verbundenen in den Regierungen und den Trümmern läuft alles nach Plan. So lange also nicht klar wird, gegen wen sich

eine „Lösung der Krise“ richtet, welche neuen Klassenbündnisse von unten geschlossen werden müssen — und dazu gehört auch eine Neubestimmung der antipatriarchalischen Solidarität, die die Verantwortlichen hier in den Metropolen angreift — solange kann es von unserer Seite kein Bündnis geben. Diese Position steht natürlich konträr zur AL und zu den Grünen (dort gibt es wohl keine Ausnahme in der Person von T. Ebermann). Demzufolge kann es auch keinen Dialog mit den Modernisierungstheoretikern der Weltwirtschaft wie IWF oder A. Vater geben. Erst recht nicht mit solchen Konstellationen wie SPD-MdB Hauchner, die auf dem Gegenkongreß ihr neues Konzept der verfeinerten Ausbeutung sozial abgestimmt und für die westdeutschen Multis nachaktualisiert haben.

Aus diesen kurz abgerissenen Gründen haben wir die Plattform der Bündisdemo und den Gegenkongreß nicht mit unterzeichnet.

2) Mehr als froh ist eure Berichterstattung zu den Aktionstagen. Während also eurer Berichterstattung nach die sonstigen Latschidemo der 50- bis 80.000 eine „bunte, phantasievolle und kämpferische Demonstration“ war, kam zu den Aktionstagen „ein wesentlich kleineres politisches Spektakel“, das aber in Absprache und unter Beteiligung der autonomen Gruppen. Eine unbeteiligte Leserin gewiß hat den Eindruck, als wenn die Aktionstage auch von den Autonomen mitgetragen wurden. Ganz schön starker Tobak! Tatsache ist, daß drei Monate ca. 100 Menschen aus dem autonomen/antipatriarchalischen Spektrum und ca. 50 Frauen und Lesben in der Frauenkoordination die Aktionstage vorbereitet haben. Daneben gab es noch eine zahlenmäßig sehr viel kleinere AG Aktionstage des Bundesspektrums. Mitte August wurde ein Aufruf des autonomen/antipatriarchalischen Aktionstageplenum in 10.000 facher Auflage veröffentlicht, der inhaltlich sehr ausfuhrlich war. Er war ein Aufruf zur Aktionstage gegen den Kongreß, warum wir ihn ablehnen, verhindern, wenn möglich verhindern wollen. Zudem wurde noch einmal ausführlich geschildert, was die Aktionstage mit unseren Kämpfen im Alltag, gegen den Zwang zur Arbeit, gegen die patriarchalische Herrschaft und Ausbeutung zu tun haben.

Neben den Themen Aktionstage waren diese vorbereitenden Aktionstage der entscheidenden politischen Aktionstage. Aber eben inhaltlich entscheidend bestimmt durch autonome Gruppen. Nicht von ungefähr wurde „IWF-Möbiestreff“ und nicht „Schuldenreicherung jetzt“ zu der Parade der Kampagne.

Vollig entstellend ist es, wenn ihr die Parade der Kampagne

schreibt: „An den Aktionstagen beteiligten sich die Autonomen mit eigenständigen Aktionen, die mit dem übrigen Bündnis abgesprochen waren, wobei in den jeweiligen konkreten Aktionen die Trennung aufgehoben wurde. Aber in der Hauptsache konzentrierte sich das autonome Spektrum auf ihre eigenständige internationale Demonstration.“

Die Demo am 29.9. war von vornherein integraler Bestandteil des Aktionstagekonzepts und als solche auch im Aufruf angekündigt. Es gab zudem keine „Hauptsache“ in den Aktionstagen. Dazu waren uns alle Kundgebungen und Aktionen zu wichtig. Unsere Aktionen waren nicht mit dem Bündnis abgesprochen, konnten gar nicht abgesprochen werden, weil das Bündnis keine Vorstellungen zu den Aktionstagen, bis auf die kleine Aktionstage AG, hatte. Genauer: Das Bündnis wollte mit den Aktionstagen nichts zu tun haben, weil es nichts mit Störaktionen gegen den Kongreß zu tun haben wollte. Das war doch der monatelange Streit zwischen Gewaltfreien, Revus, Jusos, Grünen und AL auf der einen Seite und dem Budo und einigen autonomen Beobachtern auf der anderen Seite. Hier wird unterstellt, als ob Grüne, SPW, DPK, Jusos die Aktionstage mitgetragen hätten. Das ist schlicht und einfach Quark.

Wir haben im Vorfeld der Kampagne immer wieder betont: Wir halten ein Bündnis bei den fundamentalen politischen Gegensätzen in der Analyse des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems und bei den völlig konträren Auffassungen über die Notwendigkeit einer revolutionären Praxis und Formierung von Gegenmacht hier in den Metropolen für alle Beteiligten nur schädlich. Wenn wir im Gegenteil dort die Kräfte bündeln können, wo Gemeinsamkeiten in der Praxis sich entwickeln und dort, wo dies nicht möglich ist, uns in unseren unterschiedlichen Aktivitäten nicht gegenseitig behindern — dann können wir stärker zusammen sein, als wenn wir auf einer Plattform nur wortreiche Erklärungen fabrizieren, die zumeist gerade die interessantesten strittigen Punkte ausklammern.

Ich denke, daß diese eingeschlagene Strategie, die auf erheblichen Widerspruch bei vielen ALern und auch bei etlichen Autonomen stieß, sich durch die Praxis der Aktionstage als richtig herausgeschält hat. An den Punkten, wo es beiden Seiten notwendig schien, haben wir

uns abgesprochen und Aktionen koordiniert. An den Punkten, wo von vornherein klar war, wir behindern uns nur gegenseitig, haben sich beide Seiten lediglich über die Aktionen informiert. Das scheint mir als eines der wichtigsten Ergebnisse der Anti-IWF-Kampagne zu sein. Sehr viele Aktionen von sehr vielen, politisch sehr unterschiedlichen Gruppen wurden ohne gemeinsame Plattform organisiert, ohne daß die Aktionen sich gegenseitig schwächen, sondern eher im Gegenteil: Weil es keine gegenseitig lähmenden Bündnisabsprachen gab, konnten sich so „bunte, phantasievolle, kämpferische“ Demonstrationen und Aktionen entwickeln. Vielleicht ein Lehrbeispiel für zukünftige Kampagnen.

Diese wichtige Erfahrung und Erkenntnis nimmt der AK gar nicht wahr. Stattdessen kommt nun ganz dicker Über die angebliche „Doppelstrategie“ der Autonomen schreibt ihr: „In der Praxis jedoch folgten viele Autonome der Maxime „Dabei ist alles“. Was ihr da schreibt, klingt so, die Autonomen hätten nicht die Direktiven ihrer Vertreter, tappten orientierungslos in der Gegend rum und konzentrierten sich allein auf die Abschaffung des Dummers gehts. Nummer die Autonomen „vertraumt“ auf den Demos, „schwarz bekleidet“ auf den Aktionstagen und dazu fähig, unglücklich und am Kopf als Rande. Mit solchen Kennzeichnungen, Stereotypen nähert ihr euch mit Siebenmeilenfeßeln der Tat.

Wenn ihr schon von „Doppelstrategie“ schreibt, wieso unterschätzt ihr die zahlreichen militärischen Anschläge gegen Banken gegen die HI-WAs gegen Sexshops und -kinos, gegen die Bankkassen und -verleihen? (Nebenbei wurden am 29.9. vormittags, vor Beginn der Abschließung des Kongresses die Zufahrtsstraßen zum ICC durch sechs brennende Autos blockiert, und nicht, wie ihr schreibt, abends nach Abreise der Schweizer.)

Trotz des riesigen Bündisaufgebots ist diese Strategie der autonomen Gruppen legale, angeordnete Aktionen (Banks und legale Kleingruppenaktionen) zu machen, rechtlich aufgeflogen.

In eurer Berichterstattung, sowohl im Vorfeld wie danach, völlig ausgegrenzt und das ist schon eine beachtliche Leistung, habe ich diese Aktionen und Diskussionen der autonomen Frauen und Lesben Gruppen, die Frauen waren, immerhin ein wenig aus dem autonomen antipatriarchalischen Spektrum, die ihre zweijährige Diskussion und Arbeit über einen neuen internationalen und antipatriarchalischen Kampf in einer umfangreichen Broschüre zu Papier brachten („Ansätze“, Auflage 4000, vergriffen). Zudem gelang es den Frauengruppen („Ansätze“ Auflage 4000), vergriffen. Zudem gelang es den Frauengruppen, Westberlin wohl am besten durch Verurteilungen und Aufklärungsaktionen in Diskussionszentren ihre Kritik sowohl an der autonomen Männerpolitik wie an der Frauenunterdrückung und -ausbeutung im patriarchalischen Herrschaftssystem in allgemein verständlicher Sprache (Frau auf der Straße) deutlich zu machen.

Und daß zum neuen Internationalismus der Autonomen mehr als die „IWF-Hungerrevolten“ gehören, ist selbst den AL Realis klar geworden. Bestätigt hat sich leider auch die Skepsis gegenüber einigen Befreiungsbewegungen wie der FMLN oder der FSLN, die, wenn sie sich überhaupt zum IWF äußerten, eher die Position von Castro oder der Sozialistischen Internationale übernahmen. Wenn dem KB künftig mehr daran ge-

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Ausgabe 4

Feminismus - Marxismus



Grundlagen zum Zusammenhang von Marxismus und Feminismus - Frauen in der Automatenarbeit - Der Unvollständige 'Bürgerlicher Ansatz' - Die Familie als Garantin von Unterdrückung und Ausbeutung - Rezensionen

Mit Beiträgen von: Frigga Haug, Uta Schilling, Sören Andersen, Ellen Wall, Frank Rantachler u.a.

Marxismus in Peru Mariátegui
Vorgelegt von José Carlos Mariátegui - Interviews mit Hugo Blanco über die Lage in Peru und den peruanischen Marxismus

Mit Beiträgen von: Albert Schapenberger, Carl Wechsberg, Jörg Reinhardt

Noch erhältlich:

Nr. 2: 'Die Modernisierung des Konsumismus' und 'Die kommunikativen Transparenzen' in Frankfurt, 80 S./5,-
Nr. 3: 'Die Entwicklung der westlichen staatslosen Gesellschaften', 80 S./5,-
Sonderheft: 'Antonio Gramsci' 16 S./1,-
Sonderheft: 'Die Theorie des Marxismus', 80 S./5,-

In Vorbereitung:

Nr. 5: 'Probleme der Politischen Ökonomie', 100 S./10,-
Vorname, Name, PLZ, 1000, 10100, 10200, 10300, 10400, 10500, 10600, 10700, 10800, 10900, 11000, 11100, 11200, 11300, 11400, 11500, 11600, 11700, 11800, 11900, 12000, 12100, 12200, 12300, 12400, 12500, 12600, 12700, 12800, 12900, 13000, 13100, 13200, 13300, 13400, 13500, 13600, 13700, 13800, 13900, 14000, 14100, 14200, 14300, 14400, 14500, 14600, 14700, 14800, 14900, 15000, 15100, 15200, 15300, 15400, 15500, 15600, 15700, 15800, 15900, 16000, 16100, 16200, 16300, 16400, 16500, 16600, 16700, 16800, 16900, 17000, 17100, 17200, 17300, 17400, 17500, 17600, 17700, 17800, 17900, 18000, 18100, 18200, 18300, 18400, 18500, 18600, 18700, 18800, 18900, 19000, 19100, 19200, 19300, 19400, 19500, 19600, 19700, 19800, 19900, 20000, 20100, 20200, 20300, 20400, 20500, 20600, 20700, 20800, 20900, 21000, 21100, 21200, 21300, 21400, 21500, 21600, 21700, 21800, 21900, 22000, 22100, 22200, 22300, 22400, 22500, 22600, 22700, 22800, 22900, 23000, 23100, 23200, 23300, 23400, 23500, 23600, 23700, 23800, 23900, 24000, 24100, 24200, 24300, 24400, 24500, 24600, 24700, 24800, 24900, 25000, 25100, 25200, 25300, 25400, 25500, 25600, 25700, 25800, 25900, 26000, 26100, 26200, 26300, 26400, 26500, 26600, 26700, 26800, 26900, 27000, 27100, 27200, 27300, 27400, 27500, 27600, 27700, 27800, 27900, 28000, 28100, 28200, 28300, 28400, 28500, 28600, 28700, 28800, 28900, 29000, 29100, 29200, 29300, 29400, 29500, 29600, 29700, 29800, 29900, 30000, 30100, 30200, 30300, 30400, 30500, 30600, 30700, 30800, 30900, 31000, 31100, 31200, 31300, 31400, 31500, 31600, 31700, 31800, 31900, 32000, 32100, 32200, 32300, 32400, 32500, 32600, 32700, 32800, 32900, 33000, 33100, 33200, 33300, 33400, 33500, 33600, 33700, 33800, 33900, 34000, 34100, 34200, 34300, 34400, 34500, 34600, 34700, 34800, 34900, 35000, 35100, 35200, 35300, 35400, 35500, 35600, 35700, 35800, 35900, 36000, 36100, 36200, 36300, 36400, 36500, 36600, 36700, 36800, 36900, 37000, 37100, 37200, 37300, 37400, 37500, 37600, 37700, 37800, 37900, 38000, 38100, 38200, 38300, 38400, 38500, 38600, 38700, 38800, 38900, 39000, 39100, 39200, 39300, 39400, 39500, 39600, 39700, 39800, 39900, 40000, 40100, 40200, 40300, 40400, 40500, 40600, 40700, 40800, 40900, 41000, 41100, 41200, 41300, 41400, 41500, 41600, 41700, 41800, 41900, 42000, 42100, 42200, 42300, 42400, 42500, 42600, 42700, 42800, 42900, 43000, 43100, 43200, 43300, 43400, 43500, 43600, 43700, 43800, 43900, 44000, 44100, 44200, 44300, 44400, 44500, 44600, 44700, 44800, 44900, 45000, 45100, 45200, 45300, 45400, 45500, 45600, 45700, 45800, 45900, 46000, 46100, 46200, 46300, 46400, 46500, 46600, 46700, 46800, 46900, 47000, 47100, 47200, 47300, 47400, 47500, 47600, 47700, 47800, 47900, 48000, 48100, 48200, 48300, 48400, 48500, 48600, 48700, 48800, 48900, 49000, 49100, 49200, 49300, 49400, 49500, 49600, 49700, 49800, 49900, 50000, 50100, 50200, 50300, 50400, 50500, 50600, 50700, 50800, 50900, 51000, 51100, 51200, 51300, 51400, 51500, 51600, 51700, 51800, 51900, 52000, 52100, 52200, 52300, 52400, 52500, 52600, 52700, 52800, 52900, 53000, 53100, 53200, 53300, 53400, 53500, 53600, 53700, 53800, 53900, 54000, 54100, 54200, 54300, 54400, 54500, 54600, 54700, 54800, 54900, 55000, 55100, 55200, 55300, 55400, 55500, 55600, 55700, 55800, 55900, 56000, 56100, 56200, 56300, 56400, 56500, 56600, 56700, 56800, 56900, 57000, 57100, 57200, 57300, 57400, 57500, 57600, 57700, 57800, 57900, 58000, 58100, 58200, 58300, 58400, 58500, 58600, 58700, 58800, 58900, 59000, 59100, 59200, 59300, 59400, 59500, 59600, 59700, 59800, 59900, 60000, 60100, 60200, 60300, 60400, 60500, 60600, 60700, 60800, 60900, 61000, 61100, 61200, 61300, 61400, 61500, 61600, 61700, 61800, 61900, 62000, 62100, 62200, 62300, 62400, 62500, 62600, 62700, 62800, 62900, 63000, 63100, 63200, 63300, 63400, 63500, 63600, 63700, 63800, 63900, 64000, 64100, 64200, 64300, 64400, 64500, 64600, 64700, 64800, 64900, 65000, 65100, 65200, 65300, 65400, 65500, 65600, 65700, 65800, 65900, 66000, 66100, 66200, 66300, 66400, 66500, 66600, 66700, 66800, 66900, 67000, 67100, 67200, 67300, 67400, 67500, 67600, 67700, 67800, 67900, 68000, 68100, 68200, 68300, 68400, 68500, 68600, 68700, 68800, 68900, 69000, 69100, 69200, 69300, 69400, 69500, 69600, 69700, 69800, 69900, 70000, 70100, 70200, 70300, 70400, 70500, 70600, 70700, 70800, 70900, 71000, 71100, 71200, 71300, 71400, 71500, 71600, 71700, 71800, 71900, 72000, 72100, 72200, 72300, 72400, 72500, 72600, 72700, 72800, 72900, 73000, 73100, 73200, 73300, 73400, 73500, 73600, 73700, 73800, 73900, 74000, 74100, 74200, 74300, 74400, 74500, 74600, 74700, 74800, 74900, 75000, 75100, 75200, 75300, 75400, 75500, 75600, 75700, 75800, 75900, 76000, 76100, 76200, 76300, 76400, 76500, 76600, 76700, 76800, 76900, 77000, 77100, 77200, 77300, 77400, 77500, 77600, 77700, 77800, 77900, 78000, 78100, 78200, 78300, 78400, 78500, 78600, 78700, 78800, 78900, 79000, 79100, 79200, 79300, 79400, 79500, 79600, 79700, 79800, 79900, 80000, 80100, 80200, 80300, 80400, 80500, 80600, 80700, 80800, 80900, 81000, 81100, 81200, 81300, 81400, 81500, 81600, 81700, 81800, 81900, 82000, 82100, 82200, 82300, 82400, 82500, 82600, 82700, 82800, 82900, 83000, 83100, 83200, 83300, 83400, 83500, 83600, 83700, 83800, 83900, 84000, 84100, 84200, 84300, 84400, 84500, 84600, 84700, 84800, 84900, 85000, 85100, 85200, 85300, 85400, 85500, 85600, 85700, 85800, 85900, 86000, 86100, 86200, 86300, 86400, 86500, 86600, 86700, 86800, 86900, 87000, 87100, 87200, 87300, 87400, 87500, 87600, 87700, 87800, 87900, 88000, 88100, 88200, 88300, 88400, 88500, 88600, 88700, 88800, 88900, 89000, 89100, 89200, 89300, 89400, 89500, 89600, 89700, 89800, 89900, 90000, 90100, 90200, 90300, 90400, 90500, 90600, 90700, 90800, 90900, 91000, 91100, 91200, 91300, 91400, 91500, 91600, 91700, 91800, 91900, 92000, 92100, 92200, 92300, 92400, 92500, 92600, 92700, 92800, 92900, 93000, 93100, 93200, 93300, 93400, 93500, 93600, 93700, 93800, 93900, 94000, 94100, 94200, 94300, 94400, 94500, 94600, 94700, 94800, 94900, 95000, 95100, 95200, 95300, 95400, 95500, 95600, 95700, 95800, 95900, 96000, 96100, 96200, 96300, 96400, 96500, 96600, 96700, 96800, 96900, 97000, 97100, 97200, 97300, 97400, 97500, 97600, 97700, 97800, 97900, 98000, 98100, 98200, 98300, 98400, 98500, 98600, 98700, 98800, 98900, 99000, 99100, 99200, 99300, 99400, 99500, 99600, 99700, 99800, 99900, 100000, 100100, 100200, 100300, 100400, 100500, 100600, 100700, 100800, 100900, 101000, 101100, 101200, 101300, 101400, 101500, 101600, 101700, 101800, 101900, 102000, 102100, 102200, 102300, 102400, 102500, 102600, 102700, 102800, 102900, 103000, 103100, 103200, 103300, 103400, 103500, 103600, 103700, 103800, 103900, 104000, 104100, 104200, 104300, 104400, 104500, 104600, 104700, 104800, 104900, 105000, 105100, 105200, 105300, 105400, 105500, 105600, 105700, 105800, 105900, 106000, 106100, 106200, 106300, 106400, 106500, 106600, 106700, 106800, 106900, 107000, 107100, 107200, 107300, 107400, 107500, 107600, 107700, 107800, 107900, 108000, 108100, 108200, 108300, 108400, 108500, 108600, 108700, 108800, 108900, 109000, 109100, 109200, 109300, 109400, 109500, 109600, 109700, 109800, 109900, 110000, 110100, 110200, 110300, 110400, 110500, 110600, 110700, 110800, 110900, 111000, 111100, 111200, 111300, 111400, 111500, 111600, 111700, 111800, 111900, 112000, 112100, 112200, 112300, 112400, 112500, 112600, 112700, 112800, 112900, 113000, 113100, 113200, 113300, 113400, 113500, 113600, 113700, 113800, 113900, 114000, 114100, 114200, 114300, 114400, 114500, 114600, 114700, 114800, 114900, 115000, 115100, 115200, 115300, 115400, 115500, 115600, 115700, 115

Zeitungsmachen als zersetzender Prozeß

Hartungensien in der taz

„Jeden Tag eine linksradikale Zeitung“ noch bekannt dieser Gründungslogik der taz von 1978/79?

„Was ist denn links? Wir definieren zur Zeit alles, was uns gefällt als links“, sagt Ulli Kulke 1988 auf einem taz-Plenum zur Konzeptionsdebatte. „Es gibt in der Umwelt kein rechts oder links“, gibt Gerd Rosenkranz zu bedenken.

Identitätskrise in der taz. Die Zeitungsmacher wollen ein neues Konzept, aber welches? „Zeitungsmachen ist ein zersetzender Prozeß an sich, besonders aber der Linken“, dozieren Altmeyer Klaus Hartung, da „die heutige Linke nicht mehr zersetzt“. Die Linke glaube „selbst nicht mehr an ihre alten Feindbilder. Die würden letztlich auch beim Zeitungsmachen aufgelöst beispielsweise durch die Technik des Interviews. Die Linke hatte statt dessen an ihren alten Bildern fest, sei undemokratisch und öffentlichkeitsfeindlich.“

„Die neue Ziellosigkeit“, plücht ihm Gerd Rosenkranz bei, „ist nicht ein gesellschaftliches Problem, sondern eins der Linken. Denn erstmals in der Geschichte der BRD ist die Linke Bestandteil der Gesellschaft, nicht ausgegrenzt“ (1), bekundet er Integrationswillen.

Hartungesche Prinzipien

Was kann das meinen? Klaus Hartung mußt sich unermüdlich in der tagtäglichen taz um Aufklärung und die Verbindlichkeit republikanischer Prinzipien

Als guter bürgerlicher Demokrat verfiel er das Prinzip der Übernahme von Verantwortung mit Konsequenzen, was „die womöglich antiquierte Auffassung (meint) daß ein öffentliches oder politisches Amt eine höhere Verantwortung impliziert als beispielsweise der Chef eines Privatunternehmens.“ (2) Womit die Schwere der Vergehen eines stellvertretenden grünen Bundesvorsitzenden, von dem hier die Rede ist, bewiesen wäre. Der klassische Linke hätte dies selbstverständlich den Widerspruch zwischen Loharbeit und Kapital folgend genau andersherum

Offentliche Sauberkeit im Sündenpfehl der Barschels, Lambsdorfs und Die taz... weites Hartungesche Prinzip. Linzinger H. (1) und Linzinger H. (2) Doch wenn Niedersachsen SPD doch einen Neuwahlantrag stellt, weil Minister Haselmann gelogen hat, dann scheut Hartung auch gnadenlose Kritik an mangelnder Konsequenz nicht, da dieser Schritt verzögert kam, die sozialdemokratische Opposition zu spät die beschädigte „Glaubwürdigkeit des demokratischen Gemeinwesens entdeckt“ habe (3)

„Glaubwürdigkeit des demokratischen Gemeinwesens entdeckt“ habe (3)

Das Prinzip Parlament. Kurze Zeit nach der niedersächsischen Beschädigung erneute Sorge um das Gemeinwesen, da dem Vorsitzenden des Zentralrats der Jüdischen Gemeinde in der Bundesrepublik (4), das Parlament, verweigert worden ist, was Hartung „beschimpfend für den Bundestag“ (5) findet

Die Grundgesetztreue. Oskar Lafontaine habe zwar sympathisierend linken Internationalismus gegen Volksstümme gestellt, als er nicht einsehen wolle, daß „abstammungsdeutsche“ Ausländer höherwertig sein sollten, als Asylbewerber Gul, so Hartung, doch „bleibt es bedenk-

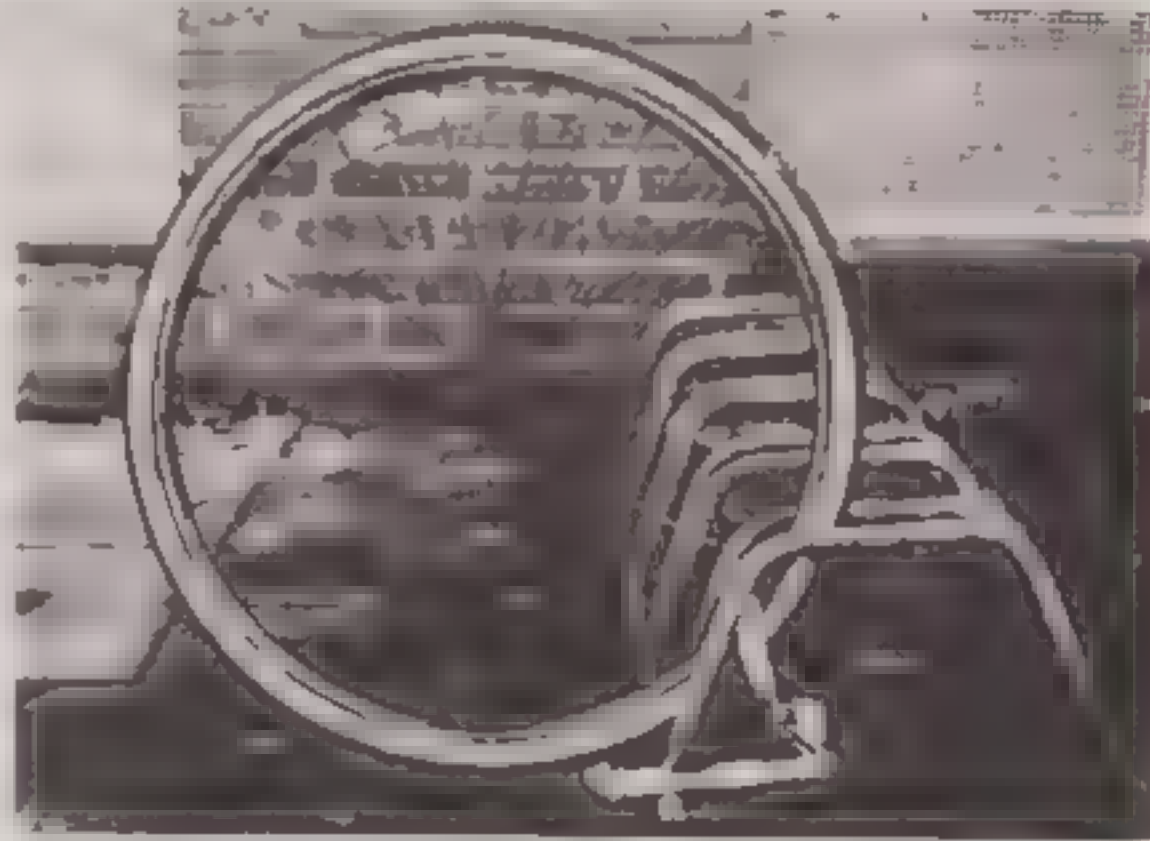


Foto: H. Woyahn

lich, daß er angesichts deutscher Platzangst Bestimmungen des Grundgesetzes in Frage stellt“ (6)

„Da haben die sich aber was getraut“

Würdevoller Umgang mit der Demokratie einerseits, ob von CDU-Jenninger oder „der Linken“ (grüne Fundis, SPD-Niedersachsen, Lafontaine), Verknüpfung der Querdenker andererseits, das — so Hartung mache die deutsche M. sehr erst aus. Beispiel Giotz, in der eigenen Partei gescheiterter SPD-Herausforderer der bayerischen CSU. „Giotz hätte zwar kein vollen Ritzler garzintieren können“ mitfühlte taz-Vor- und Querdenker Hartung, aber „er hätte die Partei provoziert — zum Denken. Und er hätte die intellektuellen auch noch gezogen.“ taz-Sorgen 1988, über Nacht gekommen oder 1978/79 bereits ein Geburtsfehler? „Aber jene Junos der siebziger Jahre finden Querdenkerei ohnehin schlimmer als CDU/CSU-Siege. Giotz ist am stärksten im Berliner Mittelmaß gescheitert“ (7) Der Giotz-gescheiterte taz-Bewerber?

Welche Konsequenzen für die taz ziehen? „Die taz befindet sich im Spannungsfeld zwischen Ratzlosigkeit und Engagement. Hier sollen sich die Teilwehren über Teilbewegungen umsetzen. Damit laßt sich am besten die Unabhängigkeit wahren“ (1), schlägt Martin Kempe als den Rätsel Lösung vor. Saggi vom Layout wird praktisch. „Zudem gibt es eine Reihe von Themen, die ins Blatt gehören. Mode zum Beispiel.“ Hat nicht die taz schon alle Themen versucht? „Der Anreiz für neue Leser ist über neue Themen zu sichern.“ Ob das von den Querdenkern gemeint war? Vora findet, daß die taz „erst genommen

Moden versucht? „Der Anreiz für neue Leser ist über neue Themen zu sichern.“ Ob das von den Querdenkern gemeint war? Vora findet, daß die taz „erst genommen werden wollte, und das haben wir erreicht.“ Na selbst, aber: „Dannur haben unsere Freiheit und Respektlosigkeit — nicht zu verwechseln mit Ratzigkeit — gelitten. Im Grunde brauchen wir ein tägliches Element, bei dem der Leser sagen kann: „Da haben die sich aber was getraut.“

Das dürfte nicht so einfach sein. „Gas-kannervoll“ will man frage zum Glück nicht, linksradikal ist passu, was bleibt noch? Der linke Tabubruch? Der ist nicht neu, sondern hartungalt, von dem will höchstens Max Thomas noch mehr. Die sensible Annäherung der taz an das Gute in der Sozialdemokratie ist tagtäglich und längst keine Modernisierung mehr. Wie war's daher mit Ausgewogenheit

eine öffentlich-rechtliche taz, das Gegenteil von dem, was dieses Projekt einmal vorgab zu wollen? Das ist Bewegung und Veränderung zugleich. Wie das ausschen könnte, Erstens in die taz-Kommentarspalten schauen, zweitens den letzten Klingelschmitt lesen, jenen besachsen taz-Realo, der als erster den Spontu-Cityen in dieser Zeitung hoffähig gemacht hat, bevor der Knappe Udo ihn für die Grünen Yuppie-Realos reklamieren konnte. „Feindbilder“, schreibt KPK zum „Jahresgut der ständigen Schüsse an der Startbahn West“, Feindbilder baue CDU-Innenminister Milde auf, wenn er „das bewußte Zurückschrauben der Gewaltspirale an der unantastbaren Piste einzig als Erfolg repressiver Polizeimacht interpretiert“... „bei doch der Erfolg mehrere Väter, denen einer die Polizei, unter deren weiteren auch KPK sich zu finden hofft. CDU-Milde ignoriert, wußt KPK ihm vor, „Diskussionsprozesse, die innerhalb der Bürgerinitiative, aber auch marginal bei der Polizei initiiert wurden.“ Das Ohr in den in den Polizeistuben, trüben der Zivilisierte von der taz jenseits der Realität eines neuen bewussten Polizeigesetzeswort die Lüge von der Linke die nicht mehr ausgegrenzt ist taz alias KPK plus zivilisierte Politiker plus zu stärkende marginale Polizei in Alternative zu den „kalten Krieger“, zu jenen Anhängern der „Feindbilder“ aus der heischen Landesregierung und aus der „harten Front“ der Startbahngegner, für die Flughafensbetreiber „Völkermörder und Kriegsverbrecher“ sind.“ Für jene Extreme, so der feind-BILD-freie KPK „ist die Welt dann auch wieder in Ordnung, nämlich schwarz-weiß und unkompliziert.“ (8)

Rossmat sei die taz, hilfreich und gut. Warum auch sollten die Herrschenden solche Linke ausgrenzen? (8)

Rossmat sei die taz, hilfreich und gut. Warum auch sollten die Herrschenden solche Linke ausgrenzen? (8)

Quellen

1. Alle Zitate dieser taz-Diskussion aus Protokoll vom Samstagplenum der taz in der West-Berliner Warsstraße am 29.88
2. Klaus Hartung, Verantwortung übernehmen taz-Kommentar vom 18.10.88
3. Klaus Hartung, Goldschmitt taz-Kommentar vom 26.10.88
4. Klaus Hartung, Amutabrugnis taz-Kommentar vom 31.10.88
5. Klaus Hartung, Integration taz-Kommentar vom 7.11.88
6. Klaus Hartung, Schöne Worte, taz-Kommentar vom 28.10.88
7. Klaus Hartung, Verleumdung voran taz-Kommentar vom 5.11.88
8. Klaus-Peter Klingelschmitt, Feindbilder taz-Kommentar vom 2.11.88

Spendenaufruf

„Gemeinsam! Da wir wissen, daß ihr von euch selbst auch Weihnachtsgeld bekommen, bitten wir um eure

Im Ernst: Wir danken euch herzlich für die Spenden, die ihr uns in den letzten Jahren zu den Subventionen, mit denen wir aus Mitgliedsbeiträgen, wie so schon das politische Projekt AK bezuschussen

Spenden auf das Konto:

Hilfsfonds
Hilfsfonds
Hilfsfonds

Hilfsfonds

aktuell

- Annekte für die Gefangenen des 25. April 2
Chile: Politische Gefangene weiter in Lebensgefahr 2
Interview mit Gladys Caragena 2
Das Hakenkreuz an und für sich 3
Eine Ausstellung und der „neue Diskurs über den Faschismus“ 3
taz: Schlimme Wörter, null Gedanken? 4
Deutsche Panne Kommentar zur Jennings Rede 4
Atomkooperation BRD-USSR 8
Neues Denken fördert Reaktorgeschäft 9
Atomreaktor ohne GAI 9

Antifaschismus

- Skizzen in Göttingen 19
Göttingen: Zurück zur Normalität 19

Antimilitarismus

- „Ein großes Täuschungsmanöver...“ 13
Abrüstungsplanungen nach dem INF-Vertrag 13
Europäische Atomstreitmacht: Die unvermeidliche Zustimmung der SPD 5
SPD: „Die Bedeutung Westeuropas muß wachsen“ 6
SPD und Atomwaffen: Schritt für Schritt auf Atomkurs 7

Arbeiterbewegung

- Krupp-Arbeiter geben nicht auf — Betriebskomitee bei Krupp 12
Rheinhausen bereiten neue Aktionen vor

Asien

- „Die US-Basen sind ein Dolch im Rücken des Volkes“ 26
Militärisch möglich — politisch machbar? 26
José Maria Sison über US-Basen und Interventionen 27

Europa

- „Die US-Basen sind ein Dolch im Rücken des Volkes“ 26
Militärisch möglich — politisch machbar? 26
José Maria Sison über US-Basen und Interventionen 27

Diskussion

- Zwei Antworten auf die Thesen zur Gentechnologie (AK 299) 34

Europa

- Jugoslawien in der Krise 21
Nordland: Zensur und Internierung 24

Frauenbewegung

2. Kongreß „Frauen gegen Geschlecht und Reproduktionstechnologie“ 16
Auf dem Kongreß verlesene Rede von Ingrid Strobl 17

Grüne

- Es fehlt noch eine Kleinigkeit — Grüne und Diäten 13
Aufruf der Realos an die Abgeordneten aller Fraktionen 30
Hessen-Grüne wieder vom von der APO zur uPo 30
GRÜNE: Religions- statt Chemieunterricht 30

Kultur

- Peter Weiss: Kunst als Widerstand 37

Linke

- DKP und Gentechnologie 31

Nahost

- Im Osten nichts Neues: Israel nach den Parlamentswahlen 20
Kurdistan: Interview mit der PUK 23

Realer Sozialismus

- Verstärkte Disproportionen in der Wirtschaft der VR China 25
Die Frau in der neueren sowjetischen Literatur 28

Repression

- Verfahren nach § 129 a 14
Dokumentation: Zusammenlegung der politischen Gefangenen 15
Immer wieder immer weiter § 129a 15
RAF-Gefangener nach Entlassung unter Führungsaufsicht 15

Staat

- Christlich zockt am längsten: Goldrausch in Niedersachsen 18
Celler-Bomben-Ausschuß: „Agentin VM 1031“ spricht 18
Hasselmann zurückgetreten — Da war doch noch was 19

Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen

- Halbjahresabo DM 33, — Förderabo DM 50, —
○ Jahresabo DM 60, — Förderabo DM 100, —

Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgironummer Hamburg, B.Z. 200 100 20, Konto 27 175-203 (Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung))

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weis, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Ort Datum Unterschrift

Absender

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4

2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Konto-Nr. bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

dep-

(Unterschrift)

**ATOMWAFFEN
VERZICHT INS
GRUNDGESETZ!**

DENUKLEARISIEREN

STATT

MODERNISIEREN!

INTERNATIONALE AKTIONSKONFERENZ

25.-27. NOV 88 IN KÖLN

Schulzentrum Köln-Welden
Ostlandstraße 39
5000 Köln 40



Keine Atomraketen-
für uns die Moneten

Kampf dem Atomtod 1959...

Wir finden die Kampagne wichtig und wollen ihre Anliegen unter unseren Mitgliedern und Basisgruppen weiter bekanntmachen. Wir haben beschlossen, den „Aufruf gegen die Selbstberuhigung – Denuklearisieren statt Modernisieren – Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ zu unterstützen und uns an der Finanzierung der Veröffentlichung dieses Aufrufs in einer überregionalen Tageszeitung mit 100,- DM zu beteiligen.

Rainer van Heukelum, Pax-Christi-Präsidium

ATOM MACHT BRD

Moment mal. Hat die BRD nicht längst auf Atomwaffen verzichtet? Ist es nicht geradezu unsinnig, in das Grundgesetz festschreiben zu wollen, was angeblich schon heute die erklärte Grundlage aller BRD-Politik ist?

Wer so fragt, hat nur scheinbar recht.

Warum es sich lohnt, für die Durchsetzung eines vollständigen und dauerhaften Atomwaffenverzichts auf die Straße zu gehen – das wollen wir im folgenden erläutern.



1. EIN
2. EIN
3. EIN
4. EIN
5. EIN
6. EIN
7. EIN
8. EIN
9. EIN
10. EIN
11. EIN
12. EIN
13. EIN
14. EIN
15. EIN
16. EIN
17. EIN
18. EIN
19. EIN
20. EIN
21. EIN
22. EIN
23. EIN
24. EIN
25. EIN
26. EIN
27. EIN
28. EIN
29. EIN
30. EIN
31. EIN
32. EIN
33. EIN
34. EIN
35. EIN
36. EIN
37. EIN
38. EIN
39. EIN
40. EIN
41. EIN
42. EIN
43. EIN
44. EIN
45. EIN
46. EIN
47. EIN
48. EIN
49. EIN
50. EIN
51. EIN
52. EIN
53. EIN
54. EIN
55. EIN
56. EIN
57. EIN
58. EIN
59. EIN
60. EIN
61. EIN
62. EIN
63. EIN
64. EIN
65. EIN
66. EIN
67. EIN
68. EIN
69. EIN
70. EIN
71. EIN
72. EIN
73. EIN
74. EIN
75. EIN
76. EIN
77. EIN
78. EIN
79. EIN
80. EIN
81. EIN
82. EIN
83. EIN
84. EIN
85. EIN
86. EIN
87. EIN
88. EIN
89. EIN
90. EIN
91. EIN
92. EIN
93. EIN
94. EIN
95. EIN
96. EIN
97. EIN
98. EIN
99. EIN
100. EIN

Kurze Rückblende auf den Sommer 1987: Geradezu verblissen hält die Bundesregierung daran fest, die Pershing I A-Raketen als „Drittstaaten-Systeme“ (d.h. als BRD-Atomwaffen) aus den Genfer Verhandlungen herauszuholen. Als „Drittstaat“ bezeichnete man bis dahin allein die Atommächte Großbritannien und Frankreich. Mit der Selbsttitulierung der Bundesrepublik als „Drittstaat“ hatte die Bundesregierung ganz offen den Anspruch auf nukleare Ebenbürtigkeit mit Großbritannien und Frankreich angemeldet.

Weitgehend unbemerkt, jedoch mit gleicher Zielrichtung, änderte 1988 die CDU ihr Grundsatzprogramm. Zwar wird in den Beschlussunterlagen die Formulierung „Europäische Atomstreitmacht“ tunlichst vermieden. Doch was sonst kann gemeint sein, wenn nunmehr die Christdemokraten Frankreich und Großbritannien auffordern, ihr nukleares Potential in eine gemeinsame „Europäische Sicherheitsunion“ einzubringen, über deren Einsatz auf längere Sicht ein „Europäischer Verteidigungsrat“ zu entscheiden habe?

Auf leisen Sohlen suchen derzeit maßgebliche Kreise dieses Landes den nichtnuklearen Status der BRD aufzuweichen. Mit ausdrücklicher Zustimmung der Bundesregierung werden darüber hinaus die Atomwaffenprogramme Frankreichs und Großbritanniens aufgebläht, um baldmöglichst die abgezogenen

amerikanischen Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen zu ersetzen. Unter dem Stichwort „Errichtung des westeuropäischen NATO-Pfeilers“ werden inzwischen auch in London und Paris Stimmen laut, die die Einbindung der BRD in die westeuropäische Atomaufrüstung befürworten.

Westeuropa zur nuklearen Supermacht ausbauen: Das erhöht für uns alle die Gefahr eines nuklearen Holocaust und ist fürwahr die destruktivste aller möglichen Antworten auf die Abrüstungsvorschläge der UdSSR.

Während die Bundesregierung mit dem Projekt einer westeuropäischen Atommacht den Abstand zur eigenen Atomwaffe zu verringern sucht, wollen wir die Voraussetzung schaffen für Atomwaffenfreiheit bei uns und in ganz Europa. Die Forderung und Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ dient dem Ziel, die „europäische Bombe“ und jegliche Nuklearkoption der BRD dauerhaft zu verhindern.

Die aktuelle Bedeutung unserer Forderung wird übrigens auch von der CDU nicht bestritten. Deren außenpolitischer Sprecher Karl Lamers kritisierte erst kürzlich den grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht mit den Worten, dahinter stehe „das grundsätzliche Nein zur atomaren Abschreckung. Für die deutsch-französische Zusammenarbeit wäre das jetzt ein völlig falsches Signal...“.



In technischer Hinsicht ist die BRD seit langem ein Atomwaf-

Das Modell, das den Kritikern im allgemeinen vorschwebt, ist eine europäische Atomstreitmacht, die sich aus der Europäisierung des französischen – gelegentlich auch britischen – Nuklearpotentials entwickeln müßte. Eine solche Atomstreitmacht wäre ohne jede Frage eine bedeutsame Verstärkung der europäischen Abschreckungslandschaft. Daher ist es legitim und richtig, sie als Endziel europäischer verteidigungspolitischer Einigung anzustreben... Eine französisch-deutsche Verteidigungsunion könnte ein solcher Impuls, ein Anfang, ja ein Durchbruch sein. Sie entspräche dem Gebot der Stunde. Doch wer wagt schon, mit ihrer Verwirklichung in naher Zukunft zu rechnen?

Manfred Wörner, in: Wehrkunde, April 1976

fenstaat auf Abruf. 1986 erklärte der ehemalige Forschungsminister Hauff: „Wer die Bombe will, der kann die bestehenden Anlagen, die es in der Bundesrepublik gibt, nutzen und ist in der Lage, in einem relativ überschaubaren Zeitraum eine solche Atombombe zu bauen. Ich habe das untersuchen lassen in der Zeit, als ich Bundesminister für Forschung war. Ich bin sicher, daß sich seither die Infrastruktur nicht verschlechtert hat. Sie hat sich eher verbessert.“

Heute setzen von allen Nicht-atomwaffenstaaten der Welt nur noch Japan und die BRD auf den großtechnischen Aus-

bau der Plutoniumwirtschaft. Nach Kalkar, Wackersdorf, Karlsruhe und Hanau fließen staatliche Milliardenzuschüsse, für die es eine energie- oder wirtschaftspolitische Begründung schon lange nicht mehr gibt. Einzig und allein aus militärstrategischer Sicht macht der Ausbau der Plutoniumindustrie heute noch einen Sinn.

Denn bereits die Existenz dieser Anlagen verschafft den Mi-

Forderung kann und soll allerdings dazu beitragen, die Frage nach der militärischen Bedeutung der BRD-Atomanlagen zu enttabulieren und somit die gesellschaftlichen Bedingungen für den Ausstieg aus der Atomenergie zu verbessern. Solange die Bundesregierung sich die Option auf eigene oder westeuropäische Atomwaffen offenhält, wird es einen Ausstieg aus der „zivilen“ Atomenergie ohnehin nicht geben können.

amden nicht geben können.



Nach offizieller Sprachregelung ist der grundgesetzliche Atomwaffenverzicht überflüssig, da die BRD schon 1954 im Rahmen der Westeuropäischen Union sowie 1974 mit der Ratifizierung des Atomwaffen-sperrvertrages vollständig auf Atomwaffen verzichtet habe. Wer die Vertragstexte unter die Lupe nimmt, erkennt sofort, daß diese Aussage nicht stimmt.

Zwar ist es zutreffend, daß der Atomwaffen-sperrvertrag der BRD jede Verfügungs-gewalt über Atomwaffen untersagt. Das Instrumentarium die-

ses Vertrages reicht aber nicht aus, um die besonders in der deutsch-französischen „Waffenbrüderschaft“ angelegten verhängnisvollen Entwicklungen zu stoppen. So wird durch den Atomwaffen-sperrvertrag weder eine bundesdeutsche A-Waffenforschung oder die Entwicklung einzelner Sprengkopf-Komponenten untersagt. Erlaubt ist ebenfalls eine Unterstützung der militärischen Nuklearprogramme in Frankreich, Großbritannien oder den USA

„Kleare Plutonium-Raketen, Großbritannien oder den USA mit BRD-Plutonium, Trägersystemen oder Know-How. Selbst die Möglichkeit einer Europäischen Atomstreitmacht wurde in einer Zusatzklärung zum Sperrvertrag unter bestimmten Bedingungen als vertragskonform bezeichnet.“

Im Unterschied zum Grundgesetz enthält der Atomwaffen-sperrvertrag zudem eine Rücktrittsklausel, derzufolge jeder Unterzeichnerstaat bei Gefährdung seiner höchsten Interessen vom Vertrag zurücktreten kann. Für die Bundesrepublik bedeutsam ist darüber hinaus eine Sonderregelung, derzufolge der Vertrag im Kriegsfall automatisch außer Kraft tritt. Denn auch die bis heute praktizierte Ausbildung von Bundeswehrsoldaten an Atomwaffen und Atomwaffeneinsätzen und die

Anfrage der Grünen an die Bundesregierung:

Trifft es zu, daß der Transfer von Plutoniumtechnologie und Plutonium bzw. sonstigen Spaltmaterialien aus bundesdeutschen Atomkraftwerken in Atomwaffenstaaten nach den bestehenden Verträgen auch dann gestattet ist, wenn damit die Atomwaffenarsenale anderer Staaten aufgestockt werden? Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein derartiger Transfer „gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages“ verstößt (Lauk, S. 438), und ist sie bereit, eine diesbezügliche Unterlassungserklärung abzugeben?

Antwort der Bundesregierung am 9. 12. 1985:

Nach dem Nichtverbreitungsvertrag unterliegt der Transfer von Nukleargütern oder Nukleartechnologie in Kernwaffenstaaten keinen Beschränkungen. Ein Verstoß „gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages“ könnte im übrigen nur dann vorliegen, wenn unter Ausnutzung einer unbeabsichtigten Vertragslücke gegen Vertragsziele verstoßen würde. Die Tatsache, daß der Transfer von Nukleargütern in Kernwaffenstaaten im Nichtverbreitungsvertrag keinen Beschränkungen unterworfen wird, ist keine derartige Vertragslücke, sondern war den beteiligten Staaten bei der Verhandlung des Vertragstextes vollkommen bewußt. Im übrigen findet ein Austausch von Kernmaterial und sonstigen spaltbaren Stoffen auch mit Kernwaffenstaaten nur im Rahmen der Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie statt.

Bundestagsdrucksache 10/4502

FÜNF GRÜNDE FÜR EINE KAMPAGNE

Es ist lebenswichtig,
daß eine deutsche
Atombewaffnung jetzt schon im
Vorbereitungsstadium verhindert wird.
Die mögliche Alternative?
Eine zur „Wiedergewinnung“ der Ostgebiete
mit nuklearer Erpressung arbeitende
Außenpolitik in den 90er Jahren.
Robert Jungk, Hanau, 19. 3. 1988

ATOMWAFFEN- VERZICHT INS GRUNDGESETZ

NATO-interne Regelung, der-
zufolge nach Freigabe durch
den US-Präsidenten im Ernst-
fall auch der Bundeswehr
Atomsprenghäupter überlassen
werden – all dies wird durch den
Atomwaffensperrvertrag in kei-
ner Weise untersagt.

Last not least wurde der ur-
sprünglich unbefristet konzi-
pierte Vertrag auf besonderes
Drängen der BRD seinerzeit
auf eine Laufzeit von 25 Jahren
begrenzt. 1995 wird in Genf
eine internationale Konferenz
darüber stattfinden, ob der Ver-
trag verlängert wird oder nicht.

Der „Atomwaffenverzicht“
von 1954 ist noch lückenhafter:
Verzichtet wurde damals aus-
schließlich auf die Produktion
kompletter Atomwaffen auf
bundesdeutschem Territorium.
Nicht verzichtet wurde auf den
Erwerb oder Besitz von Atom-
waffen oder deren Herstellung
im Auftrag der BRD auf dem
Gebiet eines anderen Staates.
Der Verzicht gilt darüber hin-
aus nicht international, son-
dern nur gegenüber den Staaten
der Westeuropäischen Union.
Mit anderen Worten: Falls der
Atomwaffensperrvertrag 1995

ausläuft, könnte die Bundesre-
gierung auf Grundlage der Er-
klärung von 1954 eigene Atom-
waffen uneingeschränkt erwer-
ben – bzw. falls die WEU-Part-
ner zustimmen – auch national
produzieren. Die Erklärung
von 1954 ist nicht ein Argument
gegen, sondern ein Argument
für die Erhebung eines vollständi-
gen Atomwaffenverzichts in
den Verfassungsranke.

Aber auch die Lücken des
Sperrvertrages sind denen, die
sie nur althergebrachte, aber
wohlbekannte, um neue deut-
sche Atommachtambitionen zu
wohlbekannte, um neue deut-
sche Atommachtambitionen zu
stoppen, ist dieser Vertrag ein
gewisses Hindernis, aber keine
sichere und endgültige
Schranke. Die grundgesetzliche
Verankerung des BRD-Atom-
waffenverzichts wäre demge-
genüber der wirkungsvollste
Schritt, um den nicht-nukle-
aren Status der Bundesrepublik
auf lange Sicht zu sichern und
die Bonner Beteiligung an einer
westeuropäischen Bombe zu
verhindern. Zweifellos würde
ein derartiger Schritt darüber
hinaus auch international die
Nichtverbreitungspolitik
erheblich stärken.

Angesichts gewisser Bereitschaft der Politik in
den USA und der UdSSR, im Bereich der
Atomwaffen abzurufen und wissend, daß
diese Waffen, egal welcher Bauart und
Sprengkraft, nie ein ethisch vertretbares Ver-
teidigungsmittel für unsere Bundesrepublik
sein können, begrüßen wir den Vorschlag, den
Verzicht der Bundesrepublik auf Herstellung
und Besitz von Atomwaffen sowie die Verfü-
gungsgewalt über Atomwaffen im Grundge-
setz festzuschreiben.

Die politische Durchsetzung dieses Auftra-
ges durch unsere demokratischen Parteien
wäre wohl eine der bedeutendsten Maßnah-
men, die die Bundesrepublik zu den Abrü-
stungsbemühungen der Großmächte und zur
Entspannung in Mitteleuropa durch Abbau
von Feindbildern beitragen könnte.

Naturwissenschaftler-Initiative
Verantwortung für den Frieden e.V.

4. DER
NUKLEARE
GELTUNGS-
DRANG

Immer wieder haben maßgebli-
che Kreise dieses Landes klarge-
macht, daß sie sich ungeschert
der jüngeren Geschichte mit
dem nicht-nuklearen Status der
BRD nicht zufriedengeben. 1958
beschloß der Bundestag trotz
heftiger Gegenwehr, die
Bundeswehr mit Atomwaffen

Bundesregierung unter Kanzler
Kiesinger (CDU) die Unter-
zeichnung dieses Vertrages. Die
Regierung Brandt/Schoel un-
terschied ihn 1969 unter dem
Vorbehalt, daß er eine westeu-
ropäische Atomstreitmacht
nicht verhindern dürfe. Nichts-
destoweniger wurde auch dieser
Schritt 1969 von der CDU und
ihrem damaligen Sprecher Stol-
tenberg heftig kritisiert. Die Ra-
tizierung des Atomwaffen-
sperrvertrages durch den deut-
schen Bundestag wurde 1974

Ich stehe ausgesprochen positiv zu der
Kampagne. Das ist das, was man im Au-
genblick noch machen kann, um die Zu-
kunft einigermaßen zu sichern, absolute
Sicherheit ist auch ein solches Grundge-
setzverbot nicht. Gerade im Hinblick auf
die WAA ist zu sagen, daß ja der Atom-
waffensperrvertrag 1995 auslaufen wird,
wenn die WAA in Betrieb gehen soll.
Auch im Hinblick darauf ist die Atom-
waffenverzichtskampagne zu befürwor-
ten. Gerade auch die politische Debatte
um eine solche Kampagne ist wichtig, da
sich dabei auch die Geister scheiden wer-
den – es wird klar, wer sich die Option auf
eigene Atomwaffen offenhalten will – das
halte ich für höchst interessant.

Klaus Traube, in „Pflärrer“ 6/88

auszurufen und auf den Atom-
krieg zu trimmen. Bis heute
gilt, daß nach Freigabe der
Sprengköpfe durch den US-
Präsidenten die Bundeswehr
„gleichberechtigt“ am Atom-
krieg teilnimmt. Bis 1966 war
die Teilhaberschaft an einer
„Multilateralen Atomstreit-
macht (MLF)“ das außenpoliti-
sche Ziel Nr. 1 der Regierung
Erhard. Kein Wunder also, daß
in den Jahren darauf der BRD-
Beitritt zum Atomwaffensperr-
vertrag über Jahre hinweg in
Frage gestellt bzw. bekämpft
wurde.

Trotz vielfältigster diploma-
tischer Bemühungen westlicher
Regierungen verweigerte die

von Manfred Wörner, den heu-
tigen Ministern Kiechle, Zim-
mermann und Schneider, den
Ministerpräsidenten Wilmann
und Strauß sowie den heute
noch einflussreichen Unionspo-
litikern Dregger, Spilker, Wal-
gel, Miltner, Biele, Abelein,
Spranger, Probst, Lenzler,
Narjes und 78 weiteren Abge-
ordneten abgelehnt.

Die Auseinandersetzung um
die Pershing I A hat gezeigt,
daß der nukleare Geltungs-
drang maßgeblicher Bonner
Kreise nicht nachgelassen hat.

Verändert hat sich mittler-
weile jedoch das öffentliche Be-
wußtsein in Bezug auf die mili-
tärische und die zivile Atompo-



... und Demonstration 1988

litik. Verändert haben sich mit
dem Amtsantritt Gorbats-
chows ebenfalls die außenpoli-
tischen Rahmenbedingungen.

Der Beitritt der BRD zum
Sperrvertrag erfolgte widerstre-
bend – nicht freiwillig, aus in-
nenpolitischen Einsicht, son-
dern als Zugeständnis an die
außenpolitischen Rahmenbe-
dingungen. Die Kampagne
„Atomwaffenverzicht ins
Grundgesetz“ hingegen zielt
diesbezüglich auf eine einsei-
tige, innenpolitisch verankerte
Vorleistung. Die Chancen einer
diesbezüglichen Mobilisierung
sind heute günstiger als jemals
zuvor.

5. EIN
POSITIVES
SIGNAL!
SIGNAL!

Die Kampagne „Atomwaffen-
verzicht ins Grundgesetz!“ hat
zweifelslos eine begrenzte
Reichweite. Sie zielt auf eine
atomwaffenfreie BRD, ohne
den Kampf gegen die Lagerung
oder Stationierung von US-
Atomwaffen auf BRD-Territo-
rium hinreichend abzudecken.
Sie gibt Anstoß für ein Europa
ohne Atomwaffen, ohne die
britische und französische
Atomausrüstung direkt zu be-
rühren. Und dennoch ist dieses
Anliegen auf seine Weise ra-
dikal:

● Es fordert von Bundesre-
gierung und Bundestag, mit der
nuklearen Abrüstung einseitig
und im eigenen Kompetenzbe-
reich anzufangen.

„Atomwaffenverzicht ins
Grundgesetz“ bedeutet:

- die Bundeswehr zu denukle-
arisieren
- als Voraussetzung für eine
atomwaffenfreie Bundesre-
publik die nukleare Option
für die BRD auf Dauer zu
schließen

– der Europäischen Atom-
streitmacht und all ihren
Vorformen eine Absage zu
erteilen

– jegliche materielle oder fi-
nanzielle Unterstützung bei
der Produktion von Atom-
waffen eines anderen Lan-
des zu verbieten

– das Instrumentarium der
globalen nuklearen Nicht-
verbreitungspolitik zu
stärken.

● Es fordert damit etwas für
Deutsche besonders Untypis-
ches: Den freiwilligen Verzicht
auf das Attribut einer Groß-
macht. Unser Anliegen tritt
insofern einer nicht unpopu-
laren Ideologie entgegen, die
der Atomwaffen-Liebhaber
F. J. Strauß auf den Punkt
brachte mit der Drohung, es

„F. J. Strauß auf den Punkt
brachte mit der Drohung, es
könne auf Dauer „kein
Deutschland geben, das wirt-
schaftlich ein Riese und poli-
tisch ein Zwerg ist“. 49 Jahre
nach dem deutschen Überfall
auf Polen grassiert in der BRD
die Tendenz, „endlich“ aus dem
Schatten Hitlers herzutreten,
Bundeswehrsoldaten in alle
Welt schicken und möglichst
auch die restlichen „Diskrimi-
nierungen“ über Bord werfen
zu dürfen. All jenen Groß-
machtgelüsten setzt die Forde-
rung nach freiwilligem Atom-
waffenverzicht die bessere
Lehre aus der deutschen Ver-
gangenheit entgegen.

Natürlich lassen sich auf Ver-
fassungsgrundsätze revidieren
oder umgehen. Eine gesell-
schaftlich erkämpfte Verfas-
sungsänderung wird aber ge-
rade auf diesem Gebiet das
Maß an öffentlicher Sensibili-
tät und Mobilisierung zur Folge
haben, das letztlich als einzige
Instanz die Einhaltung eines
Atomwaffenverzichts garan-
tiert.



Internationale Aktionskonferenz

DENUKLEARISIEREN STATT MODERNISIEREN

ATOMWAFFENVERZICHT

INS GRUNDGESETZ

Wir sind zur Durchführung der Internationalen Aktionskonferenz auf Spenden angewiesen. Jeder Beitrag, groß oder klein, ist willkommen.

Konto:
Sparkasse Bonn
Konto-Nr. 19 001 759,
BLZ 380 500 00

Reader

Spätestens Anfang November erhalten alle angemeldeten Menschen, die den Beitrag von 10,- DM bezahlt haben, den Konferenzreader zugesandt. Er enthält Beiträge zu allen Programmthemen, Podien und Plenumsbeiträge sowie zu weiteren, z.T. kontroversen Themen. Ohne Verbindung mit dem Konferenzbeitrag kostet er 5,- DM (siehe Bestellcoupon).

Aufruf

Wir leben in einer Zeit historischer Weichenstellungen. Dazu gehört die Frage, ob die bisher schrecklichsten Massenvernichtungsmittel, die Atomwaffen, beseitigt werden, oder ob eine neue Welle der Aufrüstung auf uns zukommt. Wir wollen, daß auch in der BRD alle Möglichkeiten genutzt werden, um Europa von der tödlichen Last der Atomwaffen zu befreien.

Wir fordern die Festschreibung des vollständigen Atomwaffenverzichts im Grundgesetz!

Jeglicher nuklearen Teilhabe der Bundeswehr – sei es an westeuropäischen oder US-amerikanischen Atomwaffensystemen – muß eine Absage erteilt werden.

Jede Mithilfe der Bundesregierung an der nuklearen Aufrüstung in Frankreich oder Großbritannien ist zu unterbinden. Schon jetzt fordert nicht nur die CDU von Frankreich und Großbritannien eine „nuklearstrategische Zusammenarbeit (...) mit dem Ziel, ihr nukleares Potential dann in diese gemeinsame Europäische Sicherheitsunion einzubringen“ (neues CDU-Programm).

Die Option für die Atomstreit BRD muß dauerhaft versperrt werden. Der Hanauer Atomskandal hat die Verstrickung von ziviler und militärischer Atomenergie verdeutlicht. Aufgrund ihrer Atomindustrie ist die BRD schon heute ein Atomwaffenstaat auf Abruf – zielstrebig wird in Wackersdorf, Hanau und Kalkar eine Plutoniumindustrie ausgebaut, für deren „friedliche“ Verwendung kein Bedarf erkennbar ist.

Wir treten ein für eine atomwaffenfreie Bundesrepublik und den Verzicht auf jede „Modernisierung“ der in Europa stationierten US-Atomwaffen!

Denn die Bundesregierung will von einer dritten Null-Lösung nichts wissen und hat unter dem Stichwort „Modernisierung“ längst eine neue Aufrüstung ins Auge gefaßt. Das muß verhindert werden. Die Abschaffung aller Atomwaffen in Europa ist ein lebensnotwendiges und rasch anzustrebendes Ziel.

Keines dieser Ziele ist zu erreichen ohne den Druck der Öffentlichkeit und der außerparlamentarischen Bewegungen.

Zwar wird die Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“ mittlerweile von der Friedensbewegung, von zahlreichen Initiativen gegen Atomenergie und weiteren Gruppen und Einzelpersonen bei uns und im west- wie osteuropäischen Ausland unterstützt, zwar fordern immer mehr Menschen eine atomwaffenfreie BRD. Appelle auf dem Papier reichen aber nicht aus.

Die Internationale Aktionskonferenz dient dem Ziel:

● ein gemeinsames Aktionsprogramm für die Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ als einen zentralen Schritt in Richtung auf eine atomwaffenfreie Bundesrepublik zu diskutieren und zu beschließen;

● Informationen auszutauschen und zu verbreiten über die unfriedliche Atom(waffen)politik der Bundesrepublik;

● ein Forum zu sein für Begegnung von Anti-AKW-Begegnung und Friedensbewegung, von bundesdeutschen und ausländischen Friedens-AktivistInnen, von alter und „neuer“ Anti-Atomtod-Bewegung.

Programm

Freitag, 25. November 1988

abends:

Podiums- und Publikumsdiskussion zum Thema:

Atomachse Bonn-Paris – Erster Schritt zur westeuropäischen Atomstreitmacht? mit: Alfred Mechttersheimer (DIE GRÜNEN); Karsten Voigt (SPD); Jo Leinen (Aktionsgemeinschaft gegen das AKW Cattenom), angefragt, oder Sabine Roisch (Redaktion „atom“); Mycle Schneider (WISE, Frankreich); N.N. (Mouvement de la paix, Frankreich). Moderation: A. A. Guha (Frankfurter Rundschau)

Samstag, 26. November 1988

vormittags:

Plenumsdiskussion mit Einleitungen zu den Themen:

- militärische Optionen der Atomindustrie in der BRD; mit Dr. Helmut Hirsch (Hannover)
- Aufrüstungsplanungen der USA und europäischer Staaten nach dem INF-Vertrag; mit Prof. Dr. Gerhard Kade

nachmittags:

Arbeitsgruppen über:

- AG 1 Modernisierungspolitik nach dem INF-Abkommen/Ziele der NATO-Staaten/ Europäische Atomstreitmacht und militärische Integration; mit Wolfgang Zellner (SPD) (Zusage noch nicht endgültig); Jürgen Maier (DIE GRÜNEN)
- AG 2 Der Griff nach der Bombe – Geschichte des Atomwaffenstrebens der BRD und der Bewegung „Kampf dem Atomtod“; mit Hans Röndt (DFU); Robert Jungk (angefragt)
- AG 3 Die BRD als Drehscheibe der Weiterverbreitung von Atomwaffen; mit Thorsten Maas (Buko, AG Rüstungsexport); Wolf Geisler (AAB)
- AG 4 Atom(waffen)technologien in der BRD/Hanau, Wackersdorf, Kalkar, Gronau und Karlsruhe/Militärische Option; mit Prof. Dr. Radkau; Detlef zum Winkel (Physiker und Journalist)
- AG 5 Perspektiven und Probleme des Atomwaffensperrvertrags/Internationale Überprüfungskonferenz 1990; mit Bernhard Docke (VDJ); Doria Tritschler (Richter und Staatsanwälte für den Frieden)
- AG 6 Kontinuität oder Bruch? – Die Atomforschung vor und nach 1945/Atomwaffenverzicht – Notwendigkeit aus der eigenen Geschichte; mit Peter Gingold (VVN/BdA), Annegret Neuhof (BUF)
- AG 7 Ansatzpunkte der internationalen Friedensbewegungen zur Unterstützung der westeuropäischen Abrüstung und der Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“; mit CND (Steven Brown, angefragt) (angefragt); VertreterIn aus den Niederlanden
- AG 8 Erfahrungsaustausch über bisherige Aktivitäten und Perspektiven der Kampagne; mit Ingo Arend (Jusos); Matthias Kuntzel (DIE GRÜNEN im BT)
- AG 9 Die nukleare Komponente der Bundeswehr; mit Thomas Kremling (Darmstädter Signal) (angefragt); Erich Schmidt-Eemboom (Institut für Friedensforschung Starnberg)

abends:

Internationale Podiumsdiskussion zur Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“ mit Vertretern aus Österreich (Robert Jungk), Niederlande (Sonja von der Gaast, PvdA), Großbritannien (Toni Benn, Labour), Polen (N.N.), Schweden (Inge Kleinhans, FMKK Schweden), Dänemark (Knut Lund)

Sonntag, 27. November 1988

vormittags: Diskussion und Beschlussfassung über die Aktionsplanung und Abschlusserklärung der Konferenz

Besteellung

Bitte ausfüllen und einsenden an:

Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1

Name

Anschrift / Telefon

☐ Ich / wir möchte/n an der Internationalen Aktionskonferenz teilnehmen und melden Personen an (Teilnahmebeitrag incl. Reader DM 10,- / Person)

☐ Ich / wir möchte/n weitere Informationen zum Stand der Kampagne

Ich / wir möchten die Kampagne unterstützen und bestellen gegen Vorkasse

Exemplare der Zeitung (DM 0,10 / Ex.)

Exemplare des Kampagnenaufzuges (DM 0,05 / Ex.)

Exemplare des Readers zur Konferenz (DM 5,- / Ex.)

☐ Ich / wir spenden für die Durchführung der Internationalen Aktionskonferenz DM

Den Gesamtbetrag (siehe rechts) habe/n ich / wir

am gezahlt am gesamt

☐ „Atomwaffenverzicht ins GG“, E. Chr. Stolper, Sparkasse Bonn Konto Nr. 19001 759 (BLZ 380 500 00)

☐ beigelegt als Bargeld / Verrechnungsscheck

Unterschrift

Anfahrtsbeschreibung

Pkw aus Richtung Dortmund:

A 1, Leverkusener Kreuz, Abfahrt Köln-Weiden (5. Abfahrt, ca. 1000 m vor Abfahrt Köln-West) bis Aachener Straße, links abbiegen, erste Linksabbiegemöglichkeit, nach einer Rechtskurve folgt nach 200 – 300 m das Schulzentrum Köln-Weiden

aus Richtung Bonn:

von der A 4 auf A 1 (Richtung Köln-West); weiter siehe oben

öffentliche Verkehrsmittel ab Köln Hbf:

U-Bahn bis Neumarkt; Straßenbahn Nr.1 (Richtung Junkersdorf) bis Junkersdorf; umsteigen in Bus 151 bis Schulzentrum Köln-Weiden

Impressum

Diese Zeitung wird herausgegeben vom Trägerkreis der Internationalen Aktionskonferenz „Denuklearisieren statt modernisieren – ATOMWAFFENVERZICHT INS GRUNDGESETZ“. Antimilitaristisches Untersuchungskollektiv (AMOK – Niederlande); Bundeskoordination Betrieblicher Friedensinitiativen; Bundeskoordination Unabhängiger Friedensgruppen (BUF); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK); Deutsche Friedensunion (DFU); Deutsche Jungdemokraten (DJD); Deutsche Kommunistische Partei (DKP); Die GRÜNEN, Bundespartei; Die GRÜNEN im Bundestag; Internationale Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges (IPPNW, Sektion BRD); Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ); Kommunistischer Bund (KB); Liberale Demokraten (LD); Marxistischer StudentInnen-Bund (MSB Spartakus); Ohne Rüstung Leben; Republikanischer Anwälten- und Anwaltverein; Richter und Staatsanwälte für den Frieden; Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ); Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ).

Weitere Organisationen haben ihre Mitarbeit in Aussicht gestellt, konnten aber aus terminlichen Gründen bis zur Drucklegung keine endgültigen Entscheidungen treffen.

Redaktion: Martin Böttger, Matthias Kuntzel, Herbert Peters, Werner Rätz (V.i.S.d.P.), Holger Schwarz, alle Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1

Graphik: Aldi, Bonn; Satz: Kippstutz, Bonn; Druck: Henke, Köln; Auflage: 50000

Preis: 0,10 DM